# Richtlinien

# für die Erstellung der Gemeindezivilschutzpläne

# GZSP

# Direttive

# per la redazione dei Piani di Protezione Civile Comunali

# PPCC

***2009***

AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL
**Abteilung 26 - Brand- und Zivilschutz**
Amt 26.3 - Zivilschutz

PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE
**Ripartizione 26 - Protezione antincendi e civile**
Ufficio 26.3 - Protezione Civile

**Ausarbeitung:**

Autonome Provinz Bozen – Südtirol
Amt für Zivilschutz 26.3
Drususallee 116
I – 39100 Bozen
Tel. +39 0471 416040
Fax +39 0471 416059
e-mail: zivilschutz@provinz.bz.it
web: www.provinz.bz.it/zivilschutz.htm

Erste Ausgabe 2009 ver. 1.1 [1)]

Projektleitung: Günther Walcher
Ausgearbeitet von: Matteo Vischi

**Elaborazione:**

Provincia Autonoma di Bolzano – Alto Adige
Ufficio protezione civile 26.3
Viale Druso 116
I – 39100 Bolzano
Tel +39 0471 416040
Fax +39 0471 416059
e-mail: protezione.civile@provincia.bz.it
web: www.provincia.bz.it/protezionecivile.htm

Prima edizione 2009 ver 1.1 [1)]

Coordinamento progetto: Günther Walcher
Elaborazione: Matteo Vischi

[1)] *Richtigstellung in Anwendung der Artikel 3 und 6 des Landesgesetzes vom 18. Dezember 2002, Nr. 15 und gemäß der Entscheidung des Direktors der Agentur für Bevölkerungsschutz vom 22.04.2021, protokolliert am 23.04.2021, Prot. Nr. 9813.*

[1)] *Correzione in applicazione degli articoli 3 e 6 della legge provinciale 18 dicembre 2002, n. 15 ed in base alla decisione del Direttore dell'Agenzia per la Protezione civile del 22.04.2021, protocollata in data 23/4/2021, Prot. n. 9813.*

DEUTSCH

# Intaltsverzeichnis

Seite

**1. Allgemeine Aspekte**

1.1. Einführung und Zweck des Dokuments 1
1.2. Worum handelt es sich bei den Gemeindenzivilschutzpläne? 1
1.3. Die Rolle des Bürgermeisters bei den Aktivitäten des Zivilschutzes 2
1.4. Die Gemeindeleitstelle (GLS) 2
1.5. Bindeglied zwischen den Planungsinstrumenten und Operativen Synergien 3

**2. Struktur des Plans**

2.1. Die Organisation des Gemeindezivilschutzplans 5
2.2. Das Deckblatt des Plans und der Stand des Dokuments 6
2.3. Die Inhalte des Gemeindezivilschutzplans 8
2.3.1. Teil 1: Allgemeiner Teil 8
2.3.2. Teil 2: Einsatzmodell 11
2.3.3. Teil 3: Szenarien 15
2.3.4. Teil 4: Ressourcen 22
2.3.5. Teil 5: Einsatzhilfen 26
2.3.6. Teil 6: Rechtssammlung 28

**3. Form des Plans**

3.1. Angaben für das Erstellen des GZSP 29
3.2. Deckblätter 30
3.3. Der Kode für die Identifizierung des Dokuments 31
3.4. Die Form der Textelemente 32
3.5. Die Form der Kartenelemente 33
3.6. Zweisprachigkeit und Dreisprachjigkeit, Toponomastik 35
3.7. Informatisierung des Plans 35

**4. Realisierung und Weiterentwicklung des Gemeindezivilschutzplans**

4.1. Die für die Erstellung des Plans geeigneten Personen 36
4.2. Die Realisierung und Genehmigung des Plans 36
4.3. Weiterentwicklung des Plans 37
4.3.1. Modelle 37
4.3.2. Erste Version und Revisionen 37
4.3.3. Aktualisierungen 37
4.3.4. Übungen 38
4.4. Aspekte zum Datenschutz und zur Verarbeitung personenbezogener Daten 39

**5. Bibliographie und Gesetzebestimmungen**

**Anlagen**

A1 Farbberstimmungen
A2 Modelle Deckblätter
A3 Modelle Layout
A4 Modelle Ressiourcen
A5 Symbolsammlung

# 1. Allgemeine Aspekte

## 1.1 Einführung und Zweck des Dokuments

Im vorliegenden Dokument sind die Richtlinien und Modelle für die Erstellung von Notfallplänen für die Gemeinden (GZSP) in der Autonomen Provinz Bozen aufgeführt. Die technischen Angaben und Methoden wurden gemäß Art. 3 des Landesgesetzes Nr. 15 vom 18. Dezember 2002 definiert und haben den Zweck, die technischen Mindestanforderungen, die für die Erstellung von Notfallplänen für die Gemeinden eingehalten werden müssen, gemäß den Prinzipien der Klarheit, Konkretheit, Bündigkeit, Modularität und der mühelosen Aktualisierung festzulegen. Eine Standardisierung der Gemeindezivilschutzpläne in Südtirol ist vor allem notwendig, um das Konsultieren der Pläne seitens des Notfallpersonals zu erleichtern und eine optimale Integration der Daten auf Landesebene zu ermöglichen.

## 1.2 Worum handelt es sich bei den Gemeindezivilschutzplänen?

Bei den Notfallplänen für die Gemeinden (GZSP) handelt es sich um ein Instrument, das darauf ausgerichtet ist, eventuelle Notfälle zu bewältigen und den Schutz von Personen, Gütern und Diensten zu gewährleisten, die sich in einem Gebiet befinden, das von einer auf Restrisiken zurückzuführenden Katastrophe betroffenen ist. In den Gemeindezivilschutzplänen werden die unterschiedlichen Kenntnisse, Ressourcen und Vorgehensweisen koordiniert, so dass diese bestmöglich eingesetzt werden können, um die verschiedenen kritischen Situationen zu bewältigen, die in dem Gemeindegebiet auftreten können. Der Plan muss als modulares und dynamisches Instrument konzipiert sein. Das Sammeln, die Verarbeitung, die Organisation und die Überprüfung von Daten muss daher so gegliedert sein, dass eine problemlos aktualisierbare und mit neuen Kenntnissen integrierbare Ausarbeitung der Daten möglich ist. Bei dem Notfallplan für eine Gemeinde handelt es sich um das Mittel, auf welches der Bürgermeister Bezug nimmt, um einen Notfall zu managen. Daher muss er folgende Punkte umfassen:

a) Die Vorbereitung von Melde-, Alarm- und Rettungsdiensten, Überwachung und Kontrolle der wesentlichen Risiken, Vorbeugungsmaßnahmen, um die Folgen der Risiken auf ein Minimum zu beschränken bzw. zu eliminieren, die Information der Öffentlichkeit über die Risiken und die Verhaltensregeln während eines Katastrophenereignisses;
b) Die Ermittlung bzw. Quantifizierung von Personen, Strukturen bzw. Diensten, die basierend auf den Risikogebieten und den unterschiedlichen Gefahreneigenschaften betroffen bzw. geschädigt sein können;
c) Die Ermittlung der Verfügbarkeit von Personal, Mitteln und Ausrüstungen, Lebensmitteln, Infrastrukturen und anderen Ressourcen der Gemeinde, die für das Management der verschiedenen Notfallszenarien nützlich sein können;
d) Die Ermittlung von für die Rettungsarbeiten bestimmten Räumlichkeiten, Gebieten und Strukturen sowie von Lagerräumen und Notunterkünften;
e) Die Vorbereitung von Verbindungsservices: Kommunikationsnetze, -systeme, -flüsse und –Modelle, um einen effizienten Informationsaustausch sowohl zwischen den lokalen Strukturen als auch von und zu den übergemeindlichen Organen (Bezirk, Provinz, Land) und den angrenzenden Gemeinden gewährleisten zu können;
f) Die Ausarbeitung von Vorgehensweisen für das Management unterschiedlicher Notfallszenarien, vor allem in Bezug auf die Zuweisung und Aufteilung der verschiedenen Verantwortlichkeiten und Aufgabenbereiche;
g) Die Bestimmung der Methoden für die Bereitstellung und den Einsatz der für das Notfallmanagement notwendigen Ressourcen. Hierzu zählen die ehrenamtliche Tätigkeit, die Schadensbemessung und die Verwaltung der verwaltungstechnischen Aspekte des Notfalls;

Bei den Notfallplänen für die Gemeinden handelt es sich demnach um „Behältnisse“, die sich nur teilweise aus den eigentlichen operativen Vorgehensweisen zusammensetzen. Die operativen Vorgehensweisen müssen ihrerseits von den Inhalten des Einsatzmodells unterschieden werden, welches das Gerüst für sämtliche spezifischen operativen Vorgehensweisen (siehe Kapitel 2) darstellt. Im Einsatzmodell werden die Aufgabenbereiche und Verantwortlichkeiten festgelegt, wobei eine natürliche Anwendung der einzelnen im Plan aufgeführten Vorgehensweisen vorgesehen ist. Da in Notfallsituationen zahlreiche Variablen ineinandergreifen, müssen zwar in den Notfallplänen für die Gemeinden - soweit dies möglich ist - sämtliche im Notfall erforderlichen Schritte detailliert aufgeführt werden, diese dürfen aber nicht als absolut unumgängliche Maßnahmen und Vorgehensweisen betrachtet werden. Der Plan muss basierend auf den entsprechenden Kriterien der Vernunft und Zweckmäßigkeit angewandt werden. In diesem Sinn stellt der Plan ein Instrument und einen Anhaltspunkt für die Zivilschutzbehörden und nicht ein um jeden Preis unflexibel anzuwendendes Dokument dar. Aufgrund seiner institutionellen Validierung darf der Plan nur dann nicht beachtet werden, wenn er zuvor einer sorgfältigen Bewertung seitens der übergeordneten Organe unterzogen worden ist.

## 1.3 Die Rolle des Bürgermeisters bei den Aktivitäten des Zivilschutzes

Der Bürgermeister ist die Autorität des Zivilschutzes auf Gemeindeebene. Wenn ein Notfall eingetreten ist bzw. eintreten wird, von welchem die Gemeinschaft in dem Gemeindegebiet betroffen ist bzw. sein kann, so muss der Bürgermeister die Richtung für die Koordinierung der Betreuungs- und Rettungstätigkeiten vorgeben und dafür sorgen, dass die notwendigen Maßnahmen (auch vorbeugende) ergriffen werden, um die Unversehrtheit der Öffentlichkeit gewährleisten zu können. Der Bürgermeister gewährleistet den Schutz, die Betreuung und die Information der Bevölkerung, den Schutz der Wirtschaft, des Kulturguts, der verwaltungsmäßigen Kontinuität und der anderen Dienste sowie die Verwaltung der Straßen in dem Gebiet seiner Zuständigkeit.
Mit der Leit- und Koordinierungstätigkeit kann der Bürgermeister auch eine auf dem Gebiet des Zivilschutzes kompetente Person seines Vertrauens beauftragen.
Im Bereich des Zivilschutzes sehen sowohl das nationale Recht (Art. 5 Gesetz 225/1992) als auch das Landesrecht (Art. 8 Landesgesetz 15/2002) vor, dass der Vorsitzende des Ministerrats, der Landeshauptmann, der Präfekt (bzw. der Regierungskommissar) und der Bürgermeister die Befugnis haben, Vorschriften zu erlassen, die von den geltenden Vorschriften abweichen, wobei die allgemeinen Prinzipien der Rechtsordnung eingehalten werden müssen. Vorraussetzung für diese Befugnis ist jedoch, die Tatsache, dass der Notstand ausgerufen wurde. Das Ausrufen des Notstands durch den Staat ist wiederum sowohl durch die nationale Gesetzgebung als auch durch die Landesgesetze geregelt (Art. Gesetz 225/92 und Art. Landesgesetz 15/2002). Unabhängig von diesen Normen kann der Bürgermeister jedoch (Art. 54 Gesetzesdekret 267/2000) Maßnahmen ergreifen, die plötzlich dringend notwendig sind, um ernsten, die Bevölkerung bedrohenden Gefahren vorbeugen und diese eliminieren zu können. Der Anwendungsbereich dieser Befugnis ist in diesem Fall jedoch auf die Bereiche Öffentlichen Gesundheit, Hygiene, Bauwesen und Polizei begrenzt.
Darüber hinaus hat der Bürgermeister auch die Rolle des Bürgen für die Weiterentwicklung der Notfallpläne. Wie in den nächsten Kapiteln zu sehen ist, handelt es sich bei dem Plan um ein von dem zuständigen Gemeindeorgan genehmigtes Dokument, welches jedoch einer angemessenen Zusammenarbeit seitens aller in einen potentiellen Notfall einbezogenen Beteiligten bedarf, wozu auch die Bevölkerung zählt, welche als aktiver Teil über die wichtigsten Abschnitte des Plans, wie die vorbeugenden Maßnahmen und die zum Überwinden eines Notfalls notwendigen Schritte, in Kenntnis gesetzt worden sein muss. Die Weiterentwicklung des Plans wird darüber hinaus durch seine kontinuierliche Prüfung und Aktualisierung gewährleistet: In diesem Sinn hat der Bürgermeister die Aufgabe, den Prozess für die Erstellung des Plans zu koordinieren, wobei er die entsprechenden Personen einbeziehen, die Aktualität des Plans überprüfen und die ordnungsgemäße Verbreitung der Inhalte des Plans an alle eventuell Betroffenen gewährleisten muss.

## 1.4 Die Gemeindeleitstelle (GLS)

Gemäß dem Inhalt des Landesgesetzes Nr. 15/2002 Art. 3 muss in sämtlichen Gemeinden eine Gemeindeleitstelle (GLS) für den Zivilschutz eingerichtet werden. Bei der Gemeindeleitstelle handelt es sich in jeder Hinsicht um eine Gemeindekommission, deren Mitglieder mit dem Beschluss des Gemeinderats ernannt werden müssen.
Gemäß Art. 3 des Landesgesetzes 15/2002 muss sich die Gemeindeleitstelle aus einer auf der Konsistenz der Bevölkerung basierenden Anzahl von Mitgliedern zusammensetzen. Auf jeden Fall muss sie sich aber aus mindestens zwei in dem Gemeindegebiet befindlichen effektiven Mitgliedern, dem Bürgermeister, welcher den Vorsitz hat, und einem Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr zusammensetzen (bzw. für die Gemeinde Bozen der Kommandant der Berufsfeuerwehr).
Im Landesgesetz 15/2002 wurde die ursprüngliche Bezeichnung „Gemeindezivilschutzkomitee“ durch den Namen „Gemeindeleitstelle“ ersetzt, wodurch diesem Organ eine stärkere Rolle beim Management der Zivilschutznotfälle beigemessen wurde.
Außer den beiden effektiven Mitgliedern können weitere, der Landesverwaltung bzw. der Freiwilligenorganisationen zugehörige Mitglieder ernannt werden. Wenn der Bürgermeister die Einberufung des Forstpersonals für notwendig hält bzw. er selbst zum Mitglied der Gemeindekommission für die Lawinenprävention ernannt wird, nimmt das Personal der Abteilung Forstwirtschaft die entsprechenden Aufgaben wahr. In spezifischen Fällen, wie z.B. dem Lawinenrisiko, ist es hingegen angebracht, Experten zur Unterstützung der Gemeindeleitstelle einzuberufen. Zu Mitgliedern der Gemeindeleitstelle können darüber hinaus ernannt werden:

- Der Referent des Zivilschutzes (falls ernannt)
- Vertreter der lokalen Polizeikräfte bzw. der Gemeindepolizei
- Vertreter der Rettungsorganisationen
- Der Gemeinde- und der Tierarzt
- Techniker der Gemeinde/n
- Der Gemeindesekretär

Die Zusammensetzung der Gemeindeleitstelle muss basierend auf den während des Notfalls zu verwaltenden Funktionen bestimmt werden und darf nicht als Versammlung angesehen werden, die sich basierend auf den Kriterien der Repräsentivität zusammensetzt.
Während eines Notfalls ist es notwendig, sowohl die Situation in der Gemeindeleitstelle zu managen als auch die direkt im Notfallgebiet auftretenden kritischen Situationen zu bewältigen. Es ist demnach angebracht, dass die Führungskräfte der Rettungsorganisationen die Möglichkeit haben, sowohl bei den Arbeiten der GLS mitzuwirken als auch in dem betroffenen Gebiet vor Ort tätig zu sein.
Hierzu ist es beispielsweise sinnvoll, dass nur ein einziger Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr einer Gemeinde zum Vertreter der GLS ernannt wird und die anderen die taktisch-operative Koordinierung in dem betroffenen Gebiet übernehmen (siehe diesbezüglich Art. 48 Absatz 1 des Landesgesetzes 15/2002 und das Rundschreiben Nr. 9101 vom 07.11.1991).
Neben den Mitgliedern der GLS muss aus den zur Verfügung stehenden Humanressourcen (Gemeindeangestellte, Volontäre) eine Mannschaft zusammengestellt werden, welche die GLS bei ihren Aktivitäten in Bezug auf die administrative Verwaltung sowie bei den technisch-organisatorischen Tätigkeiten (Sekretariat, Buchhaltung, Angestellte unterschiedlicher Zugehörigkeit) unterstützt.
Die Gemeinde muss Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, in welchen im Notfall die Gemeindeleitstelle untergebracht werden kann und die sich in einem Gebäude befinden, welches durch die in dem Gebiet herrschenden Risiken nicht beeinträchtigt wird. Für den Fall, dass die für die GLS vorgesehenen Räume nicht begehbar sind, ist es darüber hinaus sinnvoll, alternative Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.
Die GLS sollte sich wenn möglich in einer Struktur befinden, die der Bevölkerung bekannt ist. Die Adresse muss sowohl den operativen Strukturen der Gemeinde als auch jenen der Provinz bekannt sein. Wenn sich das Rathaus als Sitz der GLS eignen sollte, könnte sie beispielsweise hier untergebracht werden. Die GLS muss sich nicht unbedingt in einer unabhängigen Struktur innerhalb eines öffentlichen Gebäudes befinden, sondern kann (vor allem in den kleineren Gemeinden) auch in Räumlichkeiten untergebracht sein, in denen normalerweise andere Aktivitäten der Gemeinde stattfinden (Sitzungssaal, Sekretariat, technisches Büro usw.).
Die Gemeindeleitstelle muss mit einem Minimum an Arbeitsinstrumenten (Telefon, Fax, Computer, Büromaterial usw.) ausgestattet sein und wenn möglich über eine unterbrechungsfreien Stromversorgung (USV) bzw. ein externes Versorgungssystem für den Notfall verfügen, um die Einsatzfähigkeit der GLS auch bei einem Stromausfall gewährleisten zu können. Das Gebäude, in dem die GLS untergebracht wird, muss groß genug sein, um folgende Strukturen unterbringen zu können:

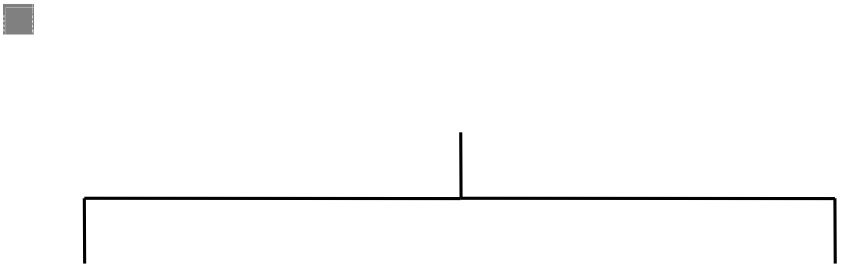
a. einen angemessen großen Sitzungssaal;
b. einen Raum für die Öffentlichkeitsarbeit;
c. einen Raum für die Telekommunikation;
d. sanitäre Einrichtungen und, wenn möglich, eine Küche bzw. einen Raum, in dem die Helfer etwas essen und trinken können.

Beim Notfallmanagement ist es grundlegend, für einen kontinuierlichen Informationsfluss von der Leitstelle nach außen und umgekehrt zu sorgen. Zu diesem Zweck ist es angebracht, dass die GLS während des Notfalls täglich einen Bericht verfasst, in welchem die für eine Übersicht über die Situation notwendigen Informationen veröffentlicht werden. Die Formulare für die Verwaltung dieser Informationen sind Teil der vorliegenden Richtlinien und werden zu einem späteren Zeitpunkt dargestellt.

## *1.5 Bindeglied zwischen den Planungsinstrumenten und den operativen Synergien*

In der Provinz Bozen sind drei verschiedene Ebenen für die Koordinierung von Notfällen vorgesehen: die Gemeinde, der Bezirk und die Provinz. In der Tat sind gemäß dem Landesgesetz 15/2002 drei Zivilschutzbehörden anerkannt: der Bürgermeister, der Bezirkspräsident der Freiwilligen Feuerwehr und der Landeshauptmann. Parallel zu letzterem ist für die staatlichen Zuständigkeitsbereiche der Regierungskommissar verantwortlich.
Beim Eintreten eines Notfalls auf Gemeindeebene muss der Bürgermeister bzw. sein Beauftragter unverzüglich das Lagezentrum der Berufsfeuerwehr von Bozen benachrichtigen, welches sowohl die operative Einheit als auch einen Bezugspunkt darstellt, der für den Landeszivilschutzdienst rund um die Uhr besetzt ist. Auf diese Weise kann die gesamte Situation konstant unter Kontrolle gehalten werden und darüber hinaus können gegebenenfalls Bezirksleitstellen und eine Landesleitstelle aktiviert und Maßnahmen ergriffen werden, die es ermöglichen, in einem effektiven Notfall schneller und effizienter auf die in der Peripherie auftretenden Problematiken reagieren zu können. Auf Bezirksebene ist diesbezüglich keine spezifische Planung vorgesehen.
Auf dieser Ebene werden ausschließlich die Tätigkeiten und die in dem entsprechenden Bezirk zur Verfügung stehenden Ressourcen koordiniert und die Informationen in Bezug auf das aktuell stattfindende Ereignis gesammelt, gefiltert, verarbeitet und organisiert, um die Anzahl der Ansprechpartner des auf Landesebene tätigen Zivilschutzes bei komplexen Notfallereignissen reduzieren zu können.

Auf Landesebene werden daher ausschließlich von den Gemeinden und der Provinz Zivilschutzpläne erstellt. Ausgenommen hiervon sind die spezifischen von den zuständigen Organen (Krankenhäuser, Stauanlagen, stark gefährdete Fabriken usw.) ausgearbeiteten Pläne. Auf Landesebene werden im Zivilschutzplan die Situationen herausgearbeitet, die einen ausgedehnten Notfall darstellen können bzw. Situationen, die zwar eingegrenzt aber aufgrund ihrer Natur besonders komplex sind und daher ein einheitliches Notfallmanagement benötigen. Im Notfallplan der Provinz müssen darüber hinaus auf Landesebene sämtliche lokal vorgesehenen Maßnahmen aufgeführt werden, um die verfügbaren Ressourcen effizient verwalten zu können. Die Gemeinde- und Provinzpläne müssen sich gegenseitig ergänzen und vervollständigen. Auf Landesebene müssen in dem Plan auf der einen Seite die Situationen berücksichtigt werden, die einen ausgedehnteren Notfall der einzelnen Gemeinden darstellen (auf interkommunaler bzw. subprovinzieller Ebene) und auf der anderen Seite die Situationen (auch auf lokaler Ebene), die ein höheres Risiko darstellen und die Notwendigkeit aufweisen, die Lage auf Gemeindeebene zu vertiefen. Auf Gemeindeebene muss hingegen eine gründliche Analyse der lokalen Gegebenheiten durchgeführt werden und eine größere Anzahl an Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Besondere Aufmerksamkeit muss demnach den Inhalten des Notfallplans der Gemeinden und im Besonderen den Punkten geschenkt werden, die mit dem Plan der Provinz in Konflikt geraten können. Dies gilt vor allem für die Aktivierung und den Einsatz der Ressourcen bzw. für die in besonderen Fällen für die entsprechenden Personen vorgesehenen Verantwortlichkeiten und Aufgabenbereiche.
Beim Notfallmanagement ist es darüber hinaus angebracht, die verschiedenen Verantwortlichkeitsebenen bzw. -bereiche herauszuarbeiten. Auf allgemeiner/politischer Ebene liegen die Verantwortlichkeiten beim Bürgermeister und beim Landeshauptmann. Als administrative/organisatorische Strukturen gelten hingegen die Leitstellen (GLS, BLS und LLS), das Landeskomitee für den Zivilschutz und die Abteilung Brand- und Zivilschutz der Provinz. Taktisch-operative Einheiten stellen hingegen der Feuerwehrdienst, die Notfallzentralen (die Landesnotrufzentrale 115-118, die Einsatzzentralen der Feuerwehr), die anderen Rettungsorganisationen, die technischen Einsatzleitungen am Ort des Ereignisses und private Unternehmen bzw. Behörden dar, die eventuell aktiv beim Notfallmanagement mitwirken.



# 2. Struktur des Plans

## 2.1 Die Organisation des Gemeindezivilschutzplans

Im Notfallplan sind viele unterschiedliche Daten und Informationen enthalten, die einer konstanten Aktualisierung unterzogen werden müssen. Aus diesem Grund muss der Plan so angelegt sein, dass die jeweiligen Situationen effizient eingeschätzt werden können sowie schnell Informationen gewonnen und diese mühelos aktualisiert werden können. Zu diesem Zweck ist der GZSP in verschiedene Teile unterteilt. Sämtliche Teile setzen sich aus mehreren Abschnitten zusammen. Die einzelnen Abschnitte sind wiederum in Anhänge unterteilt, welche die Grundeinheit des Plans darstellen. In sämtliche Anhänge können mehrere Texte bzw. Dokumente eingefügt werden, die aber in jeder Hinsicht ein einzelnes Element darstellen. Wenn die Anhänge aktualisiert bzw. einer Revision unterzogen werden, müssen sie ausgetauscht werden, da sie einen elementaren Bestandteil des Plans darstellen (siehe Kapitel in Bezug auf die Weiterentwicklung des Plans). Der Notfallplan für die Gemeinden ist in sechs Teile unterteilt:

1. **Allgemeiner Teil**

   Im allgemeinen Teil des Plans werden die Merkmale des Gemeindegebiets unter physischen, geographischen, anthropischen und infrastrukturellen Gesichtspunkten beschrieben sowie knapp die in diesem Gebiet herrschenden Risiken aufgeführt. Darüber hinaus wird im allgemeinen Teil die Vernetzung zu den anderen Planungs- und Programmierungsinstrumenten dargestellt. Zweck des allgemeinen Teils ist es, für die späteren Analysen, Beurteilungen und die im Plan angewandten Maßnahmen eine einleitende Beschreibung des untersuchten Gebietes abzugeben.

2. **Einsatzmodell**

   Im Einsatzmodell werden die Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche festgelegt, wobei eine natürliche Anwendung der einzelnen im Plan aufgeführten Verfahrensweisen vorgesehen ist. Das Einsatzmodell beschreibt die allgemeine Organisation des Notfallmanagements auf Gemeindeebene. Hier werden das allgemeine Alarmsystem, die Notfallniveaus, die entsprechenden Hauptmaßnahmen und die Kommunikationsflüsse für einen effizienten und konstanten Informationsaustausch definiert. Darüber hinaus werden die allgemeinen Verfahrensweisen, wie z.B. die Maßnahmen zum Schutz von Personen und Gütern, die Verwaltung des Verkehrs sowie die verwaltungstechnischen Aspekte definiert. Sämtliche für die verschiedenen Szenarien ausgearbeiteten spezifischen Verfahrensweisen müssen auf dieses Einsatzmodell Bezug nehmen.

3. **Szenarien**

   In diesem Teil werden sämtliche Phänomene und die hieraus für das Gemeindegebiet resultierenden andauernden Risiken studiert, analysiert, klassifiziert und detailliert aufgeführt. Es werden die Gefahren, die hieraus resultierende Verwundbarkeit der Strukturen und Personen sowie das Risiko basierend auf der Grundlage des entsprechenden Ereignisses identifiziert. Basierend auf den festgelegten Schwellen und den hieraus resultierenden Alarmstufen der einzelnen Ereignissenarien und basierend auf dem Einsatzmodell des zweiten Teils werden die von Fall zu Fall unterschied-lichen Verfahrensweisen definiert. Sämtliche Verfahrensweisen werden so realisiert, dass Verbindungen zwischen den verschiedenen Szenarien und eine natürliche Anwendung seitens des Notfallpersonals vorgesehen sind.

4. **Ressourcen**

   In diesem Teil werden sämtliche Daten in Bezug auf die Struktur des Zivilschutzes der Gemeinde sowie allgemeine Informationen, Adressen und Telefonnummern des übergemeindlichen Zivilschutzsystems gesammelt. Darüber hinaus sind in diesem Teil auch sämtliche Informationen in Bezug auf die Notfallgebiete und -strukturen, die Kommunikationssysteme, die Verzeichnisse der in einem Notfall einzusetzenden Materialien und Mittel sowie andere nützliche Informationen enthalten.

5. **Formulare**

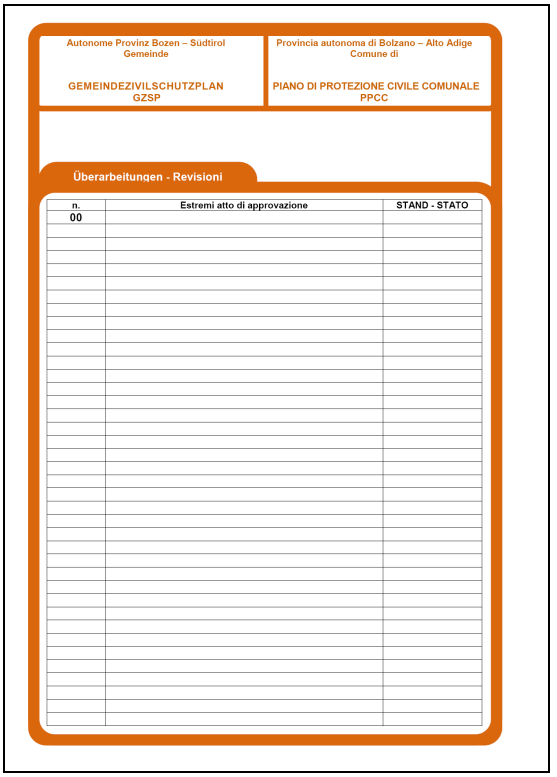
   In diesem Teil des Plans sind Modelle für die Vorbereitung der für die Zivilschutzverordnungen nützlichen Dokumente, Formulare für Nachrichten sowie andere Instrumente zum Sammeln und Verwalten der für das Notfallmanagement nützlichen Daten gesammelt.

6. **Rechtssammlung**

   In diesem Teil des Plans sind die für den Zivilschutz geltenden Richtlinien gesammelt, auf die Bezug genommen werden muss. Diese Sammlung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, gilt als Bezugspunkt, falls während eines Notfalls Zweifel in Bezug auf die erforderlichen Maßnahmen aufkommen sollten.

## 2.2 Das Deckblatt des Plans und der Stand des Dokuments

Für die Genehmigung und Aktualisierung bzw. Revision des Zivilschutzplans für die Gemeinden sind zwei Elemente von grundlegender Bedeutung: das Deckblatt des Plans und der Stand des Dokuments. Das Deckblatt des Plans muss jedes Mal dann erneuert werden, wenn der Plan einer Genehmigung bedarf und von dem entsprechenden Gemeindeorgan erneut genehmigt wird. Das Deckblatt des Plans setzt sich aus zwei Seiten zusammen:




Die erste Seite des Deckblatts des Notfallplans enthält sämtliche Informationen in Bezug auf die Gemeinde und auf den Genehmigungsbeschluss sowie die Informationen über denjenigen/diejenigen, der/die den Plan ausgearbeitet hat/haben. Auf der zweiten Seite des Deckblatts ist das chronologische Verzeichnis der Revisionen des Plans aufgeführt, aufgrund derer eine neue Genehmigung seitens der zuständigen Organe notwendig war. Das Modell des Deckblatts des Notfallplans befindet sich im Anhang. Ein weiteres Element, das zum Zurückverfolgen der Änderungen notwendig ist (sowohl Revisionen als auch Aktualisierungen), ist der Stand des Dokuments. Der Stand des Plans umfasst das Verzeichnis sämtlicher Elemente des Plans, inklusive dem Datum, an welchem dieser verfasst wurde. Bei der ersten Version des Plans sind unter dem Stand des Dokumentes sämtliche Anhänge mit dem Datum aufgeführt, an welchem diese zum ersten Mal erstellt wurde. Der Stand des Dokumentes ist vor allem dann nützlich, wenn Aktualisierungen und Revisionen an dem Plan vorgenommen werden, da es in diesem Fall dann ausreicht, die veränderten Anhänge auszutauschen, ohne den gesamten Plan erneut drucken zu müssen. Darüber hinaus kann anhand des Stands des Dokumentes von Fall zu Fall überprüft werden, ob es sich bei der eigenen Kopie des Plans um eine aktuelle Version handelt. Ein weiterer Vorteil des neuen Elements „Stand des Notfallplans“ besteht darin, dass es, wenn es notwendig ist, an die entsprechenden Empfänger eine Kopie der Aktualisierung des Plans zu verteilen, ausreicht, diesen die abgeänderten Anhänge zusammen mit dem aktualisierten Stand zukommen zu lassen, in welchem u.a. auch die Verteilerliste aufgeführt ist. Wenn das Dokument einer Revision unterzogen wird, muss lediglich das neue Deckblatt hinzugefügt werden. Darüber hinaus enthält die erste Seite des Dokumentestands sowohl die Daten in Bezug auf den entsprechenden Stand als auch die Unterschrift des mit der Verteilung der Aktualisierungen Beauftragten (siehe Kapitel 4) sowie das Verzeichnis jener Personen, an welche die Aktualisierungen verteilt werden müssen. Auf der zweiten und den folgenden Seiten des Dokumentestands ist dann lediglich das Verzeichnis der Anhänge des Plans mit dem entsprechenden Stand aufgeführt. Wenn der Plan beispielsweise am 31.12.2008 erstellt und dann am 20.11.2009 nur der Anhang 4.3.3 in Bezug auf die Aufnahmestrukturen für den Notfall geändert wurde, so wird unter dem Stand des Dokumentes auf der ersten Seite angegeben, dass die Elemente des Plans dem Stand vom 20.11.2009 entsprechen, auf sämtlichen Anhängen - außer dem Anhang 4.3.3 - ist als aktueller Stand der 31.12.2008 angegeben, wohingegen der aktuelle Anhang 4.3.3 auf den 20.11.2009 datiert ist. Auf diese Weise kann gewährleistet werden, dass die Aktualisierungen des Notfallplans für die Gemeinden über seinen gesamten Lebenszyklus auf sichere, flexible und wirtschaftliche Weise vorgenommen werden.

Autonome Provinz Bozen – Südtirol
Gemeinde
GEMEINDEZIVILSCHUTZPLAN
GZSP
Provincia autonoma di Bolzano – Alto Adige
Comune di
PIANO DI PROTEZIONE CIVILE COMUNALE
PPCC
STAND DES PLANES
Die Elemente des vorliegenden Notfallplans entsprechen dem aktuellen Stand von
STATO DEL PIANO
Gli elementi del presente piano di emergenza corrispondono allo stato del
GG.MM.AAAA
Unterschrift - Firma
Verteilerliste - Lista di distribuzione
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20.
21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40.
Mod. Rev. Agg. Cod. Pag X/Y

Autonome Provinz Bozen – Südtirol
Gemeinde
GEMEINDEZIVILSCHUTZPLAN
GZSP
Provincia autonoma di Bolzano – Alto Adige
Comune di
PIANO DI PROTEZIONE CIVILE COMUNALE
PPCC
STAND - STATO
IND. | TITEL - TITOLO | STAND - STATO
Mod. Rev. Agg. Cod. Pag X/Y

Der Gemeindezivilschutzplan kann darüber hinaus fakultativ auch mit einer Grafik auf dem externen Deckblatt des entsprechenden Ordners versehen werden, die zwar keinen offiziellen Wert hat, aber auf Landesebene standardisiert ist. Im Folgenden sowie in dem entsprechenden Anhang wird die für dieses Deckblatt und den Rücken der Ordner anzuwendende Graphik angegeben. Wenn der Ordner orangefarben ist, muss die Graphik, wie angegeben, in weiß und blau realisiert werden. In diesem Fall ist es nicht unbedingt notwendig, dass die Grundfarbe des Ordners gemäß den vorliegenden Richtlinien exakt der vom Corporate Design vorgesehenen Farbe entspricht, sie kann auch einen ähnlichen Orangeton haben. Sollte der Ordner mit anderen Grundfarben realisiert worden sein, müssen diese Graphiken auf den Ordnern des Notfallplans für die Gemeinden angebracht werden. Auf der Rückseite ist keine spezifische Graphik vorgesehen. Sollte auf der Rückseite hingegen eine Graphik realisiert werden, muss hier die für das Deckblatt vorgesehene graphische Gestaltung eingesetzt werden.

PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO – ALTO ADIGE
PIANO DI PROTEZIONE CIVILE COMUNALE PPCC
VARNA
CARTELLA
1
PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO – ALTO ADIGE
PIANO DI PROTEZIONE CIVILE COMUNALE PPCC
VARNA
CARTELLA 1

Mittels dieser Richtlinien soll ein einheitliches Bild sämtlicher Instrumente zur Planung des Zivilschutzes in der Provinz Bozen eingeführt werden. Da die Farben des Zivilschutzes Orange und Blau sind, wurden diese sowohl bei der graphischen Gestaltung der Notfallpläne des Zivilschutzes als auch bei den Plänen der Provinz angewandt, wobei für die ersten vorwiegend die Farbe Orange und bei letzteren vorwiegend die Farbe Blau eingesetzt wurde. Auf diese Weise sind die Pläne sowohl in Bezug auf ihre Lesbarkeit als auch hinsichtlich ihrer Konsultation homogen, sie sind aber auch auf den ersten Blick identifizierbar und unterscheidbar. Weitere Informationen zur graphischen Form des Plans sind in Kapitel 3 aufgeführt.

# 2.3 Die Inhalte des Gemeindezivilschutzplans

Wie bereits zuvor erwähnt, sind sämtliche Teile, aus denen sich der Notfallplan für die Gemeinden zusammensetzt, in Abschnitte und Anhänge unterteilt. Im Folgenden werden die Hauptelemente sämtlicher Teile dargestellt, aus denen sich der Notfallplan für die Gemeinden zusammensetzen muss. Darüber hinaus werden Angaben zu den Modalitäten für die Realisation der Inhalte gegeben.

## 2.3.1 Teil 1: Allgemeiner Teil

Im ersten Teil des Plans bzw. im Hauptteil werden die einführenden und die für die Entwicklung und Interpretation des restlichen Dokuments vorbereitenden Informationen aufgeführt.

**Abschnitt 1.1 Physische Einstufung**

Bevor mit der Planungstätigkeit begonnen werden kann, muss die territoriale Einordnung vorgenommen werden. Hierbei handelt es sich um die direkte Untersuchung der physischen und anthropischen Gesichtspunkte des Gemeindegebiets und seiner folgenden Darstellung.
Hierzu ist eine allgemeine Übersicht der Merkmale des Gemeindegebiets notwendig, wobei ein besonderes Augenmerk auf die geographischen und umwelttechnischen Merkmale sowie auf die sozio-ökonomische Entwicklung gelegt werden muss. Bei den Angaben müssen die wichtigsten Aspekte sämtlicher Themen berücksichtigt und diese anhand von knappen und leicht verständlichen Beschreibungen dargestellt werden. Darüber hinaus werden in diesem Abschnitt auch die orographischen, hydrographischen und hydrogeologischen Eigenschaften des untersuchten Gebiets beschrieben. Unter Berücksichtigung der Art der Umgebung, die ein Provinzgebiet kennzeichnet, in dem Katastrophenereignisse häufig auf das Auftreten hydrogeologischer Phänomene zurückzuführen sind, müssen die hydrographischen Eigenschaften bestimmt werden, wozu die Wassermengen der wichtigsten Bäche analysiert werden müssen und überprüft werden muss, ob sie Hochenergiephänomenen unterliegen. Darüber hinaus müssen die allgemeinen klimatischen Bedingungen und die das Gebiet kennzeichnende meteorologische Struktur berücksichtigt und sowohl die monatlichen flüssigen als auch die festen Niederschläge und die monatlichen Temperaturen analysiert werden In Fällen, in denen die Gefahrensituationen durch Winde beeinflusst werden können, müssen die meteorologischen Analysen auch auf dieses Phänomen ausgeweitet werden. Diese Analysen müssen durch technische Karten unterstützt werden, mithilfe derer die unterschiedlichen beschriebenen Phänomene erfasst werden können:

| Anhang | Beispiel Inhalte |
|---|---|
| **Anhang 1.1.1**<br>**Geographische Position** | • Allgemeine Karte der Grenzen des Provinz- und des Gemeindegebietes, Einordnung und Kurzbeschreibung des Gemeindegebiets<br>• Namen Gemeinde, Stadtteile, Ortschaften<br>• Sitz des Rathauses<br>• Daten Blattschnitt technische Karte und Ortofotokarte der Provinz;<br>• Verwaltungstechnische Grenzen, angrenzende Gemeinden, geschlossene Ortschaften und Stadtteile<br>• Oberfläche in $km^2$<br>• Minimale und maximale Höhe des Gemeindegebiets (auch mittels Höhenmessungen), in Höhenzonen unterteilte Oberfläche (auch prozentual zur Gesamthöhe) |
| **Anhang 1.1.2**<br>**Geologie** | • Karten für die Bodennutzung<br>• Geologische Karte ev. auch vereinfacht<br>• Klassifizierung der Erdbebengebiete |
| **Anhang 1.1.3**<br>**Hydrologie** | • Im Gemeindegebiet vorhandene Einzugsgebiete (Name, Länge des Hauptlaufs, mittlere Höhe)<br>• Eventuell auf dem Gebiet vorhandene Messinstrumente wie Regen- und Wasserstandmesser müssen aufgeführt werden<br>• Entlang des Flussbetts befindliche Stau- und Schutzwerke<br>• Kritische Punkte entlang des Flusses (Punkte für die Durchquerung usw.) |
| **Anhang 1.1.4**<br>**Klima und Vegetation** | • Statistische meteorologische und hydrologische Daten (Temperaturen, Niederschläge, Winde, Abflüsse)<br>• Daten über eventuell in dem Gebiet vorhandene Messstationen<br>• Abdeckung des Gebietes<br>• Naturschutzgebiete<br>• Vorhandene Pflanzenkulturen |

### Abschnitt 1.2 Anthropische Beschreibung des Gebiets

In diesem Abschnitt werden die territoriale Organisation der Gemeinde und die wichtigsten Eigenschaften in Bezug auf die Art und den Grad der Erschließung herausgearbeitet. Bei der Beschreibung kann auf eine entsprechende Karte zurückgegriffen werden, auf der sowohl einige der wesentlichen Informationen als auch knappe Texte und Daten in Tabellenform aufgeführt werden.

| Anhang | Minimale Inhalte |
|---|---|
| **Anhang 1.2.1 Demographische Daten** | • Anzahl der in dem Gebiet anwesenden und wohnhaften Personen sowie die Anzahl der Personen, die abhängig von der jeweiligen Saison anwesend sind<br>• Datenblätter, in denen die für den Zivilschutz wichtige Daten aufgeführt werden (Anzahl der Personen, Familien), Statistische Daten über Betreuungsbedürftige Personen (ohne personenbezogene Daten)<br>• Verteilung über homogene Gebiete (Alter<15, 15<Alter<65, Alter>65, betreuungsbedürftig) |
| **Anhang 1.2.2 Mobilität** | • Staats-, Landes- und Gemeindestraßen, Straßendomänen und Forstwege (Karte und Verzeichnis)<br>• Parkplätze und zum Parken von Wohnmobilen ausgestattete Zonen<br>• Öffentliche Transportmittel (Busse, Bahnhöfe, Haltstellen usw.)<br>• Autobahnen, Mautstellen, Tankstellen, Auffahrten, Kritische Punkte im Straßennetz (Tunnel, Beschränkungen, Brücken usw.)<br>• Flughäfen, Helikopterlandeplätze, Heliports<br>• Seilbahnen und Skilifte |
| **Anhang 1.2.3 Wesentliche Dienste** | • Stromnetz<br>• Gasnetz, Fernheizung<br>• Trinkwassernetz, Kanalisation, Hydranten, Kläranlagen, Gruben und Quellen<br>• Telekommunikationsnetze, -deckung und -infrastrukturen<br>• Abfallsammlung, -aufbereitung, -entsorgung (Mülldeponien, -verbrennungsanlagen, Wiederverwertung, usw.) |
| **Anhang 1.2.4 Produktionstätigkeiten** | • Industrie, Handwerkliche Produktionstätigkeiten usw<br>• Kommerzielle Tätigkeiten<br>• Touristische Aktivitäten |

### Abschnitt 1.3 Strategische und relevante Strukturen

In diesem Abschnitt des Plans werden die Gebäude und strategischen bzw. für den Zivilschutz wichtigen Infrastrukturen aufgeführt und anhand von Datenblättern, Kurzbeschreibungen und Karten dargestellt.
Unter strategischen Strukturen sind die Gebäude bzw. Infrastrukturen zu verstehen, die in einem Notfall grundlegend sind, um die Situation wirkungsvoll bewältigen zu können. Zu dieser Klasse von Strukturen zählen der Sitz der Gemeindeleitstelle, Zufahrts- und Kommunikationswege, ohne welche die Ortschaften die eventueller Rettungsmaßnahmen bedürfen, nicht erreicht werden können, Lager mit Materialien und Mitteln für den Notfall, die Niederlassungen der Rettungsorganisationen, Richtfunk bzw. Netze zur Verbreitung der wesentlichen Dienste.
Unter wichtigen Strukturen sind hingegen sämtliche Gebäude bzw. Infrastrukturen zu verstehen, deren vollständige bzw. teilweise Beschädigung infolge eines natürlichen bzw. durch den Menschen verursachten Katastrophenereignisses bedeutende Auswirkungen auf einen Großteil der Bevölkerung hat (Stauanlagen, Krankenhäuser, Schulen usw.).

| Anhang | Beispiele |
|---|---|
| **Anhang 1.3.1 Strategische Komplexe und Infrastrukturen** | • Dienstsitze von Rettungsorganisationen, Kasernen bzw. Dienststellen der Polizei- und Streitkräfte<br>• Leitstellen des Zivilschutzes (GLS, BLS, LLS)<br>• Straßenwärterhäuschen, Forststationen<br>• Flughäfen, Heliports, Flugfelder und Helikopterlandeplätze<br>• Strukturen für die Erzeugung, den Transport und die Verteilung von elektrischer Energie (ausschließlich für Hochstromanlagen), Strukturen für die Übermittlung und Mitteilung von Daten<br>• Brücken und Tunnel mit einem durchschnittlichen Tagesverkehr (DTV) von 16 000 Einheiten oder mehr und einem Oberlicht von 20 Meter oder weiter;<br>• Technische Büros, Verwaltungs- und Finanzierungsbüros, Büros der Dienstleister<br>• Sportanlagen und -plätze, Fitnesszentren, Kongresszentren, Kinos, Theater, Diskotheken<br>• Schulgebäude |
| **Anhang 1.3.2 Relevante Komplexe und Infrastrukturen** | • Veranstaltungsorte (Theater, öffentliche Räumlichkeiten für Schauspiele, Tagungen und Veranstaltungen)<br>• Einkaufszentren, Kaufhäuser und überdachte Märkte<br>• Talsperren, Stauanlagen und Tanks, Leitungen und Hochwasserdosiersperren;<br>• Stark brandgefährdete Anlagen gemäß Gesetzesdekret 334/99;<br>• Sozio-sanitäre Strukturen (Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser, Privatkliniken, Zentren für Langzeitpatienten, Rehabilitationszentren)<br>• Sportzentren (öffentliche Schwimmbäder, Sportplätze, Sporthallen)<br>• Religiöse Gebäude, Kirchen und Kultstätten<br>• Öffentliche und private Schulen jeglicher Art, Bibliotheken<br>• Fernheizungs-, Sammel-, Verbrennungs- bzw. Müllentsorgungs- und Wasseraufbereitungsanlagen<br>• Bahnhöfe und Bushaltestellen in Ortschaften |

In diesen beiden Anhängen des Plans müssen die Daten knapp und allgemein gefasst sein. Die spezifischen Informationen in Bezug auf die Risiken und die verfügbaren Ressourcen werden hingegen in Teil 4 des Plans aufgeführt. Die in diesem Teil des Plans dargestellten Daten sind unter anderem als Kartengrundlage bzw. als sofort verfügbare Daten für die Analyse und das Management von besonderen nicht im Plan vorgesehenen Situationen, für die Vorbereitung von informativen Dokumenten und die Vorbereitung von Trainingseinheiten nützlich. In Kapitel 3 werden die Modalitäten für die Darstellung der strategischen und wichtigen Gebiete und Strukturen aufgeführt.

### Abschnitt 1.4 Risikominderung

Viele der in einem bestimmten Gebiet stattfindenden Katastrophenereignisse haben sich bereits in der Vergangenheit ereignet. Hierzu zählen vor allem die hydrogeologischen Phänomene, wie Überschwemmungen, Erdrutsche und Lawinen. Es ist also nützlich, die historischen Ereignisse zu analysieren, um die aktuell für das Gemeindegebiet herrschende Gefahr besser einschätzen zu können. Die Analyse der historischen Ereignisse kann durch das Sammeln von in den Bibliotheken der Gemeinde bzw. der Provinz oder bei anderen Behörden erhältlichen Informationen (Genossenschaften, Eisenbahn usw.) durchgeführt werden. Diesbezüglich muss berücksichtigt werden, dass für einige Phänomene bereits historische Daten verfügbar sind, die von der Autonomen Provinz Bozen verwaltet werden, wie z.B. die Daten in Bezug auf Erdrutsche und Lawinen bzw. andere Naturphänomene. Mittels dieser Analyse können auch Informationen in Bezug auf die zu erwartenden Schäden gewonnen werden. In diesem Fall muss mit den Informationen zum Bestimmen der Schäden sehr vorsichtig umgegangen werden. Der Schaden des in der Vergangenheit eingetretenen Ereignisses kann sich von jenem des aktuellen Notfalls unterscheiden, da die betroffenen Strukturen mit einer höheren Beständigkeit wiedererrichtet bzw. Schutzbauten oder Strukturen errichtet worden sein können, welche die Gefährlichkeit eventueller neuer Ereignisse abschwächen. Auf der anderen Seite könnte der anthropische Druck in der Zwischenzeit zugenommen haben, d.h. dass sich die Vorfälle in der Vergangenheit in relativ gering bevölkerten Gebieten ereignet haben und demnach geringere Folgen hatten als die aktuellen Ereignisse, die aufgrund des erhöhten Risikos und der steigenden Verwundbarkeit schwerwiegendere Folgen haben können. Darüber hinaus muss eine vollständige Übersicht der Gebiete vorliegen, die, um die Risiken zu mindern, durch entsprechende Eingriffe und Bauwerke (z.B. Felsabräumungen, Netze bzw. Sammelbecken) geschützt worden sind. Zu diesem Zweck ist es nützlich, die im Gemeindegebiet vorhandenen Schutz- und Verteidigungsbauwerke zu ermitteln. Für sämtliche Bauwerke müssen der Effizienzstatus, der Verantwortliche für die Wartung sowie die geplante vorbeugende Wartung angegeben werden, falls diese geplant ist. Das Finden der notwendigen Informationen kann erleichtert werden, indem sich die entsprechenden Personen an die zuständigen Büros der Provinz bzw. an die anderen territorialen Behörden wenden, die mit der Realisierung der Bauwerke beauftragt waren. Die gezählten Bauwerke müssen eventuell vereinfacht auf den entsprechenden Karten aufgeführt werden. Die Aktivitäten, mit denen das Risiko gemindert werden kann, können durch den Vergleich der Bedingungen und des Grads der Erschließung des Gemeindegebiets programmiert werden. Dieses Programm hat den Zweck, den höchstmöglichen Schutzgrad für das Gebiet zu erreichen, wobei den Menschen besondere Bedeutung beigemessen wird. Eine der wichtigsten Rollen des Bürgermeisters und der Gemeinde ist die Verwaltung der Informationen, die an die Bevölkerung weitergeleitet werden. Die Information der Bevölkerung ist von grundlegender Bedeutung für das Gelingen der Notfallpläne der Gemeinden. Hierzu müssen die Nachrichten unmissverständlich und klar verbreitet werden, so dass die Bevölkerung das Risikogebiet rechtzeitig verlassen bzw. die entsprechenden geplanten Selbstschutzmaßnahmen ergreifen kann. Es kann nützlich sein, die Bevölkerung hervorzuheben, die in einem Notfall nicht von den Informationsnetzen erreicht werden kann (Reichweite der Sirenentöne). Es ist angebracht, die verfügbaren Kommunikationsmittel, wie Telefonfestanschlüsse, Mobiltelefone, Funksysteme, Fernsehen usw. und ihre Reichweite, hervorzuheben. Darüber hinaus ist es wichtig hervorzuheben, ob sich die entsprechenden Infrastrukturen (Richtfunk, Antennen usw.) in den Gefahrenzonen befinden und ob sie Beschädigungen unterliegen können, die in einem Notfall ihre Funktionstüchtigkeit beeinträchtigen können.

| Anhang | Beispiele |
|---|---|
| **Anhang 1.4.1**<br>**Historische Analyse der Ereignisse** | • Art des Phänomens, welches das entsprechende Gemeindegebiet am häufigsten trifft<br>• Kennzeichnung der Parameter, mit welchen die Gefährlichkeit, die Intensität und die Häufigkeit der verschiedenen Phänomene sowie die am stärksten den Phänomenen ausgesetzten Gebiete festgelegt werden |
| **Anhang 1.4.2**<br>**Schutzbauten** | • Die im Gemeindegebiet vorhandenen Schutz- und Verteidigungsbauwerke<br>• Heruntergekommene und daher wenig effiziente Bauwerke; sehr viel zu klein bemessene Bauwerke; Bauwerke, die nicht regelmäßig gewartet werden |
| **Anhang 1.4.3**<br>**Programmierung der Aktivitäten für die Risikominderung** | • Die Gebiete, in denen Schutz- und Verteidigungsstrukturen notwendig sind, vor allem in den Zonen, in denen die Personen einem höheren Risiko ausgesetzt sind<br>• Studien, die aktiviert werden müssen, um die Analyse der höheren Risiken zu vertiefen<br>• Gebiete, in denen Überwachungssysteme aktiviert werden müssen<br>• Zeiten und Kosten für die Realisierung eines Programms zur Risikominderung |
| **Anhang 1.4.4**<br>**Warnung und Information der Bevölkerung** | • Vorbeugende Information der Bevölkerung, gleichzeitige Nutzung des Plans<br>• Deckung der Informations- und Warnsysteme<br>• Reichweite der Telekommunikationsnetze<br>• Verwundbarkeit der Kommunikationsnetze bzw. Warnung vor den verschiedenen Gefahren |

## 2.3.2 Teil 2: Einsatzmodell

Es ist grundlegend, dass das Notfallsystem so effizient wie möglich organisiert ist. Umso besser die Leitsysteme und die verfügbaren Ressourcen für die unterschiedlichen potentiell in dem Gemeindegebiet denkbaren Szenarien organisiert und vorbereitet werden, desto effizienter und schneller kann beim Eintreten eines Notfalls eingegriffen werden. In diesem Teil des Zivilschutzplans für die Gemeinden werden die allgemeinen Regeln für die Funktionstüchtigkeit jenes Instruments festgelegt, mit welchem der Zivilschutz im Falle eines Notfallereignisses eingreift. Im folgenden dritten Teil des Plans werden die einzelnen für die Aktivitäten des Zivilschutzes interessanten Szenarien analysiert.
Es gibt aber natürlich auch Verfahren, die für verschiedene Szenarien gültig sind, wie beispielsweise die Organisation der Evakuierung und der darauf folgenden Betreuung der Bevölkerung sowie die Organisation der Arbeiten der Gemeindeleitstelle, die Verwaltung der Informationen und die Befahrbarkeit der Straßen. Diese allgemeinen Verfahren werden im Einsatzmodell definiert. Die Analyse und Definition dieser allgemeinen Verfahren bringt einige Vorteile mit sich: Da sie häufiger als die bei Einzelszenarien gewählten Verfahren angewendet werden, können sie leichter verarbeitet, verstanden und umgesetzt werden, wodurch sie verständlicher sind und in einem Notfall einfacher angewandt werden können. Darüber hinaus machen sie die für die Einzelszenarien angewandten Verfahren schneller und zielgerichteter und sie können während eines Notfalls unterschiedlichen Personen zugeteilt werden, welche die einzelnen Verfahren basierend auf den ihnen zugeordneten Tätigkeiten zwar autonom, aber dennoch im Rahmen des Systems für das Notfallmanagement koordiniert, anwenden. Abschließend sieht man, dass dies auch für die im dritten Teil des Plans definierten Szenarien gilt, in welchem die Absicht der vorliegenden Richtlinien noch eindeutiger ist: die Realisierung unterschiedlicher schneller und einfach anwendbarer Verfahren, die aber miteinander verbunden sind und problemlos perfektioniert und parallel zueinander verwaltet werden können.

### Abschnitt 2.1: Führungsmodell

In Abschnitt 2.1 wird das so genannte Führungsmodell analysiert und beschrieben, in welchem die mit dem Treffen von Entscheidungen beauftragten Organismen des Zivilschutzes sowie ihre Aufgaben festgelegt werden und die allgemeine Organisation bestimmt wird, mit welcher in den verschiedenen Phasen eines Notfallereignisses vorgegangen werden muss. Das Einsatzmodell setzt sich aus den Mechanismen für das Management jener vorrangigen Ziele zusammen, die der Bürgermeister in seiner Funktion als Gemeindebehörde des Zivilschutzes zum Bewältigen einer Notfallsituation verwalten muss.

| Anlagen | Beispiele |
|---|---|
| **Anlage 2.1.1 Warn- und Alarmstufen** | • Alarmstufen<br>• Matrix Tätigkeiten/Verantwortlichkeit<br>• Subsidiarität im Notfall: Verhältnis zwischen den lokalen Notfällen und den übergemeindlichen Notfällen |
| **Anlage 2.1.2 Gemeindeleitstelle** | • Organisationsstruktur der Gemeindeleitstelle<br>• Organisation der Stabsarbeit<br>• Verhältnis zwischen GLS, Direktionen der Einsatztechniken und Strukturen des Landes |
| **Anlage 2.1.3 Alarmierugssystem** | • Aktivierungsprozess im Notfall<br>• Aktivierung Inbetriebnahme und Schließung der GLS<br>• Aktivierung Katastrophenschutzdienst auf Provinzebene |
| **Anlage 2.1.4 Informationsflüsse im Notfall** | • Kommunikationssysteme<br>• Verwaltung der Informationsflüsse während eines Notfalls<br>• Aktive Überwachung |

Der erste Anhang dieses Abschnitts dient der allgemeinen Identifikation sämtlicher an dem Management der Notfallsituation beteiligten Personen und dem Kodifizieren der Modularität der Reaktion auf ein Notfallereignis. Wie im Folgenden zu sehen ist, muss das Zivilschutzsystem sowohl basierend auf der zeitlichen Entwicklung als auch basierend auf der Tragweite der Ereignisse diversifiziert organisiert werden.
In der Provinz Bozen wurden 4 Notfallniveaus standardisiert: NULL bzw. Normalität, ALFA bzw. Achtung, BRAVO bzw. Voralarm CHARLY bzw. Alarm. Sämtliche Niveaus entsprechen einer Farbe, die dazu dient, die verschiedenen Situationen innerhalb des Plans (grün, gelb, orange und rot) schnell identifizieren zu können.
Daher müssen von allen operativen Zivilschutzstrukturen und -behörden folgende 4 Notfallniveaus vorgesehen werden, denen basierend auf dem entsprechenden Szenarium differenzierte Maßnahmen entsprechen müssen.
Die Organisation des Notfalls in verschiedene Phasen eignet sich vor allem für vorhersehbare bzw. teilweise vorhersehbare Katastrophenereignisse, wie beispielsweise hydrogeologische Phänomene. Der Übergang von einer Notfallphase zur anderen wird durch das Überschreiten von Schwellen bzw. vorbestimmten Ereignissen bestimmt. Wie bereits beschrieben, ist diese Kodifizierung sowohl für die Gemeinde- als auch für die Provinzpläne standardisiert.

| Stufe | Beschreibung |
|---|---|
| **„NULL“ NORMALITÄT** | Kein Ereignis bzw. Ereignisse, die aufgrund ihrer Natur und Ausdehnung mit den gewöhnlichen Mitteln verwaltet werden können (die Landesnotrufzentralen 115 und 118, Polizeikräfte usw.) bzw. das Fehlen von für das Zivilschutzsystem wichtigen Ereignissen (in welche die Bevölkerung nicht einbezogen wird). Wenn dies bei der Planung für notwendig befunden wird, muss der Zivilschutz von besonderen Ereignissen in Kenntnis gesetzt werden. |
| **„ALFA“ ACHTUNG** | Dieses Niveau wird aktiviert, wenn ein Ereignis erwartet wird, bei welchem der Zivilschutz eingreifen muss. Bei diesem Niveau werden sämtliche mit dem Notfallmanagement beauftragten Strukturen in die Lage versetzt, sich rechtzeitig auf das eventuell zu erwartende Ereignis vorzubereiten. Hauptzweck dieses Notfallniveaus ist es, den mit den Notfallereignissen verbundenen Überraschungseffekt so weit wie möglich zu reduzieren. Hierbei wird die Betriebsfähigkeit der Mittel und Geräte überprüft, die Möglichkeit, Urlaub zu nehmen, reduziert, es werden die Bereitschaftsschichten verstärkt, die eventuell notwendigen Telefonnummern, Handbücher bzw. Notfallpläne bereit gelegt, der Informationsaustausch verstärkt und die Erreichbarkeit gewährleistet. |
| **„BRAVO“ VORALARM** | Dieses Notfallniveau entspricht einem bereits stattfindenden Ereignis, von welchem die Gesamtbevölkerung betroffen ist und welches ein koordiniertes Management erfordert. Es handelt sich trotz allem noch um ein gewöhnliches Notfallereignis, bei welchem der Bürgermeister den Einsatz koordiniert und sich hierzu der im eigenen Gebiet verfügbaren operativen Strukturen bedient. In dieser Phase ist es erforderlich, dass der Bürgermeister auch zum Lagezentrums der Provinz und den Referenten der betroffenen Organisationen und Strukturen konstant Kontakt hält und sämtliche Maßnahmen ergreift, um die Unannehmlichkeiten und Gefahren für die Bevölkerung auch vorbeugend so weit wie möglich zu reduzieren. Darüber hinaus müssen die im Falle einer Verschlechterung der Situation potentiell aktivierbaren Ressourcen überprüft und eine permanente Überwachung der potentiell riskanten Situationen gewährleistet werden. |
| **„CHARLY“ ALARM** | Dieses Niveau entspricht einer Situation, in welcher die Ereignisse bereits auf weiter Ebene im Gang sind und sich intensivieren, wodurch es notwendig ist, den Notfall über die hierfür von der Gemeindeleitstelle identifizierte Leitstruktur koordiniert zu verwalten. In dieser Phase wird eine Gemeindeleitstelle aktiviert, von welcher aus sämtliche Operationen verwaltet werden, zu denen beispielsweise die Betreuung der Bevölkerung, die Verwaltung der Sammelzonen der Rettungsdienste, die Aktivierung von Einheiten gegen Plündrereien sowie sämtliche zum Bewältigen der Situation notwendigen anderen Maßnahmen zählen. Nach ihrer Aktivierung wird die Gemeindeleitstelle zum Bezugspunkt für die auf dem Gemeindegebiet befindlichen „Direktionen Einsatztechniken“ sowie für die übergemeindlichen Strukturen (Bezirksleitstelle, Landesleitstelle, Lagezentrum usw.). |

Bei einem ausgedehnten bzw. komplexen Notfall kann die Situation der Gemeinden auf provinzieller Ebene auf diese Weise problemlos definiert, im Falle mehrere betroffener Gemeinden können die Bezirksleitstellen gemäß Landesgesetz 15/2002 aktiviert und diesen die notwendige Unterstützung gewährleistet werden.
Im zweiten Anhang werden die allgemeinen Verfahren für die Aktivierung und den Betrieb der Gemeindeleitstelle definiert. Mittels einer Checkliste und anhand von Algorithmen werden sämtliche sowohl aus technischer als auch aus organisatorischer Sicht für die Aktivierung der GLS vorbereitenden Tätigkeiten sowie die Modalitäten für ihre Verwaltung über einen längeren Zeitraum kodifiziert. Hierbei werden vor allem der Fluss der internen Informationen an die GLS und die Modalitäten beschrieben, mit denen die getroffenen Entscheidungen und die ergriffenen Maßnahmen sowie die Aufgaben der effektiven Mitglieder der GLS und das Hilfspersonal verfolgt werden.
Das Alarmsystem des dritten Anhangs beschreibt die beim Eintreten eines bestimmten Ereignisses gemäß den zuvor vorgesehenen Modalitäten zu ergreifenden Maßnahmen. Für sämtliche Notfallphasen müssen die Alarmverfahren und die Modalitäten für ihre Aktivierung und Verbreitung definiert werden. In diesem Anhang werden die Modalitäten für die Einberufung der Mitglieder der Gemeindeleitstelle, des gesamten notwendigen Personals und der verschiedenen operativen Strukturen schematisch dargestellt. Darüber hinaus werden die Modalitäten zum Anfordern des Einsatzes der übergemeindlichen Strukturen bzw. der verschiedenen Dienste der Landesverwaltung definiert.
Im letzten Anhang werden schließlich die Modalitäten für den Austausch von Informationen zwischen den verschiedenen beteiligten Strukturen kodifiziert, sobald diese aktiviert worden sind (zum Beispiel während der Überwachung eines im Gang befindlichen Phänomens).
Für sämtliche Alarmstufen muss sowohl der Informationsaustausch mit den Einheiten vor Ort als auch mit den anderen Koordinationszentren definiert werden: angrenzende Gemeinden, Landesnotfallzentralen, Bezirks- und Landesleitstellen. Große Bedeutung muss in diesem Anhang auch den verschiedenen technologischen Informationskanälen und deren Nutzung beigemessen werden. Hierbei müssen die notwendigen Redundanzen berücksichtigt und vor allem die Modalitäten für die Dokumentation der während der Bewältigung eines Notfalls erteilten Mitteilungen definiert werden.
Dieser und der folgende Abschnitt beziehen sich auf den Einsatz entsprechender Formulare, die im fünften Teil des Notfallplans für die Gemeinden vorgesehen sein müssen (Formulare, Aufzeichnung von Nachrichten, Faxmodelle, Antrag auf einen Einsatz seitens des Zivilschutzes auf Landesebene usw.).

### Abschnitt 2. 2. Lageführung

Die Tätigkeiten des Zivilschutzes basieren auf der ordnungsgemäßen Beurteilung des im Gange befindlichen Ereignisses, um die zu seiner Bewältigung am besten geeigneten Maßnahmen auswählen zu können.
Im zweiten Teil des Einsatzmodells werden sämtliche Verfahren zum Sammeln und Beurteilen der Ereignisse aufgeführt und Angaben darüber gemacht, nach welchen Kriterien die entsprechenden Entscheidungen getroffen werden müssen. Darüber hinaus werden Verfahren für die Verwaltung einiger allgemeiner Aspekte der Situation aufgeführt, wie die Befahrbarkeit der Straßen während eines Notfalls, die ökonomisch-administrative Verwaltung und die Verfahren zum Wiederherstellen der öffentlichen Dienste.

| Anhang | Beispiele |
|---|---|
| **Anhang 2.2.1 Ressourcenmanagement** | • Standards und Modalitäten für die Verwaltung der Humanressourcen<br>• Modalitäten für die Datenerfassung<br>• Modalitäten Bedarf und Angebot von Ressourcen |
| **Anhang 2.2.2 Dokumentation der Phänomene** | • Vorgehensweise für die Dokumentation der Phänomene<br>• Vorgehensweise für die Datenerfassung und -verarbeitung<br>• Vorgehensweise für die Schadensbemessung<br>• Modalitäten für die Datenerfassung |
| **Anhang 2.2.3 Bestandsaufnahme der Schäden** | • Allgemeine Evakuierungsszenarien<br>• Befahrbarkeit der Straßen für Rettungseinsätze<br>• Informationsfluss<br>• Vorgehensweise<br>• Unterbrechungen, Umleitungen, Organisation von Toren<br>• Verwaltungsakte<br>• Organisation von normalen und außergewöhnlichen Transporten<br>• Für den Verkehr kritische Punkte, alternative Straßen |
| **Anhang 2.2.4 Administratives Notfallmanagement** | • Verfahren zum Erlassen von Verordnungen<br>• Dringende administrative Verfahren<br>• Buchhaltung im Notfall |
| **Anhang 2.2.5 Wiederherstellung der wesentlichen Dienste** | • Prioritäten<br>• Vorgehensweise |

Um die Situation in Echtzeit zu beurteilen, die geeigneten Entscheidungen zu treffen, die Ereignisse zu beurteilen, nachdem sie überwunden sind, Daten zu technisch-wissenschaftlichen Zwecken zu sammeln, die Gültigkeit des angewendeten Plans zu prüfen, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Notfalls zu bestimmen und eine schnellere Verwaltung der mit der Schadensentschädigung verbundenen Aspekte gewährleisten zu können, ist das pünktliche und rechtzeitige Erstellen einer Dokumentation zu den Phänomenen und den während eines Ereignisses erlittenen Schäden notwendig. In einem entsprechenden Anhang werden auch die Verfahren für die Sammlung und Verwaltung der Human- und der Materialressourcen kodifiziert (Personal und eingesetzte Mittel, Schätzung der notwendigen Ressourcen, Modalitäten für die Dokumentation des Einsatzes der Ressourcen usw.). Wie bereits zuvor erwähnt, müssen in Teil 5 des Plans sämtliche für eine ordnungsgemäße Anwendung der in diesen Anhängen vorgesehenen Verfahren notwendigen Formulare aufgeführt werden. In dem Abschnitt zum Situationsmanagement ist darüber hinaus ein Anhang zur Befahrbarkeit der Straßen während eines Notfalls vorgesehen. Basierend auf dem entsprechenden Szenarium ändern sich die Punkte, an denen der Verkehr umgeleitet oder gesperrt wird bzw. die zu befolgenden Strecken und die Positionierung der Polizeikräfte und Freiwilligenorganisationen. Die technischen und administrativen Verfahren für die Verwaltung der Straßenbefahrbarkeit während eines Notfalls bleiben hingegen immer gleich. Im folgenden Anhang werden die Verfahren beschrieben, mit denen die Korrektheit der verschiedenen administrativen Vorgehensweisen und Maßnahmen gewährleistet wird, welche die Gemeinden in einem Notfall eventuell ergreifen müssen.
Wichtig ist es auch, Leitlinien für die Verwaltung der mit der Bewältigung des Ereignisses zusammenhängenden wirtschaftlichen Aspekte – vor allem für die bereits oben erwähnten Entschädigungszahlungen - festzulegen.
Dieser Abschnitt endet mit einem Anhang, der Angaben für die Beurteilung enthält, ob, wann und wie die Dienste und strategischen bzw. essentiellen Infrastrukturen (wenn auch nur provisorisch) wiederhergestellt werden, wobei Prioritäten und Kriterien festgelegt werden, um die Wiederherstellungsarbeiten so gut wie möglich planen zu können (z.B. die Zufahrt einer vom Schnee isolierten Gegend zu gewährleisten, um ein Wiederherstellen der elektrischen Leitungen während eines Blackouts zu ermöglichen bzw. der Einsatz eines Schneeräumfahrzeugs, um die Verbindungsstraßen befahren zu können).

**Abschnitt 2.3 Schutzmaßnahmen**

Auch der dritte Abschnitt dieses Teils ist für das Gelingen der während des Notfallmanagements ergriffenen Maßnahmen von großer Bedeutung. Wie bereits mehrfach betont wurde, ist es die vorrangige Aufgabe der Gemeinde, die Personen, die öffentlichen und privaten Güter und die Betriebe vor den Folgen von Naturereignissen bzw. von durch den Menschen verursachten Ereignissen zu schützen.
In dem Abschnitt „Rettung" werden verschiedene Instrumente für die Gewährleistung der Unversehrtheit von Personen, Tieren, Gütern und Dienste zur Verfügung gestellt.

| Anhang | Beispiele |
|---|---|
| **Anhang 2.3.1 Rettung der Bevölkerung** | • Vorgehensweise für die Suche und die Rettung von Personen<br>• Vorgehensweise für die Evakuierung der Bevölkerung<br>• Minimale Standards für die Betreuung der Bevölkerung<br>• Verwaltung von behinderten Personen im Notfall<br>• Psychologische und geistliche Betreuung |
| **Anhang 2.3.2 Rettung von Tierzuchten und Haustieren** | • Vorgehensweise<br>• Minimale Standards<br>• Maßnahmen für die Tierüberwachung |
| **Anhang 2.3.3 Rettung von Produktionsstätten** | • Vorgehensweise<br>• Minimale Standards<br>• Vorbeugende und sofortige Maßnahmen |
| **Anhang 2.3.4 Rettung von historischen und künstlerischen Bauwerken** | • Verzeichnis der zu schützenden Bauwerke<br>• Verzeichnis der zu schützenden Kulturgüter<br>• Vorgehensweise zum Schutz der kulturellen, künstlerischen und historischen Bauwerke<br>• Dokumentation |
| **Anhang 2.3.5 Maßnahmen für die öffentliche Hygiene und Gesundheit** | • Ausbettungen<br>• Unterbrechung von Diensten bzw. Schließung von Geschäften<br>• Vorbeugende Beschlagnahmung<br>• Viehschlachtung |

In sämtlichen Anhängen müssen die bei den durchzuführenden Operationen eventuell auftretenden kritischen Situationen analysiert und die minimal zu gewährleistenden Standards definiert werden, damit das Verfahren als geeignet angesehen werden kann.
Darüber hinaus muss eine Reihe von für die Beurteilung der erreichten Standards nützlichen Indikatoren definiert werden (im Fall einer Evakuierung und der Betreuung der Bevölkerung könnte es z.B. ein minimaler Standard sein, sämtlichen evakuierten Personen ein Bett in einer geheizten Unterkunft und 3 warme Mahlzeiten am Tag zu garantieren und die Indikatoren könnten mit dem Zeitplan zum Erreichen des vorangegangenen Ziels verknüpft werden). Bei der Betreuung der Bevölkerung wird auch den Aspekten im Zusammenhang mit behinderten Personen bzw. den technisch-logistischen und den psychologischen und spirituellen Aspekten große Bedeutung geschenkt.
Darüber hinaus muss das Management der Haus- und Zuchttiere kodifiziert werden, wozu im Fall einer Evakuierung geeignete Sammelstellen realisiert und Maßnahmen für die tierärztliche Überwachung und die Fütterung ergriffen werden müssen.
Dieser Abschnitt endet mit einem Anhang zur Rettung der auf dem Gemeindegebiet vorhandenen und potentiell gefährdeten kulturellen, künstlerischen und historischen Bauwerke.
In diesem Anhang werden sämtliche Güter gezählt, die Vorgehensweise für ihre Sicherung sowie die Personen bestimmt, die sich zum Durchführen der Arbeiten für die Rettung der Kulturgüter bzw. für ihre Wiederherstellung nach einem Katastrophenereignis eignen. Im letzten Anhang werden auch die Vorgehensweisen zum Ergreifen von Maßnahmen für die öffentliche Hygiene und Gesundheit definiert Hier werden die verwaltungstechnischen Verfahren für die Unterbrechung der Versorgung mit den verschiedenen Diensten, die Beschlagnahmung von Lebensmitteln bzw. die Schließung von risikogefährdeten Betrieben definiert. Darüber hinaus werden die Verfahren für die Schlachtung von Vieh bzw. von anderen Maßnahmen bestimmt, welche die Gemeinde eventuell ergreifen muss, um die Gesundheit der Bevölkerung gewährleisten zu können. Auch in diesem Fall nimmt der Anhang auf in Teil 5 vorgesehene vorausgefüllte Formulare Bezug.

### 2.3.3 Teil 3: Szenarien

Der dritte Teil des Notfallplans für die Gemeinden stellt einen der grundlegenden Punkte des gesamten Dokuments dar. Für jede Art von Ereignis muss ein entsprechender Anhang ausgearbeitet werden, in welchem die allgemeinen Informationen über das Phänomen, eine kurze Analyse des Risikos, eine Reihe an Karten und Formularen, auf denen die potentiellen kritischen Situationen dargestellt werden, sowie die Verbindung zu anderen Risikoarten aufgeführt sind (eine Naturkatastrophe kann beispielsweise zu einer Unterbrechung der Versorgung mit den wesentlichen Diensten führen). Diesbezüglich muss sowohl eine allgemeine Analyse als auch eine detaillierte Analyse der kritischen Situationen durchgeführt werden. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass die Gemeinde auch von Risiken betroffen sein kann, welche die angrenzenden Gemeinden betreffen, deren Auswirkungen sich aber auch im eigenen Gebiet bemerkbar machen können (z.B. das Ausströmen einer Giftwolke aus einem chemischen Werk). Der dritte Teil des Notfallplans der Gemeinden ist mit „Szenarien" übertitelt, da in ihm die Analyse des Ereignisszenariums vorgenommen wird und die verschiedenen durch das Ereignis verursachten Notfallszenarien sowie die Anfälligkeit im Allgemeinen definiert werden. Darüber hinaus werden auch die Maßnahmen bestimmt, die beim Eintreten eines Ereignisses ergriffen werden müssen, d.h. das Eingriffszenarium. Ein wichtiger Parameter für die Definition eines Ereignisszenariums ist *wann* es eintritt. Bei einem plötzlich eintretenden Ereignis (z.B. ein Erdbeben oder das Entgleisen eines Zugs) bleibt keine Zeit für eine Vorwarnung. Bei einem erwarteten Ereignis handelt es sich hingegen um ein Ereignis, von dem man zwar weiß, dass es mit Sicherheit eintreten wird, von dem man aber nicht weiß, wann es genau eintritt (z.B. ein Erdrutsch nach heftigen Regenfällen). Und schließlich gibt es noch das angekündigte Ereignis (z.B. Hochwasser von Flüssen), ein Ereignis, das nicht nur vorhergesehen werden kann, sondern von dem man dank entsprechender Vorhersagemodelle auch ziemlich genau weiß, wann es eintreten und welche Ausmaße es haben wird. Aus diesem Grund ist es von grundlegender Bedeutung, dass die Ereignisse basierend auf den mit Überwachungs- und Vorhersagesystemen (wo verfügbar) verbundenen Schwellen moduliert werden. Zweck der Bestimmung eines Szenariums ist es, die Frage „Was wäre wenn…?" zu beantworten. Sobald die allgemeine Einstufung des Gebiets mit den entsprechenden anfälligen Strukturen und Elementen sowie der Gefährlichkeit der unterschiedlichen Ereignisse und Phänomene abgeschlossen ist, können die verschiedenen Ereignis-, Notfall- und Eingriffszenarien beschrieben werden. Die Gesamtheit dieser Aktivitäten kann in folgendem Verzeichnis zusammengefasst werden:

1. Analyse des Phänomens bzw. Ereignisses unter Bezugnahme auf potentielle Indikatoren bzw. Vorboten – Ereignisszenarien;
2. Klassifizierung der Gefährlichkeit der Phänomene bzw. Ereignisse (Intensität und Frequenz);
3. Analyse der Elemente, die der Gefahr ausgesetzt sind und ihre Anfälligkeit (städtische Ballungsräume, Produktionssiedlungen, technologische Anlagen, Infrastrukturen und Kommunikationswege, Kulturgut, Firmensitze öffentlicher und privater Dienste, Sport- und Freizeitanlagen, Aufnahmestrukturen und primäre Infrastrukturen);
4. Definition der mit den Phänomenen bzw. Ereignissen verbundenen Notfallsituation – Notfallszenarien;
5. Definition der quantitativen und qualitativen Schwellen für die Klassifizierung der Notfallszenarien;
6. Bestimmung der in das Management des Szenariums, der Informationsflüsse, der zu aktivierenden Ressourcen und der für die Bewältigung der Situation zu ergreifenden Maßnahmen einbezogenen Personen – Vorgehensweisen für die Warnung und den Einsatz;
7. Bewertung der Wechselbeziehung mit anderen Szenarien.

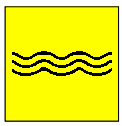
Für einige Risiko- bzw. Gefahrenarten sind kodifizierte Analysemethoden verfügbar (z.B. das hydrogeologische und das hydraulische Risiko), für andere Szenarien existieren hingegen bereits Pläne, die von anderen zuständigen Behörden realisiert wurden (Pläne für den externen Notfall in stark gefährdeten Werken, Pläne für die Notfälle unterhalb der großen Stauanlagen) und deren Definition der Szenarien befolgt werden muss. Darüber hinaus gibt es Risikoarten, für die autonom eine vollständige Analyse des Notfallszenariums vorgenommen werden muss. In jedem Fall sind die zum Bestimmen der Szenarien erforderlichen Informationen bei den zuständigen Abteilungen und den Ämter der Landesverwaltung erhältlich. Um die Art der zu erwartenden Auswirkungen ermitteln zu können, müssen die Informationen in Bezug auf die Nutzung des Bodens (BLP, Karten für die Bodennutzung, vektorielle technische Karte usw.) jenen der verschiedenen Ereignisszenarien übergeordnet werden. Die verschiedenen Zonen des Gebietes werden basierend auf dem Grad der Anfälligkeit für Schäden gruppiert. Für sämtliche Eingriffszenarien müssen möglichst einfache und „lineare" Verfahren realisiert werden, wobei versucht werden muss, so viele Faktoren wie möglich vorherzusehen, aber gleichzeitig ein Flexibilitätsspielraum für „absolut unvorhersehbare Ereignisse" gelassen werden muss. Die beste Technik für die Realisierung, Visualisierung und Konsultation der Verfahren sind sicherlich die Flussdiagramme bzw. die Checklisten, die der Beschreibung der Verfahren mithilfe von Texten vorzuziehen sind. Wo dies möglich ist, müssen die kritischen Situationen und die zu ergreifenden Maßnahmen auf einer oder mehreren Karten dargestellt werden (Eingriffkarten). Bei der Definition eines Flussdiagramms für ein Notfallverfahren müssen folgende Punkte berücksichtigt werden:

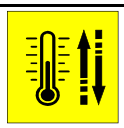
1. Definition und Folge der Aktionen (wer was und wann macht);
2. Definition der Verbindung hinsichtlich der Informationen, der Warnungen und den Verfahrensweisen zu den externen Behörden;
3. Kontrolle der Kompatibilität der Verfahren mit den externen Richtlinien und Normen;
4. Kontrolle der Funktionsweise (Anwendbarkeit) des Verfahrens und die Interaktion mit den anderen Verfahren.

Die in den Verfahren vorgesehenen Aktionen müssen einer Kontrolle seitens sämtlicher betroffener bzw. in dem Verfahren selbst aufgeführter Behörden unterzogen werden, damit diese ihre Durchführbarkeit prüfen können (Möglichkeit der betroffenen Behörden, das Verfahren im Notfall durchführen zu können). In der folgenden Struktur werden sämtliche Risikoarten mit einem Code identifiziert, welcher sich aus den Zahlen des Abschnitts und des Anhangs zusammensetzt (das Hochwasserrisiko entspricht dem Code 1.4). Von nun an wird mit diesem Code in sämtlichen von der Provinz ausgearbeiteten Notfallplänen das betreffende Szenarium identifiziert, wodurch eine bessere Integration möglich ist.

## Abschnitt 3.1 Natürliche Risiken

In diesem Abschnitt werden die Szenarien untersucht, die auf natürliche Ereignisse und durch diese verursachte Risiken zurückzuführen sind. Bei der Definition der Szenarien müssen die in den Plänen für die Gefahrenzonen vorgesehenen Inhalte - falls verfügbar - berücksichtigt werden (BESCHLUSS DER LANDESREGIERUNG Nr. 2741 vom 28. Juli 2008 Richtlinien für die Erstellung von Notfallplänen für die Gefahrenzonen gemäß dem Landesraumordnungsgesetz, Landesgesetz Nr. 13 vom 11. August 1997, Artikel 22/bis) bzw. muss eine Methode angewandt werden, die mit den entsprechenden Richtlinien übereinstimmt. Analog hierzu müssen bei einer eventuellen Aktualisierung die Ergebnisse einer ad hoc für die Planung des Zivilschutzes auf Gemeindeebene realisierten und im Vergleich zur Analyse der Pläne der Gefahrenzonen verbesserten Analyse in letztere aufgenommen werden. Vernachlässigt werden dürfen aber auch nicht die potentiellen Wechselbeziehungen mit den Vorboten eines Ereignisses (kurze und intensive bzw. schwache und lang anhaltende Regenfälle) in Verbindung mit den Eigenschaften des untersuchten Bodens und dem Phänomen des Dauerfrosts. Vom operativen Gesichtspunkt aus gesehen, müssen für diese Szenarien unter anderem die Maßnahmen zum Schutz des Bodens geplant werden. Dies gilt im Besonderen für die kritischen Punkte, die vorbeugende Verwaltung der Situation in Echtzeit sowie für den Schutz von Personen, Tieren, Gütern, Produktionstätigkeiten und Diensten. In Bezug auf die Definition der auf den verschiedenen Notfallniveaus zu ergreifenden Maßnahmen und hinsichtlich der Festlegung der Informationsflüsse müssen das Warnsystem für extreme Wetterereignisse (Landeswarnzentrale) und deren Wechselbeziehung mit den anderen Szenarien des Plans berücksichtigt werden.

| Anhang | Inhaltsbeispiele |
|---|---|
| **Anhang 3.1.1 Erdbeben** | Die Provinz Bozen unterliegt keinem erhöhten Erdbebenrisiko. Trotzdem müssen - falls es zu einem Erdbeben kommen sollte, von dessen Auswirkungen das Gemeindegebiet betroffen sein könnte - einige Maßnahmen ergriffen werden. Auch wenn ein zerstörerisches Ereignis auf lokaler Ebene recht unwahrscheinlich ist, müssen effiziente in einem Notfall durchzuführende Schritte für die Information der Bevölkerung, die Feststellung der Schäden und die Betreuung der Bevölkerung organisiert werden. Bei der Einstufung des Szenariums müssen Informationen über die seismische Gefährlichkeit und Klassifizierung der Gemeinde erworben sowie die Anfälligkeit der wichtigen und strategischen öffentlichen und privaten Strukturen und der grundlegenden Dienste analysiert werden. Darüber hinaus muss der Informationsfluss so kodifiziert werden, dass die Situation bestimmt und der Schaden bemessen werden kann. Für weitere Informationen wird auf die Richtlinie über die seismische Klassifizierung des Provinzgebietes verwiesen (Beschluss der Landesregierung Nr. 4047 vom 6. November 2006). |
| **Anhang 3.1.2 Hydrologische Phänomene** | Gemäß den vorliegenden Richtlinien gelten als hydrologische Phänomene Erdrutsche, Steinschläge, Hangrutschungen, Vermurungen und lokalisierte, dynamische durch Wildbäche verursachte Überschwemmungen.<br>Aus diesem Anhang wurden die durch statisches Hochwasser in größeren Staubecken ausgelösten und in Zusammenhang mit Stauanlagen und Lawinen auftretenden Überschwemmungen ausgeschlossen und gesondert untersucht. Diese Unterteilung basiert ausschließlich auf der Tatsache, dass diese Phänomene ein anderes Management der Ereignisse, anderes Notfallpersonal und vor allem andere spezifische Zuständigkeiten erfordern (z.B. in Bezug auf die Rolle der entsprechenden Ausschüsse des Hochwasserdienstes der Etsch bzw. bei einem Lawinenrisiko). Bei der Definition des Szenariums müssen – falls verfügbar – die Pläne der Gefahrenzonen und die für das spezifische Risiko verfügbaren Karten zu Rat gezogen werden. Das Phänomen der Instabilität der Abhänge muss auch basierend auf der Typologie des potentiellen Erdrutsches, der potentiellen Geschwindigkeit und dem potentiellen Volumen analysiert werden, um dann eine Klassifizierung der Erdrutsche vornehmen und basierend hierauf für die verschiedenen Phänomene entsprechende modulare Maßnahmen kodifizieren zu können. |
|  **Anhang 3.1.3 Hochwasser** | Beim Überschwemmungsszenarium müssen die statischen Überflutungen berücksichtigt werden. Als statische Überschwemmung wird ein langsames und konstantes Ansteigen des Wasserspiegels definiert, wodurch es zu Überflutungen und in vielen Fällen auch zur Ablagerung feiner Materialien kommt. Darüber hinaus ist die Überschwemmung durch geringfügig abfallende Talgebiete gekennzeichnet. Für das Management von Hochwasserereignissen der größeren Staubecken (statisches Hochwasser der größeren Staubecken) ist die Provinz verantwortlich, welche zuvor einen Plan für das Management der Hochwasserereignisse ausgearbeitet hat. Diese Szenarien sind stark an eine meteorologische und hydrologische Überwachung, ein Warnsystem für extreme Wetterereignisse und die Koordinierung sämtlicher potentiell am Notfallmanagement beteiligten Kräfte in einem mehrere Gemeinden umfassenden Gebiet gebunden. Die Gemeinden, die dem Hochwasserplan der Flüsse Etsch und Eisack angehören, müssen in diesem Anhang basierend auf dem Landesnotfallplan die Maßnahmen ihrer Zuständigkeit ausarbeiten und kodifizieren. Die anderen Gemeinden, die von Flüssen durchlaufen werden, die statistische Überschwemmungen verursachen können, müssen dieses Szenarium analysieren. Die auf Wildbächen basierenden Phänomene sind hingegen im vorangegangenen Anhang in Bezug auf die hydrogeologischen Phänomene zu behandeln. |
| **Anhang 3.1.4 Stauanlagen** | Die künstlichen Becken und Stauanlagen werden in „Große Stauanlagen“ (Dammhöhe >15 m bzw. Stauraum >1.000.000 m3), „Kleine Speicher“ (Dammhöhe unter bzw. gleich 15 m und Stauraum zwischen 5.000 und 1.000.000 m3) und „Tanks“ (Stauraum >2.000 m3 am Hang) unterteilt. Für die Notfallplanung in Bezug auf die großen Stauanlagen ist die Provinz zuständig. Wenn die Gemeinde in die Kategorie jener Gemeinden fällt, die von den Szenarien einer bzw. mehrerer Stauanlagen betroffen sind, muss ein Plan auf Gemeindeebene realisiert werden, der von den von der Provinz realisierten Notfallplänen für Stauanlagen „abstammt“. Für die kleinen Stauanlagen müssen die Gemeinden Ereignisszenarien in Bezug auf die Speicher vorbereiten, wobei die Dokumentation vorzugsweise bei dem für die Stauanlagen zuständigen Landesamt eingeholt bzw. autonom eine entsprechende Studie vorbereitet werden muss. Besonderes Augenmerk muss auf die Verbindung zwischen den verschiedenen Melde- und Alarmsystemen gelegt werden, wobei bestimmt werden muss, wie das Zivilschutzsystem der entsprechenden Gemeinde anhand der Meldung eines Ereignisses, welches eine dieser spezifischen Strukturen betrifft, effizient aktiviert und die Betreuung sowie die Information der Bevölkerung vorgenommen werden kann. Unabhängig von der mit dem Notfallmanagement beauftragen Behörde ist hierfür einzig und alleine der Bürgermeister verantwortlich. |

| | |
|---|---|
| <br>**Anhang 3.1.5 Lawinen** | Grundlage für die Analyse des Lawinenrisikos ist der Plan der Gefahrenzonen und die bei den zuständigen Behörden zur Verfügung stehende entsprechende Dokumentation. Um die effektive Gefährlichkeit der Phänomene überprüfen aber auch um die in einem Ereignisfall für die Kontrolle und die Wiederherstellung eventuell beschädigter Elemente zu ergreifenden Maßnahmen bestimmen zu können, ist es bei der Definition des Szenariums wichtig, dass die bereits vorhandenen Schutzbauten berücksichtigt werden. Beim Lawinenrisiko müssen Verfahren für ein zügiges Management der Straßenbefahrbarkeit, die Assistenz eventuell isolierter Gebiete, die provisorische Wiederherstellung der Infrastrukturen sowie Verfahren für die Beziehungen mit den Skigebieten vorgesehen werden. In den Gemeinden, in denen ein Lawinenausschuss ernannt ist, müssen in diesem Anhang sämtliche Maßnahmen in Bezug auf das Lawinenrisiko geplant werden, wobei hinsichtlich der entsprechenden Verwaltungsakte im Besonderen die Kontaktstellen zwischen der Tätigkeit des Ausschusses und der Rolle der Gemeinde bestimmt werden müssen. In diesem Fall müssen im Notfallplan für die Gemeinden die Maßnahmen bestimmt werden, die von den Gemeinden nach einer entsprechenden Meldung seitens des eigenen Lawinenausschusses, der Lawinenabteilung der Provinz bzw. infolge von plötzlich auftretenden Ereignissen ergriffen werden müssen. In sämtlichen Fällen müssen in diesem Szenarium die dem Lawinenrisiko ausgesetzten Elemente identifiziert und modulare Maßnahmen für die Lawinengefahr und die verschiedenen Notfallniveaus des Zivilschutzes bestimmt werden (siehe Kapitel 2.3.2). |
| <br>**Anhang 3. 1. 6 Schwere Schneefälle** | Bei diesem Szenarium werden vor allem in urbanisierten Gebieten sämtliche mit dem Schneefall verbundene Problematiken überprüft. Diesbezüglich müssen folgende kritischen Situationen kontrolliert und die entsprechenden Gegenmaßnahmen geplant werden: die Befahrbarkeit der Straßen und die Mobilität von Fahrzeugen und Fußgängern im Allgemeinen, die Sicherheit in Bezug auf sich ablösende Schneebretter und die statische Belastung von Strukturen, Infrastrukturen und Pflanzen sowie die mögliche Unterbrechung von grundlegenden Diensten. In bestimmten Situationen kann es erforderlich sein, die Schwierigkeiten in Bezug auf die Versorgung bzw. die Verfügbarkeit der öffentlichen Dienstleistungen zu bewerten. Wie in den bereits zuvor aufgeführten Szenarien müssen die Verfahren auch in diesem Fall über ausreichende Kontaktstellen mit den korrelierenden Szenarien verfügen. Darüber hinaus muss eine entsprechende Dokumentation für sämtliche Maßnahmen vorhanden sein. Vor allem in den Bergen ist dieses Szenarium eng an das vorangegangene Szenarium gebunden. |
|  <br>**Anhang 3.1.7 Extreme Temperaturen** | Die extremen Temperaturen sind ein Beispiel dafür, wie vielfältig die Auswirkungen eines natürlichen Phänomens (indirektes Ereignis) sein können, wodurch sich die Reaktion des Zivilschutzsystems extrem komplex und schwierig gestaltet. Extrem hohe Temperaturen können beispielweise das Risiko eines Waldbrands und einer erhöhten Trockenheit aber auch ein Gesundheitsrisiko für den schwächeren Teil der Bevölkerung, die Verschmutzung der Luft und das hieraus resultierende Gesundheitsrisiko bis hin zum Risiko eines Blackouts durch eine mangelnde Stromerzeugung aufgrund einer zu geringen Wassermenge in den Flüssen sowie einen erhöhten Stromverbrauch für die Aufbereitung der Luft zur Folge haben. Extrem niedrige Temperaturen können aufgrund der potentiellen Eisbildung hingegen Probleme bei der Befahrbarkeit der Straßen bereiten, Auswirkungen auf die Versorgung mit Strom und Trinkwasser haben bzw. Probleme mit den öffentlichen und privaten Diensten mit sich bringen. |
| <br>**Anhang 3.1.8 Waldbrände** | Gemäß Gesetz Nr. 353 vom 21. November 2000 (Rahmengesetz in Bezug auf die Waldbrände und die Zuständigkeiten der Provinz) steht es der Provinz zu, das Management des Waldbrandrisikos auf Landesebene zu planen. In Art. 26 des Landesgesetzes Nr. 21 vom 21. Oktober 1996 (Forstgesetz) ist festgelegt, dass die Löscharbeiten von den Vertretern der Forstbehörden und dem Kommandanten der für das Gebiet zuständigen Feuerwehr geleitet werden. In seiner Funktion als örtliche Behörde für die öffentliche Sicherheit unterstützt der Bürgermeister den Forstdienst bei seiner Tätigkeit und kümmert sich um den Schutz der Bevölkerung, die Viehzuchten, die Produktionstätigkeiten, die Information der Bevölkerung sowie um andere Verwaltungsakte. Ein besonderes Augenmerk muss die Gemeinde auch auf die Probleme in Zusammenhang mit den Waldbränden legen, die sich bis hin zu den urbanisierten Gebieten ausbreiten. Darüber hinaus müssen aufgrund des entsprechenden Ereignisses anfallende Verwaltungsformalitäten für die Baukonzessionen gemäß Art. 10 Absatz 2 des Gesetzes 353/2000 vorgesehen werden. Grundlage für die Planung von Waldbrandszenarien ist die operative Waldbrandkarte des eigenen Gebietes, auf welcher die von Pflanzen bedeckten Gebiete, die Infrastrukturen für die Waldbrandbekämpfung und die Befahrbarkeit der Straßen dargestellt werden. Diese Karte muss durch die Karte der strategischen und wichtigen Strukturen und andere vorhandene Elemente integriert werden.<br>Die entsprechenden Informationen sind bei den für die Forstwirtschaft zuständigen Abteilungen erhältlich. |
| <br>**Anhang 3.1.9 Wind** | Der Wind kann sowohl aufgrund der direkten Schäden, die er an den verschiedenen anfälligen Elementen (Dächer, an den Fassaden der Gebäude angebrachte Gegenstände, Zeltstrukturen, Gerüste, Kräne usw.) anrichten kann, als auch aufgrund der indirekten Auswirkungen - wie die potentielle Unterbrechung der Stromversorgung, die aufgrund von abgebrochenen Ästen unterbrochene Telekommunikation, Risiken durch fahrende Fahrzeuge/Seilbahnen oder eine erhöhte Waldbrandgefahr in Verbindung mit anderen Faktoren - eine beachtliche Gefahr für die Bevölkerung darstellen. In diesem Anhang müssen die in Verbindung mit starkem Wind auftretenden Probleme berücksichtigt und modulare, unter Umständen auch vorbeugende Maßnahmen ausgearbeitet werden (unter Bezugnahme auf das in der Provinz Bozen aktive Warnsystem für extreme Wetterereignisse). Hierzu zählen sowohl administrative Maßnahmen (Genehmigungen für Freiluft-Veranstaltungen mit Bühnen, Zelten, Gerüsten und Parkverbotschilder) als auch die Maßnahmen zur aktiven Überwachung von kritischen Punkten und Strukturen sowie Maßnahmen für die Bewältigung von Notfallsituationen. Wie bereits mehrfach zuvor erwähnt, müssen die vor und während eines Ereignisses aufrechtzuerhaltenden Informationsflüsse sowohl zwischen den örtlichen Strukturen als auch gegenüber dem Zivilschutz der Provinz klar definiert werden. |
| <br>**Anhang 3.1.10 Gewitter** | Die Gewitterphänomene stellen aufgrund ihrer Schnelligkeit und Heftigkeit aber auch aufgrund der Tatsache, dass sie sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absolut präzise vorhersagen lassen, ein besonderes Risiko dar. Derzeit lassen sich diese Phänomene nur erahnen, und es kann mehr oder weniger zuverlässig vorhergesagt werden, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Ereignis in einem bestimmten Zeitraum in einem bestimmten Gebiet eintreten wird. Die Ausmaße des Ereignisses können erst nach seinem Eintreten eingeschätzt werden. Die Verfahren und die administrativen Anforderungen für die Kontrolle der Risikogebiete und die Überwachung der kritischen Punkte auf dem Gemeindegebiet (Kegel, Talkessel, Mulden, Abhänge, Wildbäche und kleinere Wasserläufe, Furten, Brücken und Gebiete, in denen es zu Erdrutschen und Vermurungen kommt) müssen im Zivilschutzplan definiert werden, so dass unter Umständen auf den betroffenen Straßen der Verkehr verboten, die Bevölkerung gewarnt und überprüft werden kann, ob diese durch ihre Teilnahme an öffentlichen Open-Air-Veranstaltungen (Konzerte, Volksfeste, Sport- bzw. andere Veranstaltungen) bzw. bei Freiluft-Aktivitäten (z.B. Camper, Schulausflüge, Pfadfinderlager usw.) in potentiellen Risikogebieten von der Gefahr betroffen sein könnte. |

## Abschnitt 3.2 Sozio-sanitäre Risiken

In die Kategorie der sozio-sanitären Risiken fallen sämtliche Szenarien, die mit der Übertragung von Krankheiten auf Mensch und Tier sowie ihrer Verbreitung in Verbindung stehen. Darüber hinaus werden in diesem Abschnitt jene Szenarien analysiert und geplant, die in Wechselbeziehung zu Ereignissen bzw. Erscheinungen stehen, die große Menschansammelungen mit sich bringen und für welche Maßnahmen zur sanitären Betreuung organisiert und ein zusätzlicher Risikofaktor kalkuliert werden müssen. Normalerweise bedürfen diese Szenarien einer übergemeindlichen Koordinierung (ASL, Hygienebüro und öffentliche Gesundheit). Gleichwohl hat die Gemeinde die Pflicht, frühzeitig Sofortmaßnahmen gegen potentiell gefährliche Situationen zu definieren und zu ergreifen, so dass die für den Notfall am besten geeigneten Personen rechtzeitig informiert und die entsprechenden Aktionen effizienter und schneller durchgeführt werden können. In diesem Abschnitt werden die kritischen Situationen sämtlicher Ereignisszenarien bestimmt, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Identifizierung der anfälligen Siedlungen, Produktionstätigkeiten, Infrastrukturen und Veranstaltungen gelegt werden muss, die von dieser Art von Szenarien betroffen werden können.

| Anhang | Beschreibung |
|---|---|
| <br>**Anhang 3.2.1**<br>**Lebensmittelvergiftungen** | In diesem Anhang werden die Probleme aufgeführt, die durch Lebensmittel (sowie durch abgefülltes Trink- und Leitungswasser) entstehen können, die bei ihrer Vorbereitung, Verpackung, Aufbewahrung und Verteilung oder aber auch infolge von Katastrophenereignissen, die ihre Qualität beeinträchtigt haben (Überschwemmungen, Brände, Blackouts mit Auswirkungen auf die Kältekette), verdorben sind. Hierbei muss die Möglichkeit berücksichtigt werden, dass diesen Situationen auch bei Veranstaltungen mit großem Publikumsandrang auftreten können, für welche allgemeine Maßnahmen definiert werden müssen. Darüber hinaus müssen Verwaltungsakte und die entsprechenden Maßnahmen geplant werden, die ergriffen werden müssen, um die Verbreitung und den Konsum von ungenießbaren Lebensmitteln zu vermeiden. Weiterhin muss der korrekte Fluss der Informationen über die ordnungsgemäße Durchführung von Kontrollen in Bezug auf die Verantwortung für absichtlich bzw. unabsichtlich verursachte chemische, physische und biologische Verunreinigungen von und zu den zuständigen Behörden definiert werden (durch Lebensmittel verursachte Infektionen, Toxinschädigungen und Lebensmittelvergiftungen, Tierseuchen). Außerdem müssen Kontrollen der Lebensmittel geplant werden, die während eines Notfalls bei den Firmen und Organisationen durchgeführt werden müssen, um die Qualität des Cateringservices zu überprüfen, mit dem die betroffene Bevölkerung versorgt wird. |
| <br>**Anhang 3.2.2**<br>**Epidemien**<br>**Pandemien** | In diesem Anhang werden die Probleme im Zusammenhang mit der Verbreitung von Infektionen unter der Bevölkerung behandelt. Normalerweise sind die Gemeinden von dieser Art von Szenarium erst an „zweiter Stelle“ betroffen, d.h. dass die Gemeinden beim Auftreten einer riskanten Situation von der Provinz aktiviert werden. Die Gefährlichkeit dieser Ereignisse kann nur schwer bestimmt werden, es ist aber hilfreich zu überprüfen, wie verwundbar die Bevölkerung und wie stark sie dem entsprechenden Risiko ausgesetzt ist. Darüber hinaus muss eine Reihe von allgemeinen Maßnahmen definiert werden, die für eine ordnungsgemäße Unterstützung der zuständigen Behörden, einen korrekten Informationsfluss und die sanitäre Überwachung ergriffen werden müssen. In diesem Anhang werden darüber hinaus auch die Maßnahmen und Prioritäten festgelegt, die für die sanitäre Kontrolle und Überwachung ergriffen werden müssen, falls Gruppen von nicht in dem Gebiet wohnhaften Personen präsent sind, die aufgrund eventueller internationaler Migrationsflüsse bzw. aufgrund der Präsenz von Touristenströmen in Verbindung mit Situationen sanitärer Gefahr potentielle Krankheitsüberträger darstellen (dieses Szenarium ist in jenen Gemeinden wahrscheinlicher, die sich in Grenzgebieten bzw. an Knotenpunkten oder Hauptkommunikationswegen befinden). Die Analyse bezieht sich hauptsächlich auf das Management der betroffenen Personen, auf die sanitäre Vorbeugung sowie auf die Verbindung zu den zuständigen Strukturen. |
| <br>**Anhang 3.2.3**<br>**Tierärztliche Notfälle** | In diesem Anhang werden sämtliche Situationen identifiziert, von denen sowohl Haus- als auch Zuchttiere betroffen sein können. Für die Definition dieser Szenarien müssen epidemiologische Informationen gesammelt, besonders gefährdete Gebiete bestimmt, mögliche Modalitäten der Übertragung auf den Menschen identifiziert, Informationen über die Viehzuchten (inklusive der Verlagerung und dem Umfang der Wander- und/oder Weideherden) und Zuchtunternehmen (basierend auf den gezüchteten Gattungen, auf dem Bewirtschaftungssystem und der Dichte des Viehbestands klassifiziert) gesammelt sowie die Hauptkrankheiten und Tierseuchen identifiziert werden. Für die Definition der operativen Maßnahmen müssen Kühlanlagen mit großer Kapazität, Schlachthöfe, Tierheime und andere Aufnahmestrukturen für Tiere identifiziert werden. Darüber hinaus müssen die Beziehungen zu den zuständigen Strukturen und die basierend auf dem entsprechenden Fall zu erlassenden Verwaltungsakte definiert und geplant werden. |
| <br>**Anhang 3.2.4**<br>**Ereignisse mit großen Publikumsandrang** | Die Wirtschaft der Provinz basiert großteils auf dem Tourismus. Aus diesem Grund werden hier unzählige auf die Touristen ausgerichtete Initiativen organisiert, die unter anderem auf antiken Traditionen basieren und sowohl das lokale als auch das auswärtige Publikum anziehen. Dorffeste und Folklore- und Sportveranstaltungen müssen so geplant und gemanagt werden, dass keine Ressourcen vergeudet werden und im Notfall eine bestmögliche Betreuung der Bevölkerung und optimale Beziehungen zu den in der Provinz ansässigen Notfalldiensten gewährleistet werden können.<br>In diesem Anhang werden die bereits für die Veranstaltungsorte der regelmäßig im eigenen Gemeindegebiet stattfindenden Veranstaltungen mit großem Publikumsandrang vorhandenen Notfall- und Betreuungspläne aufgenommen bzw. ausgearbeitet. Darüber hinaus muss mithilfe von Berechnungsmethoden und Schlüsselpunkten ein Schema zur Planung besonderer öffentlicher Veranstaltungen (große Sportveranstaltungen, Konzerte, Feste) erstellt werden, welches für die Organisation der Veranstaltungen eingesetzt werden kann. |

## Abschnitt 3.3 Technologische Risiken

Die Kategorie der technologischen Risiken umfasst sämtliche Szenarien, die durch die Tätigkeiten des Menschen ausgelöst werden und aufgrund ihrer akuten Erscheinungsform und ihrer Auswirkungen ein Risiko für die Gesundheit von Menschen, Tieren und Umwelt darstellen. Analog hierzu müssen die Risiken für die Wohnsiedlungen bzw. Strukturen analysiert werden, die durch ein Naturereignis direkt betroffen sein bzw. eine indirekte Gefahrenquelle darstellen können.

| | |
|---|---|
| <br>**Anhang 3.3.1 Urbanisierte Ortschaften** | Die Analyse zielt darauf ab, jene Situationen zu identifizieren, die nach einem Brand, einer Explosion, einem Einsturz oder einem anderen Ereignis bedeutende Auswirkungen auf die in den urbanisierten Ortschaften wohnhafte Bevölkerung haben können. Darüber hinaus müssen auch die allgemeinen Maßnahmen identifiziert werden, die für die Betreuung der Bevölkerung, die Unterstützung der operativen Strukturen, die Suche und die Rettung sowie die Information und die Beziehungen zu den Massenmedien im Falle eines Ereignisses, wie dem Einsturz eines Gebäudes bzw. von Gebäudeteilen aus statischen Gründen, großflächige Brände in urbanisierten Ortschaften oder Explosionen durch das Ausströmen von Gas, ergriffen werden müssen. Ziel dieses Szenariums ist es jedoch, die Maßnahmen zu bestimmen, die nach einem akuten Ereignis in einem Wohngebiet, einer Aufnahmestruktur oder in einer anderen Struktur für den gemeinnützigen Gebrauch ergriffen werden müssen. Hier müssen die Notfallpläne für die wichtigen in dem Gebiet befindlichen Strukturen (Krankenhäuser, Hallen, Theater) aufgenommen werden, in denen auch die seitens der Gemeinde zu ergreifenden Maßnahmen aufgeführt werden. |
| <br>**Anhang 3.3.2 Umweltrisiko** | Sämtliche durch den Menschen verursachte Unfälle können eine Verschmutzung der Umwelt zur Folge und somit Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier haben. In dem entsprechenden Gebiet befindliche Mülldeponien oder andere Lagerorte können bei einem Brand bzw. bei einer anderen Art von Unfall eine Quelle für zusätzliche Gefahren darstellen. Auch natürliche Ereignisse können eine Quelle für die Schädigung der Umwelt darstellen. Naturphänomene wie Überschwemmungen, Erdbeben und Vermurungen können eine Beschädigung der Verteilernetze bzw. die Verteilung von verunreinigenden Substanzen in der Umwelt verursachen. In diesem Anhang werden die Maßnahmen geplant, die bei Ereignissen ergriffen werden müssen, die eine Verschmutzung der Luft, des Oberflächen- und des Tiefenwasser und des Bodens zur Folge haben. Darüber hinaus müssen auch die Probleme im Zusammenhang mit Mülldeponien und -verbrennungsanlagen, Kläranlagen, Lagern von gefährlichen Substanzen und die mit ihnen verbundenen Risiken untersucht werden. |
| <br>**Anhang 3.3.3 Chemischer Unfall durch Transport** | In diesem Anhang werden jene Maßnahmen definiert, die im Falle eines Unfalls beim Transport von gefährlichen Substanzen auf der Straße bzw. mit der Bahn (falls vorhanden) ergriffen werden müssen. Während die Rettungskräfte nach wie vor für die technischen und taktischen Aspekte des Eingriff seitens der Gemeinde zuständig sind, müssen die Prioritäten und die allgemeinen Maßnahmen festgelegt werden, die für die Information und die Betreuung der Benutzer und der Bevölkerung ergriffen werden müssen. Obwohl es nicht möglich ist, von vornherein einen Punkt zu bestimmen, an dem sich während eines Transports ein chemischer Unfall ereignet, müssen die Strukturen identifiziert werden, die, wenn sie aufgrund ihrer Nähe zu eventuellen Kommunikationswegen in ein derartiges Szenarium miteinbezogen werden, eine zusätzliche kritische Situation beim Management des Unfalls darstellen können (Supermärkte, Schulen, andere öffentliche Orte) und demnach rechtzeitig zu ergreifender zusätzlicher Rettungsmaßnahmen bedürfen. Dieses Szenarium steht in engem Zusammenhang mit dem vorangegangenen Szenarium (Umweltrisiko) und zwar vor allem im Fall eines Auslaufens von gefährlichen Substanzen und in Bezug auf die Wiederherstellung der Normalität nach dem Ereignis. |
| <br>**Anhang 3.3.4 Industrieunfälle** | Die Richtlinien, auf die für das Industrierisiko Bezug genommen wird (Gesetzesvertretendes Dekret 334/99), sieht vor, dass es für einige Industriewerke notwendig ist, außer den besonderen Sicherheitsvorschriften auch einen spezifischen Plan für den externen Notfall vorzubereiten. Basierend auf der gültigen Gesetzgebung ist es Aufgabe der Provinz, für die stark gefährdeten Werke Pläne für den externen Notfall auszuarbeiten. Auf Gemeindeebene ist es daher notwendig, dass die in den Plänen für den externen Notfall für diese Werke aufgeführten Maßnahmen - wo vorgesehen - in den Notfallplänen für die Gemeinden aufgenommen werden. Dies gilt im Besonderen für die Aspekte für die Betreuung und Information der Bevölkerung und den Gebrauch der operativen Gemeindestrukturen. Ein besonderes Augenmerk muss auf die Verbindung zwischen den verschiedenen Melde- und Warnsystemen gelegt werden, wobei festgelegt werden muss, wie das Zivilschutzsystem der entsprechenden Gemeinde anhand der Meldung eines Ereignisses, das eine dieser spezifischen Strukturen betrifft, effizient aktiviert werden kann. Außer der Planung für die Werke, die ein hohes Unfallrisiko aufweisen, müssen von der Gemeinde im Notfallplan der Gemeinden auch die Unfallszenarien analysiert werden, die im Zusammenhang mit anderen im Gemeindegebiet befindlichen Produktionstätigkeiten stehen. |
| <br>**Anlagen 3.3.5 Radiologische Notfälle** | Folgende radiologische Notfälle können im Gemeindegebiet eintreten: die Verseuchung des Bodens durch radioaktiven Niederschlag infolge eines Unfalls außerhalb der Grenzen, ein Unfall während des Transportes von radioaktiven Substanzen, das unbeabsichtigte Schmelzen von in Schrott vorhandenen radioaktiven Stoffen in Gießereien, Unfälle in Krankenhäusern, von denen die Abteilungen betroffen sind, in denen radioaktive Substanzen eingesetzt werden. Diese Ereignisse können basierend auf dem in Bezug auf die Umweltverschmutzung und das Risiko für die Bevölkerung zu erwartenden Ausmaß des Schadens unterschiedliche Szenarien zur Folge haben. Für die radiologischen Notfälle müssen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und zum Wiederherstellen der normalen Bedingungen geplant werden. Hierzu zählen unter anderem die Vorschriften in Bezug auf die Zirkulation von Personen unter freiem Himmel, der Lebensmittelgenuss, die Hygienenormen, sämtliche vorbeugenden Maßnahmen, die Kontrolle der Zugänge zu den kontaminierten Bereichen, Maßnahmen für die vorsorgliche Evakuierung sowie geschlossene Zufluchtsstätten. Darüber hinaus müssen die Koordinierung und die Modalitäten für die Unterstützung der zuständigen Behörden seitens der Gemeinde geplant und die verschiedenen beim Notfallmanagement zu ergreifenden Maßnahmen für die Information und die Betreuung der Bevölkerung, die Überwachung und die Urbarmachung der betroffenen Gebiete bestimmt werden. Dementsprechende Maßnahmen müssen auch für die Tiere, vor allem aber für die Viehzuchten, ergriffen werden. |

## Abschnitt 3.4 Mobilität

In diesem Abschnitt werden die Ereignisse analysiert, die im Gemeindegebiet aufgrund von Unterbrechungen, Blockaden oder anderen Phänomenen potentiell auftreten können und durch Unfälle, natürliche Phänomene bzw. andere Erscheinungen ausgelöste Störungen des Transportnetzes bzw. durch Verkehrsstaus mit sich bringen.
Es müssen für sämtliche Transportarten die Besonderheiten identifiziert werden, die potentiell zu kritischen Situationen führen können (z.B. für das Straßennetz: Tunnel, Straßenverengungen, ein besonderer Kurvenradius, Last- und Maßbeschränkungen, Neigungen). Darüber hinaus müssen die entsprechenden Maßnahmen für die Ermittlung und Bestimmung einer alternativen Mobilität sowie Maßnahmen für die Betreuung der betroffenen Bevölkerung und das Wiederherstellen des Dienstes ergriffen werden. Nicht zu vergessen ist auch der Zusammenhang zwischen den Ereignissen anderer Art (hydrogeologische Phänomene, Erdbeben, Blackouts) und der Unterbrechung der verschiedenen Transportnetze und somit die Wichtigkeit einer angemessenen Planung und die Verbindung zwischen den unterschiedlichen Verfahren für die im Notfallplan für die Gemeinden aufgeführten Szenarien.
Wenn im Gemeindegebiet keine der in einem der Anhänge bzw. in mehreren Anhängen aufgeführten Transportarten vorhanden sind, muss - wie in Kapitel 3 erklärt - nur das Deckblatt des Anhangs beigelegt werden, wobei auf der ersten Seite anstelle des Inhaltsverzeichnisses „Anhang leer“ aufgeführt werden muss. Um eine einheitliche Struktur sämtlicher Notfallpläne der Gemeinden gewährleisten zu können, darf der Anhang darf nicht entfernt werden.

| Anhang | Beschreibung |
|---|---|
| **Anhang 3.4.1 Straßennetz** | Hier werden sämtliche Ereignisse berücksichtigt, die sich im Straßennetz (Haupt- und Nebenstraßen) sowie auf den Autobahnen ereignen können, die das Gemeindegebiet durchqueren. Je nachdem, wer für den betroffenen Straßenabschnitt zuständig ist, ändert sich die Art des Notfallmanagements. In jedem Fall aber müssen die Koordinierung des Notfallmanagements zwischen den Gemeinden und den Polizeikräften geplant, die verschiedenen zusammen mit den Rettungskräften und den entsprechenden Strukturen der Provinz zu ergreifenden Maßnahmen für die Information und Betreuung der Bevölkerung definiert und die Modalitäten bestimmt werden, mit denen die Gemeinde die Aktionen unterstützen kann, wenn diese von anderen zuständigen Organen koordiniert werden. Für sämtliche bei einem Unfall als kritisch eingestufte Elemente müssen geeignete Notfallzonen und Straßen für die Rettungsarbeiten sowie Alternativen bestimmt werden. Wenn die Strukturen über einen spezifischen Notfallplan verfügen, müssen im Notfallplan für die Gemeinden die Maßnahmen aufgenommen und vertieft werden, für welche die entsprechende Gemeinde zuständig ist. |
| **Anhang 3.4.2 Bahnnetz** | Wenn die Gemeinden nicht von Bahnlinien durchquert werden, muss dieser Anhang nicht ausgefüllt werden, andernfalls müssen im Notfallplan für die Gemeinden die Maßnahmen aufgeführt werden, die von der Gemeinde bei einem Notfall im Schienenverkehr ergriffen werden müssen.<br>Um die Rettungsarbeiten nicht zu behindern, müssen für den Notfall geeignete Notfallzonen und die Straßen für die Rettungsfahrzeuge sowie entsprechende alternative Straßen bestimmt werden.<br>Wenn die Bahnnetze über einen spezifischen Notfallplan verfügen, müssen im Notfallplan für die Gemeinden die Maßnahmen aufgenommen und vertieft werden, für welche die entsprechende Gemeinde zuständig ist. Darüber hinaus wird auf eine mögliche Verbindung zwischen diesem Szenarium und dem Szenarium „3.3.3 Chemischer Unfall durch Transport“ hingewiesen. Nicht vergessen werden darf aber auch die Planung geeigneter Maßnahmen für die Betreuung und Information der Benutzer und der Bevölkerung im Falle eines Unfalls. |
| **Anhang 3.4.3 Seilbahnen** | In diesem Anhang werden die allgemeinen Maßnahmen definiert, die von der Gemeinde im Falle einer Störung bzw. eines Unfalls der auf dem eigenen Gebiet befindlichen Skilifte, Seil-, Zahnrad- und Schwebebahnen ergriffen werden müssen. In einigen Fällen passieren die Skilifte die Gebiete verschiedener Gemeinden. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Koordinierungstätigkeit zwischen den betroffenen Gemeinden bestmöglich kodifiziert wird. Eventuelle Störungen am Seilbahnnetz können auch in Wechselbeziehung zu anderen Szenarien (Blackout, starker Wind, Waldbrand) stehen. Aus diesem Grund müssen diesbezüglich auch die entsprechenden Verbindungen zwischen den verschiedenen in anderen Abschnitten des Notfallplans der Gemeinden aufgeführten Verfahrensweisen berücksichtigt werden. Für den Fall eines Unfalls müssen geeignete Notfallzonen und die Straßen für die Rettungsfahrzeuge bestimmt werden. Darüber hinaus müssen die in diesem Fall zu ergreifenden Maßnahmen für die Information und Betreuung der Bevölkerung definiert und die entsprechenden Strukturen der Provinz sowie die Modalitäten bestimmt werden, mit denen die Gemeinde die Aktionen unterstützen kann, wenn diese von anderen zuständigen Organen koordiniert werden. |
| **Anhang 3.4.4 Flugzeuge** | Wenn in dem Gemeindegebiet keine Flughäfen vorhanden sind, muss dieser Anhang nicht ausgefüllt werden bzw. können alternativ hierzu allgemeine Maßnahmen für das Management von Unfällen von Flugzeugen, Helikoptern, Segelflugzeugen, Gleitschirmen bzw. anderen Fluggeräten vorgesehen werden. Dies gilt im Besonderen für die Beziehungen zu den zuständigen Strukturen und Rettungskräften.<br>Wenn in dem Gemeindegebiet Start- und Landeplätze vorhanden sein sollten, müssen für den Notfall geeignete Notfallzonen und Straßen für die Rettungsfahrzeuge sowie entsprechende alternative Straßen bestimmt werden, damit die Rettungsarbeiten nicht behindert werden.<br>Um vor allem in Bezug auf die Maßnahmen für die Betreuung und Information der Benutzer und der Bevölkerung ein koordiniertes und effizientes Notfallmanagement gewährleisten zu können, müssen, wenn spezifische Notfallpläne vorhanden sein sollten, im Notfallplan für die Gemeinden jene Maßnahmen aufgenommen und vertieft werden, für welche die entsprechenden Gemeinden zuständig sind. |

## Abschnitt 3.5 Essentielle Dienste

In diesem Abschnitt werden die im Zusammenhang mit der Reduzierung, Unterbrechung bzw. Störung der Versorgung mit den wesentlichen Diensten auftretenden Szenarien untersucht. Diese Störungen können sowohl durch Probleme mit dem Verteilungsnetz als auch durch die indirekten Auswirkungen anderer Notfallszenarien verursacht werden (Überschwemmungen, Erdrutsche, Erbeben, Blackouts). Um eine ordnungsgemäße Definition der Situation, die Betreuung der betroffenen Bevölkerung und eine zügige Wiederherstellung der Dienste gewährleisten zu können, müssen entsprechende Maßnahmen geplant und der Kommunikationsfluss sichergestellt werden. Beim Bestimmen der Szenarien müssen jene anfälligen Strukturen identifiziert werden, die bei einem Ausfall der wesentlichen Dienste Vorrang haben. Um ein optimales Notfallmanagement gewährleisten zu können, ist es darüber hinaus wichtig, dass in dem entsprechenden Abschnitt des Teils „Ressourcen“ für sämtliche Dienste die Personen bestimmt und angegeben werden, die für die Aufrechterhaltung des effizienten Kommunikationsflusses zuständig sind.

| | |
|---|---|
| <br>**Anhang 3.5.1 Elektrische Energie** | Die Unterbrechung der Stromversorgung kann zahlreiche Auswirkungen haben und Risiken mit sich bringen. Hierzu zählen beispielsweise Probleme mit der Straßenbeschilderung und dem Verkehr, das Stehenbleiben der Aufzüge, aber auch der Stillstand von Anlagen, Kommunikationssystemen, Pumpen für die Wasser- bzw. Kraftstoffverteilung, Kühlanlagen und in einigen Fällen auch das Ausfallen der Heizung. Probleme können darüber hinaus aber auch für Personen entstehen, die auf elektromedizinische Geräte angewiesen sind oder aber auch für die Viehzuchten und ihre Melksysteme. In diesen Problemen rechtzeitig entgegenwirken zu können, müssen die entsprechenden Maßnahmen für eine möglichst schnelle und genaue Bestimmung des Umfangs und der Merkmale der Störung festgelegt werden. Darüber hinaus müssen alternative Systeme für die Kommunikation zwischen den strategischen Strukturen und dem Zivilschutz auf Landesebene vorgesehen werden. Die strategischen und sensiblen Dienste müssen vorrangig betreut und wiederhergestellt werden. Von grundlegender Bedeutung ist die Ermittlung der Eingriffe, die für die Behebung der infolge eines Ereignisses durch den Dienst selbst ausgelösten Gefahrensituation notwendig sind. Und schließlich müssen auch jene Eingriffe gefördert werden, die auf die Kontinuität, die Selbstversorgung und die rechtzeitige Wiederaufnahme der industriellen und kommerziellen Tätigkeiten und anderer sensibler Elemente ausgerichtet sind. |
| <br>**Anhang 3.5.2 Trinkwasser** | Die Trinkwasserversorgung kann durch verschiedene Faktoren beeinflusst werden: Trockenheit, Probleme mit der Unversehrtheit des Verteilernetzes, Verunreinigung mit umweltschädlichen bzw. giftigen Substanzen, Ausfall des Stroms für die Verteilung des Trinkwassers. Was das Problem mit der Trinkwasserversorgung angeht, kann auf das Dekret des Landeshauptmannes Nr. 12 (März 2006) Verordnung über den Trinkwasserversorgungsdienst Bezug genommen werden. Zu den vorrangig zu ergreifenden Maßnahmen im Falle einer unterbrochenen bzw. mangelnden Trinkwasserversorgung zählen: die Herausgabe spezifischer Erlässe, der Aufruf zum Sparen von Wasser durch die Massenmedien, die Einschränkung eines nicht unbedingt notwendigen Wasserverbrauchs, die Einschränkung des Wasserverbrauchs seitens der Produktionstätigkeiten, die Einschränkung des Verbrauchs seitens zuvor bestimmter Abnehmer, die Versorgung von Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderen sensiblen Strukturen, die Vorbereitung alternativer Versorgungssysteme und eventuell notwendiger geeigneter Maßnahmen für die Hygiene- und Gesundheitskontrolle sowie die Gewährleistung eines konstanten Austauschs der Informationen mit den Betreibern und dem Zivilschutz der Provinz. |
| <br>**Anhang 3.5.3 Telekommunikation** | Sowohl die telefonischen Festanschlüsse als auch die Mobiltelefone aber auch das Faxsystem und die anderen Formen der Telekommunikation sind während eines Katastrophenereignisses noch wichtiger als im normalen Alltag. Störungen des Kommunikationsnetzes können zusätzliche Gefahren mit sich bringen. So ist es beispielsweise möglich, dass es einem Bürger nicht gelingt, einen Notruf zu tätigen bzw. eine Gemeinde über eine Gefahrensituation in Kenntnis zu setzen. Die Unterbrechung der Kommunikation kann sowohl auf technische Probleme am Netz als auch auf andere Ereignisse wie Erdbeben, heftige Schneefälle, Überschwemmungen oder Blackouts zurückzuführen sein Eine Störung der Telekommunikation kann vor allem während eines Notfalls kritisch sein. Um die Koordinierung des Notfallmanagements unter allen Umständen gewährleisten zu können, muss ein zusätzlicher auf redundanten bzw. autonomen Systemen basierender Kommunikationsplan entworfen werden. In diesem Anhang werden die Maßnahmen festgelegt, die für ein ordnungsgemäßes Bestimmen der Situation sowie für das Überwinden des Notfalls ergriffen werden müssen. |
| <br>**Anhang 3.5.4 Brennstoffe und Heizung** | Die Brennstoffe werden sowohl über die Verteiler- als auch über die Transportnetze geliefert. Die festen, flüssigen und gasförmigen Brennstoffe sind zum Heizen von Wohnungen und Häusern sowie für die Produktionstätigkeiten, die Erzeugung von Energie aber auch als Treibstoff notwendig. Die verschiedenen Störungen, die bei der Kraftstoffverteilung auftreten können, können auf eine geringe Verfügbarkeit durch Probleme mit dem Verteilernetz (Energiekrisen), technische Probleme, durch Naturereignisse hervorgerufene Schäden, die Nichtverfügbarkeit aufgrund von Streiks oder anderen Formen der Unruhe bzw. ganz einfach auf ein schwieriges Durchkommen der Transportmittel aufgrund von erschwerten Bedingungen bzw. Fahrverboten zurückzuführen sein. Im Zivilschutzplan für die Gemeinden müssen die in dieser Art von Situation potentiell möglichen Szenarien sowie die am stärksten anfälligen Strukturen bzw. die Strukturen, die einer vorrangigen Lieferung bedürfen und die entsprechenden notwendigen Maßnahmen festgelegt werden. In diesem Anhang muss darüber hinaus auch das Szenarium in Bezug auf die Fernheizungsanlagen geplant werden, wenn diese Art von wesentlichem Dienst in der Gemeinde vorhanden sein sollte. |
| <br>**Anhang 3.5.5 Abfallentsorgung** | In diesem Anhang werden die allgemeinen Probleme im Zusammenhang mit dem Abfallmanagement definiert, wobei sämtliche kritischen Situationen aufgeführt werden müssen, die aufgrund einer Beeinträchtigung des Systems zur Abfallentsorgung entstehen können. Die Anhäufung von Abfällen (auch vorübergehend) kann auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen sein, die nicht unbedingt auf die Gemeinde zurückzuführen sein müssen. Die Kapazitäten zum Sammeln und Entsorgen von Abfällen kann beispielsweise auch durch ein Naturereignis reduziert werden bzw. kann die Schaffung von Notfall-Aufnahmestrukturen die Bereitstellung eines zusätzlichen Dienstes erfordern. Um eine effiziente Reaktion und eine schnelle Wiederherstellung des Dienstes gewährleisten zu können, muss daher der Informationsfluss zum gesamten Gemeindegebiet und zu den angrenzenden Gemeinden definiert werden. Darüber hinaus müssen die hygienischen und gesundheitlichen Aspekte des Abfallmanagements untersucht werden. Analog dazu wird in diesem Anhang das Szenarium analysiert, das im Zusammenhang mit den Problemen der Wasserentsorgung und -aufbereitung und dem Abwasserentsorgungsnetz eintreten kann. |

### 2.3.4 Teil 4: Ressourcen

Es ist wichtig, dass sämtliche zur Verfügung stehenden Ressourcen des Zivilschutzes bestmöglich organisiert werden, so dass sie in einem Notfall bzw. bei einem Rettungseinsatz so effizient wie möglich erreicht und genutzt werden können. Es gibt verschiedene Arten von Ressourcen (technische, humane, organisatorische), die in mehrere Kategorien eingeteilt werden können. In diesem Teil des Plans werden die Daten in Bezug auf sämtliche potentiell für die verschiedenen Ereignisarten notwendigen Ressourcen in entsprechenden Formularen gesammelt und auf Übersichtskarten dargestellt. Im Anhang der vorliegenden Richtlinien werden darüber hinaus sämtliche für die Realisierung der unterschiedlichen Ressourcen-Formulare eingesetzten Modelle zur Verfügung gestellt. Wo dies angebracht ist, werden die Daten direkt von der Provinz zur Verfügung gestellt (z.B. bei den Formularen für die Adressen und Telefonnummern der Strukturen der Provinz). Hervorgehoben werden muss, dass dieser Teil das einzige Adressen- und Telefonverzeichnis des Notfallplans darstellt - eine Art Telefonbuch - auf welches der gesamte restliche Plan bezüglich der vorgesehenen Verfahrensweisen Bezug nimmt. Aus diesem Grund muss dieser Teil so vollständig aber auch so kurz wie möglich gehalten werden und darf nur die absolut notwendigen Daten umfassen, was auch im Hinblick auf die spätere Aktualisierung der Daten wichtig ist.

## Abschnitt 4.1 Das Führungssystem

In diesem ersten Abschnitt werden sämtliche Informationen in Bezug auf die Gemeindeleitstellen und die gemeindeübergreifenden Leitstellen sowie die in Bezug auf die angrenzenden Gemeinden und die Gemeinde- und die Landesverwaltung nützlichen Daten gesammelt. Für sämtliche Gemeindeleitstellen müssen sowohl der Standort als auch ihre Struktur angegeben werden. Darüber hinaus müssen die Adressen und Telefonnummern sämtlicher Mitglieder und Personen aufgeführt werden, die eventuell aktiviert werden müssen, um einen einwandfreien Betrieb gewährleisten zu können. Bei den Gemeindeleitstellen sollten sowohl der Hauptsitz als auch die eventuell existierenden Nebensitze aufgeführt werden. Bei der Auswahl des GLS-Sitzes und ihrer Nebensitze müssen sowohl die auf den verschiedenen Arten der Gefahr basierende Verletzbarkeit als auch ihre Zugänglichkeit während eines Notfalls bzw. Katastrophenereignisses berücksichtigt werden. Wenn der GLS-Hauptsitz und die Nebensitze weit voneinander entfernt sind und sich in Gebieten befinden, die unterschiedlichen Risiken ausgesetzt sein können, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass für sämtliche sich im Gemeindegebiet ereignende Szenarien ein für das Notfallmanagement geeigneter Ort zur Verfügung steht. Sollten in der Gemeinde weitere Ausschüsse, wie z.B. der Lawinenausschuss, existieren, müssen diese in einem extra Formular innerhalb dieses ersten Anhangs aufgeführt werden. In einem speziellen Anhang müssen darüber hinaus auch die Adressen und Telefonnummern der in die Aktivitäten des Zivilschutzes einbezogenen Gemeindebüros aufgeführt werden.

| Anhang | Beispiel Inhalte |
|---|---|
| **Anhang 4.1.1 Zivilschutz auf Gemeindeebene** | • Karten mit Darstellung der Gemeindeleitstellen und den entsprechenden Zufahrtswegen<br>• Datenblätter Gemeindeleitstelle: Sitz, Nebensitz, Kontaktdaten Mitglieder und Mannschaft<br>• Andere Ausschüsse (Lawinen-Ausschuss) |
| **Anhang 4.1.2* Zivilschutz auf Provinzebene** | • Notfallzentralen, Funktionszentrum der Provinz, Wetterdienst<br>• Bezirksleitstelle BLS, Landesleitstelle LLS<br>• Regierungskommissariat |
| **Anhang 4.1.3 Gemeindeverwaltung** | • Gemeindebüros und -dienste<br>• Gemeinderat, Gemeindeausschuss |
| **Anhang 4.1.4* Landesverwaltung** | • Verzeichnis nützlicher Adressen von Diensten bzw. Strukturen der Landesverwaltung (Abt. 30, Abt. 32, Abt. 23, Abt. 12, Abt. 11, Abt. 12, usw.) |
| **Anhang 4.1.5 Angrenzende Gemeinden** | • Knappe Informationen zu den Kontaktdaten des Bürgermeisters, der Gemeindeverwaltung und der in den angrenzenden Gemeinden ansässigen operativen Strukturen |
| **Anhang 4.1.6* Massenmedien** | • Verzeichnis und Kontaktdaten der Massenmedien (Name, Typ: TV, Radio, Presse, Presseagentur) und Kontaktdaten (Telefon, Fax, E-Mail, Homepage) |

(*) Die Daten wurden vom Amt für Zivilschutz der Autonomen Provinz Bozen zur Verfügung gestellt.

Der erste die Ressourcen betreffende Abschnitt umfasst weitere Anhänge, in denen auch die Adressen und Telefonnummern des Zivilschutzsystems der Provinz knapp aufgeführt werden. Hierzu zählen unter anderem auch die Daten der für die Aktivitäten des Zivilschutzes potentiell nützlichen Notfallzentralen und Ämter der Provinz.
Der Abschnitt endet mit einem Formular, in welchem sämtliche Adressen und Telefonnummern der Massenmedien aufgeführt sind, so dass diese für das Verfassen von Pressemitteilungen oder anderen Mitteilungen sowie für die Organisation von Pressekonferenzen während eines Notfalls problemlos kontaktiert werden können.
Da dieser Abschnitt für das Funktionieren der Alarmierungsketten beim Eintreten eines Notfalls, bei dem der Zivilschutz eingreifen muss, von grundlegender Bedeutung ist, wird hiermit nochmals unterstrichen, wie wichtig eine gewissenhafte und regelmäßige Prüfung und Aktualisierung dieser Daten ist.

## Abschnitt 4.2 Operative Strukturen

In diesem Abschnitt werden die in einem Notfall auf operativer Ebene notwendigen Informationen in Bezug auf die in der Gemeinde zur Verfügung stehenden Humanressourcen und Materialien aufgeführt. Darüber hinaus werden hier die Daten in Bezug auf die verschiedenen Rettungsorganisationen, Polizeikräfte und technischen Dienste auf Gemeinde- bzw. Provinzebene aufgeführt, die über die entsprechenden Operationseinheiten im betroffenen Gemeindegebiet verfügen. Für sämtliche Typen von operativen Strukturen (Polizeikräfte, sanitäre Rettungsdienste, Bergrettung, Feuerwehr) können unterschiedliche Organisationen bzw. Behörden ermittelt werden. Mit den in diesen Richtlinien vorgesehenen Formularen können diese Daten entsprechend gesammelt und organisiert werden.

| Anhang | Beispiel Inhalte |
|---|---|
| **Anhang 4.2.1 Freiwilligenorganisationen** | • Namen Organisationen, Daten und Adressen des Organisationssitzes<br>• Adressen der Bezugspersonen<br>• Mittel, Geräte, andere verfügbare Ressourcen und durchführbare Leistungen |
| **Anhang 4.2.2 Polizei- und Streitkräfte** | • Namen Organisationen, Daten und Adressen des Organisationssitzes<br>• Adressen der Bezugspersonen<br>• Mittel, Geräte, andere verfügbare Ressourcen und durchführbare Leistungen |
| **Anhang 4.2.3 Kommunale Dienste** | • Für die Aktivität des Zivilschutzes nützliche Gemeindebüros und -dienste<br>• Adresse der Bezugspersonen |
| **Anhang 4.2.4 Strukturen für die Landesverwaltung (in der Gemeinde)** | • Straßendienst, Forststationen, Wildbachverbauung usw.<br>• Adresse des Büros/Amtes, Daten der Bezugspersonen |
| **Anhang 4.2.5* Katastrophenhilfsdienst** | • Sondereinheiten des Katastrophenschutzdienstes auf Provinzebene |

(*) Die Daten wurden vom Büro des Zivilschutzes der Autonomen Provinz Bozen zur Verfügung gestellt.

Die Formulare zu den operativen Strukturen müssen Informationen über ihre Bezeichnung, ihren Sitz bzw. ihre im Gemeindegebiet vorhandenen Sitze sowie die Adressen und die Telefonnummern einer bzw. zweier im Notfall erreichbarer Referenten pro operative Struktur enthalten. Darüber hinaus müssen in den Formularen kurze Angaben zu den Potentialen (qualitativ bzw. quantitativ) der einzelnen operativen Strukturen und Informationen in Bezug auf die verfügbaren Spezialausrüstungen gemacht werden.

## Abschnitt 4.3 Notfallflächen

Bei den Notfallstrukturen handelt es sich um Orte, die sich in dem Gebiet befinden, in welchen während eines Notfalls die Rettungseinsätze durchgeführt werden. Es können vier verschiedene Arten von Strukturen unterschieden werden:

1. **Sammelzonen bzw. -punkte:** Hierbei handelt es sich um an sicheren Orten befindliche Bereiche bzw. Strukturen für die Erstaufnahme, in denen die Bevölkerung die ersten Informationen über das Ereignis und die ersten Hilfsmittel erhält. An diese Orte begibt sich die Bevölkerung im Falle einer vorbeugenden Evakuierung bzw. wenn ein Gebiet infolge eines Notfallereignisses geräumt werden muss.

2. **Bereitstellungsräume** (Personal, Notfalllager Materialien und Mittel): Hierbei handelt es sich um für das Notfallmanagement bestimmte Bereiche. In diesen Bereichen wird der erste Kontakt mit dem Rettungspersonal hergestellt, welches unter Umständen auch aus anderen Gemeinden stammen kann. Diese Bereiche müssen auch mit größeren Verkehrsmitteln leicht erreichbar sein.

3. **Notunterkünfte**: Hierbei handelt es sich um Bereiche bzw. Strukturen, in denen die Bevölkerung untergebracht wird, die dazu gezwungen ist, die eigene Wohnung bzw. das eigene Haus für einen mehr oder weniger langen Zeitraum zu verlassen (von wenigen Tagen bis hin zu Monaten). In diesen Bereichen bzw. Strukturen können Strukturen für eine kurzfristige (Zelte) bzw. für eine mittel- und langfristige Aufnahme eingerichtet werden (Container, Fertigbaustrukturen). Eine weitere wichtige Ressource stellen darüber hinaus die Strukturen zur Aufnahme von Touristen bzw. Hallen, Schulen und andere Gebäude dar, in denen Betten und Betreuungsdienste für die evakuierte Bevölkerung realisiert werden können.

4. **Hubschrauberlandeplätze:** Hierbei handelt es sich um die Bereiche, die sich aus morphologischer und struktureller Sicht zum sicheren Landen und Starten von Helikoptern anbieten und über Land erreichbar sind. Bei den Helikopterlandeplätzen kann es sich um zertifizierte aber auch um für den Notfall improvisierte Bereiche handeln.

Hierbei handelt es sich um ein Netz an grundlegenden Ressourcen, die zum Bewältigen der verschiedenen Notfallsituationen notwendig sind. Die Notfallbereiche müssen in möglichst weit von eventuellen Gefahrenzonen abgelegenen Gebieten bzw. - falls es keine Alternative geben sollte - eventuell auch außerhalb des Gemeindegebiets eingerichtet werden. In diesem Fall muss der Einsatz dieser Ressourcen so gut wie möglich über die zuständigen Verwaltungen geplant und koordiniert werden. Bei den Formularen zum Sammeln der Daten zu den Notfallbereichen wurde darüber hinaus ihre Brauchbarkeit für bestimmte Szenarien bzw. Gefahren berücksichtigt. Eine Struktur könnte im Falle eines Waldbrands beispielsweise als brauchbar und im Gegensatz hierzu bei einem hydrogeologischen Risiko als anfällig und somit als unbrauchbar eingestuft werden. Um die Brauchbarkeit und die Anfälligkeit einer Struktur darzustellen, werden spezielle Symbole benutzt: eine eventuelle Anfälligkeit für Gefahren muss gelb und die Brauchbarkeit einer Struktur muss grün gekennzeichnet werden. Die Bestimmung dieser Bereiche und Strukturen basiert also auch auf der Planung der Gefahrenbereiche.

| Anhang | Beispiel Inhalte |
|---|---|
| **Anhang 4.3.1 Sammelzonen** | • Übersichtskarte und andauernde Gefahren in den Sammelzonen<br>• Evakuierungsplan mit Einteilung des Gemeindegebietes in verschiedene Bereiche mit jeweils einer eigenen Wartezone und der entsprechenden Strecke, die zurückgelegt werden muss.<br>• Einzelne Übersichten der Sammelzonen |
| **Anhang 4.3.2 Bereitstellungsräume** | • Übersichtskarte und andauernde Gefahren in den Sammelzonen/Rettungsdienste<br>• Für die Zufahrt zu den Sammelzonen kritische Punkte<br>• Einzelne Übersichten der Sammelzonen/Rettungsdienste |
| **Anhang 4.3.3 Notunterkünfte** | • Übersichtskarte<br>• Einzelne Übersichten der Sammelzonen |
| **Anhang 4.3.4 Hubschrauberlandeplätze** | • Übersichtskarte mit Angabe der Landeanflüge und der entsprechenden Hindernisse<br>• Einzelne Übersichten der gelegentlichen oder permanenten Hubschrauberlandeplätze mit Angabe der geographischen Lage, GPS-Koordinaten, Höhe, Besitzer, Zufahrt über Landweg |

Die Sammelzonen müssen für die Bevölkerung ausgewiesen und dieser bekannt sein. Hierzu müssen entsprechende Trainings abgehalten und Informationskampagnen durchgeführt werden. Darüber hinaus können sie in besonderen Fällen, falls erforderlich, durch eine entsprechende Straßenbeschilderung gekennzeichnet werden. In Bezug auf die Typologie können Plätze, Parkplätze, Höfe sowie öffentliche und private Räumlichkeiten bzw. vorzugsweise geschlossene Strukturen wie entsprechend eingerichtete Gebäude mit einer ausreichenden Anzahl an Parkplätzen (Fitnesszentren, Tagungssäle, Kulturzentren) in Betracht gezogen werden. Hierzu analog müssen auch zum Sammeln von Vieh bzw. anderen Tieren (auch Haustiere) entsprechende Bereiche eingerichtet werden. Es können drei verschiedene Sammelbereiche bzw. -strukturen unterschieden werden: Aufnahme-strukturen (bereits eingerichtete Strukturen wie Hotels und Zimmervermietungen, öffentliche bzw. private Strukturen, die für die Aufnahme eingerichtet werden können, wie Hallen, Lagerräume, Schuppen, Multifunktionszentren), Bereiche, in denen Zelte aufgestellt werden können und Wohnsiedlungen für den Notfall (Container und vorgefertigte Strukturen). Es muss die Versorgung mit den für die Einrichtung der Aufnahmestellen notwendigen Materialien geplant werden, wobei die operativen Strukturen im bzw. außerhalb des Gemeindegebiets, die Verantwortlichen für ihre Belieferung, die Einrichtung der Zentren und ihrer Verwaltung sowie sämtliche für die vorübergehende Urbanisierung dieser Gebiete eventuell notwendigen Operationen angegeben werden. Hierbei muss berücksichtigt werden, ob die Möglichkeit besteht, die Strukturen mit Wasser und Strom zu versorgen und sie an die Kanalisation anzuschließen oder nicht (siehe hierzu Abschnitt 2.3.1 des Plans „Schutzmaßnahmen“). Für den Fall, dass die eigenen Wohnstätten für einen längeren Zeitraum geräumt werden müssen, müssen alternative Lösungen vorgesehen werden, wie die Vermietung bzw. Zuweisung von anderen Wohnstätten bzw. die Konstruktion von Notfallsiedlungen. Wenn als Aufnahmestrukturen für den Notfall bereits existierende und normalerweise für andere Zwecke eingesetzte Strukturen ausgewählt werden, handelt es sich in der Regel um Sportplätze, da diese ausreichend groß und standardisiert sind und über Drainagesysteme und Anschlüsse an Wasser, Strom und die Kanalisation sowie über die entsprechenden Zufahrtswege verfügen. Die wichtigste Anforderung an die für den Notfall bestimmten Gebiete bzw. Strukturen ist natürlich, dass sich diese in Gebieten befinden, die möglichst vor dem Einsturz der Infrastrukturen (Gerüste, Schornsteine, Antennen, Kräne, Simse, Kamine) sicher sind bzw. die sich weit genug von Überland-, Gas-, Öl-, Wasser- und Druckrohrleitungen, Staubecken und -anlagen, Störfallbetrieben und Lagern mit gefährlichen Waren befinden. Darüber hinaus müssen die geologischen Eigenschaften des umliegenden Gebietes (Bereiche, in denen es zu Erdrutschen kommt, Überschwemmungsgebiete, potentiell gefährliche Erhöhungen, unstabile Abhänge) und des ausgewählten Geländes (erst kürzlich vorgenommene Pflügung, Säuberung von Mülldeponien jeglicher Art) sowie Gebiete, die atmosphärischen Erscheinungen (tief liegende Gebiete, windige Gebirgskämme) unterliegen, berücksichtigt werden. In den Richtlinien der Luftfahrt werden „gelegentliche Helikopterlandeplätze als alle Gebiete“ definiert, „die nach Ermessen des Pilots groß genug sind, um dort gelegentlich landen bzw. starten zu können“. Zu diesem Zweck müssen im Notfall- bzw. Zivilschutzplan für die Gemeinden die Flächen angegeben werden, die den Piloten in einem Notfall als Helikopterlandeplätze vorgeschlagen werden können. Es müssen sowohl die zugelassenen als auch die nur gelegentlich genutzten, nicht offiziell von der Luftfahrt aber aufgrund ihrer Eigenschaften (Größe: ein

Quadrat mit einer Seitenlänge von mindestens 25 m bzw. ein Kreis mit einem Durchmesser von 25 m, flache Oberflächen mit einer max. Neigung von 5% aus kompakten schuttfreien Materialien sowie die Abwesenheit von Hindernissen, die den Flug in einem in einer Ebene mit einer Neigung von 10°÷15° bis zu 45° eingeschlo ssenen Flugraum behindern können) anerkannten Helikopterlandeplätze angegeben werden.

## Abschnitt 4.4 Dienste

In diesem Abschnitt werden sämtliche Ressourcen aufgeführt und dargestellt, die zum Durchführen und für die Lieferung der verschiedenen Dienste zur Verfügung gestellt werden können sowie die Kontaktdaten der Lieferanten der wichtigsten Dienste. Wenn dies möglich ist, sollten die Unternehmen und Strukturen aufgeführt werden, die in der Lage sind, das entsprechende Gebiet vollständig und autonom zu versorgen (z.B. der Transport mit Bussen, Ausgrabungsarbeiten, der Transport von Zuschlagstoffen, die Lieferung warmer Mahlzeiten für eine bestimmte Anzahl an Personen, die Realisierung von Trinkwasseraufbereitungsanlagen und kommerziellen Einrichtungen.

| Anhang | Beispiele |
|---|---|
| **Anhang 4.5.1 Essentielle Dienste** | • Elektrizitätsversorgungsunternehmen<br>• Telefonbetreiber<br>• Gasversorgungsunternehmen<br>• Versorgungsunternehmen für Heizbrennstoffe<br>• Lager und Versorgungsunternehmen für Heizbrennstoffe<br>• Versorgungsunternehmen für Dieselkraftstoffe<br>• Kläranlagen<br>• Müllentsorgungsunternehmen, Jauchegruben, Mülldeponie, Müllverbrennungsanlagen |
| **Anhang 4.5.2 Aufnahmestrukturen** | • Hotels, Zimmervermietung/Agritourismus-Betriebe (Urlaub auf dem Bauernhof)<br>• Campingplätze<br>• Jugendherbergen/Internate |
| **Anhang 4.5.3 Transport- und Bauwesen** | • Viehtransport<br>• Transport von Zuschlagstoffen<br>• Warentransport<br>• Baumaterialien<br>• Arbeiten in Steinbrüchen und auf Baustellen |
| **Anhang 4.5.4 Öffentlicher Transport** | • Flughäfen<br>• Private/öffentliche Unternehmen für Personentransport auf der Straße<br>• Bahnhöfe<br>• Seilbahnen und Skilifte<br>• Öffentliche Parkplätze |
| **Anhang 4.5.5 Gesundheitswesen** | • Krankenhäuser, Kliniken<br>• Apotheken<br>• Ärzte<br>• medizinische Ambulatorien<br>• Tierärzte, Tierkliniken<br>• Sanitäre Einrichtungen außerhalb der Gemeinde |
| **Anhang 4.5.6 Kommerzielle Tätigkeiten** | • Lebensmittelgeschäfte<br>• Metzgereien<br>• Bäckereien<br>• Supermärkte/Hypermärkte/Einkaufszentren |
| **Anhang 4. 5.7 Kult und Religion** | • Pfarrgemeinden<br>• Bestattungsunternehmen<br>• Sarghersteller |
| **Anhang 4.5.10 Techniker und Fachkräfte** | • Technische Büros<br>• Handwerksbetriebe |

Für sämtliche Anhänge dieses Abschnitts müssen in einer Art vereinfachtem Telefonbuch knapp die verschiedenen Dienste aufgelistet werden, wobei die Typologie, der Name und sowohl die administrativen Kontaktdaten als auch die Kontaktdaten eines eventuell vorhandenen Bereitschaftsdienstes sowie die Art der zur Verfügung gestellten Dienstleistungen angegeben werden müssen. Dieser Anhang dient während des Notfallmanagements dazu, sämtlichen Beteiligten unverzüglich die Kontaktdaten zur Verfügung stehen, die notwendig sind, um die Ressourcen zu gewinnen, die nicht direkt von der öffentlichen Verwaltung bzw. von operativen Strukturen verwaltet werden, die aber trotzdem erschlossen werden können, um die Situation effizient bewältigen zu können. Um die Aktualisierung dieses Abschnitts des Plans nicht übermäßig schwer zu gestalten, muss betont werden, dass hier ausschließlich die wirklich notwendigen Kontakte aufgeführt werden dürfen. Zu diesem Zweck ist es wichtig, dass die effektiv einzuschließenden Kontakte bei der Ausarbeitung des Plans einer sorgfältigen Auswahl unterzogen werden.

## 2.3.5 Teil 5: Einsatzhilfen

Für ein effizientes Notfallmanagement ist es sinnvoll, entsprechende Formulare vorzubereiten, die zumindest teilweise bereits ausgefüllt sein sollten. Diese Formulare setzen sich aus Übersichten, Dokumentmodellen und Checklisten für die Verwaltung der Mitteilungen und für die Verwaltungsakte zusammen, an die sich die Gemeinden im Notfall halten müssen. Der Teil 5 ist in drei Abschnitte unterteilt, in denen folgende Dokumente zusammengefasst sind:

**Abschnitt 5.1 Formulare für das Notfallmanagement und die Verwaltung der Gemeindeleitstelle**
**Abschnitt 5.2 Modelle für Verordnungen und Verwaltungsakte**
**Abschnitt 5.3 Formulare für die Verwaltung von Informationen und Massenmedien**

Es wird empfohlen, für sämtliche vorausgefüllten Modelle dieselben Modelle nochmal unausgefüllt hinzuzufügen. Die Gemeinden können die Formulare realisieren, die sie für notwendig halten und die sie in den anderen Teilen des Plans als nützlich identifiziert haben. In jedem Fall müssen die Formulare jedoch den in dem vorliegenden Dokument aufgeführten formalen Mindestanforderungen entsprechen. Im Folgenden sind die Struktur der Anhänge, welche die einzelnen Abschnitte bilden und mit denen somit die unterschiedlichen Formulartypen gestaltet werden, sowie die mindestens notwendigen Dokumente aufgeführt. Wo dies angezeigt wird, werden die entsprechenden Modelle von der Provinz zur Verfügung gestellt, damit sowohl die Formulare als auch die Mitteilungsmodelle auf Provinzebene so einheitlich wie möglich sind.

### Abschnitt 5.1 Formulare für das Notfallmanagement und die Verwaltung der Gemeindeleitstelle

Für das Notfallmanagement und einen effizienten Informationsaustausch zwischen den betroffenen Strukturen müssen die Daten mit Instrumenten gesammelt und übertragen werden, die so homogen wie möglich sein müssen. Von der Provinz wird ein Satz an mindestens notwendigen Standardmodellen zur Verfügung gestellt. Die Gemeinden können weitere Formulare bzw. Checklisten realisieren und diese gemäß der Struktur des Plans gestalten, wobei allerdings die Basisentwürfe der von der Provinz angefertigten Modelle eingehalten werden müssen. In diesem Abschnitt werden die Formulare für die Verwaltung der Humanressourcen und Materialien sowie die Formulare für die Verwaltung der Sitzungen der Gemeindeleitstelle aufgeführt. Darüber hinaus sind Modelle zum Sammeln und Organisieren der aus dem Gebiet stammenden Informationen nützlich sowie Formulare zum Sammeln von Daten und Checklisten, die zum Definieren der jeweiligen Situation und für die Verwaltung der Notfallzonen vor Ort eingesetzt werden. Am Ende des Abschnitts müssen Modelle für die Verwaltung sämtlicher Mitteilungen zwischen dem Zivilschutz und den Gemeinden vorgesehen werden.

| Anhang | Beispielformulare |
|---|---|
| **Anhang 5.1.1**<br>**Ressourcenmanagement** | • Übersicht der Verfügbarkeit von Personal, Materialien und Mitteln<br>• Zusammenfassung eingesetzte Personen, Materialien und Mittel<br>• Zuteilung Ressourcen, Protokoll Materiallieferung und -abholung<br>• Anwesenheitsliste und Sitzungsprotokoll der GLS, Anwesenheitsnachweis |
| **Anhang 5.1.2**<br>**Übersicht über die Situation** | • Ereignistagebuch<br>• Situation der Bevölkerung (Schäden an privaten Gebäuden, zu betreuende, evakuierte, verletzte, tote und vermisste Personen),<br>• Zusammenfassung der Straßenbefahrbarkeit (unterbrochene, geschlossene Straßen, Umleitungen, Einschränkungen, Einbahnstraßen/abwechselnder Einbahnverkehr)<br>• Funktionstüchtigkeit von: strategischen und wichtigen Gebäuden, Produktions-, Handels- und Landwirtschaftstätigkeiten, Viehzuchten<br>• Funktionstüchtigkeit der wesentlichen Dienste (Telekommunikation, Trinkwasser, Stromnetz, Abwassernetz)<br>• Beschädigungen an Kunst- und Kulturgütern und Denkmälern<br>• Allgemeine Übersicht und Schätzung der Schäden<br>• Wetterdienst, Hochwasseraufzeichnungen, Niederschläge, Umweltschäden |
| **Anhang 5.1.3**<br>**Maßnahmen** | • Durchzuführende Tätigkeiten/Prioritäten/Zuteilung der Tätigkeiten<br>• Verzeichnis der Bezugspersonen<br>• Formulare für die Bestandsaufnahme der Schäden, Schutz von Dämmen<br>• Betreuung der Bevölkerung (Verwaltungsübersicht Sammelzonen bzw. Aufnahmestrukturen für die Bevölkerung, Sammelzonen Kadaver)<br>• Viehzuchten (Verwaltungsübersicht Sammelzonen für Zuchttiere, Verwaltungsübersicht Tierkadaver)<br>• Unterstützung der Rettungskräfte, Verwaltungsübersicht Sammelzonen/Rettungsdienste; Beschilderung |
| **Anhang 5.1.4**<br>**Kommunikationen** | • Notizblock für Nachrichten und Anweisungen<br>• Formular zur Verwaltung von Nachrichten (Protokoll)<br>• Mitteilungen Notfallniveau und aktuell stattfindende Ereignisse, Ortsbesichtigungsantrag<br>• Antrag Aktivierung BLS, Antrag Erklärung und Aufhebung des Notstands<br>• Antrag Verfügbarkeit von Geräten und Mitteln, Mitteilung Verfügbarkeit von Geräten und Mitteln<br>• Übermittlung von Verwaltungsakten (Begleitblatt)<br>• Meldung von Schäden bzw. Störung der Dienste |

### Abschnitt 5.2 Modelle für Verordnungen und Verwaltungsakte

In diesem Abschnitt sind die Modelle zum Verfassen der verschiedenen Verwaltungsakte gesammelt, die eine Gemeinde eventuell vor bzw. während einem Notfall realisieren muss. Verordnungen vorbereiten, die bereits mit den korrekten normativen Bezügen und mit sämtlichen Hauptelementen vorausgefüllt sind, wodurch die Arbeit der Gemeinde erheblich erleichtert wird und diese sich im Notfall auf das Management der Situation konzentrieren kann. Für die Zivilschutztätigkeit ist es darüber hinaus nützlich, Modelle für die Zuweisung von Arbeiten bzw. die Beauftragung von Firmen mit der Lieferung von Gütern und Dienstleistungen vorzubereiten sowie Formulare für Einkaufsgutscheine bzw. andere administrative Aspekte des Notfallmanagements. Die in diesem Abschnitt aufgeführten Verordnungen und Verwaltungsakte müssen entsprechend dem folgenden Schema organisiert werden:

| Anhang | Beispiele |
|---|---|
| **Anhang 5.2.1**<br><br>**Personen- und Tiermanagement** | • Zwangsverlagerung<br>• Räumungen und Evakuierungen<br>• Unterbrechung der Tätigkeiten (Schulen, Produktionstätigkeiten, öffentliche Veranstaltungen) |
| **Anhang 5.2.2**<br><br>**Befahrbarkeit der Straßen** | • Schließung von Straßen<br>• Umleitung des Verkehrs<br>• Fahrerlaubnis in Ausnahmesituationen |
| **Anhang 5.2.3**<br><br>**Hygiene und Gesundheit** | • Schließung von Aktivitäten aus Hygienegründen<br>• Obligatorische Behandlungen und sanitäre Kontrollen<br>• Quarantäne<br>• Unterbrechung Verkauf und/oder Produktion von Lebensmitteln<br>• Beschlagnahmung von Lebensmitteln<br>• Badeverbot<br>• Abfallmanagement<br>• Räumung von Friedhöfen<br>• Tötung und Vernichtung von Vieh |
| **Anhang 5.2.4**<br><br>**Bewegliche und unbewegliche Güter** | • Beschlagnahmung von Immobilien<br>• Vorübergehende Besetzung<br>• Räumung von Gebieten und Gebäuden<br>• Abriss<br>• Unbewohnbarkeit<br>• Beschlagnahmung von Mitteln und Materialien |
| **Anhang 5.2.5**<br><br>**Bereitstellung von Gütern und Diensten** | • Modell eines provisorischen Mietvertrags<br>• Modell Aufträge Versorgungsunternehmen für Bereitstellung von Gütern/Diensten<br>• Vorausgefüllte Einkaufsgutscheine für die Bereitstellung von Gütern/Diensten |

### Abschnitt 5.3 Information und Massenmedien

In diesem Abschnitt werden die Texte und Formulare gesammelt, die für das effiziente Management einer Informationskampagne sowohl über Massenmedien als auch mittels eines in der Provinz Bozen aktiven Systems zur Information der Bevölkerung nützlich sind. In den letzten zwei Anhängen des Abschnitts 5.3 werden Zusammenfassungen mit nützlichen Informationen in Bezug auf die Katastrophenereignisse (Mercalli-Skala, Windskala nach Beaufort usw.) sowie kurze Angaben bezüglich der Verhaltensregeln gesammelt, an welche sich die Bürger halten müssen und die sowohl für Interviews als auch für Pressemitteilungen nützlich sind. Darüber hinaus wird ein Verzeichnis mit Internet-Adressen bzw. anderen nützlichen Adressen und Telefonnummern zusammengestellt, unter welchen allgemeine Informationen gewonnen werden können, um sich über ein bestimmtes Ereignisszenarium zu informieren.

| Anhang | Formularbeschreibungen und -beispiele |
|---|---|
| **Anhang 5.3.1**<br><br>**System für die Information der Bevölkerung** | • Basistexte BIS des Landeszivilschutzdienstes<br>• Nachrichtenmodelle BIS auf Gemeindeebene<br>• Bestätigungsformular Aktivierungsantrag BAS - BIS<br>• Sendefrequenzen BIS auf lokaler Ebene |
| **Anhang 5.3.2**<br><br>**Pressemitteilungen** | • Standardmodelle für Pressemitteilungen bei Ereignis-Szenarien<br>• Modelle für Pressemitteilungen an die Bevölkerung (Flugblätter, Amtstafel usw.) |
| **Anhang 5.3.3**<br>**Verhaltensregeln und nützliche Informationen bei Unfällen** | • In Bezug auf die Naturphänomene bzw. andere Ereignisse nützliche Informationen<br>• Richtlinien zum Selbstschutz, die von der Bevölkerung in einem Notfall angewandt werden müssen<br>• Internet-Links<br>• Bezüge auf für die Informationsarbeit nützliche Dokumente |

## 2.3.6 Teil 6: Rechtssammlung

Der sechste und letzte Teil des Notfallplans für die Gemeinden, der Bezug auf die Rechtssammlung nimmt, stellt ein in jeder Hinsicht eigenständiges Dokument dar. Auf diese Weise wird vermieden, dass der in der Praxis vom Notfallpersonal benutzte Teil übermäßig umfangreich ist.
Das bedeutet aber nicht, dass dieser Teil weniger wichtig ist. In ihm können auch während eines Notfalls die entsprechenden Richtlinien und Akte zum Ausführen der Zivilschutztätigkeiten konsultiert werden, vor allem in zweifelhaften bzw. nicht detailliert im Plan aufgeführten Situationen. Die Rechtssammlung umfasst drei verschiedene Abschnitte, die aber im Gegensatz zum restlichen Plan nicht weiter in Anhänge unterteilt sind. In dieser Sammlung stellen die einzelnen Richtlinien die Anhänge der verschiedenen Abschnitte dar:

**Abschnitt 6.1 Rechtsvorschriften auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene**
**Abschnitt 6.2 Rechtsvorschriften auf Landesebene**
**Abschnitt 6.3 Rechtsvorschriften auf Gemeindeebene**

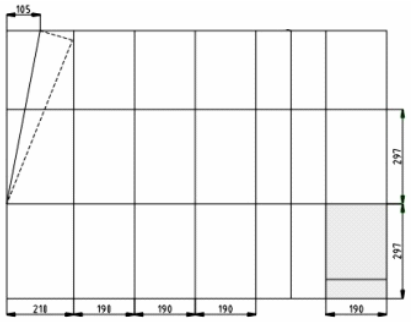
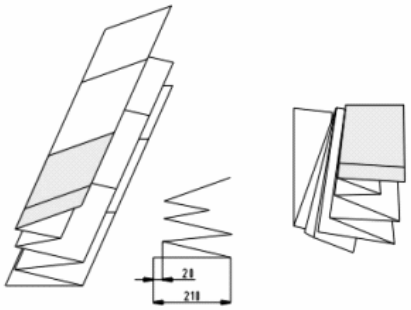
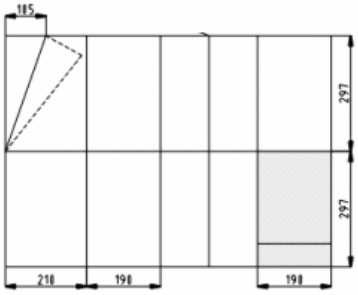
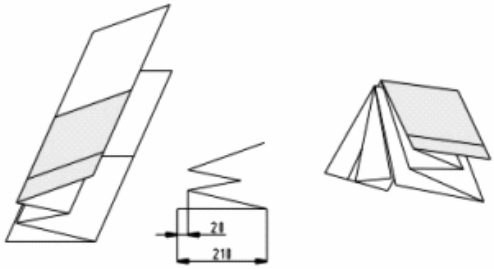
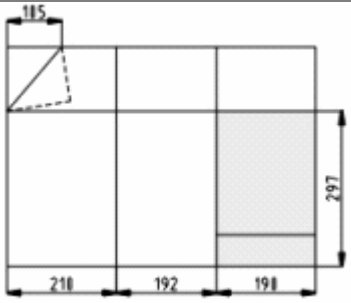
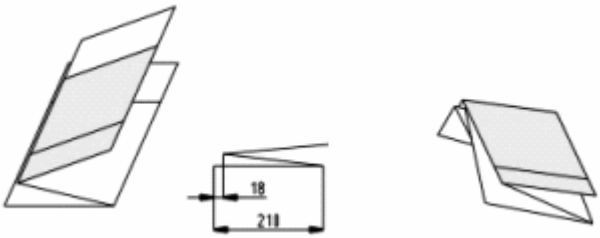
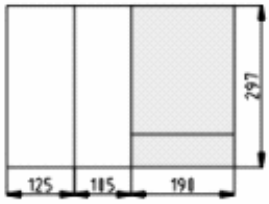
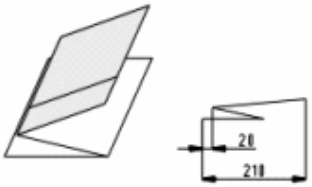
In sämtlichen Abschnitten werden die entsprechenden Gesetzestexte, Dekrete, Beschlüsse und andere nützliche Akte gesammelt und aufgeführt.
Bei den Gesetzen und den anderen gesetzgebenden Akten muss immer das Datum der Aktualisierung angegeben werden. Im Folgenden werden einige Beispielrichtlinien aufgeführt. Weitere interessante Richtlinien können in der Bibliographie (Kapitel 5) der vorliegenden Richtlinien eingesehen werden.

| Abschnitt | Beispiele |
|---|---|
| **Abschnitt 6.1**<br><br>**Rechtsvorschriften auf Staatsebene** | Dekret des Staatspräsidenten Nr. 670 vom 31.08.1972, Genehmigung des Einheitstextes der Verfassungsgesetze in Bezug auf das Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol.<br><br>Dekret des Staatspräsidenten Nr. 381 vom 22.03.1974, Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatus für die Region Trentino-Südtirol zum Thema Urbanistik und öffentliche Arbeiten.<br><br>Staatsgesetz Nr. 283 vom 30.04.1962, Änderung der Artikel 242, 243, 247, 250 und 262 des Einheitstextes der Gesundheitsgesetze, genehmigt durch das Königliche Dekret Nr. 1265 vom 27. 07.1934. Regelt die Hygiene bei der Produktion und dem Verkauf von Lebensmitteln und Getränken.<br><br>Staatsgesetz Nr. 996 vom 08.12.1970, Richtlinien in Bezug auf die Rettung und die Unterstützung der von Katastrophen betroffenen Bevölkerung. Zivilschutz.<br><br>Staatsgesetz Nr. 225 vom 24.02.1992, Einrichtung des nationalen Zivilschutzdienstes. |
| **Abschnitt 6.2**<br><br>**Rechtsvorschriften auf Landesebene** | Dekret des Landeshauptmannes Nr. 19 vom 01.08.1988, Durchführungsverordnung zum Artikel 1 des Landesgesetzes Nr. 34 vom 12.07.1975 über die Bewilligung von Subventionen bzw. Beiträgen an die Organisationen, die im Bereich der Vorbeugung und Soforthilfe im Katastrophenfall tätig sind.<br><br>Landesgesetz Nr. 34 vom 12.07.1975, Vorbeugungs-, Soforthilfe- und Wiederinstandsetzungsmaßnahmen nach Erdrutschen, Lawinen, Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen.<br><br>Landesgesetz Nr. 3 vom 12.01.1983, Ausübung der Funktionen im tierärztlichen Bereich und Neuregelung der tierärztlichen Dienste.<br><br>Landesgesetz Nr. 10 vom 15.04.1991, Enteignung für gemeinnützige Zwecke in Bereichen, für welche das Land zuständig ist.<br><br>Landesgesetz Nr. 15 vom 18.12.2002, Einheitstext über die Strukturierung der Feuerwehr- und Zivilschutzdienste.<br><br>Beschluss der Landesregierung Nr. 7112 vom 13.11.1989, Einführung „Symbol des Zivilschutzes“ für die Autonome Provinz Bozen – Südtirol.<br><br>Beschluss der Landesregierung Nr. 2561 vom 15.06.1998, Einführung der Spezialeinheiten des Katastrophenhilfsdienstes. |
| **Abschnitt 6.3**<br><br>**Rechtsvorschriften auf Gemeindeebene** | Abhängig von der Gemeinde:<br>Richtlinien und Verordnungen zum Betrieb der Gemeindeverwaltung<br>Auszug aus dem Statut der Gemeinde<br>Richtlinien in Bezug auf das in der Gemeinde angestellte Personal |

# 3. Form des Plans

## 3.1 Angaben für das Erstellen des GZSP

Der Zivilschutzplan für die Gemeinden (GZSP) muss gemäß den von der Autonomen Provinz Bozen vorgesehenen Standards und den von ihr benutzten Symbolen, die von ihr angegeben werden, sowohl in Papierform als auch - wo dies möglich ist - in einem elektronischen Format angefertigt werden. Der Plan muss im Format A4 ausgedruckt bzw. auf A4 gefaltet werden (gemäß den Normen DIN 824 bzw. UNI 938). Die Pläne müssen in Ringordnern aufbewahrt werden. Auf jedem Blatt muss ein ausreichend großer Rand vorhanden sein, damit gewährleistet werden kann, dass die Inhalte auch dann noch lesbar sind, wenn die Ränder aufgrund des Verschleißes bzw. der Witterung leicht beschädigt sind. Der Rand muss etwa 1 cm oben, unten und auf der Außenseite und etwa 2 cm auf der eventuell vorhandenen Lochseite betragen, um die Blätter in den Ringordner einheften zu können.
Die Lagepläne und die Karten müssen basierend auf dem Maßstab und der Größe des entsprechenden Gebiets in Formaten realisiert werden, die zwischen A4 und A0 liegen, wobei den Formaten A3 und A2 Vorzug gegeben werden muss. Die Symbole und Farben müssen - soweit dies möglich ist – so ausgewählt werden, dass das Fotokopieren der Dokumente möglich ist, ohne dass dabei die Lesbarkeit der in ihnen enthaltenen Informationen beeinträchtigt wird. Das Gleiche gilt für die Elemente in Text- bzw. Tabellenform. Es sollten Papiere, Drucktechniken usw. benutzt bzw. angewandt werden, mittels derer es gewährleistet werden kann, dass die im Gemeindezivilschutzplan enthaltenen Informationen auch noch nach einem längeren Zeitraum lesbar sind.

| | | |
|---|---|---|
| A0 |  |  |
| A1 |  |  |
| A2 |  |  |
| A3 |  |  |

## 3.2 Deckblätter

Die einzelnen Elemente der Pläne werden durch entsprechende Deckblätter identifiziert. Die Deckblätter der Teile, Abschnitte und Anlagen müssen gemäß den vom Amt für Zivilschutz der Provinz entworfenen Modellen und Anhängen der vorliegenden Richtlinien realisiert werden, die auch in digitalem Format verfügbar sind. Die Deckblätter müssen im Format A4 angelegt sein, um sie in Ringordner einheften zu können. In Modellen der Deckblätter sind folgende Hauptelemente vorhanden:

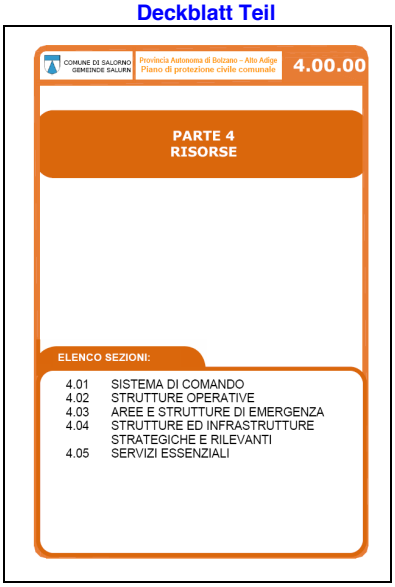
1. Oberer Bereich: Titel
   - Logo und vollständige zweisprachige Bezeichnung der Gemeinde (bzw. dreisprachig, falls vorgesehen).
   - Oben in der Mitte die Angaben „Provincia autonoma di Bolzano – Alto Adige – Piano di Protezione Civile Comunale - PPCC - Comune di …“ und „Autonome Provinz Bozen - Südtirol - Gemeindezivilschutzplan - GZSP - Gemeinde …“, die entsprechend der im Plan auf Italienisch bzw. Deutsch verfassten Elemente aufgeführt werden müssen.
   - Zifferncode Teil, Abschnitt, Anhang gut lesbar oben rechts: Die Deckblätter der Teile und Abschnitte sind mit dem Abschnittcode und Anhang „00“ gekennzeichnet.

2. Mittlerer Bereich: Inhalte
   - Titel von Teil/Abschnitt/Anhang;
   - Verzeichnis der Inhalte des Elements;
   - Beschriftung/Name der Person, die das Element des Plans realisiert hat (ausschließlich für Anhänge).

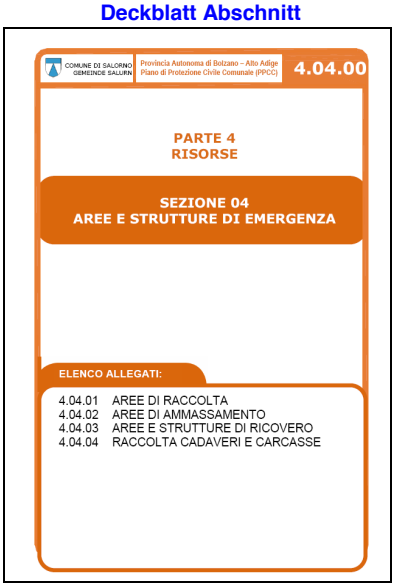
3. Unterer Bereich: Bereich für die Kodes zur Identifizierung des Dokuments;
   - Bezug auf das angewandte Modell, auf die Version, die Revision und den aktuellen Stand;
   - Kode für die Identifizierung des Dokuments (siehe Kapitel 3.3);
   - Ausschließlich für Anhänge: Datum der letzten Änderung, Aktualisierung bzw. Revision (Stand);
   - Ausschließlich für Anhänge: Seitenzahl und Anzahl der Seiten, Daten des Verfassers, Sprache, in welcher das Dokument verfasst wurde und Veröffentlichung (IT→DT, DT→IT, DT→ID, IT→ID).

Die Deckblätter der Teile und Abschnitte bestehen aus nur einer Seite und dienen als Trennblätter der verschiedenen Inhalte des Plans: Sie können aus Pappe oder anderen Materialien realisiert werden, die sich von dem für den Inhalt des Plans benutzten Papier unterscheiden müssen. Bei den Deckblättern der Anhänge handelt es sich hingegen um Seiten des Anhangs selbst. Sie werden aus demselben Papier wie die Anhänge realisiert. Die zweite Seite des Deckblatts der Anhänge enthält die Liste, das so genannte chronologische Verzeichnis, der an dem Anhang vorgenommenen Änderungen. In dem chronologischen Verzeichnis müssen für alle neuen Ausgaben die Bezüge auf die vorgenommenen Änderungen angegeben werden. Die Deckblätter der Teile, Abschnitte und Anhänge können am Außenrand mit einer Lasche versehen werden, um das Konsultieren der Dokumente zu erleichtern. Sämtliche Deckblätter sind sowohl auf Deutsch als auch auf Italienisch zu erstellen: Ausgenommen hiervon ist das eigentliche Deckblatt des Plans mit dem Inhaltsverzeichnis des Plans, dem so genannten Stand des Dokuments und der Verteilerliste, welches zweisprachig ist. Auch Anhänge, die aufgrund von fehlendem Inhalt leer sind, müssen in den Plan eingefügt werden, damit die Folge der Elemente, der Struktur und des Deckblatts beibehalten wird. Anstelle des Inhaltsverzeichnisses muss die Angabe „leerer Anhang“ aufgeführt werden.

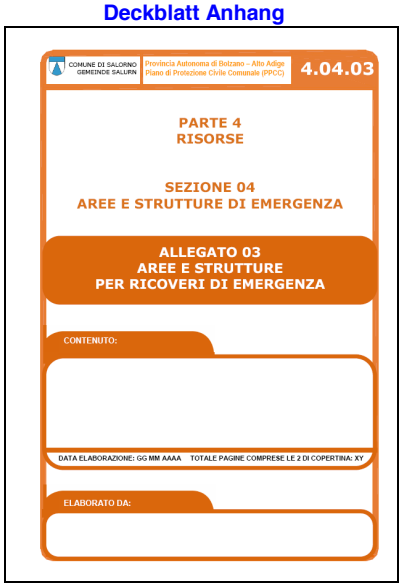
**Deckblatt Teil**




**Deckblatt Abschnitt**

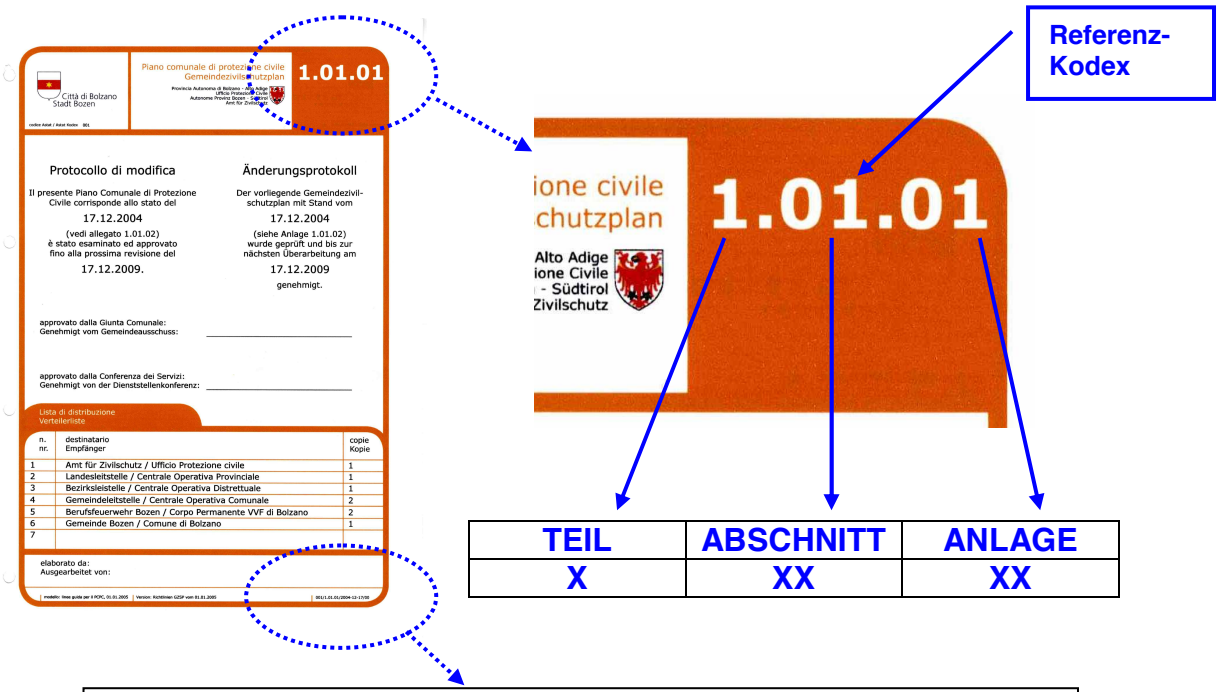



**Deckblatt Anhang**



## 3.3 Der Kode für die Identifizierung des Dokuments

Die größte Schwierigkeit eines Ordnersystems, wie z.B. die von den Gemeinden eingesetzten Notfallpläne für den Zivilschutz, besteht darin, zu erkennen, ob es sich bei dem entsprechenden Dokument wirklich um die aktuellste und gültige Version handelt. Diese Schwierigkeit kann mittels des Kodes zur Identifizierung des Dokuments und einem spezifischen in dem Plan vorgesehenen Anhang, dem so genannten Stand des Dokuments, leicht überwunden werden. Mithilfe dieses Kodes können die Inhalte der GZSP sowie die entsprechenden Änderungen problemlos zurückverfolgt werden. In Kapitel 4 in Bezug auf die Weiterentwicklung des Plans (Revisionen und Aktualisierungen) wird dieses Verfahren detaillierter beschrieben. In der folgenden Abbildung werden die Position des Kodes für die Identifizierung des Dokuments und seine Struktur dargestellt. Der Kode für die Identifizierung des Dokuments setzt sich aus einer numerischen Sequenz zusammen, die folgende Elemente enthält: die Abkürzungen PPCC bzw. GZSP, die angeben, dass es sich um einen GZSP handelt, zwei Ziffern 00, die angeben, dass es sich um einen allgemeinen Notfallplan des Zivilschutzes handelt (bei einem spezifischen Notfallplan kann der Risikokode angegeben werden, der dem in Kapitel 2 aufgeführten Kode entspricht. Der Notfallplan für ein eventuelles Hochwasserrisiko würde sich beispielsweise folgendermaßen zusammensetzen: Kode 14, Astat-Kode der Gemeinde (6 Ziffern), Teil (2 Ziffern), Abschnitt (2 Ziffern), Anhang (2 Ziffern), Stand (letzte Aktualisierung bzw. Revision, bestehend aus 8 Ziffern AAAAMMGG). Oben rechts muss hingegen auf sämtlichen Seiten der Referenz-Kode (Position im Plan) zu Teil-Abschnitt-Anhang angegeben werden, mit welchem es möglich ist, sich innerhalb der Struktur des Plans zu orientieren.

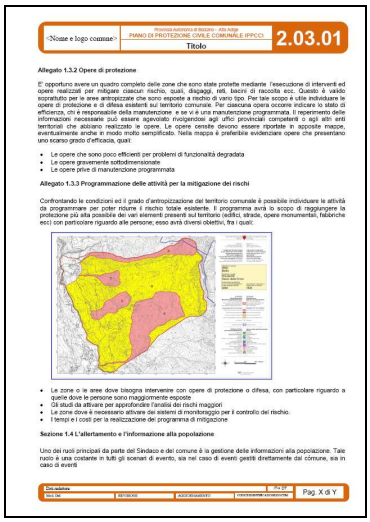


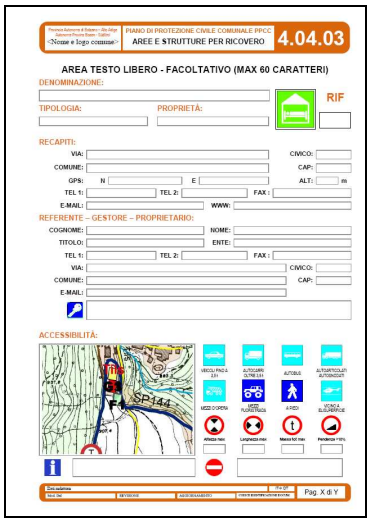

| PPCC | 00 | RRRRRR | PP | SS | AA | FF | DDDDDDDD |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Bzw. GZSP zur Identifizierung der benutzten Sprache | Risikokode GZSP (00 ist der Kode für die Gemeinde-Pläne) | Referenz-Nummer (entspricht dem ASTAT-Kode der Gemeinde) | Nummer des Teils (2 Ziffern) | Nummer des Abschnitts (2 Ziffern) | Nummer des Themas (2 Ziffern) | Nummer des Ordners bzw. Blatts (2 Ziffern) „00“, wenn Unikum | Datum der letzten Aktualisierung bzw. Revision (Format JJJJMMTT) |

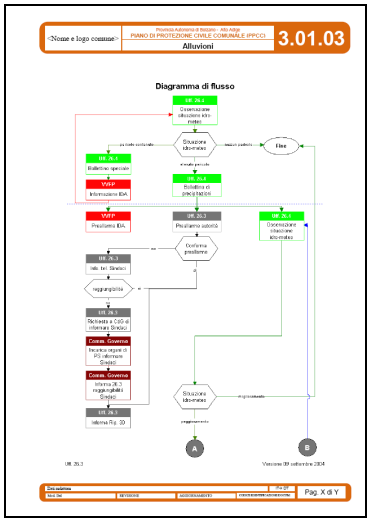
Im vorangegangenen Beispiel zeigt der Kode zur Identifizierung des Dokuments also an, dass es sich um das Deckblatt der italienischen Version des Notfallplans für die Gemeinde Bozen und im Besonderen des am 25. September 2008 aktualisierten Anhangs der Strukturen für die Notfallaufnahme handelt.

# *3.4 Die Form der Textelemente*

Sämtliche in dem Gemeindezivilschutzplan enthaltenen Elemente in Form von Texten, Diagrammen bzw. Tabellen müssen - unabhängig von der Ausrichtung des Textes auf dem Blatt (Lochung für den Ordner auf der linken kurzen Seite) - entsprechend der eigens dafür vorgesehenen Modelle für Seiten im senkrecht ausgerichteten Format A4 (leere Seite) bzw. für Seiten im waagerecht ausgerichteten Format A4 bzw. A3 umgebrochen werden. Die Blätter im Format A3 müssen gemäß den Normen DIN 824 bzw. UNI 938 gefaltet werden. Die Inhalte müssen so formatiert werden, dass sie fotokopiert werden können, ohne dabei an Lesbarkeit zu verlieren. Auf größeren Blättern realisierte Tabellen, Texte bzw. Diagramme werden wie die im folgenden Kapitel beschriebenen Kartenelemente behandelt.




***Detail Kopfzeile DIN A4 Hochformat (2 x 18 cm, oberer und rechter Rand 1 cm, linker Rand 2 cm)***

| | | |
|---|---|---|
| Name und Logo der Gemeinde | GEMEINDEZIVILSCHUTZPLAN GZSP<br><Titel der Anlage | 4.01.02 |

***Detail Fußzeile DIN A4 Hochformat (1 x 18 cm, unterer und rechter Rand 1 cm, linker Rand 2 cm)***

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Dati redattore | | | IT→ DT | Pag. X di Y |
| Mod. Del | REVISIONE | AGGIORNAMENTO | CODICE IDENTIFICAZIONE DOCUM. | |

***Detail horizontale/vertikale Kopf- und Fußzeile DIN A3 (mit entsprechender Faltung)***

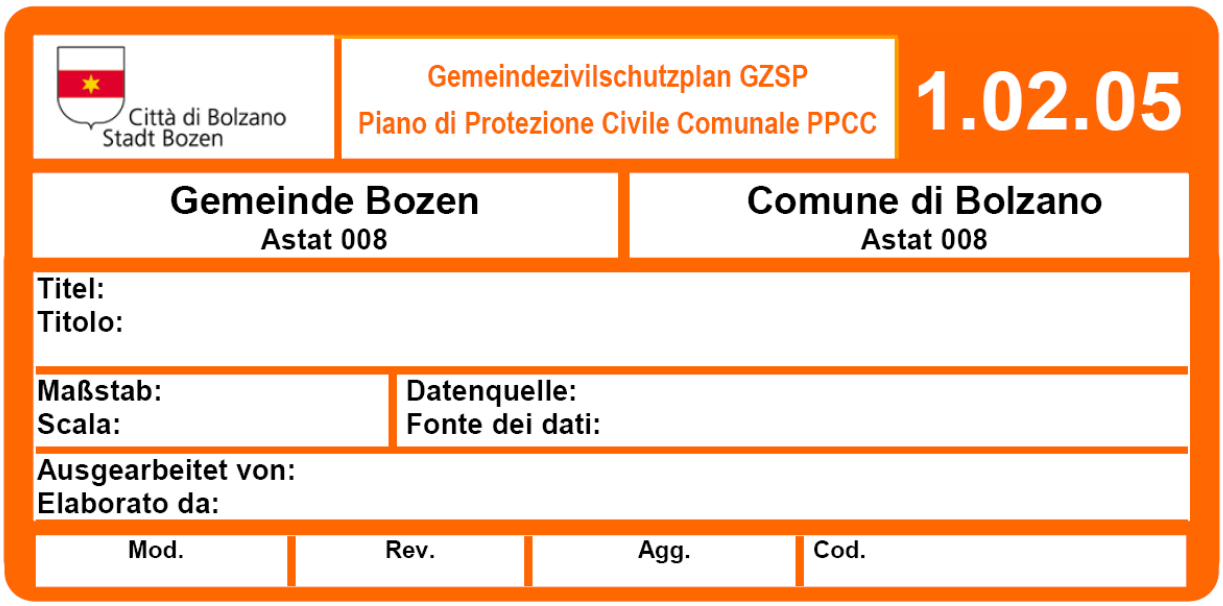
## 3.5 Die Form der Kartenelemente

Die Darstellung der Karten des Plans muss in einem Maßstab erfolgen, der sämtliche operativen Notwendigkeiten während eines Notfalls deckt. Die territoriale Einordnung muss im Maßstab 1:10.000, die detaillierte Zonierung hingegen in den Maßstäben von 1:5.000 und 1:2.000 erfolgen. In besonderen Fällen (z.B. Evakuierungspläne) können Karten im Maßstab 1:1.000 bzw. 1:500 vorgesehen werden. Kartengrundlage ist die offizielle technische Karte der Provinz im Maßstab 1:10.000, für die detaillierteren Dokumente können hingegen die bei den einzelnen Gemeinden bzw. Gebietskörperschaften zur Verfügung stehenden Karten verwendet werden. In manchen Fällen kann es sinnvoll sein, Fotographien des Gebiets (Ortofotokarten, Luftbilder usw.) zu verwenden, da hiermit die Informationen leichter ausgewertet und die Gebiete schneller lokalisiert werden können. In einigen Fällen können auch Touristenkarten benutzt werden, wobei allerdings darauf geachtet werden muss, dass die richtige Toponomastik verwendet wird. Die in dem Plan enthaltenen Karten müssen ein geeignetes Format aufweisen, sie dürfen aber auf keinen Fall das Format A0 überschreiten. Darüber hinaus müssen sämtliche Karten gemäß der Normen DIN 824 bzw. UNI 938 auf das Format A4 gefaltet und in den Ordner eingeführt werden. Wenn die Karten gefaltet sind, müssen sie auf der sichtbaren Seite einen entsprechenden Plankopf aufweisen, der gemäß dem im Anhang befindlichen Modell realisiert ist und folgende Informationen enthalten muss:

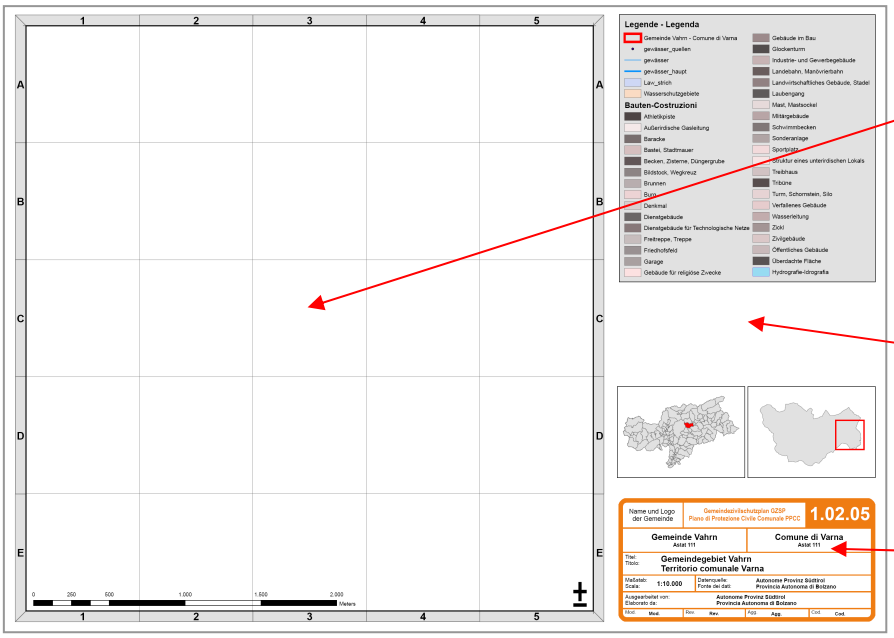
- Name der Gemeinde
- ASTAT-Kode (Landesinstitut für Statistik)
- Kode zur Identifizierung des Dokuments
- Version bzw. Druckdatum
- Titel bzw. Thema der dargestellten Karte
- Maßstab
- Quelle der Daten
- Datenverarbeiter

Position des Plankopfs: Bei A3-Formaten (oder größer) in der unteren rechten Ecke, bei A4-Formaten im gesamten unteren Teil, rechter und unterer Rand = 10 mm. Maße: 170 mm breit, mit einem Rand von 10 mm vom unteren und vom rechten Blattrand. Der obere Teil des Plankopfs ist für eine eventuell einzufügende Legende bzw. den Blattschnitt reserviert. Auf sämtlichen Karten muss der benutzte Maßstab sowohl anhand des numerischen Maßstabs (muss auf dem Etikett angegeben werden) als auch anhand des graphischen Maßstabs (möglichst im unteren Teil der Karte gezeichnet) angegeben werden. Um die Strukturierung dieser geographischen Informationen und die Identifizierung der Gebiete und der Gefahrenpunkte zu erleichtern, kann das dargestellte Gebiet in quadratische und rechteckige Felder unterteilt werden, die mit einem Kode identifiziert werden, welcher den in geographischen Atlanten enthaltenen Kodes ähnelt (A2, B3 usw.).

**Beispiel eines Etiketts:**




Sämtliche Karten (auch die farbigen Karten) müssen die Lesbarkeit der auf ihnen enthaltenen Daten auf einer Fotokopie bzw. auf anders vervielfältigten Kopien gewährleisten.
Auf den Darstellungen der Risikogebiete bzw. der technischen Legenden müssen so konsequent wie möglich die von den zuständigen Abteilungen der Provinz ausgearbeiteten Symbole benutzt werden.




Bereich für die Zeichnung:

graphischer Maßstab
ev. Aufteilung in Felder

Bereich für den Text:

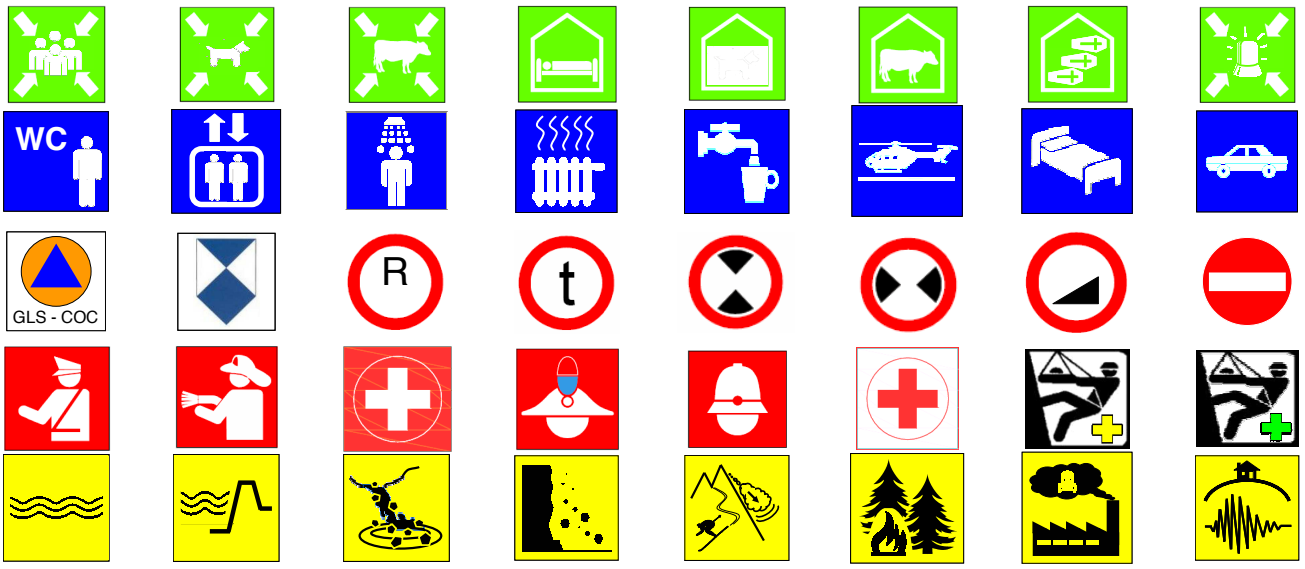
Legende
Blattschnittübersichten
zusätzliche Informationen

Beschriftung:

Informationen über die Zeichnung

Darüber hinaus wird in den vorliegenden Richtlinien auch eine Reihe von Symbolen zur Verfügung gestellt (siehe Anhang), welche für die Realisierung von im Notfallplan des Zivilschutzes auf Gemeindebene eingesetzten thematischen Karten benutzt werden können. Soweit dies möglich ist, müssen diese Symbole verwendet werden. In Bezug auf den Gebrauch dieser graphischen Symbole wird auf Folgendes hingewiesen:

- Die Symbole auf weißem Hintergrund weisen auf Strukturen hin, die der Vollständigkeit halber auf der Karte aufgeführt aber nicht in die Planung des Zivilschutzes einbezogen sind (z.B. eine Bank, ein Museum usw.);
- Die Symbole auf grünem Hintergrund weisen auf Bereiche und Strukturen hin, die als „sichere“ Orte gelten und der Aufnahme und Betreuung der Bevölkerung beim Eintreten eines Notfalls dienen;
- Die Symbole auf blauem Hintergrund weisen auf Operationseinheiten bzw. Strukturen hin, die zu Zwecken der Notfallplanung zur Verfügung stehen (z.B. verfügbare Feuerwehreinheiten, Helikopterlandeplätze usw.);
- Die Symbole auf rotem Hintergrund weisen auf Operationseinheiten bzw. Strukturen während ihres Einsatzes hin bzw. deren Einsatz in der entsprechenden Planung vorgesehen ist;
- Die Symbole auf gelbem Hintergrund weisen im Allgemeinen auf Gefahren und Situationen hin, die besondere Aufmerksamkeit erfordern;
- Die Symbole müssen quadratisch sein (mit oder ohne abgerundeten Ecken);
- Eventuell zusätzlich zu den angegebenen Symbolen notwendige Zahlen bzw. Daten werden mittels eines Rechtecks mit weißem Hintergrund auf einer der Seiten des Symbols dargestellt. Dieses Rechteck muss die Seitenproportion 1x√2 einhalten, so dass es auch auf Plakaten im Format A4 bzw. auf einem Vielfachen/Teiler dieses Formats angewandt werden kann.




***Beispiele von auf den Karten verwendeten Symbolen***

## 3.6 Zweisprachigkeit und Dreisprachigkeit, Toponomastik

Die Pläne müssen sowohl auf Deutsch als auch auf Italienisch im gleichen Dokument verfasst werden. Die Gemeinden, die auch eine ladinische Version herausgeben möchten, können ein gesondertes Dokument realisieren, das nur in dieser Sprache erscheint. Hierzu müssen die Angaben der vorliegenden Richtlinien befolgt werden.
Die Texte können entweder in zwei Spalten bzw. abwechselnd auf den geraden und ungeraden Seiten positioniert oder aber mit einem anderen Seitenlayout realisiert werden. Dies gilt allerdings ausschließlich für Text- und Tabellenformate bzw. für Flussdiagramme. Die Karten müssen hingegen ausschließlich zweisprachig sein. Zu diesem Zweck wird empfohlen, häufig geeignete Symbole und Legenden zu verwenden, um die Menge der auf den Karten enthaltenen Informationen zu begrenzen. Auf den Karten des GZSP müssen die Namen der Ortschaften zweisprachig und falls möglich die wichtigsten physiographischen Elemente (Flüsse und Bäche) sowie die Hauptstraßen angegeben sein.

## 3.7 Informatisierung des Plans

Hinsichtlich der möglicherweise häufig durchzuführenden Aktualisierungen ist es auch bei GZSP sinnvoll - auf Grund der beschränkten Größe des betroffenen Gebiets und des detaillierteren Maßstabs der Gemeindepläne - eine für die Verwaltung der Datenbanken und Karten (Geoinformationssysteme) geeignete Software zu benutzten. Die Anwendung von spezifischen Programmen darf auf keinen Fall obligatorisch sein. Bei der Software handelt es sich nämlich lediglich um ein Instrument und nicht um das einzige Mittel für die Planungstätigkeit. Sobald der Plan genehmigt ist, muss er außer in Papierform auch in elektronischer Form, gemäß Acrobat©-Standard (Pdf-Datei) zur Verfügung gestellt werden, wobei die einzelnen Elemente der Struktur des Plans in Ordnern und Unterordnern organisiert werden müssen.
Die im Plan enthaltenen Karten müssen auch im GIS-Format zur Verfügung gestellt werden. Der Verfasser des Plans muss der Gemeinde - vor allem, wenn es sich um einen externen Mitarbeiter handelt - die Daten in einem ungeschützten Format zur Verfügung stellen, damit diese zu einem späteren Zeitpunkt problemlos überarbeitet werden können.

# 4. Realisierung und Weiterentwicklung des Gemeindeschutzplans

## 4.1 Die für die Erstellung des Plans geeigneten Personen

Das Landesgesetz 15/2002 Art. 3 sieht vor, dass der Bürgermeister zusammen mit der eigenen Gemeindeleitstelle eine grundlegende Rolle bei der Vorhersage, der Vorbeugung und dem Ergreifen der entsprechenden Maßnahmen in einem Katastrophenfall spielt. Die Entwicklung des GZSP muss also mit der Unterstützung, der Beratung und dem Austausch von Informationen seitens des Bürgermeisters und der Mitglieder der eigenen Gemeindeleitstelle erfolgen. Aufgrund der multidisziplinären Natur des Notfallplans für die Gemeinden müssen Fachkräfte eingesetzt werden, welche die entsprechenden Fachkenntnisse und Fähigkeiten aufweisen. Da die Befugnis der für die Erstellung eines Notfallplans geeigneten Personen bislang nicht geregelt ist, wird diesbezüglich die Rolle des Auftraggebers unterstrichen, der entweder innerhalb der eigenen technisch-administrativen Struktur oder unter den entsprechenden externen Mitarbeitern, die am besten für die Ausarbeitung des GZSP bzw. einen Teil des Plans geeignete Person auswählen muss, wobei die Überwachung weiterhin von der Gemeinde übernommen wird. Bei der Auswahl muss die Erfahrung der potentiell für das Verfassen des Plans in Frage kommenden Personen basierend auf folgenden Kriterien bewertet werden:

a) eine spezifische und zertifizierte Ausbildung im Bereich des Katastrophenmanagements;
b) ob die Person bereits Produkte im Bereich der Notfallplanung bzw. des Zivilschutzes realisiert hat;
c) ob die Person bereits Produkte für die Öffentliche Verwaltung der Autonomen Provinz Bozen realisiert hat;
d) Verfügbarkeit von Fachkräften auf den verschiedenen Gebieten, auf denen die Ausarbeitung des Plans basiert.

## 4.2 Die Realisierung und Genehmigung des Plans

Der GZSP tritt in Kraft, sobald er von dem zuständigen Organ der Gemeinde genehmigt wurde. Daraufhin muss der Plan unverzüglich an die entsprechenden Personen verteilt werden. Eine Kopie des genehmigten Plans muss sowohl in Papierform als in einem elektronischen Format (Datei des Typs Acrobat© und – falls verfügbar – die entsprechende Karte in einem mit dem Shapefile-Format kompatiblen GIS-Format) an das Amt für Zivilschutz der Provinz Bozen in seiner Eigenschaft als Sekretariat des Landeszivilschutzkomitees (gemäß Artikel 3 Absatz 3 und Art. 12 Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 15 vom 18. Dezember 2002) geschickt werden.[1)]
Die Gemeinden müssen innerhalb von 5 Jahren die zu einem früheren Zeitpunkt verfassten und in ihrem Besitz befindlichen Pläne an die vorliegenden Richtlinien anpassen, die in der Zwischenzeit weiterhin gültig sind. Eine Kopie der aktuellsten Version dieser Pläne muss dem Amt für Zivilschutz der Provinz innerhalb von 180 Tagen ab der Veröffentlichung dieser Richtlinien übermittelt werden.[1)]
Auch die Gemeinden, die nicht über einen Gemeindezivilschutzplan verfügen, haben fünf Jahre Zeit, um einen eigenen Plan zu erstellen. Auf dem Deckblatt des GZSP muss ein Platz freigelassen werden, damit zu einem späteren Zeitpunkt die Daten und die Unterschrift der Person, die den Plan verfasst hat sowie die Daten in Bezug auf den Erlass des Plans eingefügt werden können. Die Pläne und die darauffolgenden Revisionen bzw. Aktualisierungen müssen mit Systemen (Einschreiben mit Rückschein, persönlich übergebene Post mit der entsprechenden Unterschrift zur Bestätigung des Empfangs usw.) übermittelt werden, mit welchen der Empfang der Pläne seitens der in der Verteilerliste aufgeführten Empfänger nachgewiesen werden kann. Darüber hinaus muss eine Kopie des Plans an den Präsidenten der zuständigen Bezirksleitstelle übermittelt werden.

*[1)] Richtigstellung in Anwendung der Artikel 3 und 6 des Landesgesetzes vom 18. Dezember 2002, Nr. 15 und gemäß der Entscheidung des Direktors der Agentur für Bevölkerungsschutz vom 22.04.2021, protokolliert am 23.04.2021, Prot. Nr. 9813.*

## 4.3 Weiterentwicklung des Plans

Um die Weiterentwicklung und die Wirksamkeit des Plans auf lange Sicht gewährleisten zu können, muss dieser regelmäßig geprüft werden. Hierzu werden an verschiedenen Plänen Revisionen, Aktualisierungen und Trainingseinheiten durchgeführt.
Die in den vorliegenden Richtlinien aufgeführten Strukturen und Modelle sind so konzipiert, dass die Durchführung der regelmäßigen Aktualisierungen unterstützt wird. Darüber hinaus muss bei sämtlichen Revisionen bzw. Aktualisierungen eine Kopie der geänderten Elemente und der Status des aktuellen Dokuments an alle in der Verteilerliste aufgeführten Personen übermittelt werden.

### 4.3.1 Modelle

In den vorliegenden Richtlinien wird das in der Provinz Bozen anzuwendende Modell für die Erstellung der GZSP definiert. Das für die Erstellung der Pläne anzuwendende Modell wird vom Amt für Zivilschutz ausgearbeitet und dann gemäß dem Landesgesetz 15/2002 der Landesregierung zur Genehmigung vorgelegt. Sollten an den normativen bzw. administrativen Strukturen der Provinz Bozen Änderungen vorgenommen werden, ist es möglich, dass auch an den Modellen und Richtlinien Änderungen vorgenommen werden müssen, die sich auf die Erstellung des GZSP auswirken.

### 4.3.2 Erste Version und Revisionen

Die erste Version bzw. die darauffolgenden Revisionen des Plans werden von für die Erstellung des Plans geeigneten Personen durchgeführt und müssen von dem entsprechenden Verantwortlichen mindestens einmal alle 10 Jahre genehmigt werden bzw. wenn zur Kontrolle der Übereinstimmung der Szenarien und der in ihnen vorgesehenen Verfahren Änderungen an dem „Allgemeinen Teil“ sowie den Teilen „Risikoanalysen“ und „Verfahren“ vorgenommen wurden. Für die Genehmigung des Plans sind der Gemeindeausschuss bzw. der Gemeinderat und für seine Verbreitung der Bürgermeister verantwortlich. Die Revision der Pläne (auch teilweise) muss rechtzeitig durchgeführt werden, in jedem Fall aber, wenn einer der folgenden Fälle eintritt:

a) Erhebliche Änderungen an den physischen und anthropischen Parametern des Gemeindegebiets;
b) Neue wichtige Erkenntnisse über die Szenarien unerwarteter Ereignisse;
c) Einführung neuer übergemeindlicher Verfahren und Richtlinien, welche die entsprechenden Gemeinden betreffen und sich auf die Planung des Zivilschutzes auswirken;
d) Realisierung neuer Überwachungsnetze, Verfügbarkeit neuer Ereignisindikatoren;
e) Nach Ereignissen bei denen der Zivilschutz eingreifen musste bzw. nach Übungen, während derer es zu besonders kritischen Situationen bei der Anwendung des Plans bzw. zu augenscheinlich schweren Anomalien oder Inkongruenzen gekommen ist.

Wenn der Plan nur einer teilweisen Revision unterzogen wird, bedeutet dies nicht, dass die Kontrolle der vorgenommenen Änderungen auch nur in dem entsprechenden Teil des Dokuments durchgeführt werden kann. Wenn grundlegende Änderungen an einem Verfahren bzw. an wichtigen Basisdaten vorgenommen werden, so muss das gesamte Dokument erneut auf seine Gültigkeit überprüft werden, damit festgestellt werden kann, ob die eingeführten Neuigkeiten mit den anderen Aspekten in Konflikt geraten können und hierdurch der Plan eventuell an Effizienz verliert. Da es sich bei der Revision um eine richtiggehende neue Ausgabe handelt, muss der Plan einem erneuten Genehmigungsverfahren unterzogen werden (siehe Kapitel 4.2). In diesem Fall dürfen ausschließlich die geänderten Anlagen, der Stand des aktuellen Dokuments sowie das Deckblatt des Plans mit den neuen Daten der Genehmigung seitens des zuständigen Gemeindeorgans verteilt werden. Im Falle einer regelmäßigen Revision, bei der keine Änderungen vorgenommen werden, können den betroffenen Personen nur das Deckblatt und der Stand des Dokuments übermittelt werden. Auf der ersten Version muss die Revisionsnummer „00“ angegeben werden.

### 4.3.3 Aktualisierungen

Bei der Aktualisierung handelt es sich um die Prüfung und eventuelle Änderung unwesentlicher Daten, wie Namen, Adressen bzw. andere Daten (Anzahl der Betten in einer Aufnahmestruktur, Verzeichnis der bei einer Rettungsorganisationen bzw. einem Privatunternehmen verfügbaren Verkehrsmittel usw.). Die Aktualisierung kann ausschließlich in den Teilen „Ressourcen“, „Formulare“ und „Rechtssammlungen“ durchgeführt werden. Die Teile „Allgemeines“, „Risikoanalysen“ und „Verfahren“ können nur während der Revision des Plans geändert werden. In diesen Teilen ist es daher nicht möglich, Adressen oder Daten einzugeben bzw. zu verändern, ohne den Plan einer Revision zu unterziehen. Bei der Aktualisierung handelt es sich um eine technisch-verwaltungsmäßige Tätigkeit, die weder die Gültigkeit des Plans beeinträchtigt noch einer Genehmigung seitens des zuständigen Gemeindeorgans

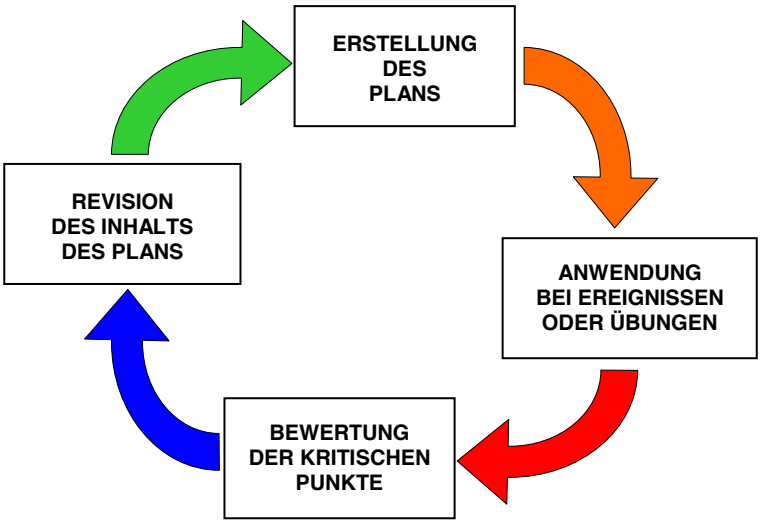
bedarf. Da es sich hierbei um an dem Plan vorgenommene Änderungen handelt, müssen diese jedoch bei der Verabschiedung des Plans vom zuständigen Bürgermeister, Landesrat bzw. von einer von der Gemeinde beauftragten Person genehmigt werden, die darüber hinaus sämtliche Personen, die den Plan verwahren, über die vorgenommenen Änderungen in Kenntnis setzen muss. Die Prüfung und die eventuelle Aktualisierung der Daten muss jedes Jahr in regelmäßigen Abständen sowie nach jeder Änderung von aktualisierbaren Daten durchgeführt werden. Nach jeder Aktualisierung muss auch den in der Verteilerliste aufgeführten Empfängern eine aktualisierte Kopie des Anhangs „Stand des Dokuments“ übermittelt werden. Die Elemente des Plans, in denen Aktualisierungen vorgenommen werden können, ohne den Plan danach einer Revision unterziehen zu müssen, weisen in der Fußzeile bzw. im Etikett neben dem Feld mit der Angabe des angewandten Modells (mit den Angaben des Genehmigungsbeschlusses) und der aktuellen Revision ein weiteres Feld auf, in welchem die Nummer und das Datum der Aktualisierung angegeben sind. Wenn es sich um eine Aktualisierung handelt, die einer Revision bzw. einer ersten Fassung entspricht, dann muss die Aktualisierung mit der Nummer „00“ gekennzeichnet werden. Wenn die restlichen Elemente des Plans einer Revision unterzogen werden, muss diese auch bei den aktualisierbaren Elementen vorgenommen werden.

### *4.3.4 Übungen*

Bei den Übungen handelt es sich - neben den realen Fällen - um den einzigen Zeitpunkt, in dem es möglich ist, zu prüfen, ob der Plan durchführbar und effizient ist. Die Übungen bzw. die Simulationen zählen demnach zu den mit der Weiterentwicklung und der Gültigkeit des Notfallplans für die Gemeinde verbundenen Aspekten. Sämtliche Gemeinden müssen mindestens eine Zivilschutz-Übung auf Gemeindebene pro Jahr durchführen, die mit einem im Plan vorgesehenen Szenarien verbunden sind. Bei den Übungen müssen nicht unbedingt alle in einem realen Notfall betroffenen Strukturen aktiviert werden. Sie können auf die so genannten Übungen für die Stäbe beschränkt werden, bei denen sie allerdings nur dann stattfinden können, wenn die vorgesehenen Vorgehensweisen und die in dem Plan enthaltenen Daten bekannt und die in das Notfallmanagement einbezogenen Personen ordnungsgemäß in die Planung aufgenommen sind. Darüber hinaus können in größeren Intervallen Übungen realisiert werden, in welche die operativen Strukturen und die Bevölkerung einbezogen werden. Bei der Organisation von Übungen müssen jedoch folgende Aspekte immer berücksichtigt werden:

a) Zweck und Art der Übung (demonstrativ, für Führungsstäbe, operativ, für den Realfall);
b) Gegenstand bzw. hypothetisches Szenarium (Überschwemmung, chemischer Unfall usw.), wobei möglichst wirklichkeitstreue Szenarien geschaffen werden müssen, die auf bereits in der Vergangenheit aufgetretenen Ereignissen basieren bzw. in der Planungsphase für wahrscheinlich gehalten worden sind;
c) Ziele (welche Aspekte sollen analysiert werden, welcher Teil des Plans muss praktisch umgesetzt und geprüft werden und welche kritischen Situationen sollen hervorgehoben werden);
d) Vorgesehene Ereignisse (Szenarien im Detail, Inhalt der simulierten Ereignisse), wobei eine Gliederung der Ereignisse definiert werden muss, mit denen die verschiedenen Beteiligten konfrontiert werden können (Gemeinde und eventuelle Rettungskräfte) und nicht eine Sequenz an vorprogrammierten Tätigkeiten, die wie in dem Drehbuch eines Films durchgeführt werden müssen, aber keinerlei formativen Wert haben;
e) Betroffene Gebiete und Strukturen (wer nimmt an den Simulationen teil, wer fungiert als Beobachter für die Prüfungen nach den Übungen und wer organisiert die Simulation);
f) Analysemethoden und Überprüfung der gesetzten Ziele (Spielregeln, Checkliste für die Beobachter usw.);
g) Prüfung nach der Trainingseinheit (Nachbesprechung und Feedback) für künftige Verbesserungen.

Die Gemeinde muss das Amt für Zivilschutz sowie alle anderen betroffenen Personen über sämtliche von der Gemeinde bzw. durch Dritte (Rettungsorganisationen usw.) im eigenen Gebiet organisierten Trainingstätigkeiten, von denen sie wissen, rechtzeitig informieren.




## 4.4 Aspekte zum Datenschutz und zur Verarbeitung personenbezogener Daten

Der Verantwortliche für das Verfassen und Aktualisieren des Zivilschutzplans für Gemeinden muss beim Sammeln, Verarbeiten und Verbreiten der Daten von im Notfall für den Zivilschutz tätigen Personen sowie von Personen, die potentiell von dem Ereignis betroffenen sein könnten, höchste Vorsicht walten lassen. Im Besonderen müssen bei der Abfassung des Zivilschutzplanes für Gemeinden die Vorschriften des Gesetzes zum Schutz von personenbezogenen Daten (Gesetzesdekret Nr. 196 vom 30. Juni 2003) beachtet werden. Besondere Sorgfalt muss beim Sammeln jener Daten angewendet werden, die schriftlich von den entsprechenden Personen angefordert werden müssen. Hierzu wird ein Formular benutzt, in welchem die Aufklärung gemäß Artikel 13 des o.g. Gesetzes aufgeführt und deutlich angegeben ist, dass eine eventuelle Änderung der Daten rechtzeitig mitgeteilt werden muss (Z.B. für die Realisierung der Listen der z.B. zu warnenden Mitglieder der Einatzzentralen und -strukturen bzw. der Rettungsorganisationen, in denen die Privatnummern der Bezugspersonen angegeben sein können). Als Rechtsquelle für die Sammlung und die Verarbeitung der Daten gilt das Landesgesetz Nr. 15 vom 18. Dezember 2002. Darüber hinaus muss absolut vermieden werden, dass sensible Daten in den Plan eingegeben werden (Daten in Bezug auf die Gesundheit der Personen bzw. Verzeichnisse von betreuungsbedürftigen Personen). Es ist hingegen empfehlenswert, Verfahren zu kodifizieren und eine hierfür geeignete Person mit der Verarbeitung dieser Art von Daten zu beauftragen (z.B. den Gemeindearzt), der diese dann in einem Notfall den entsprechenden Verantwortlichen zur Verfügung stellt. Auf diese Weise stellt der Plan ein Instrument dar, das von allen in das Projekt einbezogenen Personen ohne allzu große Einschränkungen aufgrund des Datenschutzes benutzt werden kann.

# 5 Bibliographie und Gesetzesbestimmungen

Landesgesetz Nr. 15 vom 18.12.2002
Einheitstext über die Strukturierung der Feuerwehr- und Zivilschutzdienste

Dekret des Landeshauptmanns Nr. 36 vom 11.September 2003
Verordnung der Feuerwehr- und Zivilschutzdienste 2003

Landesgesetz Nr. 34 vom 12.07.1975
Vorbeugungs-, Soforthilfe- und Wiederinstandsetzungsmaßnahmen nach Erdrutschen, Lawinen, Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen

Dekret des Landeshauptmanns Nr. 19 vom 01.08.1988
Durchführungsverordnung zum Artikel 1 des Landesgesetzes Nr. 34 vom 12.07.1975 über die Bewilligung von Subventionen bzw. Beiträgen an die Organisationen, die im Bereich der Vorbeugung und Soforthilfe im Katastrophenfall tätig sind

Beschluss der Landesregierung Nr. 7112 vom 13.11.1989
Einführung „Symbol des Zivilschutzes“ für die Autonome Provinz Bozen – Südtirol

Beschluss der Landesregierung Nr. 2561 vom 15.06.1998
Einführung der Spezialeinheiten des Katastrophenhilfsdienstes

Dekret des Staatspräsidenten Nr. 670 vom 31.08.1972
Genehmigung des Einheitstextes der Verfassungsgesetze in Bezug auf das Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol

Dekret des Staatspräsidenten Nr. 381 vom 22.03.1974
Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatus für die Region Trentino-Südtirol zum Thema Urbanistik und öffentliche Arbeiten

Staatsgesetz Nr. 996 vom 08.12.1970
Richtlinien in Bezug auf die Rettung und die Unterstützung der von Katastrophen betroffenen Bevölkerung. Zivilschutz.

Staatsgesetz Nr. 225 vom 24.02.1992
Einrichtung des nationalen Zivilschutzdienstes

Staatsgesetz Nr. 265 vom 03.08.1999
Bestimmungen zur Autonomie und Strukturierung der lokalen Behörden sowie Änderungen zum Gesetz 142/90

Landesgesetz Nr. 21 vom 21. Oktober 1996
Forstgesetz

DEKRET DES LANDESHAUPTMANNS Nr. 29 vom 31. Juli 2000
Verordnung zum Forstgesetz 2000

Landesgesetz Nr. 13 vom 11. August 1997
Landesraumordnungsgesetz

Dekret des Landeshauptmanns Nr. 42 vom 5. August 2008
Durchführungsverordnung in Bezug auf die Pläne der Gefahrenzonen

Landesgesetz Nr. 8 vom 18. Juni 2002
Bestimmungen zu den Gewässern

Dekret des Landeshauptmanns Nr. 35 vom 24. Juli 2006
Bestimmungen zum Schutz der Trinkwassergebiete 2006

Dekret des Landeshauptmanns Nr. 6 vom 21. Januar 2008
Durchführungsverordnung zum Landesgesetz Nr. 8 vom 18. Juni 2002 „Bestimmungen zu den Gewässern“ im Bereich des Gewässerschutzes 2008

Landesgesetz Nr. 3 vom 12. Januar 1983
Ausübung der Funktionen im tierärztlichen Bereich und Neuregelung der tierärztlichen Dienste

Landesgesetz Nr. 10 vom 15.04.1991
Enteignung für gemeinnützige Zwecke in Bereichen, für welche das Land zuständig ist.

Dekret des Landeshauptmanns Nr. 12 vom 20.03.06
Verordnung über den Trinkwasserversorgungsdienst

Rundschreiben des Zivilschutzes 9101 vom 7. November 1991 – Büro des Zivilschutzes APB
Einrichtung des Gemeindeausschusses für den Zivilschutz

Grundsätzliche Richtlinien für die Notfallplanung auf Landesebene – Vorsitz des Ministerrats, Abteilung Zivilschutz

Landesprogramm des Zivilschutzes vom 25. März 1991

Landesgesetz Nr. 27 vom 22. Oktober 1987 Außerordentliche Maßnahmen für Industrie-, Handwerks-, Handels, Dienstleistungsunternehmen, Hotels und Beherbergungsstätten, die sich in von schweren Katastrophen betroffenen Gebieten befinden

Dekret des Landeshauptmanns Nr. 42 vom 15. Juli 1999
Erste Durchführungsverordnung zum Landesgesetz Nr. 13 vom 17. Dezember 1998 - Wohnbauförderungsgesetz

Dekret des Landeshauptmanns Nr. 12 vom 29. März
Kriterien zur Bestimmung der Unbewohnbarkeit von Wohnstätten aus Gründen der Öffentlichen Gesundheit und Sicherheit

DEKRET vom 1. Februar 2006 Durchführungsbestimmungen zum Gesetz Nr. 518 vom 2. April 1968 in Bezug auf die Liberalisierung der Landeplätze

MINISTERIALDEKRET vom 13. Februar 2001 „Grundsätzliche Richtlinien für die Organisation der Rettungsdienste im Katastrophenfall“ - Vorsitz des Ministerrats, Abteilung Zivilschutz

Amtsblatt Nr. 139 vom 25. 08. 2003 Grundsätzliche Richtlinien für die Ausstattung mit Medikamenten und medizinischen Geräten einer im Katastrophenfall einsatzfähigen Behandlungsstelle der II. Stufe - Vorsitz des Ministerrats, Abteilung Zivilschutz

Dekret des Staatspräsidenten vom 27. März 1992 - Ausrichtungs- und Koordinierungsakt zur Festlegung des Niveaus der Notfallversorgung seitens der Regionen

Handbuch für die Vorbereitung eines Zivilschutzplans auf Gemeindeebene bzw. auf interkommunaler Ebene – Vorsitz des Ministerrats, Abteilung Zivilschutz 2007

Leitlinien für die Bestimmung und Einrichtung von interkommunalen und gemischten Zivilschutz-Leitstellen – Vorsitz des Ministerrats, Abteilung Zivilschutz 2007

Regionale Richtlinien für die Planung von Notfällen seitens der örtlichen Behörden – Region Lombardei 2007

Leitlinien für die Bestimmung und technisches Handbuch für die Notfall-Aufnahmestrukturen – Vorsitz des Ministerrats, Abteilung Zivilschutz 2007, Amtsblatt Nr. 44 vom 23. Februar 2005

Bestimmung der urbanistischen Parameter für die Einrichtung von Notfall-Aufnahmestrukturen – Vorsitz des Ministerrats, Abteilung Zivilschutz, Universität Florenz, Abteilung Technologie der Architektur und des Designs „P. Spadolini“ 2006

Gunn SWA Domres B Steiner ER (1996) Wörterbuch der Katastrophenmedizin und der Internationalen Hilfe, Edewecht: Stumpf & Kossendey
Dv 100 (2000) Führung und Leitung im Einsatz, Führungssystem, Dienstvorschrift, Fassung Rheinland Pfalz

Allgemeine Leitlinien für die Landeskomitees für den Euro und für die Überprüfung des Kontinuitäts- und Notfallplans der Leistungserbringer der Gesundheitsdienste für das Jahr 2000 – Vorsitz des Ministerrats Ausschuss Jahr 2000, 1999

Homeowner's guide to retrofitting – Six ways to protect your house from flooding – Federal Emergency Management Agency (FEMA) 1998

The California Fires Coordination Group: A Report to the Secretary of Homeland Security - Federal Emergency Management Agency (FEMA) 2004

Landesgesetz Nr. 26 vom 12. Juni 1975
Einrichtung des Landesdenkmalamtes sowie Änderungen und Integrationen der Landesgesetze Nr. 16 vom 25. Juli 1970 und Nr. 37 vom 19. September 1973

Dekret des Landeshauptmanns Nr. 49 vom 28. Oktober 1994
Durchführungsverordnung zum Landesgesetz Nr. 35 vom 12. Juli 1975 in Bezug auf die Sonderbetriebe für die Wildbach- und Lawinenverbauung 1994

Dekret des Landeshauptmanns Nr. 45 vom 26. September 2005
Technische Richtlinien für die Mülldeponien 2005

Landesgesetz Nr. 4 vom 26.Mai 2006
Abfallbewirtschaftung und Bodenschutz 2006

Gesetzvertretendes Dekret Nr. 112 vom 31. März 1998
Übertragung von Verwaltungsbefugnissen und -aufgaben des Staates an die Regionen und die örtlichen Körperschaften in Durchführung des Abschnitts I des Gesetzes Nr. 59, März 1997

Gesetzvertretendes Dekret Nr. 334 vom 17. August 1999
Durchführung der Richtlinie Nr. 96/82/EG zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen

Gesetz Nr. 401 vom 9. November 2001
Umwandlung in Gesetz mit Änderung des Gesetzesdekrets Nr. 343 vom 7. September 2001: Eilige Vorschriften zur Gewährleistung der operativen Koordinierung der Strukturen für die Zivilschutztätigkeit

Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 152 vom 11. Mai 1999
Bestimmungen zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen und die Umsetzung der Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser und der Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen

Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 208 vom 30. Dezember 2008 (Amtsblatt Nr. 304 vom 31. Dezember 2008) umgewandelt in das Gesetz Nr. 13 vom 27. Februar 2009 (Amtsblatt Nr. 49 vom 28. Februar 2009)
„Außerordentliche Maßnahmen in Bezug auf die Wasserreserven und den Umweltschutz"

Richtlinie Vorsitz des Ministerrats vom 27. Oktober 2008 (Amtsblatt Nr. 268 vom 15. November 2008)
„Operative Vorgaben für die Vorhersage, die Vorbeugung und die Bewältigung von hydrologischen und hydraulischen Risiken"

D.P.M.R. vom 20. Dezember 2001
Leitlinien zu den regionalen Plänen für die Programmierung der Vorhersage, Vorbeugung und Bekämpfung von Waldbränden

Gesetz Nr. 353 vom 21. November 2000
Rahmengesetz zum Thema Waldbrände

Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 285 vom 30. April 1992
Neue Straßenverkehrsordnung

ITALIANO

# Indice

pag

**1. Aspetti Generali**

1.1. Introduzione e finalitá del documento 1
1.2. Cos'è un piano di protezione civile comunale 1
1.3. Il ruolo del Sindaco nelle attività di protezione civile 2
1.4. Il Centro Operativo Comunale (COC) 2
1.5. Il raccordo tra gli strumenti di pianificazione e sinergie operative 3

**2. La struttura del piano**

2.1. L'organizzazione del piano di protezione civile comunale 5
2.2. La copertina del piano e lo stato del documento 6
2.3. I contenuti del piano di protezione civile comunale 8
2.3.1. Parte generale 8
2.3.2. Modello di intervento 11
2.3.3. Scenari 15
2.3.4. Risorse 22
2.3.5. Modulistica di intervento 26
2.3.6. Raccolta giuridica 28

**3. La forma del piano**

3.1. Specifiche per la redazione del PPCC 29
3.2. Copertine 30
3.3. Il codice di identificazione del documento 31
3.4. La forma degli elementi testuali 32
3.5. La forma degli elementi cartografici 33
3.6. Bilinguismo e trilinguismo, toponomastica 35
3.7. Informatizzazione del piano 35

**4. Realizzazione e vitalità del piano di protezione civile comunale**

4.1. I Soggetti idonei alla redazione del piano 36
4.2. L'iter di realizzazione ed approvazione del piano 36
4.3. Vitalità del piano 37
4.3.1. Modelli 37
4.3.2. Prima versione e revisioni 37
4.3.3. Aggiornamenti 37
4.3.4. Esercitazioni 38
4.4. Aspetti legati alla privacy e trattamento di dati sensibili 39

**5. Bibliografia e riferimenti normativi**

**Allegati**

A1 Definizione Colori
A2 Modelli copertine
A3 Modelli layout
A4 Modelli risorse
A5 Simbologia Grafica

# 1. Aspetti generali

## 1.1 Introduzione e finalità del documento

Nel presente documento sono riportate le direttive ed i modelli per la redazione nella provincia autonoma di Bolzano di un Piano di Protezione Civile Comunale (PPCC). Le indicazioni tecniche e metodologiche sono state predisposte secondo quanto previsto dall'art. 3 della Legge Provinciale 18 dicembre 2002, n. 15, ed hanno lo scopo la definizione dei requisiti tecnici minimi da rispettare per la redazione di un piano di protezione civile comunale, secondo i principi di chiarezza, concretezza, concisione, modularità e facilità di aggiornamento. La necessità di ottenere una standardizzazione tra i piani di protezione civile dei comuni dell'Alto Adige deriva innanzitutto dal voler facilitare la consultazione da parte di personale addetto all'emergenza, e soprattutto dal voler permettere un'ottimale integrazione dei dati su scala provinciale.

## 1.2 Cos'è un Piano di Protezione Civile Comunale

Il Piano di Protezione Civile Comunale (PPCC) è uno strumento finalizzato a fronteggiare le emergenze ed assicurare la salvaguardia delle persone, dei beni e dei servizi presenti in un'area interessata da eventi calamitosi che possano derivare da uno o più rischi residui. Il piano di protezione civile comunale organizza le conoscenze, le risorse e le procedure in modo che siano utilizzate al meglio per fronteggiare le varie situazioni critiche che si possono verificare sul territorio comunale. Il piano deve essere concepito come uno strumento modulare e dinamico. Il lavoro di raccolta, trattazione, organizzazione e validazione dei dati deve essere quindi impostato in modo tale da permettere di arrivare ad elaborazioni facilmente aggiornabili ed integrabili con nuove conoscenze.
Il piano di protezione civile comunale è il supporto al quale il Sindaco si riferisce per gestire l'emergenza, e deve quindi prevedere:

a) la predisposizione di servizi di segnalazione, allarme e soccorso, vigilanza e controllo sui principali rischi, misure preventive per eliminare o ridurre al minimo le conseguenze dei rischi, informazione al pubblico sui rischi e sulle norme di comportamento da assumere in caso di eventi calamitosi;
b) l'individuazione o quantificazione delle persone, strutture, o servizi che potrebbero essere coinvolti o danneggiati sulla base delle zone a rischio relativamente alle diverse caratteristiche di pericolo;
c) l'individuazione delle disponibilità di personale, di mezzi e attrezzature, viveri, infrastrutture ed altre risorse del comune utili alla gestione dei diversi scenari d'emergenza;
d) l'individuazione di locali, aree e strutture da destinare a soccorsi, depositi e alloggiamenti di emergenza;
e) la predisposizione di servizi di collegamento: reti, sistemi e flussi e modelli di comunicazione per assicurare un efficace scambio di informazioni sia tra le strutture locali, sia da e per gli organi sovracomunali (distretto, provincia, stato) ed i comuni limitrofi;
f) l'elaborazione di procedure per la gestione dei diversi scenari di emergenza, con particolare riguardo a come vengono assegnate e distribuite le varie responsabilità e competenze;
g) la definizione delle metodologie di reperimento ed impiego di risorse per la gestione della situazione emergenziale, ivi compreso il volontariato, il censimento dei danni, e la gestione degli aspetti amministrativi dell'emergenza;

Il piano di protezione civile è quindi un contenitore di cui solo una parte è composta da quelle che sono le vere e proprie procedure operative. A loro volta le procedure operative si devono differenziare da quello che è il modello d'intervento, che rappresenta l'ossatura di ogni procedura operativa specifica (vedasi cap. 2).
Il modello d'intervento è l'identificazione di quelle che sono le competenze e responsabilità spettanti a ciascuno, consentendo un'applicazione naturale delle singole procedure indicate all'interno del piano.
Viste le variabili che intervengono in situazioni d'emergenza, il piano di protezione civile comunale, pur descrivendo per quanto possibile nel dettaglio tutto ciò che è necessario mettere in pratica, non deve essere però visto come un insieme di misure e procedure assolutamente inderogabili. Il piano deve essere applicato di volta in volta secondo criteri di ragionavolezza ed opportunità: in tal senso il piano risulta essere a maggior ragione uno strumento ed un riferimento nelle mani dell'autorità di protezione civile e non un documento da applicare rigidamente a tutti i costi. Naturalmente il piano, vista la sua validazione istituzionale, può essere disatteso solo a seguito di un'attenta valutazione da parte degli organi preposti.

## 1.3 Il ruolo del Sindaco nelle attività di protezione civile

Il Sindaco è l'autorità comunale di protezione civile. Al verificarsi od in vista di un'emergenza che coinvolga o possa coinvolgere la collettività nell'ambito del territorio comunale il Sindaco deve assumere la direzione ed il coordinamento delle operazioni di assistenza e soccorso e provvede agli interventi necessari anche in forma preventiva atti a garantire la pubblica incolumità. Il Sindaco assicura la salvaguardia, assistenza ed informazione della popolazione, la salvaguardia del sistema produttivo, del patrimonio culturale, della continuità amministrativa e degli altri servizi, e la gestione della viabilità nel territorio di competenza.
L'attività di comando e coordinamento operativo può anche essere delegata dal Sindaco a persona di sua fiducia competente in materia di protezione civile.
In ambito di protezione civile sia la legge nazionale (art. 5 della L. 225/1992) che quella provinciale (art. 8 della LP 15/2002) prevedono che il Presidente del Consiglio dei Ministri, il Presidente della Provincia, il Prefetto (rispettivamente il Commissario del Governo) ed il Sindaco abbiano il potere di emanare ordinanze in deroga alle disposizioni vigenti e nel rispetto dei principi generali dell'ordinamento giuridico. Presupposto di tale potere è però che sia stato dichiarato lo stato di emergenza. La dichiarazione dello stato di emergenza è a sua volta normato sia nella legislazione nazionale che provinciale (art. L 225/92 e art. LP 15/2002). Indipendentemente da tali norme il Sindaco può comunque (art. 54 del Dlgs. 267/2000) adottare provvedimenti contingibili ed urgenti al fine di prevenire ed eliminare gravi pericoli che minacciano l'incolumità dei cittadini. L'ambito di applicazione di tale potere è in questo caso però limitato alle materie di sanità pubblica, igiene, edilizia e polizia.
Al sindaco dovrebbe inoltre spettare il ruolo di garante della vitalità del piano di protezione civile: come si vedrà nei capitoli successivi il piano è un documento approvato dall'organo comunale competente, il quale però necessita di un'adeguata condivisione da parte di tutti gli attori potenzialmente coinvolti, compresa la popolazione che ne deve conoscere i tratti essenziali quale parte attiva delle azioni di prevenzione e del processo di superamento di un'emergenza. La vitalità del piano va inoltre assicurata attraverso la sua verifica ed aggiornamento: in tal senso il Sindaco dovrebbe avere il compito di coordinare il processo di redazione del piano coinvolgendo tutti i soggetti necessari, verificare l'attualità del piano ed assicurare la corretta diffusione dei contenuti del piano a tutti coloro che potrebbero esserne interessati.

## 1.4 Il Centro operativo Comunale (COC)

Secondo quanto contenuto nella L.P. n. 15/2002 art. 3, presso ogni comune è istituito il centro operativo comunale (COC) per la protezione civile. Il centro operativo comunale è a tutti gli effetti una commissione comunale, i membri della quale devono essere nominati con delibera del consiglio comunale.
In base all'art. 3 della LP 15/2002 il centro operativo comunale deve essere composto da un numero di membri che dipende dalla consistenza della popolazione comunale. È comunque previsto che sia composto da almeno 2 membri effettivi, il Sindaco che lo presiede, ed un comandante dei vigili del fuoco volontari presenti sul territorio comunale (ovvero per il comune di Bolzano il comandante del corpo permanente dei vigili del fuoco).
La LP 15/2002 ha sostituito la denominazione originaria di comitato comunale per la protezione civile con il termine "Centro Operativo Comunale", dando con tale definizione un ruolo più forte di tale organo nella gestione delle emergenze di protezione civile. Oltre ai due membri effettivi è infatti più in generale possibile nominare ulteriori membri appartenenti agli uffici periferici dell'amministrazione provinciale, nonché rappresentanti delle associazioni di volontariato.
Il personale della ripartizione foreste è posto in servizio per l'assolvimento delle relative attività, qualora il sindaco ritenga opportuno la convocazione del personale forestale oppure lo stesso venga nominato membro della commissione comunale per la prevenzione dalle valanghe.
Per casi specifici, come ad esempio proprio il rischio valanghe, è opportuno prevedere la convocazione di esperti per fornire supporto al centro operativo comunale. Tra gli altri membri che potrebbero far parte del centro operativo comunale, si ricordano:

- Il referente di protezione civile qualora nominato
- Rappresentanti delle forze dell'ordine locali o della polizia municipale
- Rappresentanti delle organizzazioni di soccorso
- Medico comunale e veterinario
- Tecnico/i comunale/i
- Segretario comunale

La composizione del Centro Operativo Comunale deve essere definita sulla base di funzioni da gestire durante l'emergenza e non va vista come un'assemblea costituita sulla base di criteri di rappresentatività.

Durante un'emergenza è infatti necessario sia gestire la situazione nel Centro Operativo Comunale che fronteggiare le situazioni critiche direttamente sul campo: risulta quindi opportuno che le figure dirigenziali delle forze di soccorso abbiano la possibilità sia di contribuire ai lavori del COC che di agire sul territorio.
È opportuno ad esempio che tra i comandanti dei corpi dei Vigili del Fuoco Volontari di un comune sia nominato un unico rappresentante nel COC, lasciando agli altri lo svolgimento del coordinamento tattico-operativo sul campo (vedasi a tal proposito l'art 48 comma 1 della LP 15/2002 e la circolare 9101 del 07/11/1991).
Oltre ai membri del COC si deve identificare all'interno delle risorse umane disponibili (dipendenti comunali, volontariato) uno staff di persone che supporti il COC nelle sue attività per le questioni inerenti la gestione amministrativa, e per il supporto tecnico-organizzativo (segretari, contabili, addetti vari).
Il comune deve predisporre una sede dove in caso di emergenza installare il Centro Operativo Comunale che deve essere ubicato in un edificio non vulnerabile ai vari rischi del territorio. È inoltre opportuno prevedere una o più sedi alternative da utilizzare in caso di inagibilità della sede COC proncipale.
Il COC deve possibilmente ubicarsi in una struttura conosciuta dalla popolazione. I recapiti devono essere noti sia alle strutture operative comunali che provinciali. La sede del COC può quindi trovar sede presso il municipio, se adatto a tale scopo. Il COC non deve necessariamente essere una struttura indipenente all'interno di un edificio pubblico, ma (soprattutto per i comuni più piccoli) può essere identificato in locali che usualmente si utilizzano per altre attività del comune (sala del consiglio, segreteria, ufficio tecnico, ecc…).
Il Centro Operativo Comunale deve disporre di una dotazione minima degli abituali strumenti di lavoro (telefono, fax, computer, materiale di cancelleria, ecc…), possibilmente disporre di un gruppo di continuità o un sistema di alimentazione esterna di emergenza per garantire l'operatività anche in caso di black out. L'edificio sede del COC deve avere una superficie complessiva in grado di ospitare:

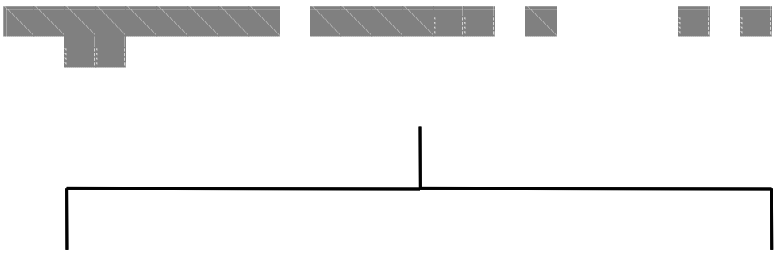
a. una sala per riunioni di dimensioni adeguate;
b. una sala per le relazioni con il pubblico;
c. una sala per le telecomunicazioni;
d. servizi igienici e, possibilmente, una cucina o comunque un locale per il ristoro.

Durante la gestione dell'emergenza è fondamentale organizzare un flusso continuo di informazioni dal centro verso la periferia e viceversa, a tal fine è opportuno quindi che il COC, durante la gestione di un'emergenza, predisponga una relazione giornaliera con le varie informazioni utili a definire il quadro della situazione.
La modulistica per la gestione di tali informazioni è prevista nelle presenti direttive ed è illustrata in seguito.

## *1.5 Raccordo tra gli strumenti di pianificazione e sinergie operative*

In provincia di Bolzano sono previsti 3 livelli distinti di coordinamento delle emergenze: comunale, distrettuale e provinciale. Sono infatti 3 le autorità di protezione civile riconosciute dalla LP15/2002: il Sindaco, il Presidente distrettuale dei vigili del fuoco volontari, ed il Presidente della Provincia. Parallelamente a quest'ultimo vi è il Commissario del Governo per le materie di competenza statale.
Al verificarsi di un'emergenza a livello comunale il Sindaco, o suo delegato, deve darne immediata comunicazione al Centro Situazioni del Corpo Permamente dei Vigili del fuoco di Bolzano, che rappresenta l'unitá operativa ed un riferimento presidiato h24 per il servizio provinciale di protezione civile. In questo modo sará possibile avere costantemente sotto controllo la situazione nel suo complesso, e sará inoltre possibile organizzare l'eventuale attivazione dei centri operativi distrettuali e del centro operativo provinciale e mettere in atto misure per assicurare in caso di effettiva necessitá e richiesta una risposta piú efficace e rapida alle richieste della periferia. A livello distrettuale non è prevista la realizzazione di una specifica pianificazione: a tale livello avviene solo un'azione di coordinamento delle azioni e delle risorse disponibili nel distretto, nonché la raccolta, filtrazione, elaborazione ed organizzazione delle informazioni inerenti l'evento in corso al fine di ridurre il numero di interlocutori con la protezione civile provinciale in caso di eventi complessi. Gli unici livelli di pianificazione di protezione civile presenti in provincia pertanto, fatti salvi piani specifici elaborati dagli organi competenti (ospedali, dighe, industrie a rischio di incidente rilevante, ecc.), saranno quello comunale e quello provinciale. A livello provinciale il piano di protezione civile individua le situazioni che possono configurare un'emergenza estesa, o situazioni che, pur localizzate, per la loro natura particolarmente complessa necessitano di una gestione organica. Il piano provinciale di protezione civile deve poi raccordare su scala provinciale le misure previste localmente, consentendo una gestione efficiente delle risorse disponibili. I piani comunali e quello provinciale devono integrarsi e completarsi a vicenda; infatti, a livello provinciale, il piano individuerà da un lato le situazioni che possono configurare un'emergenza più estesa del singolo comune (a scala intercomunale o subprovinciale) dall'altro, le situazioni, anche localizzate, di maggior rischio, segnalando la necessità di uno studio approfondito a livello comunale. A livello comunale si dovrebbe invece giungere ad un'analisi approfondita della realtà locale, con un livello più esaustivo in termini di misure previste. Particolare attenzione dovrà quindi essere data a quanto il piano comunale di protezione civile

prevede e potrebbe essere in conflitto con la pianificazione provinciale, in particolar modo per quanto riguarda l'attivazione e l'utilizzo di risorse, o le responsabilità e competenze previste per determinati soggetti in casi particolari.
Nella gestione di un'emergenza di protezione civile è opportuno sottolineare inoltre i diversi livelli o campi di responsabilità: dispongono di responsabilità politico-generale le autorità di protezione civile corrispondenti al Sindaco ed al Presidente della Provincia. Sono invece cosiddette componenti amministrativo-organizzative le strutture quali i centri operativi (comunali, distrettuali e provinciale), il comitato provinciale per la protezione civile, la Ripartizione protezione antincendi e civile della Provincia. Sono infine componenti tattico-operative il servizio antincendi, le centrali di emergenza (Centrale provinciale di emergenza 115-118, le centrali distrettuali di d'intervento dei vigili del fuoco) le altre organizzazioni di soccorso, le direzioni tecniche di itervento presso il luogo di un incidente, e le eventuali ditte private o altri enti chiamati ad intervenire attivamente durante un'emergenza.



***I livelli di responsabilità nella gestione delle emergenze di protezione civile***

# 2 La struttura del Piano di Protezione Civile

## 2.1 L'organizzazione del piano comunale di protezione civile

I dati e le informazioni che formano il Piano di Protezione Civile sono molti, diversificati, ed in costante aggiornamento. Per tale motivo è opportuno organizzare il piano in modo da poter inquadrare efficacemente la materia, reperire velocemente le informazioni e consentire un agevole aggiornamento delle informazioni. Per tale scopo il PPCC è organizzato in diverse parti. Ciascuna parte è formata a sua volta da più sezioni. Le singole sezioni sono poi suddivise in allegati, che rappresentano l'unità elementare del piano. In ogni allegato è possibile inserire più testi o documenti, che però a tutti gli effetti rappresentano un elemento unico: come si vedrà nel capitolo relativo alla vitalità del piano le modifiche relative ad aggiornamenti o revisioni comportano la sostituzione degli allegati come costituenti elementari del piano. Le sei parti che costituiscono il piano di protezione civile comunale sono:

1. **Parte generale**

   Nella parte generale vengono descritte le caratteristiche del territorio comunale sotto gli aspetti fisici, geografici, antropici ed infrastrutturali, nonché in modo sintetico i rischi esistenti sul territorio. La parte generale fornisce inoltre collegamenti con gli altri strumenti di pianificazione e programmazione di protezione civile. Lo scopo della parte generale è quello di fornire una fotografia introduttiva del territorio preso in esame per le successive analisi valutazioni e scelte operate nel piano.

2. **Modello di intervento**

   Il modello d'intervento identifica le competenze e responsabilità, consentendo un'applicazione naturale delle singole procedure indicate all'interno del piano. Descrive l'organizzazione generale a livello comunale per fronteggiare le emergenze. Si definiscono il sistema generale di allarme, i livelli di emergenza e le rispettive misure generali, ed i flussi di comunicazione per assicurare un efficiente e costante scambio di informazioni. Si definiscono poi le procedure di carattere generale quali le azioni di salvaguardia di persone e beni, la gestione della viabilità in emergenza o gli aspetti amministrativi. Al modello di intervento si devono riferire tutte le procedure specifiche elaborate poi nei vari scenari.

3. **Scenari**

   In questa parte vengono studiati, analizzati, classificati e raffigurati nel dettaglio tutti i fenomeni ed i conseguenti rischi insistenti sul territorio comunale. Vengono identificati i pericoli, la vulnerabilità delle strutture e delle persone a tali pericoli, e di conseguenza il rischio a seconda dell'evento. Sulla base di soglie predefinite e dei conseguenti livelli di allarme dei singoli scenari di evento e del modello di intervento della parte 2 vengono definite le varie procedure specifiche da applicare caso per caso. Ciascuna procedura sarà realizzata in modo tale da prevedere collegamenti tra diversi scenari ed un utilizzo naturale da parte degli operatori.

4. **Risorse**

   In questa parte sono raccolti tutti i dati relativi alla struttura di protezione civile del comune, oltre ad informazioni di carattere generale e recapiti del sistema di protezione civile sovracomunale. Questa parte contiene quindi anche tutte le informazioni relative alle aree e strutture di emergenza, ai sistemi di comunicazione, agli elenchi di materiali e mezzi utilizzabili in emergenza, oltre ad altre informazioni utili.

5. **Modulistica**

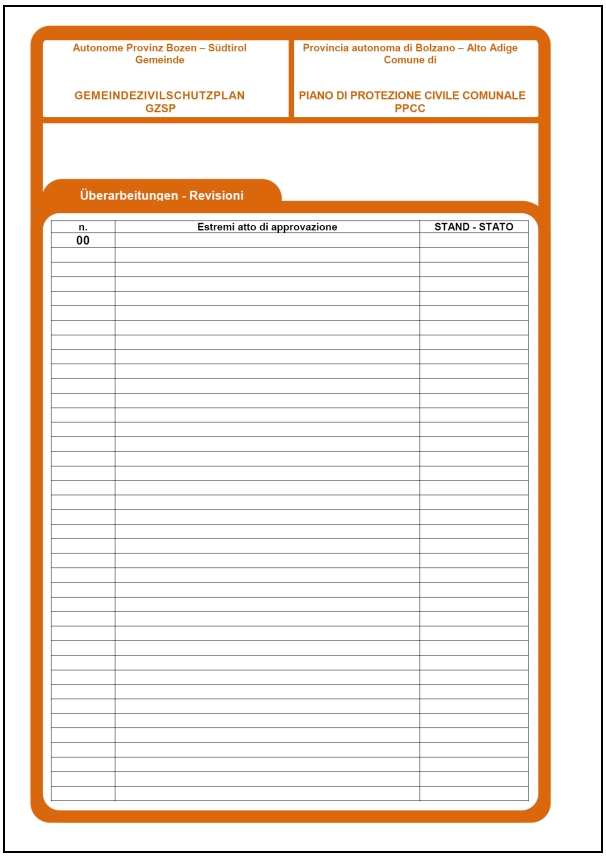
   In questa parte del piano sono raccolti modelli di documenti utili per la predisposizione di ordinanze ai fini di protezione civile, moduli per messaggi, ed altri strumenti di raccolta e gestione dei dati utili per far fronte ad una emergenza di protezione civile.

6. **Raccolta giuridica**

   In questa parte del piano sono raccolte le normative di riferimento o loro estratti ai fini di protezione civile. Tale raccolta, che non si propone di essere del tutto esaustiva, intende essere un riferimento per la consultazione in emergenza in caso di dubbi su scelte operative.

## 2.2 La copertina del piano e lo stato del documento

Nel piano di protezione civile comunale esistono due elementi fondamentali per la gestione dell'iter di approvazione ed aggiornamento o revisione: la copertina del piano e lo stato del documento.
La copertina del piano viene realizzata ogni volta che il piano viene approvato dall'organo comunale competente e ne riporta gli estremi di approvazione. La copertina del piano è costituita da due facciate.




La prima facciata della copertina del piano contiene tutte le informazioni relative al comune ed all'atto di approvazione, oltre alle informazioni relative all'elaboratore o agli elaboratori. La seconda facciata elenca lo storico delle revisioni del piano, ovvero l'elenco delle revisioni del piano che hanno comportato una nuova approvazione da parte dell'organo competente. In allegato è fornito il modello per la copertina del piano.
Lo stato del documento è un altro elemento che invece serve a tracciare tutte le modifiche, sia revisioni che aggiornamenti. Lo stato del piano contiene l'elenco di tutti gli elementi del piano con la relativa data di redazione. Nel caso di prima versione del piano lo stato del documento elencherà tutti gli allegati con la data corrispondente alla data di prima redazione. L'utilità dello stato del documento diventa evidente nei successivi aggiornamenti e revisioni del piano, in quanto sarà sufficiente sostituire gli allegati che hanno subito modifiche senza dover ristampare l'intero piano, ed attraverso lo stato del documento sarà possibile verificare volta per volta se la composizione della propria copia del piano corrisponde a quella più attuale.
Un ulteriore vantaggio derivante dall'introduzione dello stato del piano risiede nel fatto che, ogni volta che sarà necessario distribuire aggiornamenti ai singoli possessori di una copia del piano sarà sufficiente trasmettere gli allegati modificati assieme al nuovo stato aggiornato, che tra l'altro contiene la lista di distribuzione. Nel caso di revisione del documento sarà sufficiente aggiugere anche la nuova copertina.
La prima pagina dello stato del documento contiene quindi sia gli estremi relativi allo stato in questione che la firma del soggetto delegato alla distribuzione degli aggiornamenti (vedasi a tal proposito il capitolo 4), che la lista dei soggetti ai quali sarà necessario distribuire gli aggiornamenti. La seconda e le successive pagine dello stato del documento contengono semplicemente l'elenco degli allegati del piano con il relativo stato.
In definitiva se, ad esempio, il piano è stato redatto il 31.12.2008 ed in seguito al 20.11.2009 è stato modificato solo l'allegato 4.3.3 relativo alle strutture di ricovero in emergenza, lo stato del documento indicherà in prima pagina che gli elementi del piano corrispondono allo stato del 20.11.2009, tutti gli allegati tranne il 4.3.3 saranno indicati come stato attuale il 31.12.2008 mentre l'allegato 4.3.3 attuale dovrà essere quello datato 20.11.2009. È evidente quindi come in questo modo si possa garantire durante la vita del piano di protezione civile comunale un meccanismo di aggiornamento sicuro, flessibile, ed economico.

Il piano di protezione civile comunale può essere infine facoltativamente dotato anche di una grafica sulla copertina esterna di ciascuna cartella, priva di ogni valenza ufficiale, ma standardizzata su scala provinciale.

Di seguito e nel rispettivo allegato viene indicata la grafica da applicare per tale copertina e per il dorso delle cartelle. Qualora la cartella sia realizzata di colore arancione è sufficiente realizzare la grafica come indicato in colore bianco e blu. In tal caso non è strettamente necessario che il colore di base della cartella sia esattamente quello previsto per il corporate design secondo le presenti direttive, ma è sufficiente che sia di un arancione similare. Qualora la cartella sia realizzata con colori di base diversi sarà necessario applicare queste grafiche sulla superficie delle cartelle costituenti il piano di protezione civile comunale. Sul retro non è previsto in alcun caso la realizzazione di una grafica specifica, qualora si intenda realizzare una grafica sul retro sarà sufficiente utilizzare la medesima impostazione grafica prevista per la copertina.

Si sottolinea infine che attraverso queste direttive si intende introdurre un'immagine unitaria di tutti gli strumenti di pianificazione di protezione civile in provincia di Bolzano. Tenuto conto che i colori della protezione civile sono arancio e azzurro, si è scelto di utilizzare la stessa veste grafica sia per i piani di protezione civile comunali che per i piani di competenza provinciale, utilizzando però per i primi il colore prevalente arancione, per i secondi il colore prevalente azzurro. In questo modo i piani sono tra loro omogenei sia nella leggibilità che nella consultazione, ma sono anche immediatamente identificabili e distinguibili. Maggiori informazioni sulla forma grafica del piano sono illustrate nel capitolo 3.

# 2.3 I contenuti del piano di protezione civile comunale

Come già accennato ogni parte costituente il piano comunale di protezione civile è suddivisa in sezioni ed allegati. Di seguito vengono illustrati gli elementi essenziali di ciascuna parte di cui dovrà essere composto il piano di protezione civile comunale, oltre a qualche indicazione sulle modalità per realizzarne i contenuti.

## 2.3.1 Parte Generale

La prima parte del piano, o parte generale, raccoglie le informazioni introduttive, propedeutiche allo sviluppo ed interpretazione del resto del documento.

**Sezione 1.1 Inquadramento territoriale**

L'inquadramento territoriale è preliminare all'attività di pianificazione: è l'indagine diretta alla conoscenza degli aspetti fisici del territorio comunale, e della sua successiva rappresentazione.
E' necessario fornire un quadro generale delle caratteristiche del territorio comunale con particolare riferimento alle caratteristiche geografiche, ambientali. Le descrizioni devono prendere in considerazione gli aspetti principali di ciascun argomento attraverso descrizioni sintetiche e improntate ad una facile comprensibilità. In questa sezione sono quindi descritte anche le caratteristiche orografiche, idrografiche e idrogeologiche del territorio in esame. Considerato il tipo di ambiente che caratterizza il territorio provinciale, nel quale molti eventi calamitosi sono riconducibili al verificarsi di fenomeni idrogeologici, è opportuno individuare le principali proprietà idrografiche analizzando il regime delle portate dei principali torrenti e se sono soggetti a fenomeni di alta energia. Occorre prendere in considerazione anche le condizioni climatiche generali e l'assetto meteorologico che caratterizza il territorio con l'analisi delle precipitazioni mensili, sia liquide sia solide, e delle temperature mensili. Nei casi dove le situazioni di pericolo possono essere influenzate dalla presenza dei venti è opportuno estendere le analisi meteorologiche anche a tale fenomeno. E' necessario supportare le analisi con alcune cartografie tecniche che premettano di inquadrare i vari fenomeni descritti:

| Allegato | Esempio contenuti |
|---|---|
| **Allegato 1.1.1**<br>**Collocazione geografica** | • Cartografia generica delimitazione del territorio provinciale e comunale, inquadramento e descrizione sintetica del territorio comunale<br>• denominazione del comune, frazioni, località<br>• sede del municipio<br>• dati quadro d'unione carta tecnica ed ortofotocarta provinciale<br>• confini amministrativi comuni confinanti, centri abitati e frazioni<br>• superficie in $km^2$<br>• quota minima e massima del territorio comunale (anche mediante altimetrie), superficie suddivisa per fasce altimetriche (anche in percentuale rispetto al totale) |
| **Allegato 1.1.2**<br>**Geologia** | • Carte dell'uso del suolo.<br>• Carta geologica anche semplificata<br>• Classificazione sismica del territorio |
| **Allegato 1.1.3**<br>**Idrologia** | • Bacini idrografici presenti nel territorio comunale (denominazione, lunghezza dell'asta principale, quota media).<br>• Devono essere riportati gli eventuali strumenti di misura esistenti sul territorio quali pluviometri e idrometri.<br>• Opere di ritenzione e protezione lungo gli alvei<br>• Panoramica dei punti di criticità idraulica (punti di attraversamento, ecc…) |
| **Allegato 1.1.4**<br>**Clima e Vegetazione** | • Dati statistici meteo e idrologici (temperature, precipitazioni, venti, deflussi)<br>• Dati sulle stazioni di misura eventualmente presenti sul territorio<br>• Copertura del territorio<br>• Zone di tutela naturalistica<br>• Coltivazioni presenti |

### Sezione 1.2 descrizione antropica del territorio

In questa sezione è evidenziata l'organizzazione territoriale del comune e le principali caratteristiche riguardanti il tipo ed il grado di antropizzazione. La descrizione può avvalersi di una apposita cartografia che riporta alcune informazioni di base, oltre a brevi descrizioni testuali e raccolte dati in forma di tabelle.

| Allegato | Contenuti minimi |
|---|---|
| **Allegato 1.2.1**<br>**Dato demografico** | • Consistenza numerica delle persone presenti nel territorio, residenti e variabili stagionalmente.<br>• Dati anagrafici di interesse in ottica di protezione civile (numero persone, nuclei famigliari) suddivisi per aree omogenee (quartieri, frazioni, agglomerati di case).<br>• Dati statistici sulle persone non autosufficienti (senza dati personali).<br>• Distribuzione per aree omogenee (Età<15, 15<età<65, Età>65, Non autosufficienti ) |
| **Allegato 1.2.2**<br>**Mobilità** | • Strade statali, provinciali, comunali, demaniali e forestali (cartografia ed elenco)<br>• Parcheggi, aree sosta attrezzate camper<br>• Trasporto pubblico (rete ferroviaria, bus, stazioni, fermate, linee principali, ecc…)<br>• Autostrade, caselli, aree di servizio, accessi<br>• Punti critici rete stradale (gallerie, limitazioni, ponti, ecc..)<br>• Aeroporti, avio superfici, elisuperfici, elibasi<br>• Impianti di risalita |
| **Allegato 1.2.3**<br>**Servizi essenziali** | • Rete elettrica<br>• Rete gas, teleriscaldamento<br>• Rete idropotabile e fognaria, idranti, impianti di depurazione, pozzi e sorgenti<br>• Reti, copertura ed infrastrutture per telecomunicazioni<br>• Raccolta, trattamento, smaltimento rifiuti (discariche, inceneritori, riciclaggio, ecc…) |
| **Allegato 1.2.4**<br>**Attività produttive** | • Industrie<br>• Attività commerciali<br>• Attività turistiche<br>• Zone produttive artigianali o manufatturiere |

### Sezione 1.3 Strutture strategiche e rilevanti

In questa sezione del piano vanno elencati ed indicati mediante schede, brevi descrizioni e rappresentazioni cartografiche, gli edifici e le infrastrutture strategiche o rilevanti ai fini di protezione civile.
Per strutture strategiche si intendono gli edifici o le infrastrutture che in caso di emergenze di protezione civile risultano essere fondamentali per far fronte efficacemente alla situazione. Fanno parte di questa classe di strutture la sede del centro operativo comunale, opere costituenti vie di accesso e comunicazione senza le quali non è possibile raggiungere eventuali luoghi abitati da soccorrere, depositi di materiali e mezzi per emergenze, sedi di organizzazioni di soccorso, ponti radio o reti di distribuzione di servizi essenziali.
Per strutture rilevanti si intendono invece tutti quegli edifici o infrastrutture che, in caso di danno totale o parziale in seguito ad un evento calamitoso naturale o indotto da attività umane, comporta ripercussioni significative ad una porzione appunto rilevante della popolazione (dighe, ospedali, scuole, ecc…).

| Allegato | Esempi |
|---|---|
| **Allegato 1.3.1**<br>**Complessi ed infrastrutture strategiche** | • Sedi di Organizzazioni di soccorso, caserme o sedi di forze dell'ordine e forze armate<br>• Centri operativi di protezione civile (COC, COD, COP)<br>• Case cantoniere servizio strade, stazioni servizio Forestale<br>• Aeroporti, eliporti, aviosuperfici ed elisuperfici;<br>• Strutture per la produzione, il trasporto e la distribuzione d'energia elettrica limitatamente agli impianti d'alta tensione;<br>• Strutture finalizzate alla trasmissione di comunicazione e di dati:<br>• Ponti e gallerie con traffico giornaliero medio (TGM) superiore o uguale a 16.000 unità ed una luce superiore o uguale a 20 metri;<br>• Edifici comunali, uffici tecnici, amministrativi, uffici sedi di servizi, tribunali, centri civici<br>• Impianti e campi sportivi, palestre, centri congressi, cinema, teatri, discoteche<br>• Edifici scolastici |
| **Allegato 1.3.2**<br>**Complessi ed infrastrutture rilevanti** | • Luoghi di spettacolo (teatri, cinema, sale per spettacoli, convegni e manifestazioni)<br>• Centri commerciali, grandi magazzini e mercati coperti<br>• Opere di sbarramento, dighe, serbatoi, condotte, dighe di laminazione delle piene;<br>• Impianti soggetti a rischio di incidente rilevante ai sensi del D.Lgs 334/99;<br>• Strutture socio sanitarie (case di riposo e di cura, ospedali, cliniche, centri per lungodegenti)<br>• Centri sportivi (piscine pubbliche, campi sportivi, palazzetti dello sport)<br>• Edifici religiosi chiese e altri luoghi di culto<br>• Edifici scolastici pubblici e privati di ogni ordine e grado, biblioteche<br>• Impianti di teleriscaldamento, di raccolta o smaltimento rifiuti e di depurazione acque<br>• Stazioni ferroviarie e stazioni per autobus in centri abitati |

In questi 2 allegati del piano i dati dovranno essere di carattere sintetico e generale. Le informazioni specifiche relative ai rischi e alle risorse disponibili verranno invece indicate successivamente ed inserite nella sezione dedicata nella parte 4 del piano. I dati rappresentati in questa parte del piano sono utili tra l'altro quale base cartografica o dati di pronta disponibilità per analisi e gestione di situazioni particolari non contemplate nel piano, per la predisposizione di documenti informativi e la predisposizione di esercitazioni.
Nel capitolo 3 vengono illustrate le modalità per la raffigurazione delle aree e strutture strategiche e rilevanti.

**Sezione 1.4: Mitigazione dei rischi**

Molti degli eventi calamitosi che si verificano sul territorio sono spesso nuove manifestazioni di fenomeni già avvenuti in passato, in particolare per i fenomeni idrogeologici quali alluvioni, frane e valanghe. È quindi utile analizzare gli eventi storici per caratterizzare meglio la pericolosità attuale del territorio comunale.
L'analisi degli eventi storici può essere effettuata mediante la raccolta di informazioni reperibili presso gli archivi comunali, della provincia o di altri enti (consorzi, ferrovie, ecc). A tale riguardo occorre tener presente che per alcuni fenomeni sono già disponibili dei catasti storici gestiti dalla Provincia Autonoma di Bolzano, ad esempio quelli che riguardano le frane e le valanghe, o altri fenomeni naturali.
Attraverso questa analisi possono essere ricavate anche informazioni sui danni attesi. In questo caso le informazioni devono essere utilizzate con molta prudenza per definire il danno: rispetto a quanto già avvenuto nel passato il danno potrebbe sensibilmente diverso sia perché le strutture coinvolte potrebbero essere state ricostruite con maggiori caratteristiche di solidità, sia perché potrebbero essere state effettuate delle opere di protezione o di sistemazione tali da attenuare la pericolosità dei nuovi possibili eventi; d'altra parte la pressione antropica nel tempo potrebbe essere aumentata e di conseguenza eventi che in passato si sono verificati in zone relativamente poco popolate e quindi con conseguenze ridotte potrebbero oggi rilevarsi più significativi a causa dell'aumentata esposizione e vulnerabilità ad un dato pericolo.
E' opportuno poi avere un quadro completo delle zone che sono state protette mediante l'esecuzione di interventi ed opere realizzati per mitigare ciascun rischio, quali disgaggi, reti, o bacini di raccolta.
Per tale scopo è utile individuare le opere di protezione e di difesa esistenti sul territorio comunale. Per ciascuna opera occorre indicare lo stato di efficienza, chi è responsabile della manutenzione e se vi è una manutenzione programmata. Il reperimento delle informazioni necessarie può essere agevolato rivolgendosi agli uffici provinciali competenti o agli altri enti territoriali che abbiano realizzato le opere. Le opere censite devono essere riportate in apposite mappe, eventualmente anche in modo semplificato.
Confrontando le condizioni ed il grado d'antropizzazione del territorio comunale è possibile individuare le attività da programmare per poter ridurre il rischio. Il programma avrà lo scopo di raggiungere la protezione più alta possibile sul territorio con particolare riguardo alle persone.
Uno dei ruoli principali da parte del Sindaco e del comune è infine la gestione delle informazioni alla popolazione. L'informazione alla popolazione è di fondamentale importanza per la riuscita di qualsiasi piano di protezione civile per diffondere in modo chiaro ed univoco messaggi che consentano alla popolazione di evacuare tempestivamente la zona a rischio o attuare le misure di autoprotezione pianificate. Può essere utile evidenziare la popolazione che non può essere raggiunta dalle reti informative in condizione di emergenza (copertura suoni sirena). E' opportuno evidenziare i tipi di comunicazione disponibili, quali telefoni fissi, telefonia mobile, sistemi radio, televisione ecc. ed il loro grado di copertura. E' inoltre essenziale evidenziare se le infrastrutture (ponti radio, antenne ecc.) ricadono in aree di pericolo e se sono esposte a danneggiamenti tali da comprometterne la funzionalità in condizioni di emergenza.

| Allegato | Esempi |
|---|---|
| **Allegato 1.4.1 Analisi storica eventi** | • Fenomeni che più frequentemente hanno interessato il territorio comunale<br>• Caratterizzazione dei parametri che definiscono la pericolosità, quali l'intensità e la frequenza dei vari fenomeni, e le zone maggiormente esposte (vulnerabilità) |
| **Allegato 1.4.2 Opere di protezione** | • Opere di protezione e di difesa esistenti sul territorio comunale<br>• Opere che sono poco efficienti per problemi di funzionalità degradata, opere gravemente sottodimensionate, opere prive di manutenzione programmata |
| **Allegato 1.4.3 Programmazione delle attività per la mitigazione dei rischi** | • Zone dove bisogna intervenire con opere di protezione o difesa, con particolare riguardo a quelle dove le persone sono maggiormente esposte<br>• Gli studi da attivare per approfondire l'analisi dei rischi maggiori<br>• Le zone dove è necessario attivare sistemi di monitoraggio<br>• I tempi e i costi per la realizzazione del programma di mitigazione |
| **Allegato 1.4.4 L'allertamento e l'informazione alla popolazione** | • Informazione preventiva della popolazione, condivisione del piano<br>• Copertura sistemi di informazione ed allertamento<br>• Copertura delle reti di telecomunicazione<br>• Vulnerabilità delle reti comunicazione o allertamento ai vari pericoli |

## 2.3.2 Parte 2: Modello di intervento

E' essenziale che l'apparato di emergenza sia organizzato nel modo più efficiente possibile: qanto più i sistemi di comando e le risorse disponibili sono organizzati ed adeguatamente predisposti nei confronti dei vari scenari che si possono verificare nel territorio comunale, tanto più si potrà intervenire in modo efficace e tempestivo quando si verificheranno le condizioni di emergenza.
Questa parte del piano di protezione civile comunale deve definire le regole generali di funzionamento dello strumento attraverso il quale si realizza la risposta operativa in caso di eventi di protezione civile.
Nella successiva terza parte del piano, si vedrà, vengono analizzati i singoli scenari di interesse per le attività di protezione civile: in molti casi però esistono alcune procedure che sono valide in via generale per diversi scenari, tra cui l'organizzazione di un'evacuazione e la relativa assistenza alla popolazione, o l'organizzazione del lavoro del centro operativo comunale, o la gestione delle informazioni o della viabilità.
Il modello d'intervento definisce proprio queste procedure generali. Analizzare e definire qui tali procedure comporta alcuni vantaggi: innanzitutto maggiore chiarezza e facilità d'applicazione operativa, poiché tali procedure generali vengono applicate con maggiore frequenza rispetto al singolo scenario e quindi possono essere assimilate, apprese ed utilizzate con maggiore facilità. In secondo luogo rendono le procedure relative ai singoli scenari più snelle e mirate, ed in terzo luogo durante un'emergenza possono essere fisicamente assegnate a persone diverse che potranno seguire la singola procedura relativa all'attività delegata in maniera sì autonoma, ma coordinata all'interno del sistema di gestione dell'emergenza. Si vedrà infine che ciò vale anche per gli scenari definiti nella terza parte del piano, in cui l'intento delle presenti direttive è ancor più evidente: disporre di diverse procedure snelle e semplici ma collegate opportunamente tra loro, facilmente perfezionabili e gestibili parallelamente.

### Sezione 2.1: Modello di coordinamento

Nella sezione 2.1 si analizza e descrive il cosiddetto modello di coordinamento, che identifica gli organismi di protezione civile deputati all'attività decisionale, ne definisce i compiti e determina l'organizzazione generale con la quale operano nelle varie fasi di un evento di protezione civile.
I meccanismi per gestire gli obiettivi prioritari che il sindaco, in qualità di autorità comunale di protezione civile, deve conseguire per fronteggiare una situazione di emergenza, costituiscono il modello di intervento.

| Allegato | Esempi |
|---|---|
| **Allegato 2.1.1 Livelli di emergenza e misure** | • Livelli di emergenza<br>• Matrice attività/responsabilità<br>• Sussidiarietà in emergenza: rapporto tra emergenze locali ed emergenze sovracomunali |
| **Allegato 2.1.2 Centro operativo comunale** | • Struttura organizzativa del centro operativo comunale<br>• Organizzazione del lavoro di staff<br>• Rapporto tra COC, direzioni tecniche di intervento e strutture provinciali |
| **Allegato 2.1.3 Sistema di allarme** | • Procedura di attivazione in emergenza<br>• Attivazione messa in funzione e chiusura del COC<br>• Attivazione servizio protezione calamità provinciale |
| **Allegato 2.1.4 Flussi informativi in emegenza** | • Sistema di comunicazione<br>• Gestione dei flussi informativi in emergenza<br>• Sorveglianza attiva |

Il primo allegato di questa sezione serve a identificare in via generale tutti i soggetti coinvolti nella gestione delle situazioni di emergenza ed a codificare la modularità della risposta di fronte agli eventi di protezione civile. Come si vedrà in seguito il sistema di protezione civile deve essere in grado di attivarsi in maniera diversificata sia in funzione dell'evoluzione temporale sia in funzione della portata degli eventi.
In provincia di Bolzano sono stati standardizzati 4 livelli di emergenza: ZERO o normalità, ALFA o attenzione, BRAVO o preallarme, CHARLY o allarme. A ciascun livello corrisponde anche un colore che serve ad identificare rapidamente le varie situazioni all'interno del piano (verde, giallo, arancione e rosso).
Ogni struttura operativa ed autorità di protezione civile deve prevedere i seguenti 4 livelli di emergenza, ai quali devono corrispondere misure differenziate a seconda dello scenario.
L'organizzazione dell'emergenza in più fasi ben si adatta agli eventi calamitosi prevedibili o parzialmente prevedibili, come ad esempio i fenomeni idrogeologici. Il passaggio da una fase di emergenza all'altra è determinato dal superamento di soglie o di eventi predeterminati. Come detto tale codifica è standardizzata sia per quanto riguarda i piani comunali che per i piani di competenza provinciale.

| Livello | Descrizione |
|---|---|
| **"ZERO" NORMALITA'** | Nessun evento in corso oppure eventi che per natura ed estensione possono essere gestiti in via ordinaria (centrali 115 118, forze dell'ordine, ecc…), o comunque l'assenza di eventi rilevanti per il sistema di protezione civile (nessun coinvolgimento della collettività). Se ritenuto necessario in sede di pianificazione sará da prevedere alla protezione civile la notifica di eventi particolari per conoscenza. |
| **"ALFA" ATTENZIONE** | Tale livello si attiva in attesa di un evento di rilevanza per la protezione civile. Nello stato di attenzione vengono messe in condizione di prepararsi per tempo tutte le strutture deputate alla gestione dell'emergenza che potrebbe verificarsi in seguito all'evento atteso. L'obiettivo principale legato a questo livello di emergenza è quello di ridurre al massimo l'effetto sorpresa legato con eventi di protezione civile: si verifica l'operatività di mezzi ed attrezzature, si riducono le possibilità di prendere giorni di ferie, si rafforzano i turni di reperibilità, si tengono a portata di mano numeri telefonici utili, e manuali operativi o piani di emergenza, si intensificano gli scambi di informazioni, si resta ritracciabili. |
| **"BRAVO" PREALLARME** | Questo livello di emergenza corrisponde ad un evento in corso che interessa la collettività e che comporta la gestione coordinata ma ancora di tipo ordinario dell'emergenza, in cui il sindaco coordina l'intervento avvalendosi delle strutture operative disponibili sul proprio territorio. Durante tale fase è opportuno che il sindaco mantenga un costante contatto anche con il centro situazioni provinciale, i referenti delle organizzazioni e strutture coinvolte, e predisponga tutte le azioni per ridurre al massimo i disagi e pericoli per la popolazione, anche in forma preventiva. Sarà anche opportuno effettuare una indagine sulle risorse potenzialmente attivabili in caso di peggioramento della situazione ed assicurare una sorveglianza costante delle situazioni potenzialmente a rischio. |
| **"CHARLY" ALLARME** | Corrisponde ad una situazione in cui gli eventi sono in atto diffusamente e si intensificano, comportando quindi la necessità di gestire l'emergenza in maniera coordinata attraverso la struttura di comando identificata nel centro operativo comunale. Viene attivato quindi il Centro Operativo Comunale, e vengono gestite tutte le operazioni attraverso di esso, tra cui l'assistenza alla popolazione, la gestione dei punti di ammassamento dei soccorsi, l'attivazione di servizi antisciacallaggio, e tutto quanto sia necessario per far fronte alla situazione.<br>Dal momento della sua attivazione il centro operativo comunale diventa il punto di riferimento per le direzioni tecniche di intervento sul territorio comunale e per le strutture sovracomunali (centro operativo distrettuale, centro operativo provinciale, centro situazioni, ecc..) |

In questo modo è semplice definire rapidamente la situazione dei comuni su scala provinciale in occasione di emergenze diffuse o complesse, è possibile attivare ai sensi della LP 15/2002 i centri operativi distrettuali in presenza di più comuni colpiti, ed assicurare ad essi tutto il supporto necessario.
Il secondo allegato definisce le procedure generali per l'attivazione ed il funzionamento del Centro Operativo Comunale. Attraverso check list ed algoritmi vengono codificate tutte le azioni preparatorie per l'attivazione del COC, sia dal punto di vista tecnico che organizzativo, sia le modalità per la gestione dello stesso anche per periodi prolungati: viene descritto soprattutto il flusso delle informazioni interne al COC e le modalità con cui viene tenuta traccia delle scelte effettuate e delle misure adottate, oltre ai compiti sia dei membri effettivi del COC che del personale di supporto.
Il sistema di allarme nel terzo allegato descrive le reazioni da attuare al verificarsi di un determinato evento, secondo modalità già predisposte. Occorre precisare le procedure di allarme per ogni fase di emergenza e le modalità di attivazione e diramazione. In questo allegato vengono schematizzate le modalità per la convocazione dei membri del Centro Operativo Comunale, di tutto il restante personale necessario, e delle varie strutture operative. Sono infine definite le modalità per richiedere l'intervento delle strutture sovracomunali o dei vari servizi dell'amministrazione provinciale.
Nell'ultimo allegato vengono poi codificate le modalità di scambio di informazioni tra le varie strutture coinvolte una volta che sono state attivate, ad esempio durante la sorveglianza di un fenomeno in corso.
Per ogni livello di allarme saranno da definire sia gli scambi di informazioni con le unità sul campo, che verso gli altri centri di coordinamento: comuni limitrofi, centrali di emergenza provinciali, centri operativi distrettuali e provinciale. Grande importanza in questo allegato andrà data a come vanno sfruttati i vari canali informativi che la tecnologia mette a disposizione, tenendo presente le necessarie ridondanze, e soprattutto definendo le modalità per la documentazione delle comunciazioni avvenute durante la gestione di un'emergenza.
Questa sezione, così come la successiva, prevederanno e si riferiranno quindi all'impiego di diversa apposita modulistica da predisporre nella quinta parte del piano comunale di protezione civile (moduli registrazione messaggi, modelli per comunicazioni fax, richiesta intervento protezione civile provinciale, ecc…).

### Sezione 2. 2. Gestione situazione

Le attività di protezione civile si basano sulla corretta valutazione della situazione in atto al fine di poter scegliere i provvedimenti più adatti per far fronte all'evento.
La seconda sezione del modello di intervento raccoglie tutte le procedure per la raccolta e la valutazione degli eventi, e fornisce indicazioni su come trarre le opportune decisioni in merito, e sulla gestione di alcuni aspetti generali della situazione tra cui la gestione della viabilità in emergenza o la gestione economico-amministrativa o le procedure per il primo ripristino dei servizi di pubblica utilità.

| Allegato | Esempi |
|---|---|
| **Allegato 2.2.1 Gestione risorse** | • Standard e modalità di gestione delle risorse umane<br>• Modalità di raccolta dati<br>• Modalità di richiesta ed offerta di risorse |
| **Allegato 2.2.2 Documentazione e Censimento danni** | • Modalità operative di documentazione dei fenomeni<br>• Modalità di raccolta ed elaborazione dei dati<br>• Modalità operative di censimento dei danni<br>• Modalità di raccolta dei dati |
| **Allegato 2.2.3 Viabilità di emergenza** | • Scenari generali di evacuazione<br>• Viabilità per soccorso<br>• Flussi informativi<br>• Modalità operative<br>• Interruzioni, deviazioni, organizzazione di cancelli<br>• Atti amministrativi<br>• Organizzazione di trasporti ordinari ed eccezionali<br>• Punti critici viabilità, viabilità alternativa |
| **Allegato 2.2.4 Gestione amministrativa** | • Procedure emissione ordinanze<br>• Procedure amministrative di somma urgenza<br>• Contabilità in emergenza |
| **Allegato 2.2.5 Ripristino servizi essenziali** | • Priorità<br>• Procedure |

La documentazione puntuale e tempestiva sia dei fenomeni che dei danni subiti durante un evento sono necessari sia ai fini della valutazione in tempo reale della situazione e conseguentemente per prendere le decisioni più appropriate, sia per la valutazione "a freddo" degli eventi, al fine di raccogliere dati ai fini tecnico-scientifici, o per la verifica della validità del piano applicato, o per la definizione della portata economica dell'emergenza e una conseguente gestione piú rapida degli aspetti legati ai rimborsi per danni.
In un apposito allegato vanno anche codificate le procedure per il reperimento e la gestione delle risorse sia umane che materiali (personale e mezzi impiegati, stima del fabbisogno di risorse, modalità per la documentazione dell'impiego delle risorse ecc…).
Come già accennato precedentemente per una corretta applicazione delle procedure previste in questi allegati sarà necessario predisporre nella parte 5 del piano di tutta la modulistica necessaria.
Nella sezione relativa alla gestione della situazione è previsto inoltre un allegato che affronta la tematica della viabilità in emergenza. A seconda dello scenario cambieranno i punti dove effettuare deviazioni o blocchi del traffico, i posizionamenti di forze dell'ordine o altre organizzazioni di volontariato, od i percorsi da seguire, ma le procedure tecniche ed amministrative per gestire la viabilità in emergenza resteranno sempre le medesime.
Nell'allegato successivo vengono poi descritte le procedure per assicurare la correttezza dei vari procedimenti e provvedimenti amministrativi che il comune potrebbe dover adottare durante un'emergenza.
È fondamentale disporre di una linea guida per gestire anche gli aspetti economici legati alle spese per far fronte all'evento, come già detto soprattutto ai fini di eventuali successivi rimborsi.
La sezione si completa con un allegato che deve fornire le indicazioni per valutare se, quando e come provvedere al ripristino anche solo provvisorio dei servizi ed infrastrutture strategiche o essenziali, definendo priorità e criteri per pianificare al meglio le operazioni di ripristino (ad esempio garantire l'accessibilità via terra a una zona isolata dalla neve per consentire operazioni di ripristino di linee elettriche in caso di black out piuttosto che utilizzare gli sgombraneve per consentire il transito su una strada di collegamento).

## Sezione 2. 3. Salvaguardia

Anche la terza sezione di questa parte è da considerare fondamentale per una buona riuscita delle misure adottate nella gestione di emergenze di protezione civile.
Come già sottolineato più volte il compito prioritario del comune è quello di salvaguardare le persone, i beni pubblici e privati e le attività dalle conseguenze di eventi naturali o causati dall'uomo.
La sezione salvaguardia mette a disposizione vari strumenti per l'incolumità di persone, animali, beni, servizi.

| Allegato | Esempi |
|---|---|
| **Allegato 2.3.1 Salvaguardia della popolazione** | • Procedure di ricerca e salvataggio di persone<br>• Incidenti con un numero elevato di feriti (NEV)<br>• Procedure di evacuazione della popolazione<br>• Standard minimi di assistenza alla popolazione<br>• Gestione di disabili in emergenza<br>• Assistenza psicologica e spirituale |
| **Allegato 2.3.2 Salvaguardia di allevamenti e di animali domestici** | • Procedure<br>• Standard minimi<br>• Misure di sorveglianza veterinaria<br>• Ripristino |
| **Allegato 2.3.3 Salvaguardia di attività produttive** | • Procedure<br>• Standard minimi<br>• Misure preventive e misure immediate<br>• Ripristino |
| **Allegato 2.3.4 Salvaguardia beni culturali artistici e storici** | • Elenco opere e dei beni da salvaguardare<br>• Cartografia delle opere e dei beni da salvaguardare<br>• Schede dei beni da salvaguardare<br>• Procedure per la salvaguardia beni culturali artistici e storici<br>• Documentazione |
| **Allegato 2.3.5 Misure di igiene e salute pubblica** | • Estumulazioni<br>• Interruzioni di servizi o chiusure di attività<br>• Confisca preventiva<br>• Abbattimento capi di bestiame |

Ciascun allegato deve analizzare le criticità correlate con le operazioni da svolgere, deve definire gli standard minimi che dovrebbero essere garantiti per considerare l'azione come appropriata, deve definire una serie di indicatori utili per la valutazione degli standard raggiunti (ad esempio in caso di evacuazione ed assistenza della popolazione uno standard minimo potrebbe essere quello di assicurare a ciascuna persona evacuata un posto letto in un luogo riscaldato e 3 pasti caldi al giorno, e gli indicatori potrebbero essere collegati alle tempistiche per il ragguingimento dell'obiettivo precedente).
Grande importanza nell'assistenza alla popolazione va anche data agli aspetti legati alle persone diversamente abili, o agli aspetti di assistenza non solo tecnico-logistica ma anche psicologica e spirituale.
Andrà inoltre codificata la gestione di animali domestici e da allevamento, prevedendo la realizzazione di adeguati punti di raccolta in caso di evacuazione, misure di sorveglianza veterinaria, e foraggiamento.
La sezione si completa con unn allegato che affronta in maniera compiuta la salvaguardia di beni cultuurali artistici e storici presenti nel territorio comunale e potenzialmente a rischio.
In tale allegato vanno censiti tutti i beni, definite le procedure per la loro messa in sicurezza, ed identificati i soggetti idonei alle operazioni di salvataggio dei beni culturali o al loro ripristino in seguito a danni derivanti da eventi calamitosi.
L'ultimo allegato definisce le procedure per l'adozione di misure di igiene e salute pubblica: vengono definiti l'iter amministrativo per l'interruzione dell'erogazione di forniture varie, o la confisca di alimenti, o la chiusura di attivitá a rischio. Vengono inoltre definite le procedure per l'abbattimento di capi di bestiame o altre misure che il comune potrebbe dover adottare per assicurare la salute della popolazione. Anche in questo caso tale allegato farà riferimento ad apposita modulistica precompilata da prevedere nella parte 5.

### 2.3.3 Parte 3: Scenari

La terza parte del piano di protezione civile comunale rappresenta uno dei punti fondamentali di tutto il documento. Per ogni tipologia di evento dev'essere predisposto un allegato contenente informazioni generali sul fenomeno, un'analisi sintetica del rischio, una serie di cartografie e schede illustranti le possibili criticità conseguenti, il collegamento con altre tipologie di rischio (ad esempio una calamità naturale può comportare l'interruzione dell'erogazione di servizi essenziali). Andrà compiuta sia l'analisi generale che l'analisi dettagliata di fenomeni critici puntuali. Occorre inoltre tener presente che il comune potrebbe essere coinvolto anche da rischi che riguardano i comuni limitrofi ma le cui conseguenze si fanno sentire anche nel proprio territorio (ad es. la fuoriuscita di una nube tossica da un'industria chimica). La terza parte del piano di protezione civile comunale è denominata scenari in quanto viene fatta l'analisi dello scenario di evento, vengono definiti i vari scenari di emergenza derivanti dall'evento un base al rischio ed alla vulnerabilità, e viene definito anche il catalogo delle misure da adottare nel caso in cui si verifichi un evento, ovvero lo scenario di intervento. Un parametro importante nella definizione di uno scenario di evento è il tempo di accadimento previsto. Un evento improvviso non concederà alcun tempo di preavviso, ad esempio un terremoto, un deragliamento di un treno. Un evento atteso invece è tale per cui si sa per certo che accadrà ma non si sa quando, ad esempio una frana dopo abbondanti piogge. Un evento annunciato infine è un evento che non solo si può prevedere, ma si può anche sapere con buona approssimazione quando accadrà e la sua entità, grazie a determinati modelli previsionali, quali ad esempio le piene dei fiumi. È perciò fondamentale, dove disponibile, modulare gli scenari sulla base di soglie legate a sistemi di monitoraggio e previsionali. Scopo della definizione di uno scenario è quello di dare una risposta alla domanda "che cosa succederebbe se…?". Una volta definito l'inquadramento generale del territorio con le rispettive strutture ed elementi vulnerabili e data l'analisi di pericolosità per i vari eventi o fenomeni è possibile descrivere i vari scenari di evento, di emergenza e di intervento. L'insieme di questa attività si può riassumere con l'elenco seguente:

1. Analisi del fenomeno o dell'evento con riguardo a possibili indicatori o precursori di evento – scenari di evento
2. Classificazione della pericolosità derivante dai fenomeni o dagli eventi (intensità e frequenza)
3. Analisi degli elementi esposti al pericolo e della loro vulnerabilità (agglomerati urbani, insediamenti produttivi, impianti tecnologici, infrastrutture e vie di comunicazione, patrimonio ambientale culturale, sedi di servizi pubblici e privati, impianti sportivi e ricreativi, strutture ricettive ed infrastrutture primarie)
4. Definizione del quadro emergenziale correlato con i fenomeni o eventi – scenari di emergenza
5. Definizione di soglie quantitative o qualitative per la classificazione degli scenari di emergenza
6. Definizione dei soggetti coinvolti nella gestione dello scenario, dei flussi informativi, delle risorse da attivare e delle misure da adottare per fronteggiare la situazione – procedure di intervento e di allertamento
7. Valutazione delle correlazioni con altri scenari.

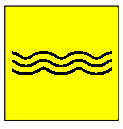
Per alcune tipologie di rischio o pericolo sono disponibili metodi codificati di analisi (ad esempio il rischio idrogeologico ed idraulico) per altri scenari esistono già piani realizzati da altri organi competenti (piani di emergenza esterna per industrie a rischio di incidente rilevante, piani di emergenza a valle delle grandi dighe) ai quali attenersi per la definizione degli scenari, per altre tipologie di rischio invece è necessario procedere autonomamente ad un'analisi completa dello scenario emergenziale. In ogni caso le informazioni necessarie per la definizione degli scenari sono reperibili presso le ripartizioni ed uffici compententi dell'Amministrazione provinciale.
Si tratta di sovrapporre le varie informazioni concernenti l'uso del territorio (PUC, Carta di uso del suolo, carta tecnica vettoriale, ecc...) con gli scenari di evento per individuare il tipo di impatto atteso. Si possono quindi raggruppare le diverse zone del territorio sulla base del grado di suscettibilità a subire danno. Per ogni scenario di intervento sarà necessario realizzare delle procedure quanto più semplici e "lineari" possibili, cercando di prevedere il più possibile, ma lasciando contemporaneamente un margine di flessibilità per "l'assoluto imprevedibile". La tecnica migliore di realizzazione e visualizzazione o consultazione delle procedure è senz'altro quella dei diagrammi di flusso o delle check list, che sono da preferire alla descrizione di procedure mediante testi "discorsivi". Ove possibile l'insieme delle criticità e delle misure da adottare andrà raffigurato su una o più cartografie (carte di intervento). Nella definizione di un diagramma di flusso per una procedura di emergenza sono da prendere in considerazione i seguenti punti:

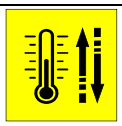
1. Definizione e sequenza delle azioni (chi fa che cosa e quando lo fa)
2. Definizione dei punti di collegamento informativo, di allertamento e procedurale con enti e soggetti esterni
3. Verifica della compatibilità della procedura con le normative e le procedure esterne
4. Verifica del funzionamento (applicabilità) della procedura, interazione con le altre procedure realizzate

Il flusso di azioni previsto nelle procedure deve essere sottoposto ad una verifica di tutti gli enti coinvolti o menzionati nella procedura stessa, al fine di valutarne la fattibilitá (possibilitá di attuare la procedura da parte di tutti gli enti coinvolti cosí come prevista in caso di emergenza).
La struttura seguente identifica ogni tipologia di rischio con un codice corrispondente al numero di sezione ed allegato (il rischio dighe corrisponde al codice 1.4). D'ora in poi questo codice identificherà univocamente lo scenario in questione in tutti i piani di emergenza elaborati in provincia, consentendo una maggiore integrazione.

## Sezione 3.1 Rischi naturali

In tale sezione vanno esaminati gli scenari correlati con eventi naturali ed i rischi da essi derivanti. Nella definizione degli scenari andrà preso in considerazione quanto previsto nei piani per le zone di pericolo se disponibili (DELIBERAZIONE DELLA GIUNTA PROVINCIALE 28 luglio 2008, n. 2741 Direttive per la redazione dei piani delle zone di pericolo secondo la legge urbanistica provinciale, legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13, articolo 22/bis), o comunque andrà adottato un metodo coerente con quanto previsto dalle relative direttive. Analogamente le risultanze di un'analisi realizzata ad hoc per la pianificazione di protezione civile comunale che siano migliorative rispetto all'analisi dei piani delle zone di pericolo devono essere da quest'ultime recepite in sede di aggiornamento. Non vanno tralasciate le possibili correlazioni con precursori di evento (piogge brevi ed intense o deboli e persistenti) in relazione alle caratteristiche del territorio in esame, nonché con il fenomeno del permafrost.
Dal punto di vista operativo tale scenario deve tra l'altro pianificare le misure di presidio del territorio, in particolare per i punti critici e la gestione preventiva ed in tempo reale della situazione, la salvaguardia di persone, animali, beni, attività produttive e servizi. Riguardo alla definizione delle misure da adottare nei differenti livelli d'emergenza e dei flussi informativi andrà tenuto conto del sistema di allertamento istituito con il centro funzionale provinciale per gli eventi meteo estremi e le correlazioni con i vari altri scenari del piano.

| Allegato | Esempi di contenuto |
|---|---|
| **Allegato 3.1.1 Terremoti** | La provincia di Bolzano non risulta essere soggetta ad un elevato rischio sismico. Tuttavia è necessario predisporre alcune misure di intervento qualora si verificassero eventi sismici, i cui effetti interessano il territorio comunale di competenza. Fermo restando che la probabilità di un evento altamente distruttivo a livello locale è scarsamente probabile, è opportuno organizzare una risposta efficace per l'informazione della popolazione, la verifica dei danni e l'assistenza della popolazione.<br>Nella valutazione dello scenario saranno da acquisire le informazioni relative alla pericolosità sismica e classificazione sismica del comune, andrà analizzata la vulnerabilità di strutture pubbliche e private rilevanti e strategiche e dei servizi essenziali ed andrà codificato al meglio il flusso di informazioni da assicurare per la definizione della situazione e la stima dei danni.<br>Per ulteriori approfondimenti si rimanda alla norma sulla classificazione sismica del territorio provinciale (Deliberazione della Giunta Provinciale 6 novembre 2006, n. 4047). |
| **Allegato 3.1.2 Fenomeni Idrogeologici** | Ai fini delle presenti direttive si considerano come fenomeni idrogeologici frane, cadute massi, smottamenti, colate detritiche, esondazioni dinamiche localizzate di bacini a regime torrentizio.<br>Sono esclusi da tale allegato ed esaminati a parte gli eventi alluvionali causati da esondazioni statiche di bacini maggiori, gli eventi correlati con le dighe, e le valanghe. Tale suddivisione è legata esclusivamente al fatto che questi fenomeni in realtà comportano differenti approcci nella gestione degli interventi, differenti soggetti coinvolti, e soprattutto prevedono competenze specifiche differenti (ad esempio nel caso del servizio di piena dell'Adige, o nel caso del rischio valanghe relativamente al ruolo delle apposite commissioni).<br>Nella definizione dello scenario si dovrà tenere conto, qualora disponibili, dei piani delle zone di pericolo e della cartografia del rischio specifico.<br>I fenomeni d'instabilità dei versanti devono essere analizzati anche in funzione della tipologia di frana che si può verificare, alla velocità che potrebbe sviluppare, al volume potenzialmente coinvolto, portando ad una classificazione delle frane per codificare una risposta modulare per i vari fenomeni. |
|  **Allegato 3.1.3 Alluvioni** | Lo scenario Alluvioni deve prendere in considerazione le inondazioni di tipo statico.<br>Un'alluvione statica è definita da una lenta e costante salita dello specchio d'acqua, che comporta inondazioni e spesso il deposito di materiali fini. Essa è caratteristica dei fondovalle poco pendenti.<br>La gestione delle piene dei bacini maggiori (esondazione statica dei bacini maggiori) è competenza provinciale che ha elaborato un piano per la gestione degli eventi di piena. Tali scenari sono molto legati ad un monitoraggio meteo- ed idrologico, al sistema di allerta per eventi meteo estremi, e ad un coordinamento di tutte le forze potenzialmente coinvolte su un'area che comprende più comuni.<br>I comuni appartenenti al piano di piena del fiume Adige ed Isarco dovranno elaborare e codificare in quest'allegato le misure di propria competenza in funzione di quanto previsto dal piano provinciale.<br>Altri comuni che sono percorsi da fiumi che possono dare luogo ad eventi alluvionali di tipo statico sono tenuti ad analizzare tale scenario. I fenomeni legati a bacini in regime torrentizio sono invece da trattare nel precedente allegato relativo ai fenomeni idrogeologici. |
| **Allegato 3.1.4 Dighe** | I bacini artificiali e gli sbarramenti di ritenuta sono suddivisi in "Grandi dighe" (altezza argine >15 m oppure volume invasato >1.000.000 m3), "Piccoli invasi" (altezza argine minore od uguale a 15 m e volume invasato tra 5.000 e 1.000.000 m3) e "Serbatoi" (volume invasato >2.000 m3 su versante).<br>Per la pianificazione d'emergenza relativa alle grandi dighe è competente la provincia. A livello comunale bisogna realizzare piano "discendente" dei piani d'emergenza dighe realizzati dalla provincia qualora il comune rientri tra quelli coinvolti negli scenari di una o più dighe.<br>Per le piccole dighe il comune deve predisporre gli scenari di evento relativi agli invasi reperendo la documentazione preferibilmente presso l'ufficio provinciale competente in materia di dighe o predisponendo lo studio autonomamente.<br>Particolare riguardo dovrà essere dato al raccordo tra i differenti sistemi di segnalazione ed allarme, definendo al meglio come la segnalazione di un evento riguardante una di tali strutture specifiche può efficacemente attivare il sistema comunale di protezione civile, e le attività d'assistenza ed informazione alla popolazione di cui il Sindaco rimane sempre e comunque responsabile a prescindere dall'autorità preposta alla gestione dell'emergenza. |

| | |
|---|---|
| **Allegato 3.1.5 Valanghe** | La base per l'analisi del rischio valanghe è il piano delle zone di pericolo e la documentazione reperibile presso gli uffici provinciali competenti. È importante nella definizione dello scenario tenere in considerazione le opere di protezione presenti, sia al fine di verificare l'effettiva pericolosità dei fenomeni che, in caso di evento, per la definizione delle misure da adottare per la verifica ed il ripristino di tutti gli elementi eventualmente danneggiati. Per il rischio valanghe si devono prevedere procedure per una rapida gestione della viabilità, per l'assistenza di aree sparse eventualmente isolate, per il ripristino provvisorio delle infrastrutture, per i rapporti con i comprensori sciistici. Nei comuni in cui è nominata una commissione valanghe è necessario pianificare in questo allegato tutte le misure correlate con il rischio valanghe, stabilendo i punti di contatto tra l'operato della commissione ed il ruolo del comune, in particolare a riguardo degli atti amministrativi correlati. In tal caso il piano di protezione civile comunale deve definire le azioni che il comune deve intraprendere in seguito a segnalazioni da parte della propria commissione valanghe, del settore valanghe della provincia, od in seguito ad eventi improvvisi. In tutti i casi lo scenario deve identificare gli elementi esposti al pericolo valanghe e, sempre attraverso una risposta modulare associata al pericolo di valanghe ed ai livelli di emergenza di protezione civile (vedasi il capitolo 2.3.2). |
| **Allegato 3. 1. 6 Nevicate abbondanti** | Tale scenario prende in esame tutte le problematiche correlate alle precipitazioni nevose, in particolare in area urbanizzata. Le criticità da prendere in esame e per le quali sono da pianificare delle contromisure sono legate prevalentemente alla viabilità ed alla mobilità in genere sia di veicoli che di pedoni, oltre alla sicurezza legata alla caduta di masse nevose ed al carico statico di strutture, infrastrutture, e vegetazione, e la possibile interruzione di servizi essenziali. In certe situazioni può essere necessario valutare le difficoltà legate all'erogazione o accessibilità ai servizi pubblici. Come tutti gli scenari già esposti anche in questo caso le procedure devono disporre di sufficienti punti di contatto con gli scenari correlati e prevedere la documentazione adeguata per tutti i provvedimenti del caso. Questo scenario è strettamente collegato al precedente, soprattutto in ambiente montano. |
|  **Allegato 3.1.7 Temperature Estreme** | Le temperature estreme sono un esempio di come un fenomeno naturale può avere molteplici ripercussioni contemporaneamente (eventi indiretti), rendendo la risposta del sistema di protezione civile estremamente complessa e difficoltosa. Le temperature elevate possono comportare ad esempio il rischio d'incendi boschivi, un rischio siccità, ma anche un rischio sanitario per le popolazioni più vulnerabili, un rischio inquinamento atmosferico e conseguente rischio sanitario, fino al rischio black out legato alla carenza di produzione di energia elettrica per mancanza di portata d'acqua nei fiumi ed aumentato consumo di corrente per il condizionamento dell'aria. Temperature estremamente basse possono d'altra parte creare problemi alla viabilità per la formazione di ghiaccio o avere ripercussioni sull'approvvigionamento di energia, di acqua potabile, o comportare problemi di accesso a servizi pubblici e privati. |
| **Allegato 3.1.8 Incendi Boschivi** | Ai sensi della L 353 del 21 novembre 2000 Legge quadro in materia di incendi boschivi e delle competenze delegate alla provincia, spetta alla provincia pianificare su scala provinciale la gestione del rischio incendi boschivi. Art. 26 LP 21 21 ottobre 1996 ordinamento forestale definisce che le operazioni di spegnimento sono stabilite e dirette di concerto tra il rappresentante dell'autorità forestale ed il comandante operativo dei vigili del fuoco competente per territorio.<br>Il sindaco in quanto autorità locale di pubblica sicurezza supporta il servizio forestale nelle operazioni e cura la salvaguardia della popolazione, di allevamenti, attività produttive, informazione ed altri atti amministrativi. Particolare attenzione da parte del comune deve inoltre essere posta nella definizione delle problematiche legate agli incendi boschivi che possono estendersi all'interfaccia con le aree urbanizzate. Va previsto un raccordo con le adempimenti amministrativi in materia di concessioni edilizie di cui art 10 comma 2 della L 353/2000 legate al post evento. La base per la pianificazione dello scenario incendi boschivi è la carta operativa antincendio boschivo relativo al proprio territorio di competenza che raffigura le aree coperte da vegetazione, le infrastrutture per la lotta antincendio, la viabilità e va integrata con la carta delle strutture strategiche e rilevanti ed altri elementi presenti.<br>Le informazioni sono reperibili presso la ripartizione competente in materia di foreste. |
| **Allegato 3.1.9 Vento** | Il vento forte può rappresentare un pericolo notevole sia per i danni diretti che può provocare a diversi elementi vulnerabili (tetti, oggetti presenti sulle facciate degli edifici, tensostrutture, ponteggi e gru, ecc…) con un pericolo per la sicurezza della collettività, sia per effetti indiretti legati allla possibile interruzione di erogazione della corrente elettrica o delle comunicazioni telefoniche a causa di linee interrotte per cadute rami, sia per i rischi legati alla guida di autoveicoli, fino ai disagi legati al trasporto a fune o all'aumentato pericolo di incendi boschivi in concomitanza con altri fattori.<br>Questo allegato deve prendere in considerazione le problematiche correlate con il fenomeno del vento forte prevedendo una risposta modulare, anche preventiva (in riferimento al sistema di allertamento per eventi meteo estremi attivo in provincia di Bolzano) che comprenda sia misure da adottare in via amministrativa (permessi per manifestazioni all'aperto con palchi, tendoni e ponteggi, divieti di sosta) sia misure di sorveglianza attiva di punti o strutture critiche, sia di intervento.<br>Come già accennato piú volte sono da definire chiaramente i flussi informativi da mantenere prima e durante un evento, sia tra le strutture locali che nei confronti della protezione civile provinciale. |
| **Allegato 3. 1. 10 Temporali** | I fenomeni temporaleschi rappresentano un tipo di rischio molto particolare a causa della rapidità e violenza con cui si presentano ed impattano sul territorio, e per il fatto che allo stato attuale non è possibile prevederli in modo assolutamente preciso, mentre si può solo ipotizzare, con un certo grado di affidabilità, la più o meno elevata probabilità di accadimento, in un dato periodo, in una certa area o seguirne in tempo reale l'evoluzione una volta manifestatisi.<br>Il piano di protezione civile deve definire le procedure e gli adempimenti amministrativi per il controllo delle aree a rischio ed alla sorveglianza dei punti critici sul territorio comunale (conoidi, conche, avvallamenti, pendii, torrenti e corsi d'acqua minori, guadi, ponti, zone soggette a frane e colate di detrito), in modo da consentire l'eventuale interdizione alla circolazione sulle strade interessate, l'allertamento della popolazione, e la verifica dell'eventuale coinvolgimento della stessa in situazioni di pericolo, in caso di manifestazioni pubbliche (concerti, sagre, manifestazioni sportive, o di altro genere) previste in luoghi aperti o in aree a rischio, o per le attività all'aperto di campeggiatori, gite scolastiche, campi scout e simili, in zone potenzialmente a rischio. |

## Sezione 3.2 Rischi Socio – Sanitari

Nella categoria dei rischi socio sanitari rientrano scenari di evento legati alla trasmissione e diffusione di patologie di varia natura tra persone ed animali. In questa sezione vanno inoltre analizzati e pianificati gli scenari correlati con eventi o manifestazioni che possono comportare l'ammassamento di un gran numero di persone e per le quali è necessario organizzare misure di assistenza sanitaria e considerare un fattore di rischio aggiuntivo.
Solitamente questi scenari necessitano di un'azione di coordinamento di tipo sovracomunale (ASL, Ufficio igiene e sanità pubblica). Ciò non toglie che il comune abbia il dovere di organizzarsi da un lato per identificare e adottare precocemente misure immediate contro situazioni potenzialmente pericolose, sia per informare i soggetti più idonei in maniera adeguata, in modo da rendere l'azione più incisiva e rapida. In tale sezione andranno identificate le criticità legate a ciascuno scenario di evento, con particolare riguardo all'identificazione di insediamenti, attività produttive, infrastrutture vulnerabili e manifestazioni che possono essere coinvolte in simili scenari.

| Allegato | Descrizione |
|---|---|
| **Allegato 3.2.1 Intossicazioni alimentari** | Si devono considerare le problematiche legate alla presenza di derrate alimentari (ed acqua potabile confezionata e da rete) corrotte sia in fase di preparazione, confezionamento, conservazione e distribuzione che a seguito di eventi calamitosi che ne possono aver compromesso la qualità (alluvioni, incendi, black out con ripercussioni sulla catena del freddo). Va considerata la possibilità che tali situazioni si verifichino durante manifestazioni a grande afflusso di pubblico per cui è necessario definire delle misure generali di intervento. Vanno pianificati gli atti amministrativi da adottare per prevenire la diffusione ed il consumo di alimenti non commestibili, le misure da adottare ed i corretti flussi informativi con le autorità competenti in merito al corretto svolgimento delle verifiche di responsabilità della contaminazione chimica, fisica o biologica accidentale o volontaria (infezioni veicolate da alimenti, tossinfezioni ed intossicazioni alimentari, zoonosi). Vanno poi pianificate misure di controllo alimentare, da adottare durante le emergenze, nei confronti di ditte ed organizzazioni, in merito alla qualità del catering fornito agli assistiti. |
| **Allegato 3.2.2 Epidemie – Pandemie** | Questo allegato affronta il problema correlato alla diffusione di patologie infettive tra le persone. In genere questo tipo di scenario coinvolge il comune in forma "discendente", ovvero è la provincia che attiva i comuni a seguito di situazioni di rischio. In ogni caso è difficilmente definibile una pericolosità di tali eventi, ma è di aiuto verificare la vulnerabilità o l'esposizione della popolazione, e definire una serie di misure generali da adottare per il corretto supporto delle autorità competenti, il corretto scambio di informazioni, e la sorveglianza sanitaria.<br>In questo allegato vanno anche definite le misure e le priorità da adottare per il controllo e la sorveglianza sanitaria nel caso in cui si abbiano presenti gruppi di persone non residenti portatori potenzialmente di patologie di varia natura a causa dello scenario internazionele che può portare masse di persone a flussi migratori (tale scenario è più probabile per i comuni che si trovano in zone di confine o sono in corrispondenza di nodi o vie di comunicazione principali) o a causa della presenza di flussi turistici in concomitanza con situazioni di pericolo sanitario. L'analisi sarà rivolta prevalentemente alla gestione e profilassi sanitaria delle persone coinvolte e al raccordo con le strutture competenti. |
| **Allegato 3.2.3 Emergenze veterinarie** | In questo allegato vanno identificate tutte le situazioni che potrebbero coinvolgere sia animali domestici che da allevamento. Per la definizione degli scenari vanno reperite informazioni epidemiologiche, individuate aree particolarmente a rischio, identificate possibili modalità di trasmissione all'uomo, reperite informazioni sugli allevamenti (compresa la dislocazione ed entità dei greggi transumanti e/o in alpeggio) ed aziende zootecniche presenti (classificate in base alle specie allevate, all'indirizzo produttivo ed alla consistenza del bestiame) identificate le principali patologie e zoonosi. Per la definizione delle misure operative è opportuno identificare impianti frigoriferi di grande capienza; macelli, canili ed altri ricoveri per animali. Vanno identificati e pianificati i rapporti con le strutture competenti e gli atti aministrativi da emanare a seconda dei casi. |
| **Allegato 3.2.4 Eventi a grande Afflusso di pubblico** | L'economia del territorio provinciale è basata in buona parte sul turismo. Ne deriva che sono innumerevoli le iniziative rivolte ai turisti, ma anche basate su antiche tradizioni, che comportano un forte richiamo di pubblico sia locale che esterno. Feste di paese, manifestazioni folkloristiche, e manifestazioni sportive devono essere gestite e pianificate in modo adeguato al fine di non sprecare risorse e di garantire una valida assistenza in caso di incidenti, ed un raccordo ottimale con i servizi d'emergenza presenti in provincia.<br>In questo allegato vanno recepiti o elaborati i piani di emergenza ed assistenza già predisposti per manifestazioni che si svolgono a carattere periodico nel proprio comune, sia di strutture luogo di manifestazioni e spettacoli a grande afflusso di pubblico. È necessario predisporre anche uno schema tipo di pianificazione per eventi pubblici particolari (grosse manifestazioni sportive, concerti, feste varie) con metodi di calcolo e punti chiave da poter adottare come traccia per l'organizzazione degli eventi. |

## Sezione 3.3 Rischi tecnologici

Nella categoria dei rischi tecnologici sono compresi quegli scenari frutto delle attività umane che, per la loro forma acuta di manifestazione e per gli effetti che possono coinvolgere la popolazione, causano un rischio per la salute delle persone, degli animali, e dell'ambiente. Analogamente vanno analizzati i rischi per insediamenti o strutture che a seguito di eventi naturali possono essere colpiti direttamente o essere indirettamente fonte di pericolo.

| | |
|---|---|
| <br>**Allegato 3.3.1 area urbana** | L'analisi sarà rivolta ad identificare quelle situazioni che, in seguito ad incendi, esplosioni, crolli, o altri eventi possono provocare ripercussioni rilevanti sulla popolazione residente in area urbana.<br>Vanno identificate, anche in via generale, le misure da adottare per l'assistenza alla popolazione, il supporto alle strutture operative, la ricerca ed il soccorso, l'informazione ed i rapporti con i mass media in caso di eventi quali crolli di edifici o di porzioni di edifici per motivi statici, incendi di vaste proporzioni in area urbana, esplosioni in seguito a fughe di gas. Si sottolinea che l'obiettivo di questo scenario è comunque di definire le misure da adottare in seguito a eventi acuti i area urbana residenziale, strutture ricettive ed altre strutture ad uso collettivo.<br>Qui andranno recepiti i piani di emergenza di strutture rilevanti presenti nel territorio (ospedali, palazzetti, teatri) per quanto attiene alle misure da adottare da parte del comune. |
| <br>**Allegato 3.3.2 Rischio ambientale** | Qualsiasi incidente connesso con le attività dell'uomo può dar luogo ad inquinamento ambientale e conseguentemente a ripercussioni sulla salute umana e animale. La presenza di discariche o altri depositi può essere sorgente di pericoli aggiuntivi in caso di incendio o altro incidente.<br>Anche gli eventi naturali possono essere fonte di danno ambientale dato che i fenomeni naturali (alluvioni, terremoti, colate detritiche) possono causare danneggiamenti alle reti di distribuzione o la dispersione di sostanze inquinanti nell'ambiente. In questo allegato vanno pianificate le misure da adottare in caso di eventi che comportano inquinamento atmosferico, delle acque superficiali e profonde, e dei terreni. Vanno prese in esame anche le problematiche dovute alla presenza di discariche, inceneritori, depuratori, depositi di altre sostanze pericolose ed i rischi ad essi correlati. |
| <br>**Allegato 3.3.3 Incidente chimico da trasporto** | In questo allegato vanno definite le misure da adottare in caso di incidenti da trasporto con rilascio di sostanze pericolose, sia sulla rete stradale che ferroviaria, qualora presente. Ferma restando la competenza delle forze di soccorso per quanto riguarda gli aspetti tecnico-tattici dell'intervento il comune deve definire le priorità e le misure generali da adottare per l'informazione e l'assistenza degli utenti e della popolazione. Pur non essendo possibile definire a priori il punto in cui può verificarsi un incidente chimico da trasporto è opportuno identificare le strutture che, se coinvolte in un simile scenario a causa della loro vicinanza a vie di comunicazione, possono rappresentare una criticità aggiuntiva nella gestione dell'emergenza (supermercati, scuole, altri luoghi pubblici) e quindi necessitano di misure di salvaguardia aggiuntive da adottare tempestivamente.<br>Tale scenario sarà collegato con il precedente (rischio ambientale) soprattutto in caso di sversamenti di sostanze pericolose ed il ripristino della normalità nel post-evento. |
| <br>**Allegato 3.3.4 Incidenti industriali** | La normativa di riferimento per il rischio industriale (Dlgs 334/99) prevede che per alcuni stabilimenti è necessario provvedere, oltre al rispetto di particolari disposizioni di sicurezza, anche alla predisposizione di una specifica pianificazione di emergenza esterna. In base alle normative vigenti è compito della provincia elaborare i piani di emergenza esterna per le industrie a rischio di incidente rilevante. A livello comunale sarà quindi necessario che le misure previste dal piano di emergenza esterna per tali industrie, dove presenti, siano recepite dal piano di protezione civile comunale, in particolar modo per gli aspetti riguardanti l'assistenza e l'informazione alla popolazione, e l'utilizzo delle strutture operative comunali. Particolare riguardo dovrà essere dato al raccordo tra i differenti sistemi di segnalazione ed allarme, definendo come attivare efficacemente il sistema comunale di protezione civile in caso di un evento riguardante una di tali strutture. Oltre alla pianificazione collegata alle industrie a rischio di incidente rilevante nel piano di protezione civile comunale vanno analizzati da parte del comune anche solo in via generale gli scenari incidentali legati ad altre attività produttive presenti nel territorio comunale. |
| <br>**Allegato 3.3.5 Emergenze radiologiche** | Le emergenze radiologiche che possono manifestarsi nel territorio comunale possono essere conseguenti a un incidente oltre frontiera con ricaduta radioattiva al suolo, un incidente durante il trasporto di sostanze radioattive, accidentale fusione in fonderie di sorgenti radioattive presenti in rottami, incendi in presidi ospedalieri con coinvolgimento dei reparti che impiegano sostanze radioattive. Tali eventi possono dar luogo a differenti scenari in relazione all'ampiezza del danno atteso, in termini di inquinamento ambientale e di rischio per la popolazione.<br>Vanno pianificate le misure da intraprendere per la salvaguardia della popolazione ed il ritorno alle condizioni di normalità, tra cui le disposizioni relative alla circolazione delle persone all'aperto, al consumo di alimenti, alle norme di igiene, alle misure di profilassi, al controllo degli accessi alle zone contaminate, alle misure di evacuazione preventiva o rifugio al chiuso.<br>Va pianificato il coordinamento e le modalità di supporto da parte del comune alle strutture competenti per quanto attiene alla gestione della situazione, vanno definite le varie misure d'informazione ed assistenza alla popolazione, al monitoraggio ed alla bonifica ambientale. Analoghe misure vanno adottate anche per gli animali, soprattutto in merito agli allevamenti. |

**Sezione 3.4 Mobilità**

In questa sezione andranno analizzati gli eventi possibili nel territorio comunale legati ad interruzioni, blocchi, o altri fenomeni che possono comportare una disfunzione o congestione nella rete dei trasporti causata da un incidente, un fenomeno naturale, o manifestazioni di altro tipo.
Sarà necessario identificare per ogni tipologia di trasporto le singolarità che potenzialmente possono portare a criticità di vario tipo (ad esempio per la rete stradale: gallerie, strettoie, curve di raggio particolare, limitazioni di portata e dimensioni, pendenze) ed altri punti notevoli, oltre alle misure da adottare per la definizione ed individuazione di una mobilità alternativa a quella compromessa, alle misure d'informazione ed assistenza agli utenti coinvolti ed al ripristino del servizio.
Non va dimenticata la correlazione tra eventi di altra natura (fenomeni idrogeologici, terremoti, black out) ed interruzioni della circolazione sulle reti dei trasporti, e quindi l'importanza di un'adeguata pianificazione e collegamento tra le varie procedure degli scenari del piano di protezione civile comunale.
Come sarà spiegato nel capitolo 3, qualora nel territorio comunale non siano presenti tipologie di trasporto riconducibili ad uno o più degli allegati seguenti, sarà da inserire solo la copertina dell'allegato con indicazione in prima pagina "allegato vuoto" al posto dell'elenco dei contenuti. L'allegato non viene rimosso, al fine di garantire una struttura univoca di tutti i piani di protezione civile comunali.

| Allegato | Descrizione |
|---|---|
| **Allegato 3.4.1 Rete stradale** | Vanno qui considerati tutti gli eventi che possono verificarsi sulla rete stradale (viabilità principale e viabilità secondaria) ed autostradale che attraversano il territorio comunale.<br>A seconda della competenza sul tratto stradale coinvolto cambierà l'approccio nella gestione dell'emergenza. In ogni caso va pianificato il coordinamento tra comune e forze dell'ordine per quanto attiene alla gestione della situazione, vanno definite le varie misure d'informazione ed assistenza agli utenti da attuarsi in concorso con le forze di soccorso e le strutture provinciali, o le modalità con cui il comune può supportare tali azioni se coordinate da altri organi competenti. Vanno identificate per ciascun elemento identificato come critico in caso d'incidente adeguate aree di emergenza e viabilità per il soccorso ed alternativa. Qualora le strutture siano dotate di un piano di emergenza specifico nel piano di protezione civile comunale andranno recepite ed approfondite le misure di competenza del comune. |
| **Allegato 3.4.2 Rete ferroviaria** | Se il comune non è attraversato da linee ferroviarie quest'allegato potrà rimanere vuoto, altrimenti nel piano di protezione civile comunale andrà pianificato l'insieme delle misure da adottare da parte del comune in caso di emergenze correlate con i trasporti su rotaia.<br>Vanno identificate, in caso d'incidente, adeguate aree di emergenza e la viabilità per il soccorso oltre ad una viabilità alternativa per non intralciare le operazioni di soccorso.<br>Qualora le reti presenti siano dotate di piani di emergenza specifici andranno recepite ed approfondite nel piano di protezione civile comunale le misure di propria competenza.<br>Si sottolinea tra l'altro la possibile correlazione tra questo scenario e lo scenario 3.3.3 incidente chimico da trasporto. Non va infine dimenticata la necessità di pianificare adeguate misure di assistenza ed informazione agli utenti ed alla popolazione in caso di incidente. |
| **Allegato 3.4.3 Trasporto a fune** | In questo allegato vanno definite in via generale le misure che il comune deve adottare in caso di malfunzionamenti o incidenti che coinvolgano gli impianti a fune o di risalita presenti sul proprio territorio, comprese cremagliere o funicolari. In alcuni casi gli impianti di risalita sono collegati o transitano sul territorio di comuni diversi: sarà quindi opportuno codificare al meglio i le azioni di coordinamento tra i comuni coinvolti.<br>Le disfunzioni alla rete dei trasporti a fune possono essere correlati con altri scenari (black out, vento forte, incendio di bosco) e quindi vanno previsti gli opportuni collegamenti tra le varie procedure contemplate in altre sezioni del piano di protezione civile comunale.<br>Vanno identificate, in caso d'incidente, adeguate aree di emergenza e la viabilità per il soccorso oltre alle varie misure d'informazione ed assistenza agli utenti da attuarsi in concorso con le forze di soccorso e le strutture provinciali, o le modalità con cui il comune può supportare tali azioni se coordinate da altri organi competenti. |
| **Allegato 3.4.4 Aeromobili** | Se nel comune non sono presenti aeroporti od aerosuperfici di vario genere questo allegato potrà restare vuoto o in alternativa potrà prevedere misure generali per la gestione di incidenti in volo ad aerei, elicotteri, alianti, parapendii, od altri velivoli, in particolare per quanto riguarda i rapporti con le strutture competenti e le forze di soccorso.<br>Nel caso siano presenti aree di decollo ed atterraggio per velivoli nel territorio comunale vanno identificate in caso d'incidente adeguate aree di emergenza e la viabilità per il soccorso oltre ad una viabilità alternativa per non intralciare le operazioni di soccorso<br>Qualora siano presenti piani di emergenza specifici andranno recepite ed approfondite nel piano di protezione civile comunale le misure di propria competenza, al fine di assicurare una azione quanto piú coordinata ed efficiente, in particolare per quanto attiene alle misure di assistenza ed informazione agli utenti ed alla popolazione. |

## Sezione 3.5 Servizi Essenziali

Questa sezione prende in esame gli scenari correlati con la riduzione, l'interruzione o le disfunzioni legate all'approvvigionamento di servizi essenziali. Tali disfunzioni possono essere causate sia da problemi delle reti di distribuzione, sia essere effetti indiretti di altri scenari di emergenza (alluvioni, frane, terremoti, black out). Andranno pianificate le misure ed i flussi di comunicazione necessari per una corretta definizione della situazione, l'assistenza agli utenti coinvolti ed un tempestivo ripristino. Nella definizione degli scenari vanno identificate le strutture vulnerabili e prioritarie in caso di malfunzionamento della rete dei servizi essenziali. Per ciascun tipo di servizio è inoltre fondamentale identificare e indicare nell'apposita sezione della parte risorse i soggetti con cui mantenere un flusso di comunicazione efficace per garantire un'ottimale gestione della situazione.

| Allegato | Descrizione |
|---|---|
| **Allegato 3.5.1 Energia elettrica** | La mancata distribuzione di energia elettrica può avere numerose ripercussioni e comportare vari rischi. Si possono ricordare ad esempio i problemi legati con la segnaletica e circolazione stradale, il blocco degli ascensori, ma anche il blocco di impianti vari e di sistemi di comunicazione, le pompe per la distribuzione di acqua o di carburante, il blocco di impianti di refrigerazione, ed in alcuni casi il riscaldamento domestico. Altri problemi possono essere legati alle persone che necessitano del funzionamento di apparati elettromedicali, o i sistemi di mungitura negli allevamenti. Vanno predisposte le misure per la definizione più rapida ed accurata possibile dell'estensione e caratteristiche del malfunzionamento. Vanno predisposti sistemi alternativi di comunicazione tra le strutture strategiche e la protezione civile provinciale. Utenze strategiche o sensibili devono essere assistite e ripristinate con priorità. Risulta fondamentale l'individuazione degli interventi necessari per l'eliminazione delle situazioni di pericolo, derivanti dai servizi stessi, in conseguenza dell'evento. Andranno infine promossi gli interventi finalizzati alla continuità, autosufficienza e tempestiva ripresa delle attività industriali e commerciali e di altri elementi sensibili; |
| **Allegato 3.5.2 Acqua potabile** | L'approvvigionamento di acqua potabile può essere influenzato da svariati fattori: siccità, problemi di integrità della rete di distribuzione, contaminazione con sostanze inquinanti o tossiche, mancanza di energia per la distribuzione. Per quanto riguarda il problema legato all'approvvigionamento di acqua potabile è possibile riferirsi al Decreto del Presidente della Provincia marzo 2006, n. 12 regolamento sul servizio idropotabile. Tra le misure prioritarie da adottare in caso di interruzione o scarsità nell'approvvigionamento di acqua potabile si ricorda: emettere ordinanze specifiche, invitare al risparmio d'acqua tramite i mass media, limitare i consumi d'acqua non essenziali, limitare il consumo nelle attività produttive, limitare il consumo presso utenti predeterminati, curare l'approvvigionamento di ospedali, case di cura, ed altre strutture sensibili, predisporre sistemi alternativi di approvvigionamento, disporre se necessario le adeguate misure di controllo igienico-sanitario, ed assicurare un costante scambio di informazioni con i gestori e la protezione civile provinciale. |
| **Allegato 3.5.3 Telecomunicazioni** | La telefonia fissa e mobile, il sistema fax ed altre forme di telecomunicazione sono essenziali per la vita di ogni giorno, ancor più durante una calamità. Malfunzionamenti alle reti di comunicazione possono essere fonte di pericoli aggiuntivi, ad esempio rendendo impossibile per un cittadino di effettuare una chiamata di emergenza, o ad un comune di notificare una situazione di pericolo. L'interruzione delle comunicazioni può derivare sia da un problema tecnico della rete, sia essere la conseguenza di altri eventi quali terremoti, nevicate abbondanti, alluvioni, black out. Il malfunzionamento delle telecomunicazioni risulta essere critico durante la gestione di un'emergenza: in tal caso è da pianificare anche un piano di comunicazione basato su sistemi ridondanti o autonomi per assicurare il coordinamento dell'emergenza in ogni condizione. In questo allegato vanno definite le misure da adottare per una corretta definizione della situazione, e le misure da adottare per il superamento dell'emergenza. |
| **Allegato 3.5.4 Combustibili e Riscaldamento** | I combustibili vengono forniti sia attraverso reti di distribuzione che attraverso la rete dei trasporti. I combustibili solidi liquidi e gassosi sono necessari per il riscaldamento domestico, le attività produttive, la produzione di energia e l'autotrazione. La disfunzione della distribuzione di combustibili di varia natura può essere causata da problemi alla rete derivanti da scarsa disponibilità (crisi energetiche), problemi tecnici, danni derivanti da eventi naturali, indisponibilità a causa di scioperi o altre forme di agitazione, o più semplicemente per la difficile accessibilità da parte dei mezzi di trasporto a causa di condizioni proibitive o blocchi della circolazione. Nel piano di protezione civile comunale vanno identificati gli scenari collegati con tali situazioni, identificate le strutture più vulnerabili o che necessitano di una fornitura prioritaria e definite le misure necessarie. In questo allegato va pianificato anche lo scenario relativo agli impianti di teleriscaldamento qualora nel comune sia presente questa tipologia di servizio essenziale. |
| **Allegato 3.5.5 Smaltimento rifiuti** | In questo allegato vanno definite in via del tutto generale le problematiche correlate con la gestione dei rifiuti identificando le criticità che possono derivare da un disservizio nel sistema di smaltimento rifiuti. L'accumulo di rifiuti anche temporaneo può essere dovuto a cause diverse, non necessariamente imputabili al comune: anche un evento naturale può ad esempio compromettere la capacità di raccolta e smaltimento dei rifiuti, o la creazione di ricoveri di emergenza può richiedere la predisposizione di un servizio aggiuntivo. Vanno definiti i flussi informativi con la comunità comprensoriale, con i comuni limitrofi al fine di predisporre una risposta efficace ed un ripristino del servizio tempestivo. Vanno presi in esame gli aspetti igienico-sanitari legati alla gestione dei rifiuti. In questo allegato va analogamente analizzato lo scenario legato a problemi nello smaltimento e depurazione delle acque e dell'impianto fognario. |

## 2.3.4 Parte 4: Risorse

E' importante organizzare al meglio tutte le risorse di protezione civile disponibili, in modo che in condizioni di emergenza e soccorso possano essere reperite e sfruttate efficacemente.
Esistono diversi tipi di risorse, tecniche, umane, organizzative, che possono essere raggruppate in più categorie. In questa parte del piano vanno raccolti in appropriate schede e rappresentati su cartografie di insieme, i dati relativi a tutte le risorse potenzialmente necessarie a far fronte a tutti gli scenari.
In allegato alle presenti direttive sono inoltre forniti i modelli da adottare per la realizzazione delle varie schede risorse. Dove indicato i dati delle schede saranno resi disponibili direttamente dalla provincia (ad esempio per le schede relative ai recapiti delle strutture provinciali).
Va sottolineato che questa parte di fatto rappresenta l'unico elenco dei recapiti del piano di protezione civile, una sorta di elenco telefonico a cui tutto il resto del piano si riferisce nelle varie procedure previste. In tal senso questa parte dovrà essere quanto più completa ma anche sintetica e formata solo dai dati effettivamente necessari, anche in considerazione delle successive operazioni di aggiornamento dei dati.

### Sezione 4.1 Il Sistema di comando

In questa prima sezione vanno raccolte tutte le informazioni relative ai centri operativi comunale e sovra comunali, oltre ad altri dati utili relativi ai comuni limitrofi ed all'amministrazione comunale e provinciale.
Per ogni centro operativo comunale sarà da definire la sua localizzazione e la composizione con i relativi recapiti dei membri e di tutto il personale eventualmente da attivare per garantirne il buon funzionamento. Per il centro operativo comunale è opportuno identificare sia la sede primaria che un'eventuale sede alternativa. Nella scelta delle sedi dei COC sia principale che alternativa dovrà essere tenuto conto sia della vulnerabilità alle varie tipologie di pericoli che la loro accessibilità in caso di emergenza o di eventi calamitosi. Il posizionamento di sede del COC principale e secondaria in luoghi distanti tra loro e soprattutto in aree sottoposte eventualmente a rischi diversi tra loro aumenta le probabilità di disporre in ogni caso di un luogo predefinito in cui gestire un'emergenza che si verifichi sul territorio comunale. Altre commissioni tra cui quella valanghe, quando costituita nel comune, saranno da elencare in una scheda a parte all'interno di questo primo allegato. In un apposito allegato saranno poi elencati anche i recapiti utili degli uffici comunali coinvolti a vario titolo nelle attività di protezione civile.

| Allegato | Esempio Contenuti |
|---|---|
| **Allegato 4.1.1**<br>**Protezione civile comunale** | • Cartografia con raffigurazione dei centri operativi comunali e relativi accessi<br>• Schede Centro Operativo Comunale: sede, sede alternativa, recapiti membri e staff<br>• Altre commissioni (commissione Valanghe) |
| **Allegato 4.1.2***<br>**Protezione civile provinciale** | • Centrali di emergenza, Centro Funzionale Provinciale, Servizio meteo<br>• Centro Operativo Distrettuale COD<br>• Centro Operativo Provinciale COP<br>• Commissariato del Governo |
| **Allegato 4.1.3**<br>**Amministrazione comunale** | • Uffici e servizi comunali<br>• Consiglio comunale, Giunta comunale |
| **Allegato 4.1.4***<br>**Amministrazione provinciale** | • Elenco recapiti utili di servizi o strutture dell'amministrazione provinciale (Rip. 30, Rip. 32, Rip. 23, Rip. 12, Rip. 11, Rip. 12, ecc...) |
| **Allegato 4.1.5**<br>**Comuni limitrofi** | • Informazioni sintetiche sui recapiti del sindaco, dell'amministrazione comunale e delle strutture operative presenti nei comuni confinanti |
| **Allegato 4.1.6***<br>**Mass Media** | • Elenco e recapiti mass media (Denominazione, Tipologia (TV, Radio, Stampa, Agenzia di stampa) Recapiti (telefono, fax, e-mail, hompage) |

(*) Dati messi a disposizione dall'Ufficio Protezione Civile della Provincia Autonoma di Bolzano

La prima sezione relativa alle risorse presenta altri allegati in cui vengono raccolti in modo sintetico anche i recapiti del sistema provinciale di protezione civile tra cui quelli delle centrali di emergenza e degli uffici provinciali potenzialmente utili in caso di attività di protezione civile.
La sezione si completa con una scheda che raccoglie i recapiti dei mass media in modo da poterli contattare agevolmente in caso di comunicati stampa, organizzazione di conferenze stampa o altre comunicazioni.
Essendo questa sezione fondamentale nell'applicazione della catena di allertamento in caso di eventi di protezione civile si sottolinea l'importanza di una sua scrupolosa e periodica verifica ed aggiornamento.

### Sezione 4.2 Strutture operative

In questa sezione vengono organizzate le informazioni relative alle risorse umane e materiali disponibili nel comune per far fronte sul piano operativo ad emergenze di protezione civile.
Sono raccolti i dati relativi alle varie organizzazioni di soccorso, alle forze dell'ordine, ai servizi tecnici comunali, o servizi tecnici provinciali che dispongono di unità operative nel territorio comunale.
Per ogni tipologia di struttura operativa (forze dell'ordine, organizzazioni di soccorso sanitario, soccorsi alpini, vigili del fuoco), è possibile identificare diverse organizzazioni od enti: le schede predisposte in queste direttive consentono di raccogliere in modo sintetico tali dati ed organizzarlo.

| Allegato | Esempio Contenuti |
|---|---|
| **Allegato 4.2.1**<br>**Organizzazioni di volontariato** | • Denominazione organizzazione, dati e recapiti sede organizzazione<br>• Recapiti referenti<br>• Mezzi, attrezzature, altre risorse disponibili e prestazioni effettuabili |
| **Allegato 4.2.2**<br>**Forze dell'ordine - Forze armate** | • Denominazione organizzazione, dati e recapiti sede organizzazione<br>• Recapiti referenti<br>• Mezzi, attrezzature, altre risorse disponibili e prestazioni effettuabili |
| **Allegato 4.2.3**<br>**Servizi comunali** | • Uffici e servizi comunali utili per attività di protezione civile<br>• Recapiti persone di riferimento |
| **Allegato 4.2.4**<br>**Strutture dell'amministrazione provinciale (nel comune)** | • Servizio strade, stazioni forestali, bacini montani, ecc…<br>• Recapiti ufficio, dati dei referenti |
| **Allegato 4.2.5***<br>**Servizio protezione calamità** | • Unità specializzate del servizio protezione calamità provinciale |

(*) Dati messi a disposizione dall'Ufficio Protezione Civile della Provincia Autonoma di Bolzano

Le schede relative alle strutture operative devono contenere informazioni sulla sua denominazione, sulla sede o sulle sedi presenti sul territorio comunale, oltre ai recapiti di uno o due referenti della struttura operativa rintracciabili in caso di necessità.
Le schede si completano con l'indicazione sintetica dei potenziali operativi (qualitativi o quantitativi) delle singole strutture operative, oltre alla raccolta d'informazioni utili relative alle disponibilità di dotazioni speciali.

### Sezione 4.3 Strutture ed aree di emergenza

Le strutture di emergenza sono luoghi individuati sul territorio in cui sono svolte le attività di soccorso durante un'emergenza. In particolare si possono distinguere quattro tipologie di strutture:

1. **aree o punti di raccolta:** si tratta di aree o strutture di prima accoglienza situate in luogo sicuro ove la popolazione riceverà le prime informazioni sull'evento e i primi generi di conforto. Sono i luoghi in cui la popolazione si reca in occasione di evacuazioni preventive o successive al verificarsi di un evento.

2. **aree di ammassamento per i soccorsi** (personale, materiali-depositi di emergenza, e mezzi): Si tratta di aree individuate per fronteggiare le situazioni di emergenza. Esse rappresentano il primo orientamento e contatto dei soccorritori eventualmente provenienti anche da fuori del comune. Tali aree debbono essere predisposte in luoghi facilmente raggiungibili anche con mezzi di grandi dimensioni.

3. **aree o strutture di accoglienza e di ricovero**: Sono aree o strutture in cui viene sistemata la popolazione costretta ad abbandonare la propria casa, per periodi più o meno lunghi (da pochi giorni, a mesi). Tali aree o strutture possono essere identificate per l'installazione di strutture di ricovero a breve termine (tende) o il medio lungo termine (container, strutture prefabbricate). Una grande risorsa disponibile sono inoltre strutture ricettive turistiche o palazzetti, scuole e altri edifici in cui è possibile realizzare posti letto e servizi per l'assistenza alla popolazione evacuata.

4. **elisuperfici di emergenza:** La provincia di Bolzano presenta un'orografia complessa. Rischi di varia natura possono comportare l'interruzione di vie di comunicazione. Risulta utile disporre del quadro delle aree che, per caratteristiche morfologiche e strutturali si prestano all'atterraggio e decollo di elicotteri in condizioni di sicurezza.

Si tratta evidentemente di una rete di risorse essenziale per fronteggiare le varie situazioni di emergenza.
Le aree di emergenza devono essere individuate in zone il più possibile al riparo da qualsiasi tipo di pericolo, eventualmente, in mancanza di alternative, anche all'esterno del territorio comunale; in tal caso è da pianificare e concordare al meglio l'impiego di tali risorse attraverso le amministrazioni competenti.
Le schede di raccolta dei dati relativi alle aree di emergenza tengono inoltre in considerazione l'utilizzabilità o meno per determinati scenari o pericoli: una struttura potrebbe ad esempio essere considerata disponibile in caso di incendio boschivo e viceversa vulnerabile e quindi inutilizzabile in caso di rischio idrogeologico.
Una apposita simbologia raffigura l'utilizzabilità e la vulnerabilità delle strutture: giallo devono essere raffigurate le vulnerabilità ai pericoli, ed in verde le funzioni utilizzabili. L'individuazione di tali aree e strutture è quindi anche correlata con la pianificazione delle zone di pericolo.

| Allegato | Esempio Contenuti |
|---|---|
| **Allegato 4.3.1**<br>**Aree di raccolta** | • Cartografia di insieme e pericoli insistenti sulle aree di raccolta<br>• Schema di evacuazione che preveda la suddivisione dell'ambito comunale in differenti zone, ognuna con una propria area di attesa, e relativo tragitto che deve essere percorso<br>• Schede singole aree di raccolta |
| **Allegato 4.3.2**<br>**Aree di ammassamento soccorsi** | • Cartografia di insieme e pericoli insistenti sulle aree di ammassamento<br>• Punti critici viabilità di accesso alle aree di ammassamento<br>• Schede singole aree di ammassamento |
| **Allegato 4.3.3**<br>**Aree e strutture per ricovero** | • Cartografia di insieme<br>• Schede singole aree di raccolta |
| **Allegato 4.3.4**<br>**Elisuperfici occasionali** | • Cartografia di insieme indicante la localizzazione delle elisuperfici e dei relativi ostacoli al volo di avvicinamento<br>• Schede singole elisuperfici (occasionali e non) indicanti localizzazione geografica, coordinate GPS, altitudine, proprietario, accesso via terra |

Le aree di raccolta devono essere indicate e conosciute alla popolazione, anche mediante esercitazioni e campagne informative ed in casi particolari, se ritenuto necessario, mediante un'apposita segnaletica stradale. Per quanto riguarda la tipologia, si potranno prendere in considerazione piazze, parcheggi, cortili e spazi pubblici e privati idonei oppure preferibilmente strutture coperte quali edifici idonei adeguatamente attrezzati e con parcheggi sufficienti (palestre, sale riunioni, centri culturali). Devono essere analogamente identificate aree adeguate anche per la raccolta di bestiame o altri animali anche domestici.
Si possono poi distinguere tre tipologie di aree o strutture di ricovero: strutture di accoglienza (strutture ricettive già attrezzate quali hotel, alberghi, affittacamere; strutture pubbliche o private allestibili per ricovero quali palazzetti, magazzini, capannoni, centri polifunzionali), aree per l'installazione di tendopoli, ed aree per insediamenti abitativi di emergenza (container e strutture prefabbricate).
Dovrà essere pianificato l'approvvigionamento dei materiali necessari all'allestimento dei centri di accoglienza, indicando le strutture operative, comunali o extra-comunali, responsabili della fornitura, dell'allestimento dei centri e della gestione degli stessi e tutte le eventuali operazioni necessarie all'urbanizzazione temporanea delle aree individuate, considerando la possibilità di allacciare le reti idrica, elettrica e fognaria (vedasi a tal proposito la sezione del piano 2.3.1 "salvaguardia"). In caso di permanenza prolungata al di fuori delle proprie abitazioni sarà necessario prevedere delle soluzioni alternative, quali l'affitto o l'assegnazione di altre abitazioni, oppure la costruzione di insediamenti di emergenza.
Nel caso si scelgano come aree per ricovero di emergenza aree esistenti adibite normalmente ad altri scopi, i campi sportivi sono solitamente luoghi privilegiati, poiché caratterizzati da dimensioni sufficienti e standardizzate, opere di drenaggio, collegamenti con le reti idrica, elettrica e fognaria, e vie di accesso.
Naturalmente il requisito fondamentale per ogni area o struttura di emergenza dovrà essere la localizzazione in zone possibilmente sicure dal crollo di infrastrutture (tralicci, ciminiere, antenne, gru, cornicioni, comignoli); o lontane da elettrodotti, gasdotti, oleodotti, acquedotti, condotte forzate, bacini idroelettrici e dighe, industrie a rischio, magazzini o depositi con merci pericolose. Andranno considerate anche le caratteristiche geologiche dell'area circostante (presenza di frane, zone di esondazione, rilievi potenzialmente pericolosi, versanti instabili) e del terreno scelto (recente aratura, bonifica di discariche di ogni tipo), oltre all'esposizione agli agenti meteorici (zone infossate, creste ventose).
Le norme aeronautiche considerano infine "elisuperficie occasionale qualunque area di dimensioni idonee a permettere, a giudizio del pilota, operazioni occasionali di atterraggio e decollo". Il piano di protezione civile comunale deve prevedere un quadro delle superfici che in caso di emergenza possono essere proposte ai piloti di aeromobili quali aree utilizzabili come elisuperfici. Andranno indicate sia le elisuperfici omologate che quelle apunto occasionali non ufficialmente riconosciute dalle autorità aeronautiche ma ritenute idonee per le loro caratteristiche (Dimensione: un quadrato di almeno 25 m di lato, o un cerchio di 25 m di diametro; superficie pianeggiante (pendenza max 5%) in materiale compatto e libero da detriti; assenza di ostacoli al volo nello spazio aereo compreso tra un piano con pendenza dai 10°÷15° fino ai 45°).

**Sezione 4.4 Servizi**

In questa sezione vengono tabellate e raffigurate su carta le risorse che possono essere disponibili per lo svolgimento e la fornitura di servizi di varia natura o i recapiti dei fornitori di servizi essenziali.
E' preferibile, se possibile, elencare le ditte e le strutture in grado di erogare un servizio completo ed autonomo, come il trasporto mediante pullman, lavori di scavo e trasporto inerti, la fornitura di pasti caldi per un certo numero di persone, realizzazione di un impianto di potabilizzazione, o attività commerciali.

| Allegato | Esempi |
|---|---|
| **Allegato 4.5.1 Servizi essenziali** | • Gestori elettrici<br>• Gestori di telefonia<br>• Gestori distribuzione Gas<br>• Distributori di combustibile per riscaldamento<br>• Depositi e ditte carburante per riscaldamento<br>• Distributori carburante per autotrazione<br>• Depuratore<br>• Ditte asporto rifiuti, Pozzi neri<br>• Deposito rifiuti<br>• Inceneritore |
| **Allegato 4.5.2 Strutture ricettive** | • Alberghi/hotel<br>• Affittacamere/agriturismo<br>• Campeggi<br>• Ostelli/collegi |
| **Allegato 4.5.3 Ditte di trasporto e edilizia** | • Trasporto bestiame<br>• Trasporto inerti<br>• Trasporto merci<br>• Trasporto e lavori mediante elicottero<br>• Materiali da costruzione<br>• Lavori Cave e Cantieri |
| **Allegato 4.5.4 Trasporto pubblico** | • Aeroporto<br>• Ditte trasporto persone (private e pubbliche)<br>• Stazioni ferroviarie<br>• Impianti di risalita<br>• Parcheggi pubblici |
| **Allegato 4.5.5 Sanità** | • Ospedali<br>• Cliniche<br>• Farmacie<br>• Medici<br>• Ambulatori medici<br>• Veterinari<br>• Ambulatori veterinari<br>• Strutture sanitarie extracomunali |
| **Allegato 4.5.6 Attività commerciali** | • Negozi di alimentari<br>• Macellerie<br>• Panifici<br>• Supermercati - Ipermercati - Centri commerciali |
| **Allegato 4. 5.7 Culto e religione** | • Parrocchie<br>• Pompe funebri<br>• Costruttori di bare |
| **Allegato 4.5.10 Tecnici e Professionisti** | • Studi tecnici<br>• Ditte artigianali |

Per ogni allegato di questa sezione andranno tabellati come in una sorta di elenco telefonico semplificato ed in maniera sintetica i vari servizi indicando la tipologia, la denominazione, ed i recapiti sia amministrativi che eventualmente di un servizio di reperibilità, oltre alla tipologia di servizi erogati.
Tale allegato deve servire durante la gestione di un'emergenza per avere rapidamente a disposizione tutti quei recapiti utili a reperire risorse non direttamente in gestione all'amministrazione pubblica o a strutture operative ma che comunque potrebbero essere reperite per far fronte efficacemente alla situazione.
Per non rendere eccessivamente difficoltosa l'opera di aggiornamento di questa sezione del piano si sottolinea che tutti i contatti qui elencati dovranno essere solo quelli necessari, in tal senso è fondamentale in sede di elaborazione del piano effettuare un'attenta selezione dei contatti da includere effettivamente.

## 2.3.5 Parte 5: Modulistica di intervento

Per la gestione efficace di un'emergenza è utile disporre di un'appropriata modulistica, almeno in parte precompilata, composta da schede, modelli di documenti, e check list per la gestione delle comunicazioni e per gli atti amministrativi a cui è tenuto il comune in caso di emergenza. La parte 5 è suddivisa in 3 sezioni in cui sono raccolti rispettivamente:

**Sezione 5.1 Modulistica per la gestione dell'emergenza e del centro operativo comunale**
**Sezione 5.2 Modelli di ordinanze ed atti amministrativi**
**Sezione 5.3 Modulistica per la gestione delle informazioni e Mass Media**

Per ciscun tipo di modello precompilato è consigliabile inserire anche il medesimo modello "in bianco".
Ciascun comune potrà realizzare la modulistica che ritiene opportuna e che comunque ha identificato come utili nelle altre parti del piano, ma in ogni caso dovrà attenersi ai requisiti minimi formali indicati nel presente documento. Di seguito sono elencati la struttura degli allegati che compongono le singole sezioni e che quindi organizzano le varie tipologie di modulistica, oltre a un set minimo indicativo di documenti che dovrebbero essere predisposti. Dove indicato la Provincia mette a disposizione appositi modelli al fine di realizzare modulistiche e modelli per le comunicazioni per quanto possibile standard su scala provinciale.

### Sezione 5.1 Modulistica per la gestione dell'emergenza e del centro operativo comunale

Per la gestione di un'emergenza e per un efficace scambio di informazioni tra le stutture coinvolte è necessario che la raccolta dati e la trasmissione degli stessi avvenga mediante strumenti omogenei tra loro. La provincia mette a disposizione un set di moduli standard minimo: i comuni possono provvedere a realizzare ulteriore modulistica o check list rispettando l'impostazione di base fornita dai moduli realizzati dalla provincia, ed organizzando gli stessi secondo la struttura del piano. In questa sezione va raccolta la modulistica per la gestione delle risorse umane e materiali, oltre alla modulistica per la gestione delle sedute del Centro Operativo Comunale. Sono utili inoltre modelli per la raccolta ed organizzazione d'informazioni provenienti dal territorio, oltre a schede di raccolta dati e check list da usare sul campo per la definizione della situazione e per la gestione delle aree di emergenza. A completamento della sezione sono da prevedere i modelli per la gestione di tutte le comunicazioni di protezione civile da e per il comune.

| Allegato | Esempi di modulistica |
|---|---|
| **Allegato 5.1.1**<br>**Gestione Risorse** | • Scheda disponibilità personale, materiali e mezzi<br>• Sintesi di personale, materiale e mezzi impiegati<br>• Assegnazione risorse, Verbale consegna e ritiro materiale<br>• Lista presenze del COC e verbale di seduta del COC<br>• Attestazione di presenza |
| **Allegato 5.1.2**<br>**Quadro della situazione** | • Diario evento,<br>• Situazione della popolazione (danni a edifici privati, persone da assistere, evacuate, ferite, morte, disperse),<br>• Sintesi situazione della viabilità (strade interrotte/chiuse, deviazioni, limitazioni, sensi unici/sensi unici alternati),<br>• Funzionalità di: edifici strategici e rilevanti, attività produttive, commerciali, agricoltura, allevamenti.<br>• Funzionalità Servizi essenziali (telecomunicazioni, acqua potabile, rete elettrica, rete fognaria,<br>• Danno al patrimonio artistico culturale e storico<br>• Quadro generale e stima economica dei danni<br>• Meteo, registrazione piene, precipitazioni<br>• Danno ambientale |
| **Allegato 5.1.3**<br>**Provvedimenti** | • Attività da svolgere/Priorità/Assegnazione Attività<br>• Lista delle persone di riferimento<br>• Schede per il censimento danni, difesa degli argini<br>• Assistenza alla popolazione (gestione aree di raccolta o di ricovero per la popolazione)<br>• Allevamenti (gestione aree raccolta animali da allevamento, gestione carcasse di animali)<br>• Assistenza alle forze di soccorso, gestione aree ammassamento soccorsi<br>• Segnaletica |
| **Allegato 5.1.4**<br>**Comunicazioni** | • Notiziario (blocco note) per messaggi ed ordini<br>• Modulo gestione messaggi (protocollo)<br>• Comunicazioni livello di emergenza ed eventi in corso, comunicazione riepilogo giornaliero<br>• Richiesta attivazione COD<br>• Richiesta dichiarazione e revoca stato di emergenza<br>• Richiesta disponibilitá attrezzature e mezzi<br>• Comunicazione disponibilità attrezzature e mezzi<br>• Trasmissione di atti amministrativi (pagina accompagnatoria)<br>• Segnalazione di guasti o disfunzioni a servizi |

### Sezione 5.2 modelli di ordinanze ed atti amministrativi

In questa sezione sono raccolti i modelli per la redazione dei vari atti amministrativi che un comune può trovarsi a dover realizzare prima o durante un'emergenza. Disporre già di ordinanze precompilate, con i riferimenti normativi corretti e complete di tutti gli elementi essenziali, agevola notevolmente il successivo lavoro del comune che può quindi concentrarsi sulla gestione della situazione. Durante le attività di protezione civile risulta inoltre essere utile disporre di modelli per l'assegnazione di lavori o l'incarico a ditte per la fornitura di beni e servizi, oltre a moduli per buoni di acquisto o altri aspetti amministrativi della gestione di un'emergenza. Le ordinanze e gli atti amministrativi vanno organizzati in questa sezione secondo lo schema seguente:

| Allegato | Esempi |
|---|---|
| **Allegato 5.2.1**<br>**Gestione persone ed animali** | • Trasferimento forzoso<br>• Evacuazioni e sgomberi<br>• Interruzione attività (scuole, attività produttive, pubblici spettacoli) |
| **Allegato 5.2.2**<br>**Viabilità** | • Chiusura strada<br>• Deviazione traffico<br>• Autorizzazione alla circolazione in deroga |
| **Allegato 5.2.3**<br>**Igiene e sanità** | • Chiusura attività per motivi di igiene<br>• Trattamenti ed accertamenti sanitari obbligatori<br>• Quarantena<br>• Sospensione vendita e/o produzione alimenti<br>• Confisca alimenti<br>• Divieto balneazione<br>• Gestione rifiuti<br>• Sgombero cimitero<br>• Abbattimento e distruzione capi bestiame |
| **Allegato 5.2.4**<br>**Beni mobili ed immobili** | • Requisizione di immobili<br>• Occupazione temporanea<br>• Sgombero aree o fabbricati<br>• Demolizione<br>• Inagibilità<br>• Requisizione mezzi e materiali |
| **Allegato 5.2.5**<br>**Forniture di beni e servizi** | • Modello di contratto di locazione provvisorio<br>• Modello lettera di Incarico a ditte per fornitura beni e servizi<br>• Buoni d'acquisto precompilati per la fornitura di beni e servizi |

### Sezione 5.3 Informazione e Mass Media

In questa sezione sono raccolti i testi utili e la modulistica per gestire efficacemente una campagna informativa sia attraverso i mass media che mediante sistema di informazione della popolazione attivo in provincia di Bolzano. Negli ultimi 2 allegati della sezione 5.3 vengono inoltre raccolte schede di riepilogo con informazioni utili sugli eventi calamitosi (scala Mercalli, scala del vento di Beaufort, ecc…) oltre a brevi indicazioni sulle norme di comportamento da adottare da parte dei cittadini, utili in caso di interviste o comunicati stampa, e una lista di indirizzi internet o altri recapiti utili ove reperire informazioni di carattere generale per informarsi in merito ad un determinato scenario di evento.

| Allegato | Descrizione ed esempi di modulistica |
|---|---|
| **Allegato 5.3.1**<br>**Sistema di informazione della popolazione** | • Testi base SIP provinciali<br>• Modelli di messaggi SIP per scenari di evento comunali<br>• Modulo conferma richiesta attivazione SAP - SIP<br>• Frequenze emittenti SIP locali<br>• Check list procedura allertamento ed informazione della popolazione |
| **Allegato 5.3.2**<br>**Comunicati stampa** | • Modelli di comunicato stampa standard organizzati per scenari di evento<br>• Modelli di comunicati alla popolazione mediante volantini, albo comunale ecc…<br>• Check list addetto stampa, interviste<br>• Check list organizzazione di conferenze e comunicati stampa, di assemblee pubbliche |
| **Allegato 5.3.3**<br>**Regole di comportamento ed informazioni utili in caso di incidente** | • Informazioni utili relative ai fenomeni naturali o altri eventi<br>• Norme di autoprotezione da adottare da parte della popolazione in caso di emergenza<br>• Link internet<br>• Riferimenti a documentazioni varie utili per il lavoro d'informazione |

## 2.3.6 Parte 6: Raccolta giuridica

La sesta ed ultima parte del piano di protezione civile comunale relativa alla raccolta giuridica può costituire a tutti gli effetti un volume a sé stante. In questo modo si evita di rendere eccessivamente ingombrante la parte utilizzata in pratica dagli operatori.
Ciò non toglie l'importanza di tale parte per una consultazione anche in fase d'emergenza delle norme e degli atti d'interesse per lo svolgimento d'attività di protezione civile, in particolare nel caso di situazioni dubbie o non contemplate dettagliatamente nel piano. La raccolta giuridica è costituita da tre sezioni distinte, ma a differenza del resto del piano non sono previste ulteriori suddivisioni in allegati e le singole norme costituiscono di fatto gli allegati delle varie sezioni:

**Sezione 6.1 Norme giuridiche a carattere comunitario, nazionale o regionale**
**Sezione 6.2 Norme giuridiche a carattere provinciale**
**Sezione 6.3 Norme giuridiche a carattere comunale**

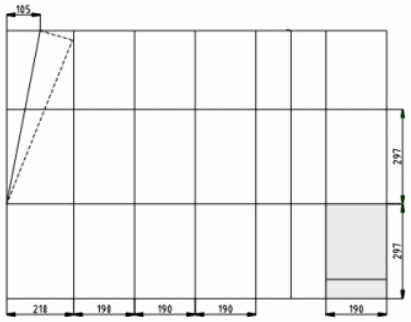
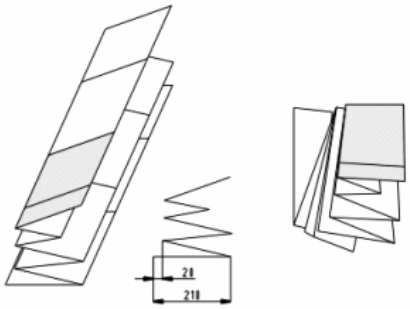
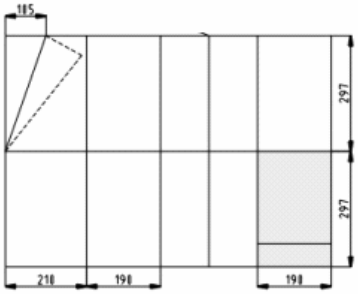
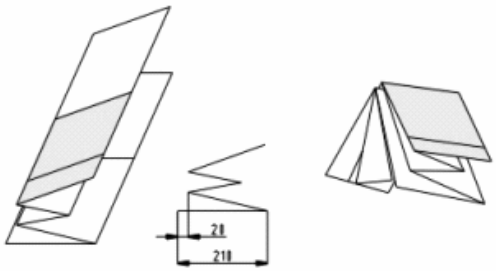
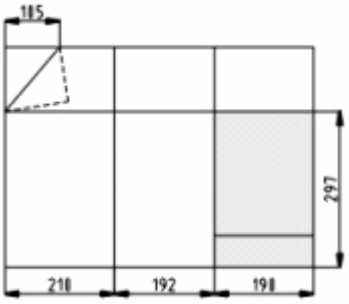
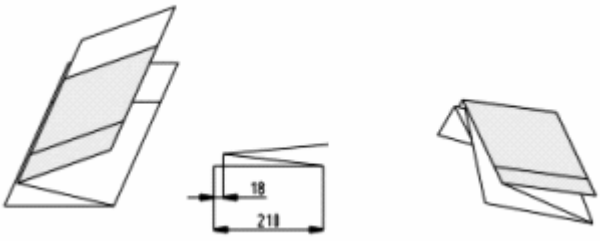
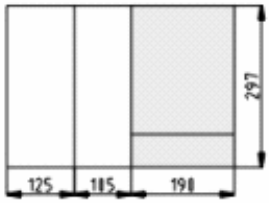
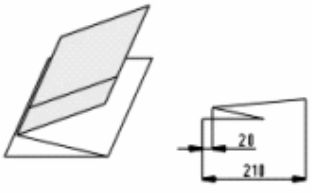
In ciascuna sezione saranno elencati e raccolti i testi delle leggi, decreti, deliberazioni ed altri atti utili.
Le leggi ed altri atti normativi dovranno comunque indicare la data di aggiornamento. Di seguito si elencano alcune norme a titolo esemplificativo, ulteriori norme di interesse possono essere reperite nella bibliografia (capitolo 5) delle presenti direttive.

| Sezione | Esempi |
|---|---|
| **Sezione 6.1**<br>**Norme statali** | Decreto Presidente Repubblica - 31.08.1972, Nr. 670 Approvazione del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo statuto speciale per il Trentino-Alto Adige.<br><br>Decreto Presidente Repubblica - 22.03.1974, Nr. 381 Norme di attuazione dello statuto speciale per la Regione Trentino-Alto Adige in materia di urbanistica ed opere pubbliche.<br><br>Legge dello Stato - 30.04.1962, Nr. 283 Modifica degli articoli 242, 243, 247, 250 e 262 del testo unico delle leggi sanitarie, approvato con regio decreto 27 luglio 1934, n. 1265. Disciplina igienica della produzione e della vendita delle sostanze alimentari e delle bevande.<br><br>Legge dello Stato - 08.12.1970, Nr. 996 Norme sul soccorso e l'assistenza alle popolazioni colpite da calamità. Protezione civile.<br><br>Legge dello Stato - 24.02.1992, Nr. 225 Istituzione del servizio nazionale della protezione civile. |
| **Sezione 6.2**<br>**Norme provinciali** | Decreto Presidente Giunta Prov.le - 01.08.1988, Nr. 19 Regolamento di esecuzione all'articolo 1 della legge provinciale 12 luglio 1975, n. 34, sulla concessione di sussidi o contributi alle organizzazioni operanti nei settori della prevenzione e nel pronto soccorso per calamità pubbliche.<br><br>Legge provinciale - 12.07.1975, Nr. 34 Interventi per opere di prevenzione, di pronto soccorso e di ripristino a seguito di frane, valanghe, alluvioni e altre calamità naturali.<br><br>Legge provinciale - 12.01.1983, Nr. 3 Esercizio delle funzioni in materia veterinaria e riordino dei servizi veterinari.<br><br>Legge provinciale - 15.04.1991, Nr. 10 Espropriazioni per causa di pubblica utilità per tutte le materie di competenza provinciale.<br><br>Legge provinciale - 18.12.2002, Nr. 15 Testo unico dell'ordinamento dei servizi antincendi e per la protezione civile.<br><br>Deliberazione Giunta Provinciale - 13.11.1989, Nr. 7112 Introduzione del "simbolo della protezione civile" per la Provincia Autonoma di Bolzano – Alto Adige.<br><br>Deliberazione Giunta Provinciale - 15.06.1998, Nr. 2561 Istituzione delle unità specializzate del servizio protezione calamità. |
| **Sezione 6.3**<br>**Norme comunali** | A cura del comune:<br>Norme e regolamenti di funzionamento dell'amministrazione comunale<br>Estratto dello statuto del comune<br>Norme riguardanti il personale dipendente comunale |

# 3 La forma del piano

## 3.1 Specifiche per la redazione del PPCC

Il piano di protezione civile comunale PPCC deve essere prodotto in forma cartacea e dove possibile anche in forma informatica secondo gli standard e le simbologie utilizzati ed indicati dalla Provincia Autonoma di Bolzano. Il piano deve essere stampato in formato A4 o piegato in formato A4 (secondo le norme DIN 824 o UNI 938). I piani devono essere contenuti in raccoglitori a 2 anelli. Ogni foglio deve mantenere un margine sufficiente a garantire la lettura dei contenuti anche in caso di leggero danneggiamento dei bordi pagina dovuto all'usura o alle intemperie, approssimativamente 1 cm superiormente, inferiormente e sul lato esterno, circa 2 cm sul lato dell'eventuale rilegatura o dei fori per il raccoglitore ad anelli.
Le planimetrie e le cartografie devono essere realizzate con formati compresi fra A4 e A0 a seconda delle scale e dell'estensione delle aree, con preferenza dei formati A3 e A2. L'uso dei simboli e dei colori deve essere scelto in modo da consentire, per quanto possibile, la fotocopiatura del documento senza compromettere la leggibilità delle informazioni in esso contenuto. Altrettanto vale per gli elementi in forma di testo o tabella. È consigliabile l'uso di carte, tecniche di stampa o altri accorgimenti per assicurare il mantenimento nel tempo delle informazioni contenute nel piano di protezione civile comunale.

| | | |
|---|---|---|
| A0 |  |  |
| A1 |  |  |
| A2 |  |  |
| A3 |  |  |

## 3.2 Copertine

I singoli elementi del piano sono identificati da apposite copertine. Le copertine delle parti, delle sezioni e degli allegati vanno realizzati secondo i modelli realizzati dall'Ufficio protezione civile della Provincia ed allegati alle presenti direttive, disponibili anche in forma digitale. Le copertine sono in formato A4 per raccoglitori a 2 anelli. Elementi essenziali presenti nei modelli di copertina sono:

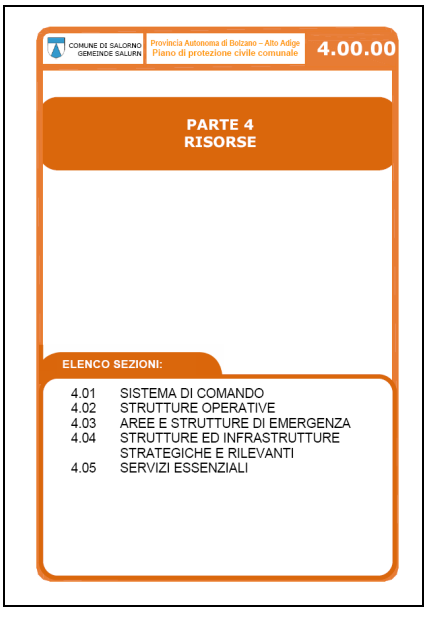
2. Area superiore: area titolo
   - Simbolo (logo) ed identificazione per esteso e bilingue (o dove previsto trilingue) del comune
   - In alto al centro dicitura "Provincia Autonoma di Bolzano – Alto Adige - Piano di Protezione Civile Comunale – PPCC - Comune di …" e "Autonome Provinz Bozen – Südtirol - Gemeindezivilschutzplan – GZSP - Gemeinde …" rispettivamente per gli elementi del piano redatti in lingua italiana e tedesca
   - Codice numerico parte.sezione.allegato in evidenza in alto a destra: le copertine di parti e sezioni avranno rispettivamente il codice sezione e allegato pari a "00"

3. Area Centrale: area contenuti
   - Titolo della parte/sezione/allegato
   - Indice dei contenuti dell'elemento
   - Dicitura/nominativo del soggetto che ha realizzato l'elemento del piano (solo per gli allegati)

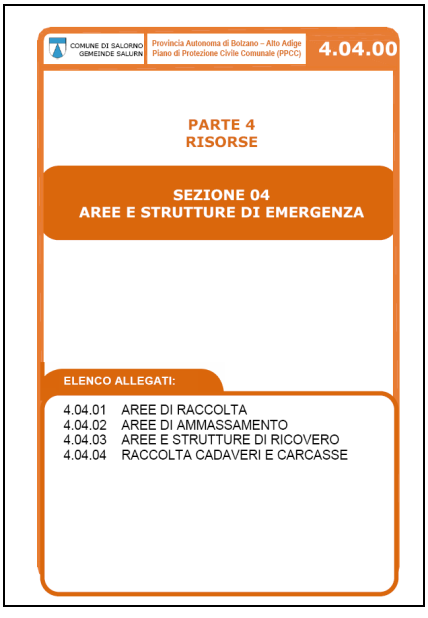
4. Area inferiore: area codici di identificazione del documento
   - Riferimento al modello applicato, alla versione, revisione ed aggiornamento attuale;
   - Codice di identificazione del documento (vedasi capitolo 3.3);
   - Solo per gli allegati: data ultima modifica aggiornamento o revisione (stato)
   - Solo per gli allegati: numero di pagina e di pagine totali, dati redattore e lingua di redazione e pubblicazione (IT→DT, DT→IT, DT→ID, IT→ID)

Le copertine di parti e sezioni presentano solo una pagina e vanno considerate come veri e propri separatori dei contenuti del piano: possono essere realizzate in cartoncino o altro materiale rispetto alla carta utilizzata per i contenuti del piano. Le copertine degli allegati sono invece pagine dell'allegato stesso e vanno realizzate con la medesima carta. La seconda pagina della copertina degli allegati contiene l'elenco, il cosiddetto storico, delle modifiche dell'allegato in questione. Lo storico deve indicare per ogni nuova edizione i riferimenti alle modifiche in esso effettuate. Le copertine di parti, sezioni o allegati possono presentare una linguetta sul bordo esterno per una più rapida consultazione. Tutte le copertine sono rispettivamente in lingua tedesca ed italiana: fanno eccezione la vera e propria copertina del piano con l'indice del piano ed il cosiddetto stato del documento - lista di distribuzione che sono invece bilingui.
Allegati vuoti perché non vi sono previsti contenuti vanno comunque inseriti nel piano per mantenere la sequenza degli elementi della struttura e sulla copertina, al posto dell'indice, deve essere indicata la dicitura "allegato vuoto".

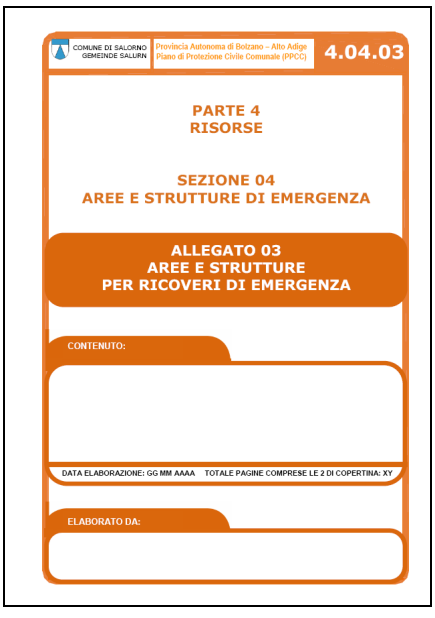
**Copertina Parte**




**Copertina Sezione**

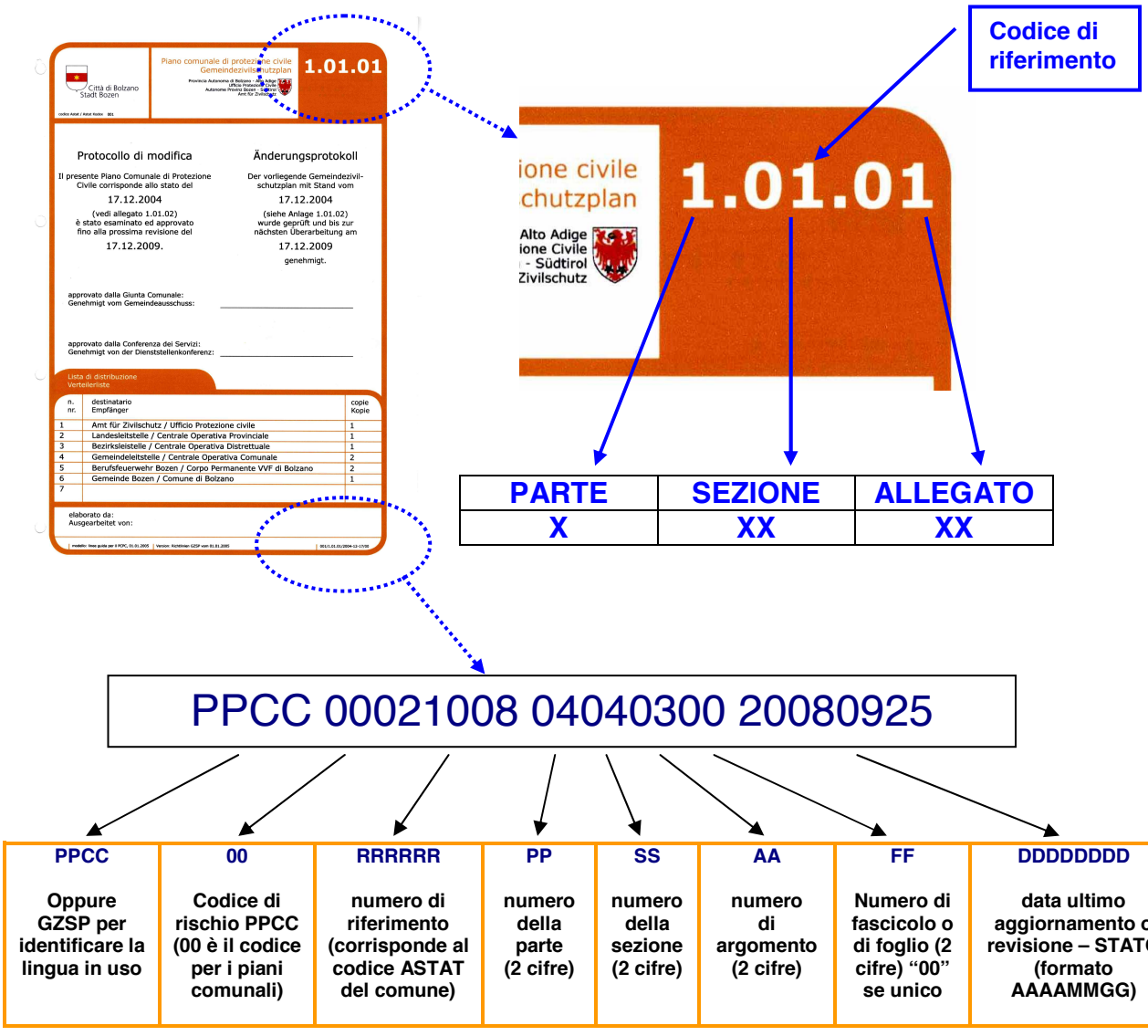



**Copertina Allegato**



## 3.3 Il codice di identificazione del documento

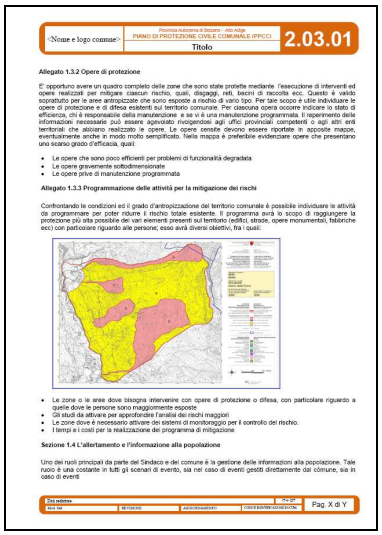
La maggiore difficoltà legata ad un sistema a fascicoli come quello utilizzato nei piani di protezione civile comunali è sapere se il documento che si possiede è effettivamente quello più aggiornato ed attualmente in vigore. Attraverso il codice di identificazione del documento ed un allegato specifico previsto nel piano, denominato stato del documento, si può tenere traccia dei contenuti del piano di protezione civile comunale con le relative modifiche. Nel capitolo 4 relativo alla vitalità del piano (revisioni ed aggiornamenti) viene descritta più dettagliatamente tale procedura. L'immagine seguente illustra la posizione del codice d'identificazione del documento e la sua struttura. Il codice di identificazione del documento è composto da una sequenza numerica contenente: la dicitura PPCC oppure GZSP ad identificare che si tratta di un piano di emergenza di tipo comunale, due cifre 00 ad indicare che si tratta di un piano di protezione civile generale (nel caso di piani di emergenza specifici si potrebbe indicare il codice di rischio che corrisponde a quello identificato nel capitolo 2: ad esempio un piano di emergenza legato al rischio dighe avrebbe qui il codice 14) il codice astat del comune (in 6 cifre), parte (2 cifre), sezione (2 cifre), allegato (2 cifre), stato (ultimo aggiornamento o revisione, composto da 8 cifre AAAAMMGG). In alto a destra in ogni pagina è invece sempre indicato il codice di riferimento (posizione nel piano) parte-sezione-allegato che consente di orientarsi all'interno della struttura del piano.

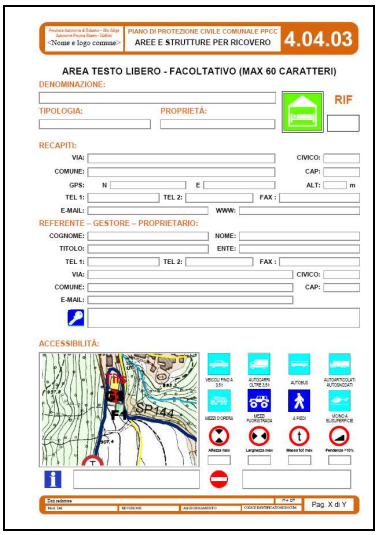


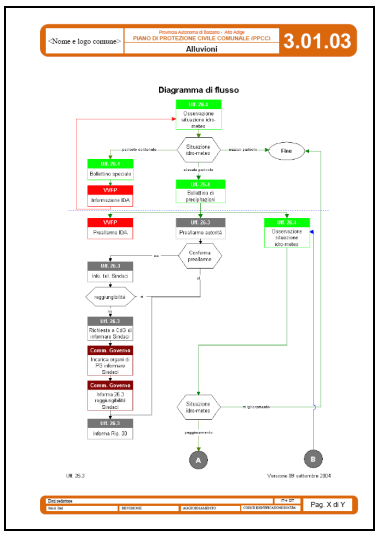

Nell'esempio precedente quindi il codice di identificazione del documento sta ad indicare che si tratta della copertina della versione in lingua italiana del piano di protezione civile comunale del comune di Bolzano e in particolare dell'allegato aggiornato alla data del 25 settembre 2008 delle strutture di ricovero di emergenza.

## 3.4 La forma degli elementi testuali

Tutti gli elementi presenti nel piano comunale di protezione civile sotto forma di testo, diagramma, o tabella, devono essere impaginati utilizzando gli appositi modelli per pagine in formato A4 orientate verticalmente (pagina vuota), o per pagine in formato A4 o A3 orientate orizzontalmente, a prescindere dall'orientamento del testo sul foglio stesso (foratura per raccoglitore sul lato corto sinistro). I fogli di formato A3 vanno ripiegati secondo le norme DIN 824 o UNI 938. In ogni caso i contenuti dovranno essere formattati in modo tale da essere fotocopiabili senza perdita di comprensibilità. Tabelle, testi o diagrammi realizzati su fogli di formato maggiore vanno trattati come elementi cartografici per i quali si rimanda al capitolo successivo.



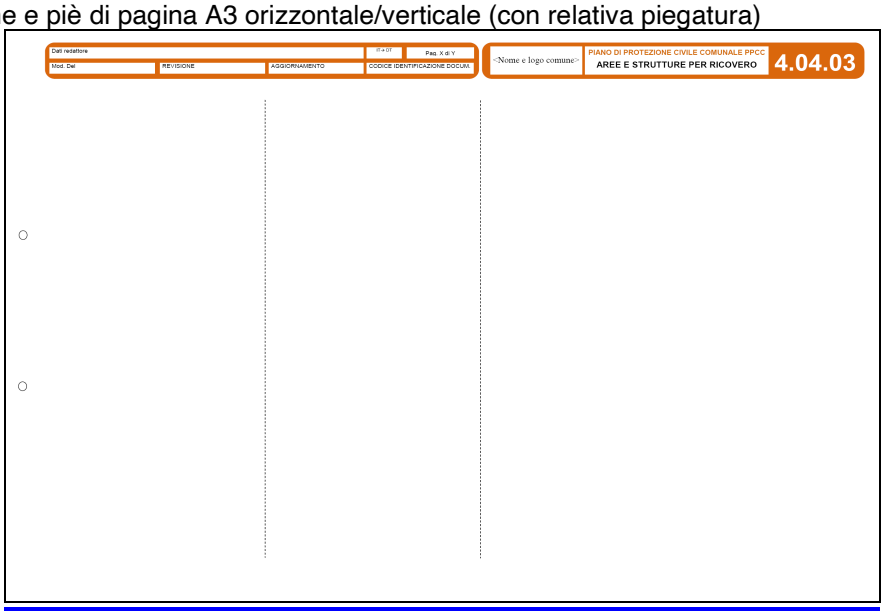




Dettaglio intestazione A4 verticale (2 x 18 cm, margine superiore e destro 1 cm, sinistro 2 cm)

Dettaglio pié di pagina A4 verticale (1 x 18 cm, margine inferiore e destro 1 cm, sinistro 2 cm)

Dettaglio intestazione e piè di pagina A3 orizzontale/verticale (con relativa piegatura)



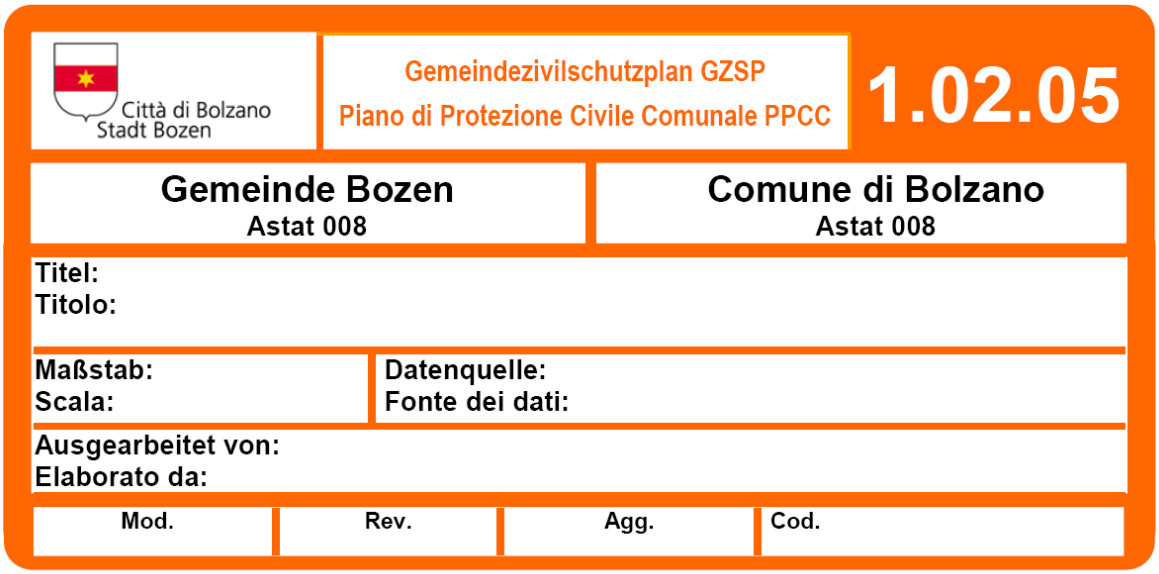
## 3.5 La forma degli elementi cartografici

La rappresentazione cartografica nel piano deve essere effettuata ad una scala adeguata, tale da coprire tutte le necessità operative in emergenza. L'inquadramento territoriale deve essere in scala 1:10.000, mentre la zonazione di dettaglio dovrà scendere a scale di 1:5.000 e 1:2.000; in caso di particolari esigenze (per esempio piani di evacuazione) potrà essere prevista la realizzazione di cartografia in scala 1:1.000 o 1:500. La base cartografica è la carta tecnica provinciale CTP in scala 1:10.000, ma per i documenti di maggiore dettaglio si possono utilizzare le cartografie disponibili presso i singoli Comuni o enti territoriali. Talvolta è consigliabile l'uso anche delle basi fotografiche del terreno (ortofotocarta, fotopiano ecc), che possono rendere più immediata la lettura delle informazioni e la localizzazione delle aree. Eventualmente possono essere utilizzate anche le carte turistiche, ma in questo caso occorre fare molta attenzione a non creare confusione nell'uso dei termini toponomastici.
La cartografia presente nel piano deve essere di formato adeguato, in ogni caso non superiore al formato A0. Ogni carta deve essere inoltre ripiegata ed inserita nel raccoglitore in modo tale da rispettare il formato A4 secondo le norme DIN 824 o UNI 938. Le carte, una volta ripiegate, dovranno presentare sulla parte in vista, appropriato cartiglio, realizzato come da modello allegato, riportante le seguenti informazioni:

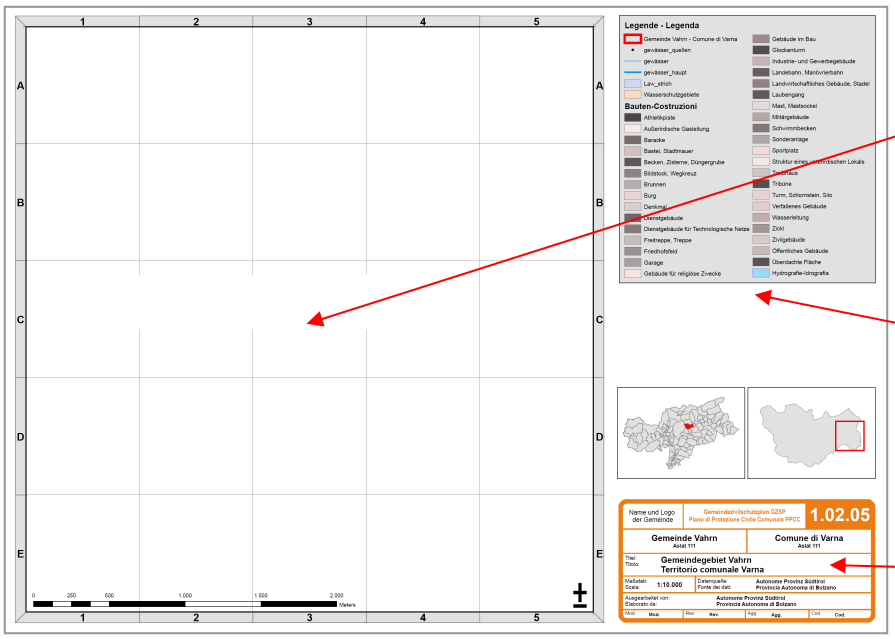
- Nome del comune
- Codice ASTAT
- Codice identificazione documento
- Versione o data di stampa
- Titolo o tema della carta rappresentata
- Scala
- Fonte dei dati
- Elaboratore

Collocazione del cartiglio: angolo inferiore destro nei formati A3 e superiori, tutta la parte inferiore nel formato A4, margine destro ed inferiore 10 mm. Dimensioni: larghezza 170 mm con margine di 10 mm dal bordo inferiore e destro. La parte superiore al cartiglio va riservata ad un'eventuale legenda o quadro d'unione. Su ciascuna carta deve essere indicata chiaramente, sia mediante indicazione della scala numerica (da indicare in etichetta) che mediante l'apposizione di una scala grafica (disegnata possibilmente nella parte inferiore dell'area occupata dalla carta), la scala utilizzata.
Per facilitare l'organizzazione delle informazioni geografiche e l'identificazione delle aree e dei punti di rischio il territorio rappresentato potrà essere suddiviso in riquadri a maglie quadrate o rettangolari identificate con codice simile a quelli in uso per gli atlanti geografici (A2, B3….).

**Esempio di etichetta:**

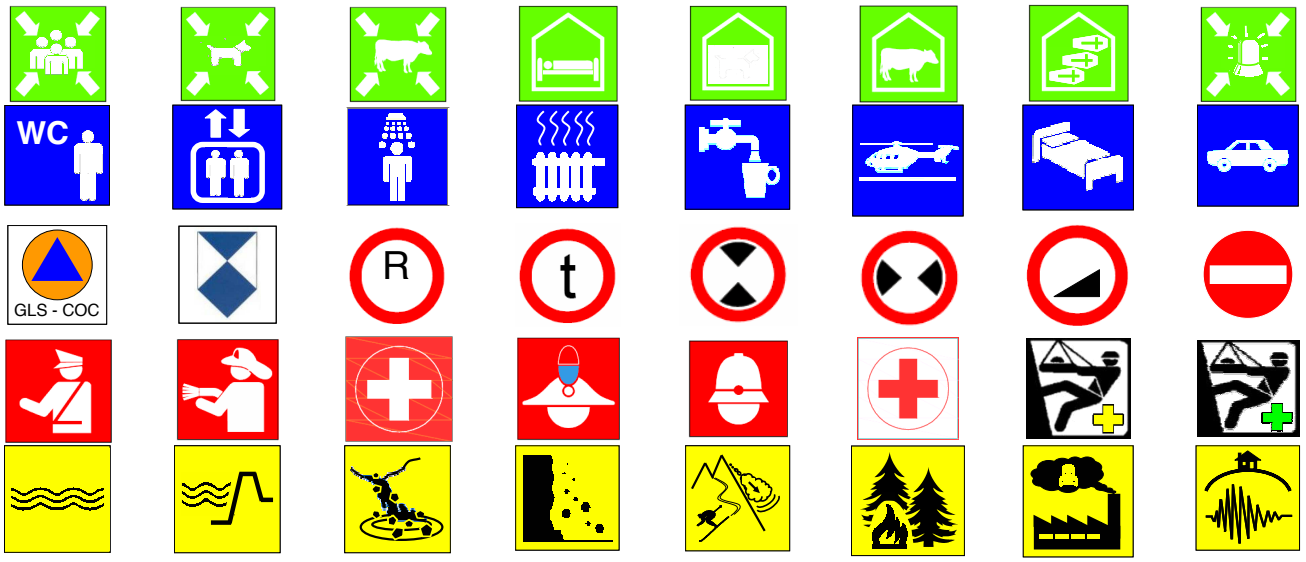



Tutte le carte realizzate, seppur a colori, dovranno consentire la totale leggibilità dei dati in esse contenuti anche su fotocopie o altre riproduzioni.
La rappresentazione di zone a rischio, o le legende di tipo tecnico generale, dovranno essere per quanto possibile coerenti con le simbologie elaborate dalle varie ripartizioni provinciali competenti




Le presenti direttive mettono inoltre a disposizione un set di simboli cartografici (vedasi allegato) utilizzabili per la realizzazione delle carte tematiche contenute nel piano di protezione civile comunale. Per quanto possibile sono da utilizzare i simboli cartografici messi a disposizione
In merito all'utilizzo della simbologia grafica si precisa quanto segue:

- Simboli su sfondo bianco identificano strutture indicate per completezza sulla cartografia ma non coinvolte nella pianificazione di protezione civile (ad esempio una banca, un museo, ecc…)
- Simboli su sfondo verde identificano le aree e strutture deputate all'assistenza ed accoglienza della popolazione in caso di emergenza, in ogni caso identificano luoghi "sicuri"
- Simboli su sfondo blu identificano unità operative o strutture disponibili ai fini della pianificazione di emergenza (ad esempio una sede dei vigili del fuoco disponibile, una elibase, ecc…)
- Simboli su sfondo rosso identificano unità operative e strutture durante il loro impiego operativo o il cui impiego operativo è previsto nella pianificazione che si sta prendendo in esame.
- Simboli su sfondo giallo identificano pericoli o attenzione in genere
- La simbologia deve essere realizzata in forma quadrata, con o senza raccordo agli angoli
- Eventuali numerazioni o dati aggiuntivi alla simbologia indicata saranno rappresentati mediante un rettangolo di sfondo bianco adiacente ad uno dei lati del simbolo e di dimensioni tali da comporre un rettangolo che rispetti la proporzione di lato 1x√2, in modo da poter essere rappresentato in caso di applicazione pratica anche su cartellonistica di formato A4 o multipli/sottomultipli.




***Esempi di simbologia cartografica***

## 3.6 Bilinguismo e trilinguismo, toponomastica

I piani dovranno essere redatti nelle lingue tedesca ed italiana, e tali versioni saranno inserite nel medesimo documento. I comuni che intendessero realizzare anche una versione in lingua ladina, possono farlo realizzando un ulteriore volume a parte solo in tale lingua, seguendo le indicazioni delle presenti direttive.
I testi potranno essere realizzati indifferentemente su due colonne o alternando pagine pari e dispari, o secondo altri metodi di impaginazione. Quanto sopra vale solo per gli elementi in forma di testo o tabelle, oppure diagrammi di flusso. La cartografia dovrá invece essere esclusivamente bilingue. A tal fine sará utile prevedere l'impiego diffuso di simbologie e legende appropriate per ridurre la quantitá di informazioni presenti sulle carte stesse. Nella cartografia del PPCC devono essere indicati i nomi bilingui degli abitati e paesi e se possibile degli elementi fisiografici principali (ad es. fiumi e torrenti) e della viabilità principale.

## 3.7 Informatizzazione del Piano

E' necessario prevedere anche per i Piani comunali di protezione civile l'utilizzo di software adeguato per la gestione di database e cartografia (GIS – Sistemi Informativi Territoriali), a maggior ragione nella previsione di frequenti aggiornamenti, data la limitata estensione del territorio coinvolto e del maggior dettaglio richiesto ai Piani Comunali. Occorre precisare che in nessun caso l'adozione di questi programmi è da ritenersi obbligata, infatti, il supporto informatico è solo uno strumento e non il fine delle attività di pianificazione.
Il piano di protezione civile, una volta redatto ed approvato, dovrà essere reso disponibile, oltre che nella sua forma cartacea, anche in formato informatico, secondo lo standard Acrobat© (estensione dei file .pdf), con i singoli elementi organizzati secondo cartelle e sottocartelle che richiamano la struttura del piano.
Le cartografie presenti nel piano, qualora disponibili, dovranno essere messe a disposizione anche in formato GIS. Il redattore del piano, in particolare se trattasi di professionista esterno, deve mettere a disposizione del comune gli elaborati in formato aperto, per consentire una loro rielaborazione successiva.

# 4. Realizzazione e vitalità del piano di protezione civile comunale

## 4.1 I soggetti idonei alla redazione del piano

La LP 15/2002, art. 3, prevede che il Sindaco, coadiuvato dal proprio Centro Operativo Comunale, rivesta un ruolo fondamentale nelle fasi di previsione, prevenzione e nell'attuazione delle misure da adottare nel caso di calamità. Lo sviluppo del piano di protezione civile comunale deve quindi avvenire con il supporto, la consulenza e la condivisione dei contenuti da parte del Sindaco e dei membri del proprio Centro Operativo Comunale. Vista la natura multidisciplinare del piano di protezione civile comunale devono essere impiegate professionalitá con conoscenze e capacitá specifiche adeguate. Dato che attualmente il settore delle professionalità idonee alla redazione di un piano di protezione civile non è normato, si sottolinea il ruolo del committente, il quale dovrà selezionare all'interno della propria struttura tecnico-amministrativa, o attraverso l'incarico esterno, il soggetto più idoneo all'elaborazione del piano di protezione civile comunale o parte di esso, fermo restando il ruolo di supervisione del comune. Nella scelta delle professionalità è opportuno valutare l'esperienza posseduta dai potenziali soggetti incaricati della stesura del piano relativamente a:

e) formazione specifica e certificata nel settore della gestione di emergenze di protezione civile
f) aver già realizzato prodotti nel campo della pianificazione di emergenza o di protezione civile
g) aver realizzato prodotti per le amministrazioni pubbliche della provincia autonoma di Bolzano
h) disponibilità di professionisti esperti nelle diverse materie su cui si basa l'elaborazione del piano

## 4.2 L'iter di realizzazione ed approvazione del piano

Il piano di protezione civile comunale entra in vigore dal momento della sua approvazione da parte dell'organo comunale competente. La successiva distribuzione ai soggetti interessati deve di conseguenza avvenire tempestivamente. Una copia del piano approvato deve essere inviata in forma cartacea ed informatica (file di tipo Acrobat©, e qualora disponibile la cartografia in formato GIS compatibile shapefile) all'Ufficio protezione civile della provincia di Bolzano in veste di segreteria del Comitato Provinciale per la Protezione Civile (ai sensi dell'art. 3 comma 3 e art. 12 comma 1 della LP 18 dicembre 2002 n. 15).[1)]
I comuni devono provvedere entro 5 anni ad adattare alle presenti direttive i piani già in loro possesso e redatti precedentemente, i quali restano nel frattempo validi. Una copia di tali piani nella versione più attuale deve essere trasmessa entro 180 giorni dalla pubblicazione di queste direttive all'Ufficio Protezione Civile della Provincia.[1)]
I comuni che non sono dotati di un piano di protezione civile comunale hanno anch'essi 5 anni per provvedere alla realizzazione di un proprio piano. Sulla copertina del piano di protezione civile comunale deve essere previsto lo spazio per l'apposizione dei dati con firma del soggetto che ha redatto il piano e degli estremi dell'atto di emanazione del piano. La trasmissione dei piani e delle successive revisioni o aggiornamenti deve avvenire mediante sistemi (posta raccomandata con avviso di ricevimento, posta a mano con firma per ricevuta, ecc…) tali da poter certificare l'avvenuta consegna agli appartenenti alla lista di distribuzione. Una copia del piano deve essere inoltrata anche al presidente del centro operativo distrettuale competente.

*[1)] Correzione in applicazione degli articoli 3 e 6 della legge provinciale 18 dicembre 2002, n. 15 ed in base alla decisione del Direttore dell'Agenzia per la Protezione civile del 22.04.2021, protocollata in data 23/4/2021, Prot. n. 9813.*

# 4.3 Vitalità del piano

Per assicurare nel tempo la vitalità e l'efficacia del piano, è necessario sottoporlo a periodici momenti di verifica che si effettuano su diversi piani mediante revisioni, aggiornamenti ed esercitazioni.
La struttura ed i modelli da applicare illustrati nelle presenti direttive sono concepiti per favorire gli aggiornamenti periodici. Ad ogni revisione od aggiornamento dev'essere inoltrata copia degli elementi modificati ai soggetti indicati nella lista di distribuzione, con il relativo stato del documento attuale.

## 4.3.1 Modelli

Le presenti direttive definiscono il modello da adottare in provincia di Bolzano per la redazione dei PPCC. Il modello da utilizzare per la redazione dei piani viene elaborato dall'Ufficio protezione Civile e sottoposto ad approvazione da parte della Giunta Provinciale secondo quanto previsto dalla LP 15/2002.
Nel caso di sostanzali variazioni all'assetto normativo o amministrativo in provincia di Bolzano, è possibile che i modelli e le direttive siano a loro volta oggetto di modifiche che si ripercuotono sulla realizzazione seguente dei PPCC.

## 4.3.2 Prima versione e revisioni

La prima versione o le successive revisioni del piano vengono effettuate da soggetti idonei alla redazione del piano, vengono approvate dal soggetto responsabile almeno una volta ogni 10 anni o in caso di necessità di apportare modifiche alle parti "generale", "analisi dei rischi", "procedure", per la verifica della congruenza degli scenari e delle procedure in esso previsti. Responsabili sono la giunta o il consiglio comunale per l'approvazione del piano, ed il Sindaco per la sua diffusione.
La revisione, anche parziale di un piano deve essere tempestivamente effettuata comunque ogniqualvolta si presenti uno dei casi seguenti:

a) Modifica rilevante dei parametri fisici ed antropici del territorio comunale
b) Nuove importanti conoscenze sugli scenari di eventi attesi
c) Introduzione di nuove procedure e norme a carattere sovracomunale che interessino i comuni e con ripercussioni sulla pianificazione di protezione civile
d) Realizzazione di nuove reti di monitoraggio, disponibilità di nuovi indicatori di evento
e) In seguito ad eventi di protezione civile od esercitazioni nei quali siano emerse particolari criticità nell'applicazione del piano stesso od evidenti gravi anomalie od incongruenze

Il fatto che il piano venga revisionato anche solo parzialmente non significa che il controllo dei cambiamenti si possa fare solo su parte del documento: la modifica sostanziale di una procedura o di dati di base sostanziali comporta che l'intero documento venga rianalizzato nella sua validità complessiva, al fine di identificare se le novità introdotte possano entrare in conflitto con altri aspetti rendendo il piano inefficace.
La revisione, trattandosi di una vera e propria nuova edizione, comporta una nuova procedura di approvazione del piano così come descritto nel cap. 4.2. In questo caso possono essere distribuiti solo gli allegati che hanno subito modifiche, lo stato del documento attuale e la copertina del piano con i nuovi estremi di approvazione da parte dell'organo comunale competente. In caso di revisione periodica senza modifiche possono essere trasmessi ai soggetti interessati solo la copertina e lo stato del documento attuali. La prima versione si deve indicare come revisione il numero "00".

## 4.3.3 Aggiornamenti

L'aggiornamento consiste nella verifica ed eventuale modifica di dati quali nominativi, recapiti o altri dati (numero di posti letto di una struttura di accoglienza, elenco mezzi disponibili presso un'organizzazione di soccorso o una ditta privata, ecc…) non sostanziali.
L'aggiornamento è possibile solo nelle parti "risorse", "modulistica", e "raccolta giuridica". Le parti "generale", "analisi dei rischi", e "procedure" possono essere modificate solo con la revisione del piano e non è quindi possibile indicarvi esplicitamente recapiti o nominativi senza dover revisionare il piano in caso di variazione di tali dati.
L'aggiornamento è un'operazione tecnico-amministrativa che non va ad intaccare la validità del piano stesso e quindi non necessita dell'approvazione da parte dell'organo comunale competente. Trattandosi di modifiche al

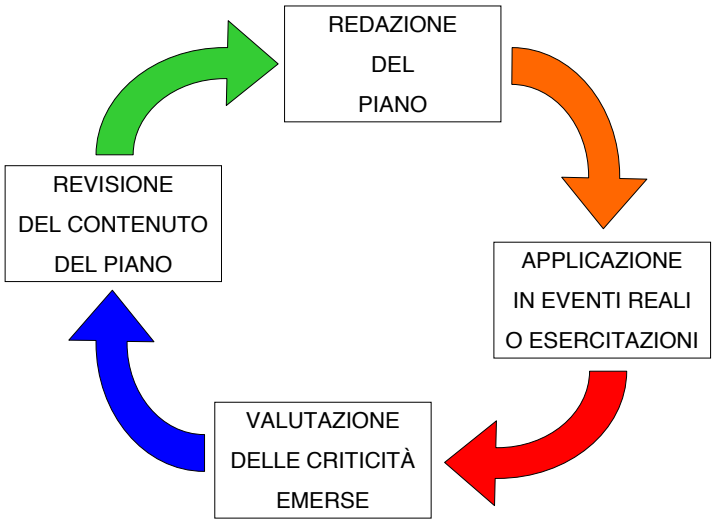
piano esse devono comunque essere approvate dal Sindaco o l'Assessore competente, o comunque da un soggetto delegato dal comune all'atto dell'approvazione del piano, che si fa inoltre carico di comunicare a tutti i soggetti depositari del piano le modifiche avvenute.
La verifica e l'eventuale aggiornamento dei dati dev'essere effettuato periodicamente ogni anno, nonché ogni volta risulti la modifica di dati aggiornabili. Ad ogni aggiornamento deve essere trasmesso ai destinatari previsti nella lista di distribuzione anche una copia aggiornata dell'allegato "stato del documento".
Gli elementi del piano in cui è possibile effettuare un aggiornamento senza dover fare una revisione presentano nel pié di pagina o nell'etichetta, oltre al riquadro relativo al modello applicato (con estremi della delibera di approvazione), ed alla revisione corrente, un riquadro per indicare il numero e la data di aggiornamento. Qualora si tratti dell'aggiornamento corrispondente ad una revisione o prima stesura si deve indicare l'aggiornamento con il numero "00". Gli elementi aggiornabili sono oggetto di revisione quando questa avviene per gli elementi restanti del piano.

### *4.3.4 Esercitazioni*

Le esercitazioni rappresentano, oltre ai casi reali, l'unico momento in cui è possibile verificare se il piano è attuabile ed efficace. Le esercitazioni o simulazioni entrano quindi di pieno diritto negli aspetti legati alla vitalità e validità del piano di protezione civile comunale. Ogni comune dovrebbe annualmente effettuare almeno un'esercitazione comunale di protezione civile inerente uno degli scenari ipotizzati nel piano stesso. Le esercitazioni non devono necessariamente comportare l'attivazione di tutte le strutture coinvolte in un caso reale, ma possono limitarsi a cosiddette esercitazioni per centri di comando, in cui si verificano solo se le procedure ed i dati previsti nel piano sono conosciuti ed i soggetti coinvolti nella gestione dell'emergenza sono inseriti correttamente nella pianificazione. Ad intervalli temporali maggiori possono essere realizzate esercitazioni con il coinvolgimento di strutture operative e della popolazione. In ogni caso le esercitazioni devono essere sempre organizzate tenendo conto di alcuni aspetti fondamentali:

a) scopo e tipo dell'esercitazione (dimostrativa, per centri di comando, operativa, su scala reale);
b) tema o scenario di massima (alluvione, incidente chimico, ecc…) possibilmente ricreando scenari verosimili perché già avvenuti in passato o ritenuti probabili in sede di pianificazione;
c) obiettivi (quali aspetti si intende analizzare, quale parte del piano deve essere messa in pratica e verificata, quali criticità si vogliono far emergere);
d) eventi ipotizzati (scenari nel dettaglio, canovaccio degli eventi simulati) definendo una scaletta degli eventi a cui devono far fronte i vari attori (comune ed eventuali forze di soccorso) e non una sequenza di azioni precompilate da seguire rigidamente come il copione di un film, ma senza alcun valore formativo;
e) territorio e strutture coinvolti (chi partecipa alla simulazione, chi funge da osservatore ai fini della verifica post esercitazione, e chi la organizza);
f) metodi di analisi e verifica degli obiettivi prefissati (regole del gioco, check list per osservatori, ecc…)
g) verifica a posteriori dell'esercitazione (debriefing e feed back) per successivi miglioramenti

Il comune deve sempre informare tempestivamente l'Ufficio protezione civile della Provincia, nonché tutti gli altri soggetti ritenuti opportuni, di ogni attività esercitativa prevista nel proprio territorio ed organizzata dallo stesso o da terzi (organizzazioni di soccorso, ecc…) di cui il comune venga a conoscenza.



## *4.4 Aspetti legati alla privacy e trattamento dei dati sensibili*

Il soggetto responsabile della redazione ed aggiornamento del piano di protezione civile comunale deve prestare la massima attenzione nella raccolta, nel trattamento, e nella diffusione di dati relativi sia a soggetti attivi nella gestione di emergenze di protezione civile, sia di soggetti potenzialmente colpiti dall'evento stesso. Nella stesura del piano di protezione civile comunale devono essere osservate le disposizioni del Codice in materia di protezione dei dati personali (decreto legislativo 30 giugno 2003, n. 196). In particolare si deve prestare attenzione alla raccolta dei dati, che devono essere richiesti per iscritto ai singoli soggetti con un modulo nel quale è riportata l'informativa di cui all'articolo 13 del sopraccitato Codice, e sul quale è chiaramente indicato l'obbligo di comunicare tempestivamente eventuali modifiche dei dati (ad esempio per la realizzazione delle liste di allertamento di membri dei centri operativi, di strutture operative od organizzazioni di soccorso, in cui potrebbero essere indicati recapiti privati delle persone di riferimento).
La fonte giuridica per la raccolta e trattamento dei dati è la legge provinciale 18 dicembre 2002, n. 15.
È inoltre assolutamente da evitare l'inserimento nel piano di dati sensibili (dati riguardanti lo stato di salute delle persone o gli elenchi di persone non autosufficienti). È invece opportuno codificare delle procedure e responsabilizzare un soggetto idoneo al trattamento di tali tipologie di dati (ad esempio il medico comunale), che le metta a disposizione in caso di necessità. In questo modo il piano rimane un documento che può essere utilizzato liberamente senza eccessivi vincoli legati al trattamento dei dati personali.

# 5. Bibliografia e riferimenti normativi

Legge provinciale - 18.12.2002, Nr. 15
Testo unico dell'ordinamento dei servizi antincendi e per la protezione civile.

Decreto del Presidente della Provincia 11 settembre 2003, n. 36
Regolamento relativo all' ordinamento dei servizi antincendi e della protezione civile 2003

Legge provinciale - 12.07.1975, Nr. 34
Interventi per opere di prevenzione, di pronto soccorso e di ripristino a seguito di frane, valanghe, alluvioni e altre calamità naturali.

Decreto Presidente Giunta Prov.le - 01.08.1988, Nr. 19
Regolamento di esecuzione all'articolo 1 della LP 12/07/1975, n. 34, sulla concessione di sussidi o contributi alle organizzazioni operanti nei settori della prevenzione e nel pronto soccorso per calamità pubbliche.

Deliberazione Giunta Provinciale - 13.11.1989, Nr. 7112
Introduzione del "simbolo della protezione civile" per la Provincia Autonoma di Bolzano – Alto Adige.

Deliberazione Giunta Provinciale - 15.06.1998, Nr. 2561
Istituzione delle unità specializzate del servizio protezione calamità.

Decreto Presidente Repubblica - 31.08.1972, Nr. 670
Approvazione del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo statuto speciale per il Trentino-Alto Adige.

Decreto Presidente Repubblica - 22.03.1974, Nr. 381
Norme di attuazione dello statuto speciale per la Regione Trentino-Alto Adige in materia di urbanistica ed opere pubbliche.

Legge dello Stato - 08.12.1970, Nr. 996
Norme sul soccorso e l'assistenza alle popolazioni colpite da calamità. Protezione civile.

Legge dello Stato - 24.02.1992, Nr. 225
Istituzione del servizio nazionale della protezione civile.

Legge dello Stato - 03.08.1999, Nr. 265
Disposizioni in materia di autonomia e ordinamento degli enti locali, nonché modifiche alla Legge 142/90

Legge provinciale 21 ottobre 1996 n. 21
Ordinamento forestale

DECRETO DEL PRESIDENTE DELLA GIUNTA PROVINCIALE 31 luglio 2000, n. 29
Regolamento all' ordinamento forestale 2000

Legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13
Legge urbanistica provinciale

Decreto del Presidente della Provincia 5 agosto 2008, n. 42
Regolamento di esecuzione concernente i piani delle zone di pericolo

Legge Provinciale 18 giugno 2002, n. 8
Disposizioni sulle acque

Decreto del Presidente della Provincia 24 luglio 2006, n. 35
Regolamento sulle aree di tutela dell' acqua potabile 2006

Decreto del Presidente della Provincia 21 gennaio 2008, n. 6
Regolamento di esecuzione alla legge provinciale del 18 giugno 2002, n. 8 recante "Disposizioni sulle acque" in materia di tutela delle acque 2008

Legge provinciale - 12.01.1983, Nr. 3
Esercizio delle funzioni in materia veterinaria e riordino dei servizi veterinari.

Legge provinciale - 15.04.1991, Nr. 10
Espropriazioni per causa di pubblica utilità per tutte le materie di competenza provinciale.

Decreto del Presidente della Provincia 20 marzo 2006, n. 12
Regolamento sul servizio idropotabile

Circolare di protezione civile 9101 del 07/11/1991 – Ufficio protezione civile PAB
istituzione del comitato comunale di protezione civile

Criteri di massima per la pianificazione provinciale di emergenza - Presidenza del Consiglio dei Ministri
Dipartimento della protezione civile

Programma provinciale di protezione civile del 25/03/1991

Legge Provinciale 22 ottobre 1987, n. 27
Provvidenze straordinarie per imprese industriali, artigianali, commerciali, di servizi, alberghiere e pubblici esercizi situate in zone colpite da gravi calamità pubbliche

Decreto del Presidente della Provincia 15 luglio 1999, n. 42
1° Regolamento di esecuzione alla legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13 - Ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata

Decreto del Presidente della Provincia 29 marzo 2000, n. 12
Criteri di determinazione dell'inabitabilità di abitazioni per motivi di sanità e di sicurezza

DECRETO 1 febbraio 2006 Norme di attuazione della legge 2 aprile 1968, n. 518, concernente la liberalizzazione dell'uso delle aree di atterraggio.

DECRETO MINISTERIALE del 13 febbraio 2001 'Criteri di massima per l'organizzazione dei soccorsi sanitari nelle catastrofi' - Presidenza del Consiglio dei Ministri Dipartimento della protezione civile

G.U. n°139 – 25. 08. 2003 – 'Criteri di massima sulla dotazione di farmaci e dispositivi medici di un Posto Medico Avanzato di II livello utillizabile in caso di catastrofe' Presidenza del Consiglio dei Ministri Dipartimento della protezione civile

DPR del 27/03/1992 - 'Atto di indirizzo e coordinamento alle Regioni per la determinazione
dei livelli di assistenza sanitaria di emergenza'

Manuale operativo per la predisposizione di un piano comunale o intercomunale di protezione civile – Presidenza del Consiglio dei Ministri Dipartimento della protezione civile 2007

Linee guida per l'individuazione e l'allestimento di centri operativi intercomunali e misti di protezione civile sul territorio – Presidenza del Consiglio dei Ministri Dipartimento della Protezione Civile 2007

Direttiva regionale per la pianificazione di emergenza degli enti locali – Regione Lombardia 2007

Linee guida per l'individuazione e manuale tecnico per le aree di ricovero di emergenza – Presidenza del Consiglio dei Ministri Dipartimento della Protezione Civile GU 44 del 23 febbraio 2005

Definizione dei parametri urbanistici per l'allestimento di aree di ricovero in emergenza – Presidenza del Consiglio dei Ministri Dipartimento della Protezione Civile, Università degli Studi di Firenze dipartimento di tecnologia dell'architettura e design „P. Spadolini" 2006

Gunn SWA Domres B Steiner ER (1996) Wörterbuch der Katastrophenmedizin und der Internationalen Hilfe, Edewecht: Stumpf & Kossendey

Dv 100 (2000) Führung und Leitung im Einsatz, Führungssystem, Dienstvorschrift, Fassung Rheinland Pfalz

Linee guida generali ad uso dei comitati provinciali per l'euro e per l'anno 2000 per la verifica del piano di continuità ed emergenza per l'anno 2000 dei soggetti erogatori di servizi sanitari – Presidenza del Consiglio dei Ministri Comitato anno 2000, 1999

Homeowner's guide to retrofitting – six ways to protect your house from flooding – Federal Emergency Management Agency (FEMA) 1998

The California Fires Coordination Group: A Report to the Secretary of Homeland Security - Federal Emergency Management Agency (FEMA) 2004

Legge Provinciale 12 giugno 1975, n. 26
Istituzione della Soprintendenza provinciale ai beni culturali e modifiche ed integrazioni alle leggi provinciali 25 luglio 1970, n. 16 e 19 settembre 1973, n. 37

Decreto del Presidente della Provincia 28 ottobre 1994, n. 49
Regolamento di esecuzione della legge provinciale 12 luglio 1975, n. 35 relativa all' Ordinamento dell'Azienda Speciale per la regolazione dei corsi d' acqua e la difesa del suolo 1994

Decreto del Presidente della Provincia 26 settembre 2005, n. 45
Norme tecniche per le discariche di rifiuti 2005

Legge Provinciale 26 maggio 2006, n. 4
La gestione dei rifiuti e la tutela del suolo 2006

D. Lgs. 31 marzo 1998, n.112
Conferimento di funzioni e compiti amministrativi dello Stato alle Regioni ed agli Enti Locali, in attuazione del capo I della Legge 15 marzo 1997, n. 59

D. Lgs. 17 agosto 1999, n. 334
Attuazione della direttiva 96/82/CE relativa al controllo dei pericoli di incidenti rilevanti connessi con determinate sostanze pericolose

L. 9 novembre 2001, n. 401
Conversione in legge, con modificazioni, del D.L. 7 settembre 2001, n. 343, recante disposizioni urgenti per assicurare il coordinamento operativo delle strutture preposte alle attività di protezione civile

D.Lgs. 11 maggio 1999, n. 152
Disposizioni sulla tutela delle acque dall'inquinamento e recepimento della direttiva 91/271/CEE concernente il trattamento delle acque reflue urbane e della direttiva 91/676/CEE relativa alla protezione delle acque dall'inquinamento provocato dai nitrati provenienti da fonti agricole

D.L. del 30 dicembre 2008, n. 208 (G.U. n. 304 del 31.12.2008) conv. con legge 27 febbraio 2009, n. 13 (G.U. n. 49 del 28 febbraio 2009) "Misure straordinarie in materia di risorse idriche e di protezione dell'ambiente"

Dir. P.C.M. del 27 ottobre 2008 (G.U. n. 268 del 15 novembre 2008)
"Indirizzi operativi per prevedere, prevenire e fronteggiare eventuali situazioni di emergenza connesse a fenomeni idrogeologici e idraulici"

D.P.C.M. 20 dicembre 2001
Linee guida relative ai piani regionali per la programmazione delle attivita' di previsione, prevenzione e lotta attiva contro gli incendi boschivi

L. 21 novembre 2000, n. 353
Legge quadro in materia di incendi boschivi

D. Lgs. 30 aprile 1992, n. 285
Nuovo codice della strada

**ANLAGEN - ALLEGATI**

**Farben**

CMYK: 50m 100y
RAL: 2004

Farbfolie:
3M, Scotchlite 580/14

CMYK: 100c 50m
RAL: 5015
Farbfolie:
3M, Scotchlite 580/75

ROT
RAL 3000

**Colori**

CMYK: 50m 100y
RAL: 2004

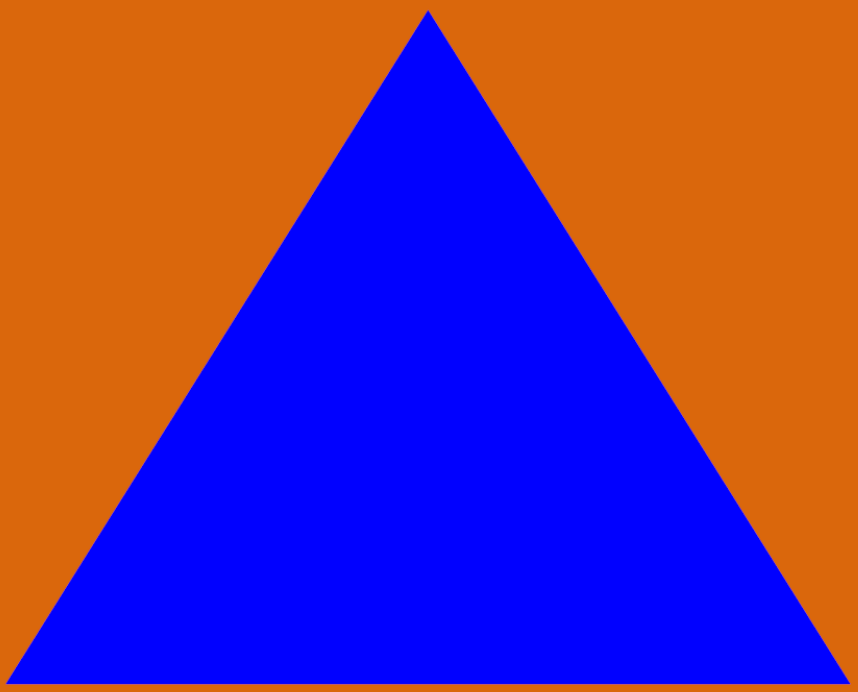
Adesivo:
3M, Scotchlite 580/14

CMYK: 100c 50m
RAL: 5015
Adesivo:
3M, Scotchlite 580/75

ROSSO
RAL 3000

A1

A2



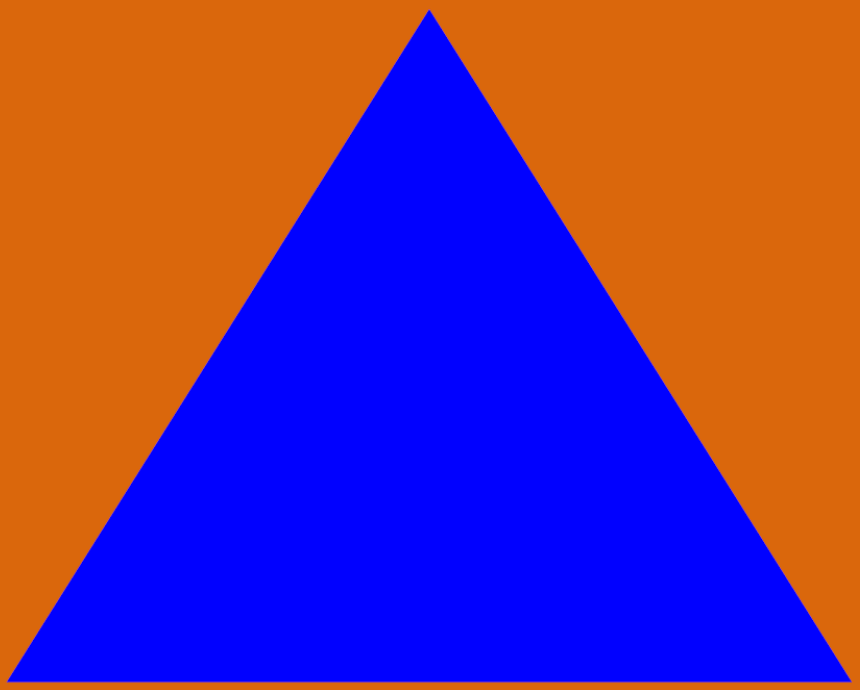
*PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO – ALTO ADIGE*

# PIANO DI PROTEZIONE CIVILE COMUNALE
# PPCC

# VARNA

## CARTELLA 1 / 4

A2



*AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL*

# GEMEINDEZIVILSCHUTZPLAN
# GZSP

# VAHRN

## MAPPE 1 / 4

A2

Cartiglioe

A2

Autonome Provinz Bozen – Südtirol | Provincia autonoma di Bolzano – Alto Adige

Area
Logo o grafica a cura del Comune

GEMEINDEZIVILSCHUTZPLAN

GZSP

**Gemeinde**

***<Gemeinde>***

**ASTAT *<Codice>***

***Dieser Notfallplan wurde von <Organ> mit Beschluss Nr. <Beschl.> vom <Datum> genehmigt***

PIANO DI PROTEZIONE CIVILE COMUNALE

PPCC

**Comune di**

***< Comune>***

**ASTAT *<Codice>***

***Il presente piano è stato approvato da <Organo> con Del. <Deliberazione> in data <Data>***

**Ausgearbeitet von - Elaborato da**

A2

| Autonome Provinz Bozen – Südtirol<br>Gemeinde | Provincia autonoma di Bolzano – Alto Adige<br>Comune di |
|---|---|
| **GEMEINDEZIVILSCHUTZPLAN<br>GZSP** | **PIANO DI PROTEZIONE CIVILE COMUNALE<br>PPCC** |

## Überarbeitungen - Revisioni

| n. | Estremi atto di approvazione | STAND - STATO |
|---|---|---|
| 00 | | |
| | | |
| | | |
|

| Autonome Provinz Bozen – Südtirol<br>Gemeinde | Provincia autonoma di Bolzano – Alto Adige<br>Comune di |
|---|---|
| **GEMEINDEZIVILSCHUTZPLAN<br>GZSP** | **PIANO DI PROTEZIONE CIVILE COMUNALE<br>PPCC** |

## STAND DES PLANES

Die Elemente des vorliegenden Notfallplans entsprechen dem aktuellen Stand von

## STATO DEL PIANO

Gli elementi del presente piano di emergenza corrispondono allo stato del

**GG.MM.AAAA**

Unterschrift - Firma

_____

## Verteilerliste - Lista di distribuzione

| | |
|---|---|
| 1. | 21. |
| 2. | 22. |
| 3. | 23. |
| 4. | 24. |
| 5. | 25. |
| 6. | 26. |
| 7. | 27. |
| 8. | 28. |
| 9. | 29. |
| 10. | 30. |
| 11. | 31. |
| 12. | 32. |
| 13. | 33. |
| 14. | 34. |
| 15. | 35. |
| 16. | 36. |
| 17. | 37. |
| 18. | 38. |
| 19. | 39. |
| 20. | 40. |

A2

| Autonome Provinz Bozen – Südtirol<br>Gemeinde | Provincia autonoma di Bolzano – Alto Adige<br>Comune di |
|---|---|
| GEMEINDEZIVILSCHUTZPLAN<br>GZSP | PIANO DI PROTEZIONE CIVILE COMUNALE<br>PPCC |

## STAND - STATO

| IND. | TITEL - TITOLO | STAND - STATO |
|---|---|---|
| | | |
| | | |
| | | |

# PARTE 4
# RISORSE

## ELENCO SEZIONI:

4.01 SISTEMA DI COMANDO
4.02 STRUTTURE OPERATIVE
4.03 AREE E STRUTTURE DI EMERGENZA
4.04 SERVIZI ESSENZIALI

# TEIL 4
# RESSOURCEN

## LISTE DER ABSCHNITTE:

4.01 FÜHRUNGSSYSTEM
4.02 OPERATIVE STRUKTUREN
4.03 NOTFALLFLÄCHEN
4.04 DIENSTE

# PARTE 4
# RISORSE

## SEZIONE 04
## AREE E STRUTTURE DI EMERGENZA

### ELENCO ALLEGATI:

4.04.01 AREE DI RACCOLTA
4.04.02 AREE DI AMMASSAMENTO SOCCORSI
4.04.03 RICOVERI DI EMERGENZA
4.04.04 ELISUPERFICI

A2



# TEIL 4
# RESSOURCEN

## ABSCHNITT 04
## NOTFALLFLÄCHEN

### LISTE DER ANHÄNGE:

4.04.01 SAMMELPLÄTZE
4.04.02 BEREITSTELLUNGSRÄUME
4.04.03 NOTUNTERKÜNFTE
4.04.04 HUBSCHRAUBERLANDEPLÄTZE

COMUNE DI SALORNO
GEMEINDE SALURN

Provincia Autonoma di Bolzano – Alto Adige
PIANO DI PROTEZIONE CIVILE COMUNALE PPCC

4.04.03

# PARTE 4
# RISORSE

## SEZIONE 04
## AREE E STRUTTURE DI EMERGENZA

# ALLEGATO 03
# AREE E STRUTTURE
# PER RICOVERI DI EMERGENZA

**CONTENUTO:**

DATA ELABORAZIONE: GG MM AAAA TOTALE PAGINE COMPRESE LE 2 DI COPERTINA: XY

**ELABORATO DA:**

A2



## Elenco degli aggiornamenti
## Liste der Aktualisierungen

| n.<br>nr. | data<br>Datum | **elenco modifiche apportate** |
|---|---|---|
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |

COMUNE DI SALORNO
GEMEINDE SALURN

Autonome Provinz Bozen - Südtirol
GEMEINDEZIVILSCHUTZPLAN GZSP

4.04.03

# TEIL 4
# RESSOURCEN

## ABSCHNITT 04
## NOTFALLFLÄCHEN

## ANLAGE 03

## NOTUNTERKÜNFTE

INHALT:

DATA: TT MM JJJJ

SEITEN INKLUSIVE DER ZWEI DECKBLÄTTER: XY

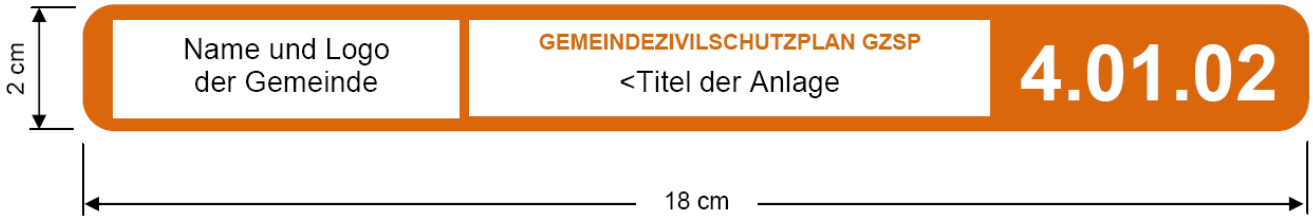
AUSGEARBEITET VON:

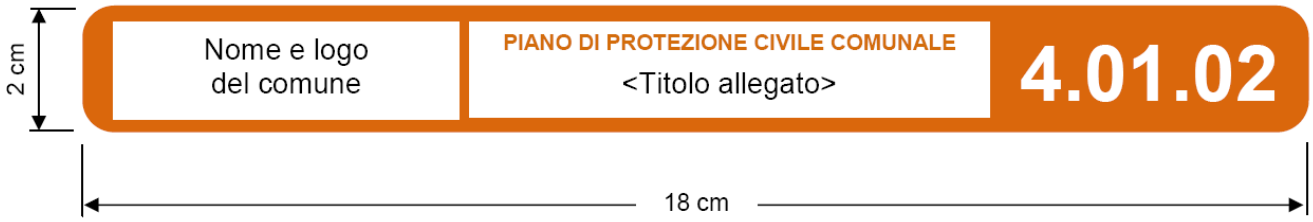
## Elenco degli aggiornamenti
## Liste der Aktualisierungen

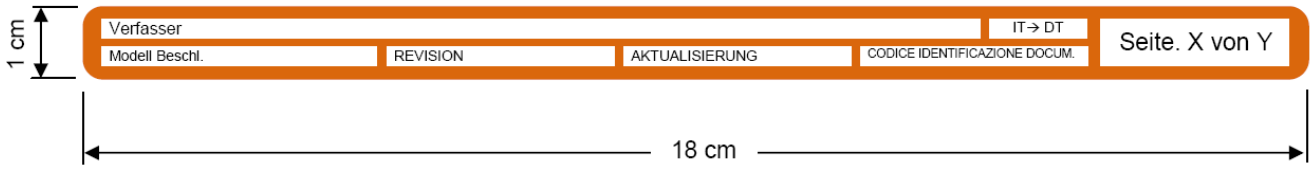
| n.<br>nr. | data<br>Datum | Liste der Änderungen |
|---|---|---|
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |

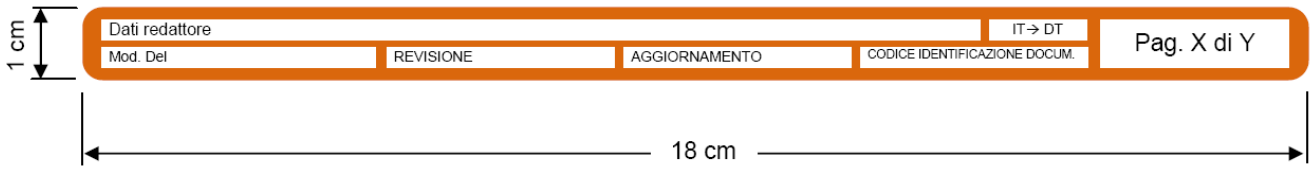
A3

# Layout DIN A4



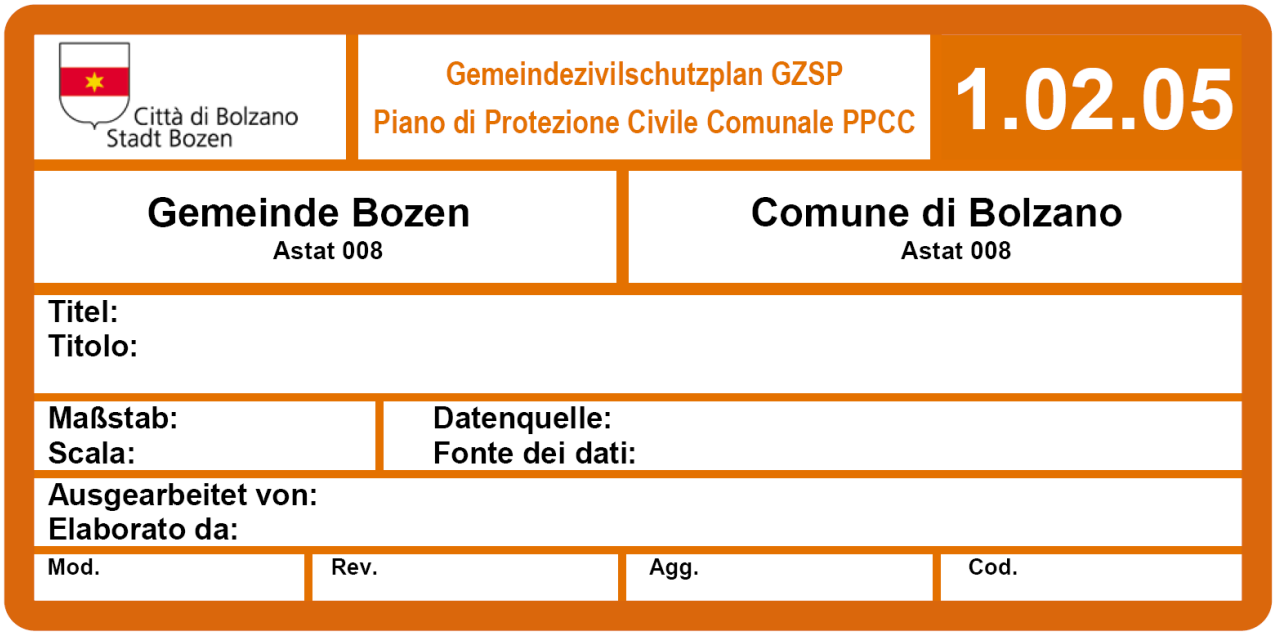



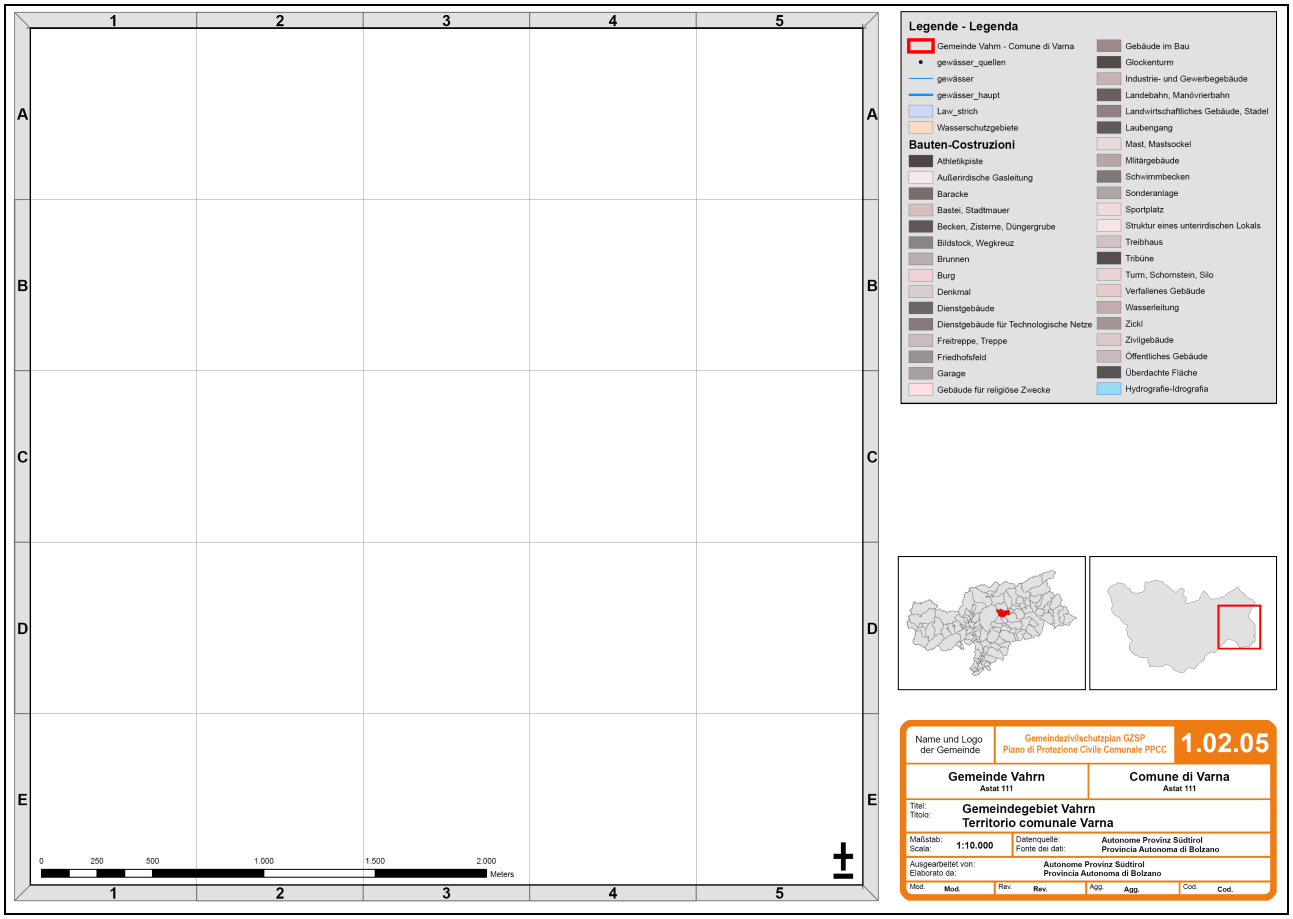



A3

## Layout Kartenelemente - Layout Cartografia



A4

| <Nome e logo comune> | PIANO DI PROTEZIONE CIVILE COMUNALE (PPCC)<br>AREE E STRUTTURE PER RICOVERO | 4.04.03 |
|---|---|---|

## DENOMINAZIONE:

## TIPOLOGIA:

## PROPRIETÀ:

RIF

## RECAPITI:

VIA: CIVICO:

COMUNE: CAP:

GPS: N E ALT: m

TEL 1: TEL 2: FAX :

E-MAIL: WWW:

## REFERENTE – GESTORE – PROPRIETARIO:

COGNOME: NOME:

TITOLO: ENTE:

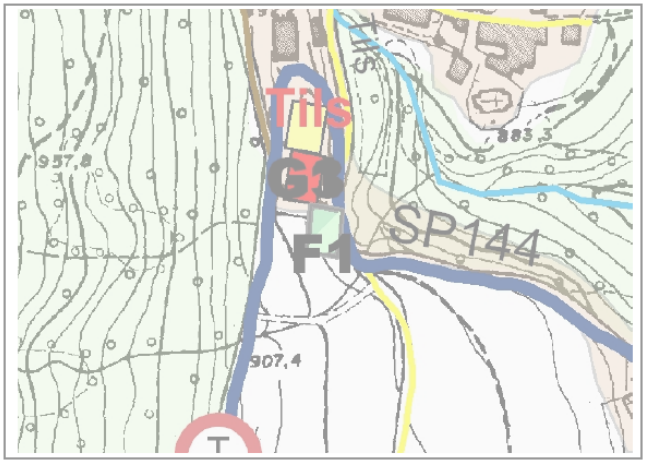
TEL 1: TEL 2: FAX :

VIA: CIVICO:

COMUNE: CAP:

E-MAIL:

## ACCESSIBILITÀ:




VEICOLI FINO A 3,5 t

AUTOCARRI OLTRE 3,5 t

AUTOBUS

AUTOARTICOLATI AUTOSNODATI

MEZZI D'OPERA

MEZZI FUORISTRADA

A PIEDI

VICINO A ELISUPERFICIE

Altezza max

Larghezza max

Massa tot max

Pendenze >10%

A4

| <Nome e logo comune> | PIANO DI PROTEZIONE CIVILE COMUNALE (PPCC)<br>AREE E STRUTTURE PER RICOVERO | 4.04.03 |
|---|---|---|

## SPAZI DISPONIBILI:

Delimitazione

| Superficie utile scoperta (mq) | | Superficie utile coperta (mq) | |
|---|---|---|---|

| Spazi esterni | Parcheggi | Altro utilizzo |
|---|---|---|
| Fondo Naturale | | |
| Fondo Consolidato | | |
| Fondo Asfaltato | | |
| Numero piani fuori terra | | |
| Numero piani interrati | | |
| Occupazione | | |

| Spazi interni | n. | mq |
|---|---|---|
| Auditorium o Aule magne | | |
| Palestre o sale polifunzionali | | |
| Magazzini o parcheggi | | |
| Stanze da letto attrezzate | | |
| Locali adattabili per alloggio | | |
| Spazi comuni Corridoi Uffici | | |

## SERVIZI DISPONIBILI:

Acqua non potabile | Acqua potabile | Idranti | Illuminazione esterna | Ascensore | Adatto per disabili

Alimentazione elettrica: ☐ Rete (kW) ☐ UPS/GE (h) ☐ Al. Est (A)

Riscaldamento | Impianto di Climatizzazione | Scarico WC chimici | Scarichi fogne | Impianto TV | Telefono

Acesso Internet: ☐ Linea Analogica ☐ Banda larga ☐ LAN Server ☐ Wireless

| Servizi igienici | WC uomini | WC donne | WC disabili | Docce | Mensa (posti) | Posti letto | Infermeria attrezzata |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | |

## ADATTO PER:

Raccolta persone | Raccolta animali domestici | Raccolta animali da allevamento | Ricovero persone | Ricovero animali domestici | Ricovero animali da allevamento | Deposito cadaveri e carcasse animali | Ammassamento soccorsi

## VULNERABILITÀ:

Alluvioni | Crollo Dighe | Colate detritiche | Frane e Caduta massi | Valanghe | Incendi di bosco | Incidenti industriali | Terremoti

A4

| <Name und Logo> | GEMEINDEZIVILSCHUTZPLAN (GZSP)<br>NOTUNTERKÜNFTE | 4.04.03 |
|---|---|---|

## BENENNUNG:

## TYP:

## BESITZER:

RIF

## ADRESSE:

Straße: Nr.

Gemeinde: PLZ:

GPS: N E Höhe: m

TEL 1: TEL 2: FAX :

E-MAIL: WWW:

## BEZUGSPERSON – BETREIBER – BESITZER:

Name: Vorname:

Titel: Körperschaft:

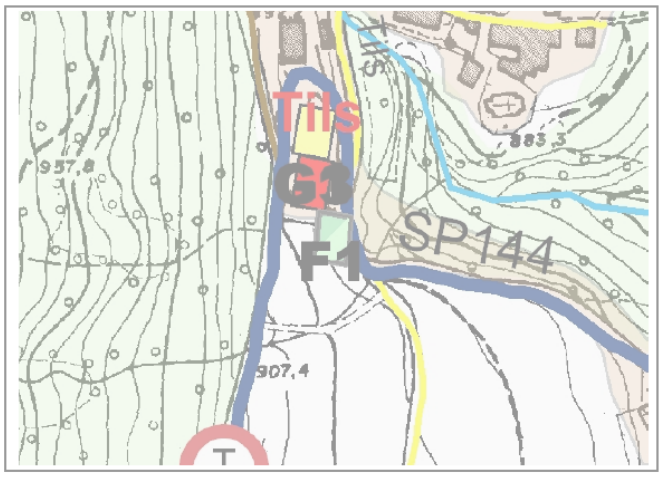
TEL 1: TEL 2: FAX :

Straße: Nr.:

Gemeinde: PLZ:

E-MAIL:

## ZUFAHRT:



KFZ bis 3,5 t

LKW über 3,5 t

Busse

Gelenkfahrzeuge Sattelschlepper

Baustellenfahrzeuge

Geländewagen

Fußgänger

Hubschrauberlande-platz in der Nähe

Höhe max

Breite max

Gewicht max

Neigung >10%

A4

| <Name und Logo> | GEMEINDEZIVILSCHUTZPLAN (GZSP)<br>**NOTUNTERKÜNFTE** | **4.04.03** |
|---|---|---|

## VERFÜGBARE FLÄCHEN:

Abgrenzung

| Außenfläche (Qm) | |
|---|---|
| | |

| Extern | Parkplätze | Sonstiges |
|---|---|---|
| Boden Wiese - Ungefestigt | | |
| Boden Gefestigt | | |
| Boden Asphalt | | |
| Obergeschosse | | |
| Untergeschosse | | |
| Besetzung | | |

| Innenfläche (Qm) | | |
|---|---|---|
| | | |

| Intern | n. | mq |
|---|---|---|
| Auditorium und Aulen | | |
| Turnhallen und Mehrzweckhallen | | |
| Lager und Parkplätze | | |
| Schlafzimmer | | |
| Zum Schlafen umrüstb. Räume | | |
| Gemeinsame Räumlichkeiten | | |

## VERFÜGBARE DIENSTE:

Wasser (nicht trinkbar) | Trinkwasser | Hydranten | Externe Beleuchtung | Aufzug | Behinderten-gerecht | Stromanschluss

☐ Netz (kW)
☐ USV/NA (h)
☐ Ext.Ansch.

Heizung | Klimaanlage | Scarico WC chimici | Scarichi fogne | Fernsehanlage | Telefon | Internetanschluss

☐ Analog
☐ Breitband
☐ LAN Server
☐ Wireless

Toiletten | WC Herren | WC Damen | WC Behinderte | Duschen | Mensa (Plätze) | Schlafplätze | Erste Hilfe

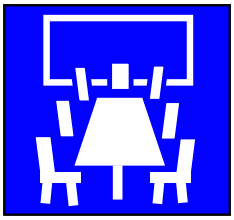
## GEEIGNET FÜR:

Sammelplatz Personen | Sammelplatz Haustiere | Sammeplatz Viehzucht | Notunterkunft Personen | Notunterkunft Haustiere | Notunterkunft Viehzucht | Kadaversammelstelle | Bereitstellungs-raum

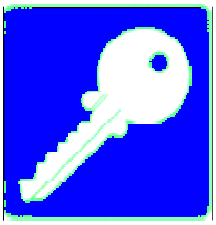
## VERWUNDBARKEIT:

Hochwasser | Staudämme | Muren | Steinschläge Hangrutschungen | Lawinen | Waldbrände | Störfälle | Erdbeben

## Dienste - Servizi

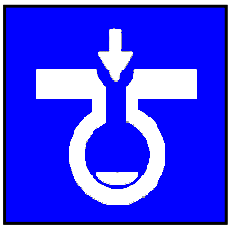


Sitzungssaaal
Sala riunione

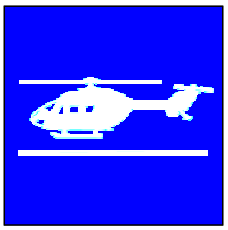


Schlüssel
Chiavi

Internet



Kanalisierung
Scarichi Fogne



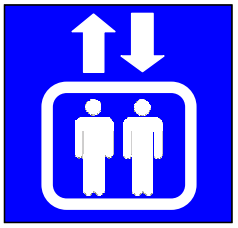
Hubschrauberlandeplatz
Elisuperficie

Toiletten
Servizi igienici

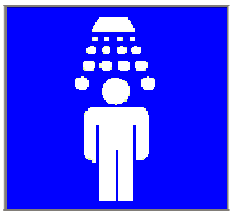
WC Männer
WC uomini

WC Damen
WC Donne

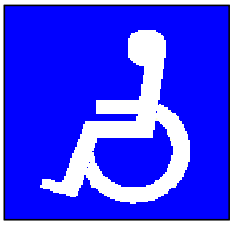
WC Behinderte
WC disabili



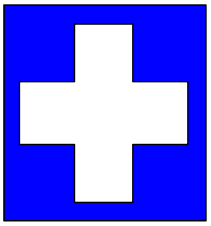
Aufzug
Ascensore



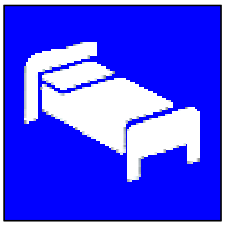
Dusche
Docce



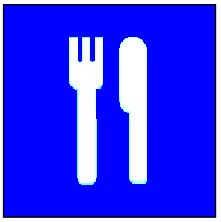
Behindertengerecht
Adatto a disabili



Erste Hilfe
Infermeria

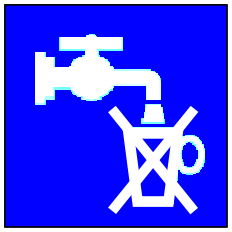


Schlafplätze
Posti letto

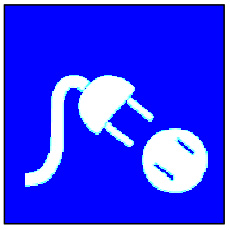


Mensa

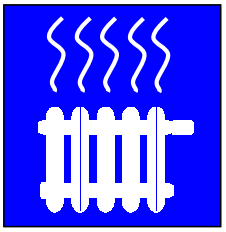
Trinkwasser
Acqua potabile



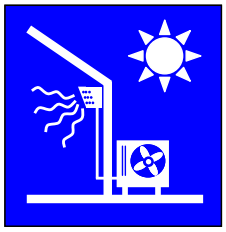
Wasser nicht trinkbar
Acqua non potabile



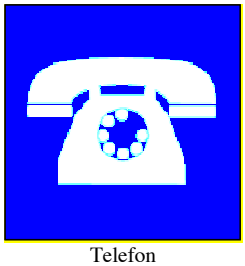
Stromversorgung
Energia elettrica



Heizung
Riscaldamento



Klimaanlage
Climatizzatore

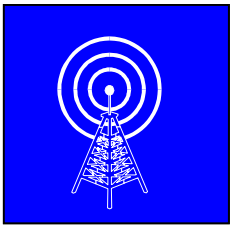


Telefon
Telefono

Fernsehanlage
Impianto TV

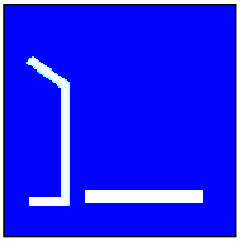
Kopiergerät
Fotocopiatrice

Faxgerät
Fax

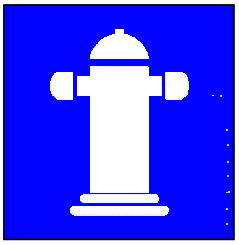


Funkverbindung
Collegamento radio

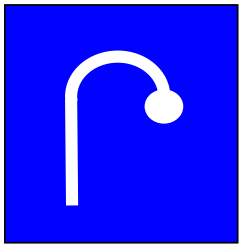
Innenfläche
Superficie coperta



Außenfläche
Superficie scoperts



Hydrant
Idrante

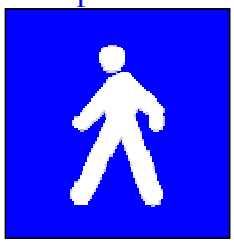


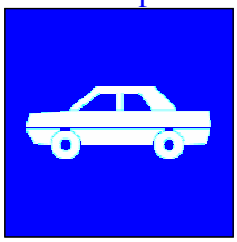
Außenbeleuchtung
Illuminazione esterna

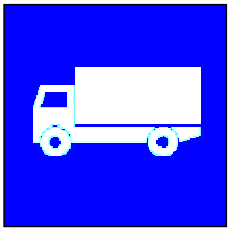
Entsorgung Chemie WC
Scarico WC chimici

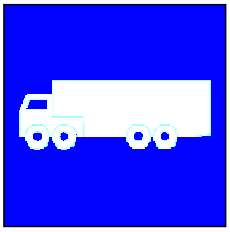
A5

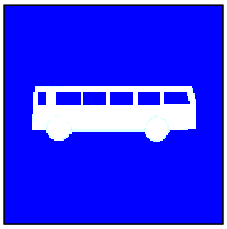
## Transportmittel – Mezzi di trasporto


Fussgänger
Pedone

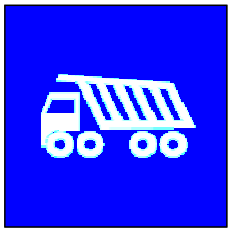

PKW < 3,5t
Veicolo < 3,5 t

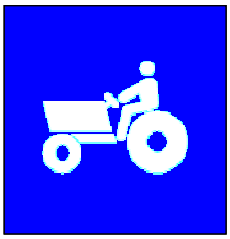

LKW > 3,5t
Autocarro > 3,5t

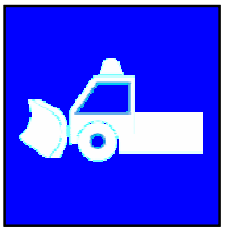

Sattelzug
Autoarticolato


Bus
Autobus

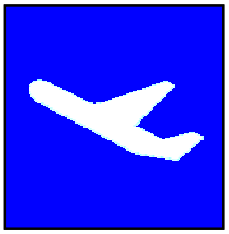
Geländefahrzeug
Mezzo fuoristrada

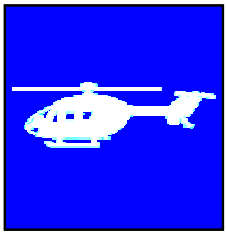

Baustellenfahrzeug
Mezzo d'opera


Landwirtschaftsfahrzeug
Mezzo agricolo

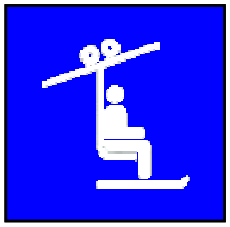

Schneepflug
Spazzaneve

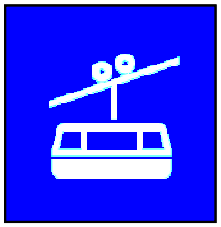
Bagger
Escavatore


Flugzeug
Aereo


Hubschrauber
Elicottero

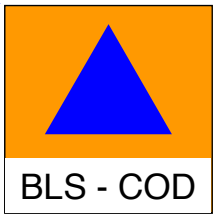
Zug
Treno


Sessellift
Seggiovia


Seilbahn – Gondel
Funivia - Cabinovia

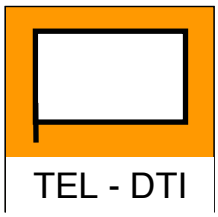
## Leitstellen – Centri operativi

Gemeindeleitstelle
Centro Operativo
Comunale



Bezirksleitstelle
Centro Operativo Distrettuale

Landesleitstelle
Centro Operativo Provinciale



Technische Einsatzleitung
Direzione Tecnica Intervento

## Beschränkungen – Limitazioni

Neigung
Pendenza

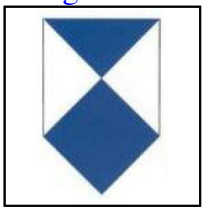
Länge
Lunghezza

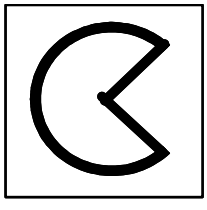
Höhe
Altezza

Breite
Larghezza

Gewicht
Peso

## Sonstiges - Altro

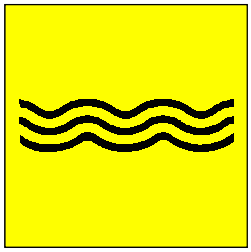

Kulturgüter
Beni culturali


Verpflegung
Vettovagliamento

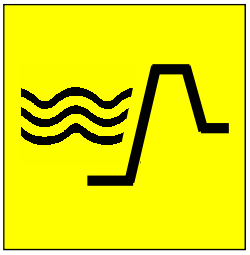
## Gefahren/Szenarien – Pericoli/Scenari

Erdbeben
Terremoti

Hydrogeologische
Gefahren
Pericoli Idrogeologici

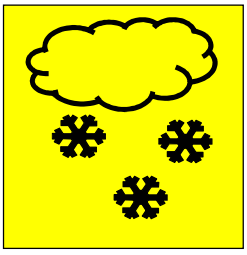


Hochwasser
Alluvioni



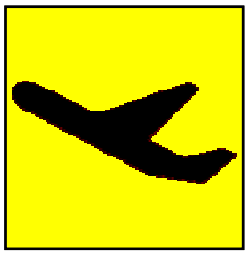
Stauanlagen
Dighe

Waldbrand
Incendio di bosco

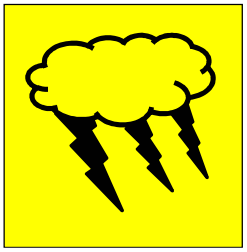


Schneefälle
Nevicate

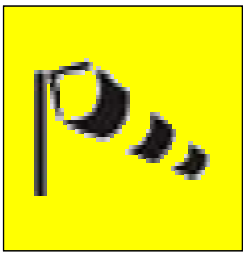
Lawinen
Valanghe



Flugzeugabsturz
Crash Aereo

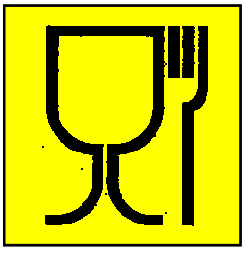


Gewitter
Temporali



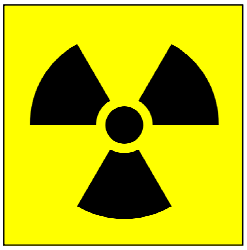
Wind
Vento

Umwelt
Ambiente



Lebensmittel
Alimentari

Massenveranstaltungen
Manifestazioni pubbliche



Strahlenschutz
Rischio radiologico

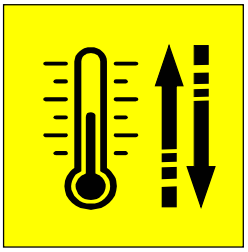
Biologisches Risiko
Rischio Biologico

Eisenbahnen
Ferrovie

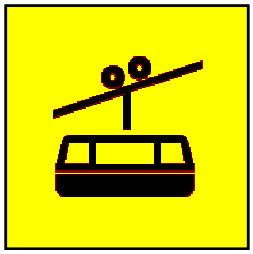
Abfälle
Rifiuti

Tierärztliche Notfälle
Emergenze veterinarie

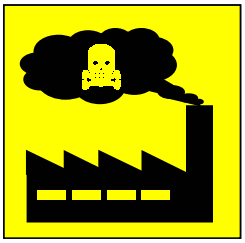
Urbanisierte Ortschaften
Aree Urbane



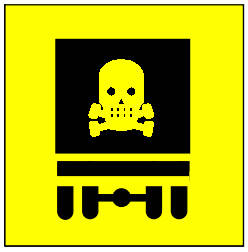
Extreme Temperaturen
Temperature Estreme



Seilbahnen
Impianti a Fune



Störfall
Incidente industriale



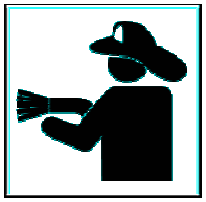
Chemischer
Transportunfall
Incidente chimico trasprto

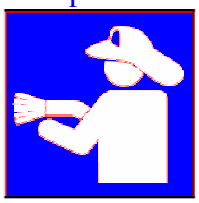
Strassenverkehr
Traffico stradale

Brennstoffe
Carburanti

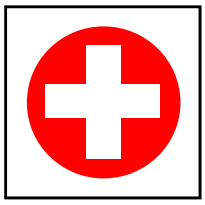
A5

## Einsatzkräfte – strutture operative

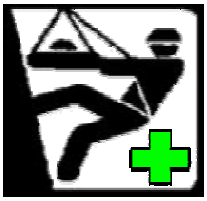

Feuerwehr - Sitz
Vigili del fuoco - Sede


Feuerwehr – verfügbar
Vigili del fuoco - disponibile

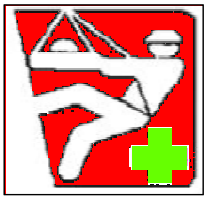
Feuerwehr – im Einsatz
Vigili del Fuoco - intervento

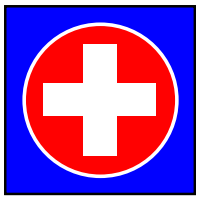

Weisses Kreuz - Sitz
Croce Bianca - Sede

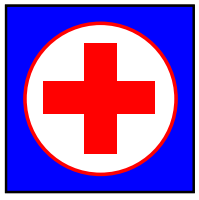
Rotes Kreuz - Sitz
Croce Rossa - Sede


Bergrettung AVS - Sitz
Socc. Alpino AVS - Sede

Bergrettung AVS verfügbar
Socc. Alp. AVS - disponibile


Bergrettung AVS – Einsatz
Socc. Alp. AVS - Intervento

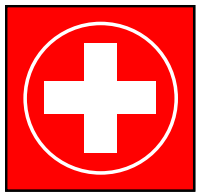

Weisses Kreuz - verfügbar
Croce Bianca - disponibile


Rotes Kreuz - verfügbar
Croce Rossa - disponibile

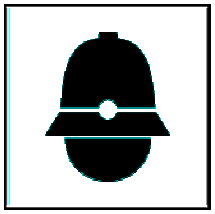
Bergrettung CNSAS - Sitz
Socc. Alpino CNSAS - Sede

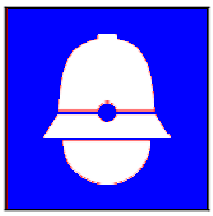
Bergrettung CNSAS verfügbar
Socc. Alp CNSAS disponibile

Bergrettung CNSAS - Einsatz
Socc. Alp. CNSAS Intervento


Weisses Kreuz – im Einsatz
Croce Bianca - intervento

Rotes Kreuz – im Einsatz
Croce Rossa – Intervento


Gemeindepolizei – Sitz
Polizia Municipale - Sede


Gemeindepolizei verfügbar
Polizia Municip. disponibile

Gemeindepolizei im Einsatz
Polizia Municip. intervento

LNA -DSS

Volontariat
Volontariato

Carabinieri – Sitz
Carabinieri – Sede

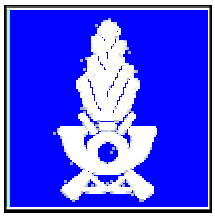
Carabinieri – Verfügbar
Carabinieri – disponibile

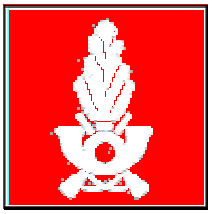
Carabinieri – im Einsatz
Carabinieri – Unità attiva

LNA verfügbar
DSS disponibile

Volontariat verfügbar
Volontariato disponibile

Finanzwache – Sitz
GdF – Sede


Finanzwache – Verfügbar
GdF – Unità disponibile


Finanzwache – im Einsatz
GdF – Unità attiva

LNA im Einsatz
DSS in intervento

Volontariat im Einsatz
Volontariato Intervento

Polizei – Sitz
Polizia – Sede

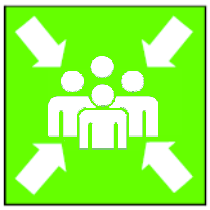
Polizeieinheit – Verfügbar
Polizia – Unità disponibile

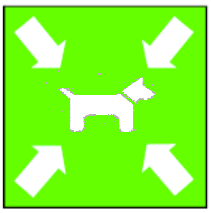
Polizeieinheit – im Einsatz
Polizia – Unità attiva

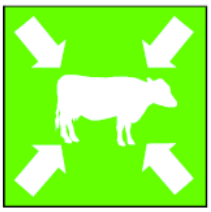
Informationen Pressesprecher
Informazioni addetto stampa

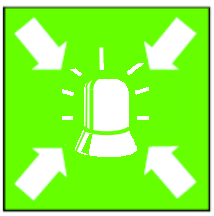
Informationen Pressesprecher
Informazioni addetto stampa

## Notfallflächen - Aree e strutture di emergenza


Sammelplatz Personen
Punto Raccolta Persone


Sammelplatz Haustiere
P.to raccolta anim. dom.


Sammelplatz Zuchtvieh
P.to raccolta anim. allev.


Bereitstellungsraum
Ammassamento Soccorsi

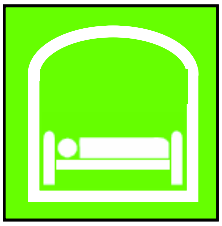
Materiallager
Deposito Materiali

Notunterkunft Personen öff. Gebäude - Ricovero persone in edificio pubblico

Notunterkunft Personen priv. Gebäude - Ricovero persone in edificio privato

Notunterkunft Personen off. Lager - Ricovero persone magazz. pubblico

Notunterkunft Personen priv. Lager - Ricovero persone magazz. privato

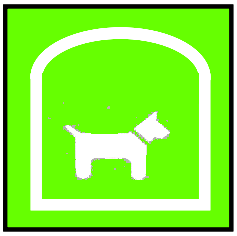

Notunterkunft PersonenSporthalle - Ricovero persone Palazzetto

Notunterkunft Haustiere öff. Gebäude - Ricovero anim. dom. edificio pubblico

Notunterkunft Haustiere priv. Gebäude - Ricovero anim. dom. in edificio privato

Notunterkunft Haustiere öff. Lager - Ricovero anim. dom. magazzino pubblico

Notunterkunft Haustiere priv. Lager - Ricovero anim. dom. magazzino privato


Notunterkunft Haustiere Sporthalle - Ricovero anim. dom. Palazzetto

Notunterkunft Zuchttiere öff. Gebäude - Ricovero anim. dom. edificio pubblico

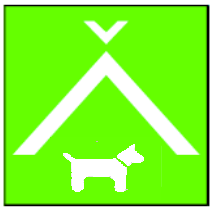
Notunterkunft Zuchttiere priv. Gebäude - Ricovero anim. dom. in edificio privato

Notunterkunft Zuchttiere öff. Lager - Ricovero anim. dom. magazzino pubblico

Notunterkunft Zuchttiere priv. Lager - Ricovero anim. dom. magazzino privato

Notunterkunft Zuchttiere Sporthalle - Ricovero anim. dom. Palazzetto

Notunterkunft Freigelände Personen oder Zeltlager - Ricovero persone Area scoperta o tendopoli


Notunterkunft Freigelände Haustiere – Ricovero anim. dom. Area scoperta

Notunterkunft Freigelände Zuchttiere – Ricovero anim. allevam. Area scoperta

Sammelplatz Leichen
Raccolta cadaveri persone

Sammelplatz Tierkadaver
Raccolta carcasse animali

## Anwendung der Hintergrundfarben – Utilizzo colori di sfondo

| Weiß – Bianco | Grün – Verde | Gelb – Giallo | Blau – Blu | Rot – Rosso |
|---|---|---|---|---|
| Objekt allgemein<br>Oggetto Generico | Objekt – Sicher<br>(z.B. Sammelplätze)<br>Oggetto – Sicuro<br>(es. aree di raccolta) | Gefahr!<br>Pericolo! | Ressource<br>(verfügbar)<br>Risorsa<br>(disponibile) | Ressource<br>(im Einsatz)<br>Risorsa<br>(attiva - intervento) |

A5

## Die Instrumente des Zivilschutzes

Die Institutionen haben die Aufgabe, mit Unterstützung der Einsatzorganisationen und eines jeden Bürgers die Sicherheit der Personen, der Tiere, der gewerblichen Wirtschaft und der kritischen Infrastrukturen zu gewährleisten sowie die Kulturgüter vor durch Katastrophenereignisse bzw. den Menschen verursachten Schäden zu schützen.
Die Aktivitäten des Zivilschutzes sind demnach auf die Vorhersage und Vorbeugung der unterschiedlichen Risikosituationen, die Rettung und Betreuung der Bevölkerung und auf sämtliche anderen Tätigkeiten zum Überwinden eines Notfalls sowie auf die Wiederherstellung der betroffenen öffentlichen Dienste und den Wiederaufbau der öffentlichen und privaten Güter ausgerichtet.
Um die Ziele des Zivilschutzes zu erreichen, verfügen die Gemeinden über verschiedene miteinander verbundene Instrumente: die Gefahrenzonenplanung, die Programmierung der Vorbeugungsmaßnahmen und die Zivilschutzpläne.
Bei Kenntnis des Gebietes und der Naturphänomene kann mithilfe der Gefahrenzonenpläne, das auf der Interaktion zwischen Urbanisierung und Umwelt basierende Risiko angemessen gemanagt werden.
Die Programmierung betrifft die Vorhersage und die Vorbeugung, verstanden als Kenntnisse über das in einem bestimmten Gebiet existierende Risiken und ihre Minderung. In den Programmen werden die Prioritäten und Stufen zum Durchführen von Eingriffen zur Risikominderung basierend auf der Gefahr, der Verwundbarkeit des Gebietes und der finanziellen Mittel festgelegt.
Für das Restrisikomanagement ist ein operatives Instrument notwendig. Mithilfe der Planung des Zivilschutzes auf Gemeindeebene und diesen Richtlinien soll ein aus einer Mischung an Kenntnissen, Verfahren und Maßnahmen bestehendes Instrument zur Verfügung gestellt werden, um einem Ereignis entgegenwirken und eine rechtzeitige und effiziente Antwort und somit ein schnelles Überwinden des Notfalls gewährleisten zu können.

## Gli strumenti della protezione civile

Le istituzioni, con il supporto delle organizzazioni di soccorso e di ogni cittadino, sono attori fondamentali nel garantire la sicurezza delle persone, degli animali, delle attività produttive, delle reti di servizi essenziali e dei beni culturali dai danni derivanti da eventi calamitosi naturali o causati dall'uomo.
Le attività di protezione civile sono quindi dirette alla previsione ed alla prevenzione delle varie ipotesi di rischio, al soccorso e all'assistenza delle popolazioni colpite e ad ogni altra attività volta a superare l'emergenza ed a garantire il ripristino dei servizi di pubblico interesse nonché a favorire la ricostruzione dei beni pubblici e privati.
Per il raggiungimento delle finalità di protezione civile i comuni dispongono di diversi strumenti, collegati tra loro: i piani delle zone di pericolo, la programmazione delle opere di prevenzione ed i piani di protezione civile.
I piani delle zone di pericolo consentono, attraverso la conoscenza del territorio e dei fenomeni naturali, una gestione adeguata del rischio derivante dall'interazione tra l'urbanizzazione e l'ambiente.
La programmazione attiene alla previsione e prevenzione, intesa come conoscenza dei rischi che insistono su un territorio e la loro mitigazione. I programmi determinano le priorità e le gradualità di attuazione degli interventi di mitigazione dei rischi in funzione della pericolosità, della vulnerabilità del territorio, e delle disponibilità finanziarie.
Per la gestione del rischio residuo è necessario disporre di uno strumento operativo. La pianificazione comunale di protezione civile, e queste direttive intendono mettere a disposizione uno strumento per la loro realizzazione, consiste nell'insieme delle conoscenze, delle procedure e misure per far fronte ad un evento, assicurando una risposta tempestiva ed efficiente, e quindi un rapido superamento dell'emergenza.


Autonome Provinz Bozen – Südtirol
Amt für Zivilschutz 26.3
Drususallee 116
I – 39100 Bozen

Tel. +39 0471 416040 ● Fax +39 0471 416059

e-mail: zivilschutz@provinz.bz.it
web: www.provinz.bz.it/zivilschutz.htm

Provincia Autonoma di Bolzano – Alto Adige
Ufficio protezione civile 26.3
Viale Druso 116
I – 39100 Bolzano

Tel +39 0471416040 ● Fax +39 0471 416059

e-mail: protezione.civile@provincia.bz.it
web: www.provincia.bz.it/protezionecivile.htm


PROTEZIONE CIVILE ZIVILSCHUTZ PRUTETZION ZIVILA
PROVINCIA AUTONOMA BOLZANO - ALTO ADIGE AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL PROVINZIA AUTONOMA BULSAN - SUDTIROL